



Landtag von Baden-Württemberg

38. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 19. Dezember 2007 • Haus des Landtags

Beginn: 9:36 Uhr

Mittagspause: 12:59 bis 14:01 Uhr

Schluss: 17:42 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2513	3. Nachwahl eines Mitglieds zum Staatsgerichtshof	2537
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Oswald Metzger	2513	Beschluss	2541
Begrüßung des Regierungsvizepräsidenten des Kantons Basel-Stadt, Herrn Regierungsrat Dr. Guy Morin, und des Mitglieds der Regierung des Kantons Basel-Landschaft, Herrn Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli . .	2544	4. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. Oktober 2007 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 2006/2007 – Drucksachen 14/1780, 14/2117	
1. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Finanzministeriums – Schloss Salem als öffentliches Kulturgut bewahren – Drucksache 14/1966		b) Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 23. November 2007 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Grünbuch zur Stadtverkehrspolitik – Drucksachen 14/1982, 14/2081	
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Jüngste Entwicklungen um das Kulturgut Schloss Salem und die Konkurrenz zweier Expertenkommissionen in der Eigentumsfrage – Drucksache 14/1905 . .	2513	c) Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 9. November 2007 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen – Drucksachen 14/2042, 14/2082	
Abg. Jürgen Walter GRÜNE	2513, 2523	d) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Das 7. Europäische Forschungsrahmenprogramm und seine Auswirkungen auf Baden-Württemberg – Drucksache 14/1225	2538
Abg. Dr. Nils Schmid SPD	2515, 2524	Abg. Thomas Blenke CDU	2538
Abg. Christoph Palm CDU	2516	Abg. Peter Hofelich SPD	2539, 2544
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	2518, 2525	Abg. Jürgen Walter GRÜNE	2541, 2546
Minister Dr. Peter Frankenberg	2519	Abg. Michael Theurer FDP/DVP	2542, 2547
Minister Gerhard Stratthaus	2522	Abg. Ulrich Müller CDU	2543
Beschluss	2525	Minister Willi Stächele	2548
2. Aktuelle Debatte – Konsequenzen aus dem Waldzustandsbericht für das Land Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	2525	Beschluss	2551
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	2525, 2536		
Abg. Paul Locherer CDU	2527, 2536		
Abg. Alfred Winkler SPD	2529, 2535		
Abg. Reinhold Pix GRÜNE	2530, 2537		
Minister Peter Hauk	2531		

5. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Aufnahme von Briefdienstleistungen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz im Bundesrat unterstützen – Drucksache 14/1803	2558	b) Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Entwicklungszusammenarbeit aus Baden-Württemberg – Drucksache 14/1265	
Abg. Rudolf Hausmann SPD	2558, 2567	c) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Neue Partnerschaft mit Afrika; Besuch von Ministerpräsident Oettinger in Südafrika – Drucksache 14/1742 (geänderte Fassung)	2569
Abg. Guido Wolf CDU	2560	Abg. Rudolf Hausmann SPD	2569
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	2561	Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE	2570
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	2563	Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU	2572
Staatssekretär Dieter Hillebrand	2564	Abg. Michael Theurer FDP/DVP	2573
Beschluss	2569	Staatssekretär Richard Drautz	2575
6. Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs	2552	Beschluss	2577
7. Fragestunde – Drucksache 14/2109		9. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Zukünftiger Bedarf an Ausbildungsplätzen in den Jahren 2007 bis 2012 – Drucksache 14/1156 (geänderte Fassung)	
7.1 Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – Methoden der GEZ	2552	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen in Baden-Württemberg durch ein stärkeres Engagement von Wirtschaft und Politik in der beruflichen Ausbildung – Drucksache 14/1313	2578
Abg. Ernst Behringer CDU	2552	Abg. Gunter Kaufmann SPD	2578, 2584
Minister Willi Stächele	2552, 2553	Abg. Veronika Netzhammer CDU	2579
Abg. Birgit Kipfer SPD	2553	Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE	2580
7.2 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Unterstützung von mobilitätsfördernden Berufspraktika im deutsch-französisch-schweizerischen Grenzgebiet am Oberrhein	2553	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	2581
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	2553, 2554	Staatssekretär Richard Drautz	2582
Staatssekretär Richard Drautz	2553, 2554	Beschluss	2585
7.3 Mündliche Anfrage der Abg. Birgit Kipfer SPD – Product-Placement	2554	10. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 26. September 2007 – Energiebericht 2007 – Drucksachen 14/1811, 14/1985	2585
Abg. Birgit Kipfer SPD	2554, 2555, 2556	Abg. Paul Nemeth CDU	2585
Minister Willi Stächele	2554, 2555, 2556	Abg. Thomas Knapp SPD	2586
Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	2555	Abg. Franz Untersteller GRÜNE	2587
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	2556	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	2588
7.4 Mündliche Anfrage des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Haltung der Landesregierung zur Bundesbeteiligung beim SGB II und bei der Grundsicherung	2556	Minister Ernst Pfister	2590
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	2556, 2557	Beschluss	2592
Staatssekretär Dieter Hillebrand	2556, 2557	11. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/2084, 14/2098, 14/2099	2592
7.5 Mündliche Anfrage der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE – Doping an der Uniklinik Freiburg/Olympiastützpunkt	2557	Beschluss	2592
Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE	2557, 2558	12. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/2072	2592
Staatssekretär Georg Wacker	2557, 2558	Beschluss	2592
Abg. Klaus Tappeser CDU	2558	Nächste Sitzung	2592
8. a) Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – „Global Marshall Plan“-Initiative in Baden-Württemberg – Drucksache 14/1201			

Protokoll

über die 38. Sitzung vom 19. Dezember 2007

Beginn: 9:36 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 38. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Aus dienstlichen Gründen haben sich für heute Herr Ministerpräsident Oettinger und Herr Minister Professor Dr. Reinhart entschuldigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Oswald Metzger hat heute Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich ihm herzlich.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Finanzministeriums – Schloss Salem als öffentliches Kulturgut bewahren – Drucksache 14/1966

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Jüngste Entwicklungen um das Kulturgut Schloss Salem und die Konkurrenz zweier Expertenkommissionen in der Eigentumsfrage – Drucksache 14/1905

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der Anträge unter a und b je fünf Minuten, für die Aussprache über beide Anträge fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags Drucksache 14/1966 erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte meine Rede mit einem Dank beginnen, dem Dank an all diejenigen, die sich vor einem Jahr dagegen gewehrt haben, Handschriften und andere Kulturgegenstände zu veräußern.

Ich möchte mich auch bei der Expertenkommission bedanken, die ein Jahr lang hervorragende Arbeit geleistet hat. Das war sozusagen ein interner Untersuchungsausschuss. Wenn ich mir den Untersuchungsauftrag anschau, den die SPD-Fraktion eingereicht hatte, stelle ich fest, dass bei der Arbeit dieser Kommission mehr verwerfliches Handeln der Landesregierung zutage getreten ist, als der Untersuchungsauftrag der SPD versprach.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Aha!)

Dieses Gutachten sollten Sie nicht als Sieg feiern, meine Damen und Herren. Es ist eine böse Schlappe nicht nur für das Haus Baden, sondern auch für die Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU: Oje!)

Das Gutachten, meine Damen und Herren, ist ein Manifest der Unfähigkeit dieser Landesregierung. Deshalb müssen wir – auch wenn es Ihnen wehtut – noch einmal zurückblicken.

Vor einem Jahr wollten Sie zusammen mit dem Haus Baden eine Stiftung gründen. Sie wollten Kunstgegenstände verkaufen. Genau dieses jetzt vorliegende Gutachten belegt, wie falsch der Weg war, den Sie einschlagen wollten. Wie von uns schon immer prophezeit: Der größte Teil der Kulturgüter gehört bereits dem Land.

Es schaudert uns bei dem Gedanken, dass Sie dem Haus Baden ohne eine Prüfung der Sachlage auf den Leim gegangen sind

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

und dass Sie kurz davor standen, Kunstschatze von unschätzbarem Wert zu verkaufen,

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das ist doch gar nicht wahr! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

die womöglich außer Landes gegangen und für die Öffentlichkeit für immer verloren gewesen wären.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Den Erfolg, meine Damen und Herren, haben Sie den Protesten zu verdanken. Erst jetzt kommen Sie auf die Idee, zu prüfen, ob die Schulden, die das Haus Baden nennt, durch dessen Lebensstil oder durch die Sanierung und Unterhaltung von Schloss Salem entstanden sind. Erst jetzt kommen Sie auf die Idee, zu fragen: Was kann das Schloss denn eigentlich kosten?

Es waren drei Ministerien beteiligt: das StaMi, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und das Finanzministerium. Man fragt sich, wie drei Ministerien zu einem solchen Ergebnis kommen können. Denn es darf ja nicht vergessen werden, was sie sonst noch alles gebracht haben. Sie haben ein Gefälligkeitsgutachten bei Würtenberger und Wax

(Jürgen Walter)

in Auftrag gegeben, das vor dem Hintergrund des jetzt vorliegenden Ergebnisses noch peinlicher wirkt als schon damals.

Ein weiteres Schmäckerl: Sie werden auch durch die Aussage der Kommission abgewatscht: Wir haben ein Vorkaufsrecht für Salem. Da frage ich Sie: Ist es Ihnen nicht peinlich? Jedes Detail, das hier öffentlich wird, offenbart Ihren Dilettantismus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie sind mit der Frage fahrlässig umgegangen, sogar grob fahrlässig, wie es auch im Gutachten steht. Sie haben die Interessen des Landes fahrlässig aufs Spiel gesetzt. Es stellt sich die Frage: Regieren Sie eigentlich immer so?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, logisch!)

Haben Sie immer irgendwelche Chaostage in verschiedenen Ministerien, oder wie geht das?

Wir kann es sein – ich nehme Bezug auf das auch vom Gutachter gerügte Verhalten des Hauses Baden –, dass wir eine Stiftungsaufsicht haben, die nicht aktiv wird? Warum sind Sie, als das Haus Baden im Jahr 2003 neue Ansprüche gestellt hat, nicht endlich aufgewacht?

Ich zitiere jetzt aus dem Gutachten zur Haltung des Hauses Baden in der Frage der Zähringer-Stiftung:

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Das wäre (und war in der Tat) ein grober, durch jeden Rechtskundigen

– ich betone: durch jeden Rechtskundigen –

sofort ausräumbarer Irrtum gewesen, der grobe Fahrlässigkeit und damit Bösgläubigkeit begründet.

Jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren: Gibt es in der Stiftungsaufsicht und den drei genannten Ministerien keinen einzigen Rechtsgelehrten? Wie regieren Sie das Land eigentlich?

(Unruhe)

Wir haben Sie, Herr Minister, vor einem Jahr gefragt: Ist die Zähringer-Stiftung inhaltsleer? Die Antwort lautete wie immer: Wir wissen nichts, und wir wissen auch nicht, wie das weitergehen soll.

Und noch viel schlimmer, meine Damen und Herren: Die Landesregierung hat nicht nur gesagt: „Wir wissen nichts“, sondern hat auch den Eindruck erweckt, dass sie gar nichts wissen möchte. Das ist der eigentliche Skandal an der Geschichte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen haben wir ein Gutachten in Auftrag gegeben!)

Da geht das Haus Baden fahrlässig mit dem Testament von Großherzog Friedrich II. um, und die Stiftungsaufsicht merkt das in 50 Jahren nicht. Ja was tun diese Damen und Herren denn eigentlich? Das ist ein unglaublicher Vorgang.

Das Fazit, meine Damen und Herren, des bisherigen Handelns der Regierung: Sie haben in der Frage Zähringer-Stiftung/badische Kulturgegenstände über Jahrzehnte hinweg schlampige Arbeit abgeliefert. Die derzeit Verantwortlichen reihen sich da nahtlos ein.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Doch blicken wir, meine Damen und Herren – auch Kollege Schüle ist da sicherlich dabei –, nach vorn:

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Die Mehrzahl der Kulturgüter – das wissen wir; das haben wir jetzt schriftlich, auch wenn es das Haus Baden nicht wahrhaben will; der Herr Prinz wird ja heute in der Zeitung schon mit einem trotzigem Kind verglichen – gehören dem Land. Es verbleiben noch Kulturgüter im geschätzten Wert von ca. 5,6 Millionen €. Das zu akzeptieren wird dem Haus Baden sicherlich schwerer fallen als uns. Aber, meine Damen und Herren, was mich daran ärgert, ist, dass wir manche dieser Gelder nicht hätten bezahlen müssen, hätte die Stiftungsaufsicht funktioniert. Jetzt wird diese Bösgläubigkeit, die dem Haus Baden im Gutachten unterstellt wird, im Nachhinein auch noch belohnt.

Eines aber ist klar, meine Damen und Herren: Die Stiftungslösung, wie sie vor einem Jahr angedacht war, ist mit diesem Gutachten endgültig vom Tisch, und das ist auch gut so.

Jetzt gilt es, Lösungen zu suchen, und zwar erstens für Salem. Wir müssen Salem unbedingt für die Öffentlichkeit erhalten. Wir sind uns alle darüber einig, welchen hohen Wert dieses Kulturdenkmal in Baden-Württemberg hat. Wir haben vorgeschlagen, Schloss Salem aus dem Grundstock des Landes zu bezahlen. Die Landesregierung hat uns geantwortet, das könne man machen. Wir gehen auch davon aus, dass es gar keinen anderen Weg geben wird, aber, meine Damen und Herren, nicht zu den Bedingungen des Prinzen. Jetzt bietet er uns die Pfortnerloge von Schloss Salem mit den Buchsbäumen für 42 Millionen € an, und das Schloss und das Münster nimmt er noch außen vor. Meine Damen und Herren, das ist ein dreistes Stück, und dieses dreiste Stück sollten wir nicht mitspielen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD)

Wir sollten zu diesem Vorschlag eine ähnliche Haltung einnehmen wie gestern die Kommission zum Rechtsgutachten, das das Haus Baden vorgelegt hat.

Zweitens, meine Damen und Herren, erwirbt das Land die im Gutachten genannten Kunstgegenstände, die noch nicht im Besitz des Landes sind. Das entsprechende Geld ist bei der Landesstiftung reserviert. Aber – das ist mein Appell an die Landesregierung – kommen Sie dem Haus Baden nicht zu sehr entgegen. Wir sind lange genug an der Nase herumgeführt worden.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, ich freue mich über den Antrag, den Sie heute vorgelegt haben. Er ist noch etwas weich formuliert. Wir werden trotzdem zu-

(Jürgen Walter)

stimmen. Es ist schön, wenn Sie nach einem Jahr auf dem Weg ankommen, den wir schon damals vorgeschlagen hatten.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Oh-Rufe von der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestern war ein guter Tag für Kunst und Kultur in Baden-Württemberg, ein schlechter Tag für die Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des
Abg. Jörg Döpper CDU – Abg. Reinhold Gall SPD:
Einer der vielen Tage!)

Nachdem Sie noch vor einem Jahr sich selbst und das ganze Land Baden-Württemberg dem Gespött der nationalen und internationalen Öffentlichkeit preisgegeben haben,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

nachdem der Ministerpräsident damals gesagt hat, es interessiere ihn nicht, was in den Kulturteilen der Zeitungen stehe, sondern nur was im Wirtschaftsteil stehe, ist jetzt klar geworden: Die Regierung hat sich bis auf die Knochen blamiert. Die Regierung hat fahrlässig Landesinteressen preisgegeben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben schon vor mehr als einem Jahr in einer Pressekonferenz mit Professor Mußnug darauf hingewiesen, dass die Mehrzahl, der Großteil der angeblich streitigen Kulturgüter seit der Revolution Eigentum der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind. Wir waren in einem Punkt unsicher, und zwar beim Beutegut mit Migrationshintergrund.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich meine die Trophäen des Türkenlouis, die Türkenbeute. Da konnte man noch der Auffassung sein, das sei ehrbar im Kampf errungen worden und deshalb Privateigentum geworden,

(Heiterkeit bei der SPD)

aber wohlgemerkt nicht ehrbar im Kampf errungen von Bernhard Prinz von Baden, sondern von einem seiner Vorgänger aus der Nebenlinie. Aber auch diese Türkenbeute ist eindeutig staatliches Repräsentationsgut und gehört uns, gehört den Bürgerinnen und Bürgern des Landes.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Damit ist auch klar, dass die Landesregierung mit dem sogenannten Würtenberger-Wax-Gutachten ein Gutachten bestellt hat, das nur den Kompromiss absegnen sollte, und nicht befleißigt war, wahrhaftig und ernsthaft danach zu suchen, wie die Eigentumsverhältnisse wirklich sind. Dies ist erst jetzt mit der Expertenkommission gelungen – aufgrund unseres Drucks und aufgrund des internationalen Drucks.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Gestern war auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein guter Tag für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Land Baden-Württemberg.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil wir Ihre Anträge abgelehnt haben! – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie wollten 300 Millionen € für Kunst- und Kulturgegenstände ausgeben, die uns schon lange gehören.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Sie wollten sogar ein Bild aufkaufen, das uns seit über 70 Jahren gehört.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Inzwischen ist klar: Allenfalls Kulturgüter im Wert von 5,6 Millionen € stehen dem Haus Baden zu. Das Land wäre bereit gewesen, im vorauseilenden Gehorsam Gegenstände aufzukaufen, die uns schon lange zustehen. Sie haben nicht Landesinteressen selbstbewusst vertreten. Sie haben vor Fürstenthronen gekuschelt.

Und die Schwächephase der Landesregierung dauert ja an. Es ist noch völlig unklar, wie Sie mit der jetzigen Situation umgehen wollen. Sie sagen, Sie träten in Verhandlungen ein. Ich sage Ihnen: Wenn Sie so verhandeln, wie Sie damals den Deal ausgehandelt haben, dann wird dabei für Baden-Württemberg, für das Land etwas Schlechtes herauskommen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gute Nacht, Baden-Württemberg! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rück CDU: Guten Morgen, Frau Haußmann! – Heiterkeit)

Sie haben außerdem mit dem Expertengutachten bescheinigt bekommen, dass Sie in der Vergangenheit nicht nur die Eigentumsverhältnisse zum Nachteil des Landes ausgelegt haben,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Untreue nennt man das im Strafrecht! – Gegenruf des Abg. Christoph Palm CDU: Das war nicht einmal der Versuch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind gemein, Herr Stickelberger!)

sondern dass Sie auch schuldhaft Ansprüche des Landes bei der Zähringer-Stiftung und bei dem Vorkaufsrecht nicht beachtet haben. Damit wirft das Expertengutachten ganz neue Fragen auf. Zum einen die Frage nach dem Verhalten der Landesvertreter im Verwaltungsrat der Zähringer-Stiftung: Warum haben sie nicht darauf gedrungen, dass die Zähringer-Stiftung vollzogen wird, bzw. warum wurden die Ansprüche auf Schadenersatz, die im Jahr 2003 mit der Bekanntgabe des Dolzer-Gutachtens entstanden sind, nicht umgesetzt? Was ist bei der Stiftungsaufsicht des Landes schiefgelaufen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Alles!)

– Alles.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war von Anfang an falsch, die Zukunft des wichtigen Kulturguts Salem mit dem Kulturgüterdeal zu verknüpfen. Wir standen und stehen

(Dr. Nils Schmid)

dazu und werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Salem für die Öffentlichkeit erhalten bleibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist erfreulich!)

Dies darf nicht vermischt werden mit der Altschuldenfrage einer privaten Unternehmerfamilie.

Auch der Nachweis über das Entstehen der Altschulden wirft mehr Fragen auf, als beantwortet werden, z. B.: Was ist mit den ganzen Zinskosten, die da eingerechnet werden? Was ist mit der Immobilienbewertung, die vom Haus Baden vorgenommen worden ist? Ich bin der Auffassung, die Immobilie wird dann bewertet, wenn tatsächlich das Kaufangebot vorliegt. Dann haben wir immer noch die Absicherung über das Vorkaufsrecht. Wir sollten sehr gelassen in die Verhandlungen gehen. Die Rechtsposition des Landes ist gestärkt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Also!)

Das Haus Baden müsste einzeln Tausende von Kulturgegenständen, Münzen, Gemälden aus den staatlichen Sammlungen herausklagen. Das Haus Baden müsste einen Investor finden für die Immobilie Salem zu einem Kaufpreis, der noch offen ist, und wir hätten das Vorkaufsrecht.

Meine Damen und Herren, wir haben allen Grund, selbstbewusst und standesbewusst als überzeugte Republikaner und Demokraten in diese Verhandlungen zu gehen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wissen Sie, was eine Republik überhaupt bedeutet, Herr Schmid?)

Es ist bezeichnend, dass ein Ergebnis der Expertenkommission ist, dass ein Thronessel, der dem Land Baden-Württemberg gehört, immer noch in Salem steht.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Sie kriegen einen neuen Sessel für den SPD-Fraktionsvorsitzenden!)

Früher sprach man davon, dass man Ehrfurcht vor Fürstenthronen haben müsse. Ich sage Ihnen: Wir müssen Ehrfurcht vor dem Souverän des Landes haben, vor den Bürgerinnen und Bürgern des Landes, die Anspruch darauf haben, dass ihre Vermögensinteressen selbstbewusst durchgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es wundert mich schon, dass die Landesregierung bei der Frage der Kinderbetreuung und der Verständigung mit den kommunalen Landesverbänden

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Was hat das mit dem Thronessel zu tun? – Heiterkeit bei der CDU)

ihre Karten noch nicht auf den Tisch legen will. Die Landesregierung pokert. Gestern hat sie ausführlich dargelegt, man dürfe nicht voreilig alle Karten aus dem Ärmel ziehen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dr. Schmid ist ein Erbprinz!)

Genau das haben Sie beim Kulturgüterdeal getan. Sie haben zum Nachteil des Landes einen Kompromiss angestrebt, der die Interessen des Landes beeinträchtigt und die Bürgerinnen und Bürger schlechtergestellt hätte. Es wird Zeit, dass Sie von diesem Irrweg abkommen. Wir freuen uns, dass Sie mit dem Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, einen Schritt in die richtige Richtung gehen. Wir werden ihn deshalb auch unterstützen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist aber schön!)

Wir warnen Sie aber davor, weiterhin so nachgiebig gegenüber dem Haus Baden zu sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Sie müssen die Interessen des Landes, der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes vertreten und nichts anderes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Chance vertan! Setzen!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palm.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt Sachlichkeit in die Diskussion!)

Abg. Christoph Palm CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat möchte ich mich an die Fakten halten. Über ein Jahr lang haben sechs hochkarätigste Fachleute die Eigentumsverhältnisse bei den badischen Kunst- und Kulturschätzen untersucht. Dafür gebührt der Dank der CDU-Fraktion zuallererst diesen Fachleuten. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: Sie hätten das doch nicht gemacht! Das haben doch wir bewirkt!)

– Herr Zeller, Ihre Bescherung kommt auch noch.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Seit gestern kennen wir nun das Ergebnis dieses Gutachtens. Die akribisch und diskret durchgeführte Arbeit zeugt von hoher objektiver Sachkenntnis und spricht für die Ersteller genauso wie für die Auftraggeber. Denn das Gutachten, meine Damen und Herren, ist beileibe kein Gefälligkeitsgutachten.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das stimmt! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das wurde aber auch Zeit!)

Es manifestiert den festen Willen der Landesregierung, eine hochkomplexe, über Jahrzehnte ungelöste Problematik umfassend aufzuarbeiten und einer Lösung zuzuführen.

Lieber Herr Kollege Walter, die Vorweihnachtszeit ist die Zeit von Spekulatius, aber nicht die von Spekulationen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

(Christoph Palm)

Was ist denn tatsächlich passiert? Welche Interessen des Landes sind Ihrer Ansicht nach denn den Bach runtergegangen? Nichts!

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Der Ruf des Landes! Der ist beschädigt!)

– Herr Kollege Schmid, darauf kommen wir noch. Wenn nämlich etwas passiert ist, dann lag dies im Verantwortungsbereich eines SPD-Mitglieds.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber wir haben es verhindert! Ihr hättet es ja gemacht! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Das Gutachten, meine Damen und Herren, folgt dem Leitmotiv „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“. Es ist fundiert, und es ist im besten Sinne republikanisch und zutiefst demokratisch. Es zeigt, dass bei allem Respekt vor der Geschichte ehemalige Herrscherhäuser bei uns nicht bessergestellt werden als alle anderen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber genau das hatten Sie doch vor! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

aber eben auch nicht schlechter.

Herr Kollege Schmid, dieser neoklassenkämpferische Zug um den Mund steht Ihnen überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Was Sie hier vortragen, steht Ihnen auch nicht! – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Ich kann auch nichts dafür, dass die Gründungsidee der SPD heute nicht mehr gilt. Das können Sie mir nicht vorwerfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber deswegen müssen Sie doch kein Vermögen des Landes an Ihre Adligen verschenken!)

Das Gutachten, meine Damen und Herren, ist eine hervorragende Arbeitsgrundlage für weitere Schritte. Es erfüllt jedoch die Kernziele, die wir verfolgen, noch nicht.

(Glocke des Präsidenten)

– Sofort, Herr Präsident. – Diese lauten für uns, für die Koalitionsfraktionen, erstens, Schloss Salem als Kulturgut ersten Ranges langfristig für die Öffentlichkeit zu sichern und zugänglich zu halten, und zweitens, die sich nicht im Eigentum des Landes befindlichen Kunst- und Kulturgüter ebenfalls für die Öffentlichkeit zu sichern. Dazu sind die Verhandlungen mit dem Haus Baden zeitnah wieder aufzunehmen. Verhandlungsgrundlage ist dabei für uns das Ergebnis der Expertenkommission.

Für die CDU-Fraktion stelle ich außerdem fest, dass die Gegenstände, die sich im Eigentum des Landes befinden, dabei nicht veräußerbar sind und nicht zur Disposition stehen.

Kurz gesagt: Das, was uns gehört, wollen wir behalten, und das, was uns noch nicht gehört, wollen wir haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Johannes Stober SPD: Gut, dass es neue Erkenntnisse gibt!)

Nun noch den Schlenker zu Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD. Wenn irgendwann einmal seit dem Zweiten Weltkrieg Gegenstände, die schon im Eigentum des Landes waren, vom Land gekauft wurden, dann war das in einer Zeit, in der eine Ministerin aus Ihren Reihen die Verantwortung dafür trug. Das zeigt doch das Geschichtsverständnis, das hier klar zutage tritt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aha! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört! – Abg. Reinhold Gall SPD: Da mussten Sie aber lange kramen, um das zu finden!)

– Sie müssen nur Gutachten lesen können, Herr Gall.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und warum kaufen Sie es dann noch einmal?)

– Wer hat denn etwas gekauft?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber warum kaufen Sie es dann noch einmal? – Zurufe und Unruhe)

– Herr Drexler, es hat noch kein Mensch etwas gekauft.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie wollten es aber!)

– Was wir wollen, ist Ihnen anscheinend länger verschlossen geblieben, als Sie zugeben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Getroffene Hunde bellen!)

Zum Thema Blamage muss ich, lieber Herr Kollege Dr. Schmid, bei aller Wertschätzung, nur ein Wort sagen: Untersuchungsausschuss. Mehr muss ich dazu nicht sagen, wenn man Sie sogar noch über die Zulässigkeit – –

(Abg. Ute Vogt SPD: Haben wir recht gehabt oder nicht? – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie haben aber mächtig Angst gehabt davor!)

– Wo haben Sie recht gehabt?

(Abg. Ute Vogt SPD: Wir haben recht gehabt!)

Sie sind gerade so über die Zulässigkeitshürde gekommen.

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Auf jeden Fall freut es mich, Herr Kollege Walter, Herr Kollege Schmid, dass Sie beide unserem Antrag folgen wollen. Das ist absolut richtig. Denn wir haben ein Etappenziel erreicht.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Christine Rudolf SPD: Was für ein Demokratieverständnis haben Sie denn eigentlich? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber wir brauchen noch weitere Wertgutachten.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

(Christoph Palm)

Wir brauchen weitere Verhandlungen. Wir gehen davon aus, dass sich dieses Haus, der Landtag – so, wie es der Ministerpräsident schon vor längerer Zeit versprochen hat –, vor Abschluss einer Vereinbarung mit dem Haus Baden abschließend nochmals mit dieser Sache befasst.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einem stimmen wir hier im ganzen Haus vermutlich überein: Schloss Salem und andere badische Kulturgüter müssen für die Öffentlichkeit erhalten bleiben.

Der Jubel über das gestern vorgelegte Gutachten erscheint mir allerdings etwas verfrüht. Auf Schwäbisch sagt man: „Solange man singt, ist die Kirche nicht aus.“ Ich erlaube mir ein Urteil erst dann, wenn schließlich die Lösung insgesamt abgeschlossen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dieter Hillebrand CDU – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Uns liegen jetzt zwei Gutachten zum rechtlichen Schicksal der badischen Kulturgüter vor. All diejenigen, die sagen, jetzt sei alles festgelegt, möchte ich z. B. auf Seite 311 des Gutachtens der vom Land eingesetzten Expertenkommission verweisen. Dort steht:

Doch auch ein solcher Schadensersatzanspruch dürfte verjährt sein.

Auf Seite 316 heißt es:

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Eine Klage ... trüge das starke Risiko einer Klageabweisung ...

Dies, meine Damen und Herren, ist im Konjunktiv ausgedrückt und stellt eben keine genaue Festlegung dar. Es gibt auch ganz anderslautende Gutachten.

Ich traue mir eine juristische Klärung nicht zu. Ich vermute einmal, dass auch niemand hier im Saal zu einer solchen Klärung in der Lage wäre, weil dazu Spezialkenntnisse notwendig sind.

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

– Ja, ja. Die Besserwisser zeigen deutlich, wo sie sitzen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Es handelt sich gegenwärtig um zwei Privatgutachten. Wenn die Sache vor Gericht ginge, würde ein weiteres, gerichtliches Gutachten angefordert. Auf dieser Grundlage würde ein Urteil gesprochen.

(Zurufe von der SPD – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was wollen Sie damit sagen? – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stober?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein, ich möchte jetzt einmal zu Ende reden.

Ich meine, dass man dies gegebenenfalls abwarten müsste. Ich würde aber auch nicht unbedingt eine gerichtliche Auseinandersetzung anstreben.

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber Sie beantragen doch selbst, dieses Gutachten zur Grundlage der Verhandlungen zu machen! Wissen Sie überhaupt, was in Ihrem Antrag steht?)

Für mich steht nach wie vor auch die Möglichkeit, einen Vergleich zu erwägen, im Raum.

Die Grünen wollen jetzt kaufen. Auch die SPD hat sich entsprechend geäußert. Es bleibt abzuwarten, ob dies wirklich eine gute Entscheidung für die Steuerzahler in Baden-Württemberg wäre.

(Zurufe der Abg. Jürgen Walter und Theresia Bauer GRÜNE)

Wir halten es nach wie vor für richtig, auch eine Stiftungslösung zu prüfen,

(Zurufe von der SPD)

die diese Kulturgüter dauerhaft und nachhaltig sichert,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist unsere Forderung!)

ohne dass weitere laufende Kosten beim Land entstehen.

(Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Denn da würde sich auch einiges aufsummieren.

Meine Damen und Herren, es ist gut, dass sich die Landesregierung auf den Weg gemacht hat, den Sachverhalt endgültig zu klären. Auch die FDP in Baden-Württemberg hat übrigens schon am 27. Oktober 2007 einen Beschluss über die Beendigung des Kulturgüterstreits und über den Erhalt von Schloss Salem gefasst.

Zusammen mit der CDU haben wir Ihnen einen Beschlussantrag vorgelegt, mit dem wir die Landesregierung auffordern, aufgrund des Ergebnisses der Expertenkommission weitere Verhandlungen mit dem Haus Baden anzugehen, das Schloss Salem langfristig für die Öffentlichkeit zu sichern und öffentlich zugänglich zu erhalten – dazu muss man es aber nicht unbedingt selbst kaufen – und auch weiterhin Verhandlungen über alle anderen Kunst- und Kulturgüter, die sich noch im Besitz des Hauses Baden befinden, zu führen.

Wir meinen aber, dass man da durchaus auch Private beteiligen kann. Gerade aus diesem Gutachten wird deutlich, dass sich auch früher private Mäzene am Erhalt von Kulturgütern

(Heiderose Berroth)

beteiligt haben. Schauen Sie einmal auf die Homepage von Salem. Da ist eine Reihe sehr potenter Förderer genannt. Diese sollten wir jetzt nicht plötzlich außen vor lassen, sondern auch denen sollten wir eine Möglichkeit geben, sich angemessen am Erhalt dieser Kulturgüter und an ihrem öffentlichen Zugang zu beteiligen –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die FDP/DVP als parlamentarischer Arm des Hauses Baden! Das ist aber neu!)

für die Interessen des Landes, für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und für die Interessen der Kultur unseres Landes.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP im Landtag von Baden-Württemberg hat Respekt vor der Geschichte unseres Landes.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Deshalb wundert es mich ja!)

Wir haben aber auch Respekt vor der Leistung des Hauses Baden, das diese Kulturgüter immerhin bis heute für uns erhalten hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Professor Dr. Frankenberg.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt geht es los!)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Est igitur res publica res populi.

(Abg. Helen Heberer SPD: Wir sind beeindruckt! Wir sind tief beeindruckt! – Abg. Reinhold Gall SPD: So weit, so gut! – Abg. Christoph Palm CDU: Da trennt sich die Spreu vom Weizen! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

– Ein völlig richtiger Zwischenruf: „So weit, so gut.“ Denn es geht hier, wenn man es frei übersetzt, um die Kernfrage: Was gehört dem Staat?

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sehr richtig!)

Sind die öffentlichen Güter des Volkes? Ist der Staat eine Angelegenheit des Volkes oder nicht? Genau das ist die Grundfrage,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Die hat das Grundgesetz beantwortet!)

um die es nach der Auflösung der Monarchie beim Übergang zur Republik geht, eine Grundfrage, die, was die Eigentumsverhältnisse an den Sammlungsbeständen in unseren Einrichtungen betrifft, seit 1919 von keiner Regierung geklärt worden ist.

Die Gutachter, hochrangige Experten, haben immerhin ein Jahr gebraucht, um diese Verhältnisse zu klären.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie hätten das Gutachten ja früher einholen können!)

Es verwundert schon, dass einige glaubten, das sei kurz und schnell zu machen, und manche gemeint haben, sie hätten es schon vorher gewusst. Aber das gibt es eben immer, dass man schon vorher etwas gewusst hat.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Sie haben es doch vorher gewusst! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie haben doch behauptet, Sie wüssten es! – Abg. Johannes Stober SPD: Sie wollten 30 Millionen € hergeben!)

– Wenn wir geglaubt hätten, es zu wissen, dann hätten wir nicht den Weg eines Vergleichs beschritten.

(Zurufe von der SPD)

Der Vergleich steht als Lösung neben der konkreten Versicherung der Tatbestände.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Württenberger/Wax, sage ich nur! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zuhören, dann könnt ihr viel lernen!)

Das Gutachten geht sehr ausführlich auf die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse ein. Es geht auf die Grundfragen ein: Wann entsteht im Laufe einer Monarchie privates Eigentum, getrennt vom Staatseigentum? Wann entsteht ein Zwischeneigentum, nämlich die Ausstattung der Krone mit dem für die Symbolik der Herrschaft Notwendigen? Diese ausführliche Ableitung ist zuvor übrigens in Deutschland für keine Frage des Übergangs von der Monarchie zur Republik und für kein Herrscherhaus so gründlich vorgenommen worden wie jetzt für die Frage der aus der Monarchie überkommenen badischen Kunst- und Kulturgüter.

(Abg. Helen Heberer SPD: Die anderen wurden ja auch nicht verschertelt!)

Insofern, Herr Walter, geht das Gutachten auch nur auf die Eigentumsfragen ein und nicht auf irgendwelche Regierungsüberlegungen. Ich weiß nicht, was Sie auf den 320 Seiten gelesen haben.

(Abg. Johannes Stober SPD: Lesen Sie einmal die Seiten 190 bis 193!)

Wenn wir es nicht genauer hätten wissen wollen, dann hätten wir den Auftrag nicht erteilt, dieses Gutachten zu erstellen.

(Abg. Helen Heberer SPD: Aber nur widerstrebend! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Davor wollten Sie es aber nicht genau wissen! – Abg. Ute Vogt SPD: Warum kann man nicht einfach einmal sagen: „Wir haben einen Fehler gemacht“?)

Damit war es das erste Mal seit 1919, dass eine Regierung von Baden, Württemberg, Hohenzollern sehr genau wissen wollte, wie die Eigentumsverhältnisse an vom Adel überkommenen Kunst- und Kulturgütern zu sehen sind.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Vor dem Deal wollten Sie das aber nicht wissen! – Abg. Rita Haller-Haid SPD: Widerstrebend!)

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

Man muss auch fragen: Warum ist es in Baden so lange ungeklärt geblieben? Die Antwort lautet: Weil beim Übergang von der Monarchie zur Republik die Dinge aus badischer Anhänglichkeit an die Monarchie zwischen 1919 und heute im Grunde genommen nicht aufgeklärt worden sind.

Da Sie immer wieder auf das Gutachten verweisen, darf ich auch einmal daraus zitieren. Im Gutachten heißt es – und das sind ja aus den Zwanzigerjahren überkommene Grundhaltungen der Regierungen –, dass dies mit einer

Anhänglichkeit an die gerade erst verabschiedete Regentenfamilie

begründet werden konnte. Weiter wird ausgeführt, dass

der Abschied von der Monarchie den politischen Kräften der Republik schwerfiel, auch den Sozialdemokraten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aha!)

Es entsteht – ich zitiere weiter –

der Eindruck, dass seinerzeit die ideale Regierungsform für alle Beteiligten die demokratische Staatsverfassung mit dem Großherzog als Staatsoberhaupt gewesen wäre.

Das war die Grundhaltung der Regierungen seit 1919 in Baden und der Grund dafür, warum sie die Eigentumsverhältnisse zwischen der monarchischen Familie und dem Staat bzw. der neuen Republik eigentlich nie richtig aufgeklärt haben. Das war die Basis, die unsere Regierung vorfand.

Wegen dieser Ungeklärtheit lag der Begriff eines Vergleichs nicht so fern. Die Alternative zum Vergleich war die Aufklärung der Sachverhalte.

(Abg. Johannes Stober SPD: Es war besser!)

Das war eine Aufklärung, an der zuvor übrigens acht Rechtsgutachten gescheitert bzw. teilweise gescheitert waren oder jedenfalls nie zu einer vollen Aufklärung gekommen sind. Jetzt liegen zum ersten Mal – nach einjähriger Arbeit der hochrangigen und in der Sache wirklich auch fundiert kenntnisreichen Experten – die kompliziert zu lesenden und auch kompliziert abzuleitenden Fakten auf dem Tisch. Ich glaube, jeder, der dieses Gutachten liest, merkt auch, wie schwierig die Aufklärung der Eigentumsverhältnisse gewesen ist. Jeder, der heute hier sagt, das hätte man alles schon vorher wissen können, hat das Gutachten entweder nicht gelesen oder nicht verstanden – oder beides.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Dazu gehören auch Dinge wie das Vorkaufsrecht. Das war seit 1919 eigentlich keiner Regierung bekannt. Das ist dort auch nicht so leicht zu finden. Insofern muss man davon ausgehen, dass, wenn sechs Experten herangezogen werden – wozu bezahlen wir denn im Land Tausende von Professoren, wenn sie nicht auch auf Ideen kämen, die vorher noch niemand hatte, und Erkenntnisse gewannen, die vorher auch noch niemand hatte? –, eine neue Erkenntnis zutage tritt. Das ist übrigens eine für das Land keinesfalls schlechte Erkenntnis. Denn dies

bedeutet, dass das Ensemble Salem nicht einfach an irgendeinen ausländischen oder auch inländischen Investor verkauft werden kann, ohne dass das Land eingeschaltet werden sollte.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Na also!)

Die Gefahr, des Kulturguts des alten Zisterzienserklosters verlustig zu gehen, besteht daher eben nicht.

Ein weiterer Aspekt ist die Zähringer-Stiftung. Herr Walter, Sie haben sich ja sehr intensiv mit der Zähringer-Stiftung befasst. Das war sozusagen Ihr Fokus auf den gesamten Komplex. Sie sind aber auch nicht zu der Erkenntnis gekommen, dass das eine leere Hülle ist.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie sind nicht zu der Erkenntnis gekommen, dass es keine Eigentumsübertragung von Kunst- und Kulturgegenständen an diese Stiftung gegeben hat.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Natürlich! Ich habe die Frage aufgeworfen!)

Insofern sehen Sie selbst, dass man sich in den Rechtsfragen durchaus irren konnte.

(Beifall der Abg. Dr. Klaus Schüle CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Mein Gott, Walter! – Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Weshalb sind Sie dann so selbstsicher aufgetreten? – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sie waren doch so selbstsicher!)

Für uns steht jetzt natürlich bezüglich – –

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist aber eine späte Erkenntnis!)

– Zurzeit rede ich über die Zähringer-Stiftung.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Für uns stellt sich natürlich die Frage, ob man eine Stiftung, an die keine Eigentumsübertragung stattgefunden hat, noch erhält oder nicht. Aber auch das muss nicht von heute auf morgen entschieden werden. Die Stiftungsaufsicht liegt übrigens – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stober?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Ja, wenn ich den Satz noch vollenden darf, Herr Stober. – Die Stiftungsaufsicht liegt übrigens beim Regierungspräsidium in Karlsruhe.

Bitte sehr.

Abg. Johannes Stober SPD: Ist Ihnen bekannt, Herr Minister, dass es dem Land, der Stiftungsaufsicht des Landes, die, wie Sie gesagt haben, beim Regierungspräsidium Karlsruhe liegt, möglich gewesen wäre, bis zum Jahr 2006 für eine Über-

(Johannes Stober)

eignung der vermachten Gegenstände des Großherzogs Friedrich II. zu sorgen? Wäre es nicht Aufgabe der Vertreter im Verwaltungsrat der Zähringer-Stiftung, eines Herrn Dr. Siebenmorgen, eines Herrn Graf Douglas und eines Markgrafen Max von Baden gewesen, dies zu tun?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Diese Möglichkeit, Herr Stober, hat schon sehr viel früher bestanden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Man muss nur sehen, dass alle Beteiligten davon ausgegangen sind, dass eine Eigentumsübertragung stattgefunden hat.

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber ab 2003 war klar, dass die möglicherweise bestritten wird!)

– Erst ab 2003 gab es die Erkenntnis aus einem Gutachten, das für das Haus Baden erstellt worden ist, und die Haltung des Hauses Baden, dass diese Eigentumsübertragung nicht stattgefunden habe.

(Abg. Johannes Stober SPD: Dann hätte man unter normal denkenden Menschen ja eigentlich handeln müssen!)

Das war aber noch keine geklärte Rechtsfrage. Diese Angelegenheit ist leider verjährt. Insofern ist die Frage, ob sie stattgefunden hat oder nicht und wann die Stiftungsaufsicht hätte einschreiten können, inzwischen rechtlich nicht mehr relevant.

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber die Frage nach der Verantwortung stellt sich schon noch! Die Frage stellt sich! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wer ist schuld an der Verjährung?)

Wie sehr in der gesamten Zeit seit 1919 die Fragen der Eigentumsverhältnisse zwischen dem Staat und dem Haus Baden ungeklärt geblieben sind, zeigen auch die jeweiligen Reaktionen in bestimmten Phasen. Es hat 1930 ein Gesetz gegeben, mit dem das Land noch einmal Gemälde abgekauft hat – übrigens als Ersatz, sozusagen als Inflationsausgleich für den ursprünglichen Ausgleich mit dem Haus Baden, der nach 1919 der Inflation anheimgefallen ist. Man muss annehmen, dass das Land im Jahr 1930 Gegenstände gekauft hat, die ihm schon gehörten, genauso wie im Jahr 1995.

Das heißt, nicht diese Regierung hat etwas gekauft, was dem Land schon gehörte. Das haben Vorgängerregierungen gemacht. Wir haben rechtzeitig den Weg beschritten, aus den Vorüberlegungen –

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Na ja! Das war aber sehr schönfärberisch! – Abg. Johannes Stober SPD: Nachdem Sie aufgeschreckt waren! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a.: Nachdem die Weltpresse aufgeschrien hat!)

– Wieso nicht rechtzeitig? Rechtzeitig heißt: zur rechten Zeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helen Heberer SPD: Seien Sie doch einmal dankbar dafür! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir wollen einmal sehen, was unter dem Strich billiger ist!)

Damit haben wir zum ersten Mal auf einer ganz anderen Grundlage gehandelt als alle Vorgängerregierungen seit 1919. Wir haben jetzt zum ersten Mal ein solides Fundament für das weitere Handeln,

(Abg. Helen Heberer SPD: Das ist gut, ja!)

nämlich für das weitere Verhandeln mit dem Haus Baden.

Es gibt einen zweiten Komplex, auf den gleich der Herr Finanzminister eingehen wird. Das ist das Schloss Salem. Herr Schmid, Sie haben jetzt gesagt, 300 Millionen € hätte die Regierung ausgeben wollen. Erstens stimmt das überhaupt nicht.

(Abg. Johannes Stober SPD: 30! – Zuruf von der SPD: Sind es noch mehr?)

Zweitens diskutieren wir jetzt nur über einen von mehreren Komplexen, nämlich über die Kunst- und Kulturgegenstände. Wir haben noch nicht über das Schloss Salem diskutiert. Der Vergleich beinhaltet beides. Wenn man jetzt die Summe von 5,6 Millionen € oder 6 Millionen € zu 300 Millionen € in Relation setzt, ist das schon eine Milchbubenrechnung.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Äpfel mit Bananen verglichen! – Abg. Johannes Stober SPD: 30 Millionen € wollen Sie aber dafür ausgeben! Das hat der Landtag sogar beschlossen! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: 300 Millionen € war der Anspruch des Hauses Baden! – Unruhe)

– Herr Stober, ich komme gleich zu den 30 Millionen €.

Die 30 Millionen € beinhalteten ja eine Lösung, in die auch Schloss Salem einbezogen war.

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber nicht für den Unterhalt für Salem! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Für Altschulden!)

Diesen Komplex Salem müssen wir noch lösen. Insofern verbietet sich derzeit jede Abrechnung.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ihre Rechenkünste hat man ja in Mannheim gesehen!)

– Was hat Mannheim mit dem Haus Baden zu tun? Mannheim liegt in der Kurpfalz.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber mit Ihren Rechenkünsten! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzell FDP/DVP: Aber die Rechenkünste der SPD sind klasse! Neu erfunden!)

Ich bleibe einmal beim Thema der Kunst- und Kulturgegenstände des Hauses Baden und des Schlosses Salem.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber rechnen sollten Sie schon können!)

Das Schloss Mannheim ist in einem ausgezeichneten Zustand. Wir hoffen, dass das Schloss Salem genauso erhalten und zugänglich gemacht wird und bleibt, wie es das Schloss Mannheim ist. Das sind dann die Mannheimer Rechenkünste.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

Insofern hat die Landesregierung zwei Aspekte im Blick, nämlich einerseits die Erhaltung der Kunst- und Kulturgegenstände und die Bewahrung dieser Kunst- und Kulturgegenstände und Sammlungen in unseren Einrichtungen – der Landesbibliothek, dem Landesarchiv, der Kunsthalle. Der zweite Aspekt: Das Schloss Salem, das alte Zisterzienserkloster, ist für uns kulturhistorisch wichtig. Diese Regierung teilt nicht zwischen den kulturhistorischen Anliegen der einen oder der anderen Seite. Wir sehen auch, dass das Haus Baden seine Verpflichtungen in der Vergangenheit ernst genommen hat.

Mit diesen abschließenden Bemerkungen, die von diesem Haus insgesamt geteilt werden, möchte ich zu unserem Finanzminister überleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Johannes Stober SPD: Oh, liebe Leute!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt sind wir aber gespannt, ob das überzeugender wird!)

Finanzminister Gerhard Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einig: Das Schloss Salem ist nicht nur ein hochrangiges Denkmal der Baugeschichte, sondern auch ein Denkmal der Geistes- und Kulturgeschichte im süddeutschen Raum und sogar darüber hinaus.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da sind wir uns einig!)

Man sollte so etwas einmal feststellen, damit wir wissen, wober wir diskutieren.

Die bis 1802 in diesem Gebäude residierende Zisterzienserkloster erreichte im 18. Jahrhundert eine führende Stellung. Eine Zeit lang war sogar der Generalabt der Zisterzienser für ganz Oberdeutschland in diesem Kloster beheimatet. Seit 1803 steht dieses Gebäude im Eigentum des Hauses Baden.

Meine Damen und Herren, jetzt wollen wir doch einmal eines feststellen: Das Haus Baden hat sich in der Vergangenheit alle Mühe gegeben, die ausgedehnte Liegenschaft in gutem Zustand zu erhalten. Dies war nicht nur notwendig für das Denkmal, sondern hat auch eine gewisse Bedeutung für den Tourismus in dieser Gegend und für die Arbeitsplätze. Denn mit dem Schloss und der Schule, die in diesem Schloss beheimatet ist, sind auch eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen verbunden. Deswegen ist es notwendig, dies in seiner Bedeutung für den Bodenseeraum zu sehen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das bedeutet Wertschöpfung für das Land!)

Die Anlage des Schlosses Salem sollte man vielleicht auch noch einmal kurz beschreiben. Die räumliche Ausdehnung ist eine ungeheure. Ich will ein Beispiel bringen: Wenn dieses Schloss in der Innenstadt von Stuttgart läge, würde die räumliche Ausdehnung ungefähr vom Hauptbahnhof bis zum Innenministerium reichen. Wir sprechen immer nur über das

Münster und das Schloss. In Wirklichkeit ist das eine Riesenanlage.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ist das eine Geschichtsstunde?)

Das Münster – das ist ganz besonders wichtig – ist eine der wichtigsten gotischen Kirchen in Deutschland. Es ist, wie ich gelernt habe, nach dem Ulmer Münster und dem Freiburger Münster die drittgrößte baden-württembergische gotische Kirche.

(Abg. Johannes Stober SPD: Wir wissen das alles!)

– Das ist alles notwendig, damit Sie erkennen, dass wir eine Lösung aus einem Guss brauchen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen schildere ich das noch einmal.

Es zeigt aber auch, dass das Haus Baden mit dem Unterhalt dieser Anlage finanziell überfordert war. Es ist in den letzten Monaten oft davon gesprochen worden, das Haus Baden sei pleite. Das ist unsinnig.

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber das Land!)

– Das Land ist keineswegs pleite. Wo waren Sie denn gestern, als wir den Haushalt verabschiedeten?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ich war dabei! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Umso schlimmer!)

Da hätten Sie doch merken müssen, wie gut wir dastehen.

Das Haus Baden ist also keineswegs pleite. Die Geschäfte gehen, allerdings gehen sie nicht so gut, dass man daraus den Unterhalt einer so großen Anlage bezahlen könnte. So einfach ist die ganze Sache. Deswegen war das Haus Baden in den letzten Jahren finanziell überfordert und hat Wert darauf gelegt, diese Klosteranlage, wenn es sein muss, anders verwerten zu können. Es ist davon gesprochen worden, dass die Liegenschaft eventuell veräußert wird. Dazu, wie wahrscheinlich es ist, dass so etwas gelingen kann, werde ich nachher noch einiges sagen.

Eine solche Veräußerung könnte zur Folge haben, dass Schloss Salem für die Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich ist. Die Landesregierung will und muss dieses hochwertige Denkmal in seiner vielfältigen Bedeutung für die Öffentlichkeit und für das Land aber weiterhin erhalten; auch darüber besteht, glaube ich, Einigkeit. Wir werden deshalb mit dem Haus Baden Gespräche führen müssen mit dem allgemeinen Ziel, dafür zu sorgen, dass diese Schlossanlage auch in Zukunft für die Öffentlichkeit von Baden-Württemberg und ganz Deutschland sowie für alle Besucher zur Verfügung steht.

Das Haus Baden hat ein Gutachten zur Wertermittlung in Auftrag gegeben. In der letzten Woche wurde die Zusammenfassung übergeben. Dazu muss man sagen, dass in diesem Gutachten nicht die gesamte Anlage bewertet wurde, sondern nur ein Teil. Ausgenommen sind das Münster und das Schloss, und ausgenommen ist auch der Teil, der, wenn Sie die Straße als vorne betrachten, hinter dem Schloss liegt, die Wiesen und

(Minister Gerhard Stratthaus)

das Rentamt usw. Einbezogen ist im Grunde genommen nur der entlang der öffentlichen Straße liegende Teil von Gebäuden.

Nun hat die mit der Bewertung dieser Gebäude beauftragte Firma, die ein sehr renommiertes Unternehmen ist, das sogenannte Sachwertverfahren gewählt. Das Sachwertverfahren ermittelt, was – sofern das bei einem Schloss überhaupt möglich ist – ein Neubau kosten würde, abzüglich von Abschreibungen, die den heutigen Zustand beschreiben sollen.

Dieses Sachwertverfahren bringt uns aber relativ wenig, um es ganz eindeutig zu sagen. Ganz im Gegenteil: Wir sind sogar rechtlich verpflichtet, den sogenannten Verkehrswert heranzuziehen, wenn wir etwas kaufen. Dabei wird ermittelt, was das Objekt wert wäre, wenn man es am Markt verkaufen würde.

Damit wir nicht in ein falsches Licht geraten: Es ist doch ganz klar, dass der Wert von Salem weit über den Preis hinausgeht. Ich will klarstellen, dass es hier um zwei verschiedene Dinge geht – darüber dürfte kein Streit entstehen –: Wert ist eine ethisch-moralische Angelegenheit, der Preis eine ökonomische.

(Abg. Johannes Stober SPD: So ist es!)

Wir haben uns aber um den Preis zu kümmern. Dass das Schloss und das Münster für die Öffentlichkeit erhalten bleiben sollen, ist selbstverständlich. Wenn das Land Baden-Württemberg oder irgendjemand anders etwas davon erwirbt, erwirbt er allerdings nicht den kulturhistorischen Wert, sondern das, was am Markt wirklich verkäuflich wäre und möglicherweise auch durch einen Dritten gekauft werden könnte.

(Abg. Johannes Stober SPD: Also keine 42 Millionen! Das sag mal dem Buben aus Salem!)

Denn eines müssen Sie auch sehen: Die Anlage Salem – ich habe mich einmal darum gekümmert – findet sich nicht etwa unter einer einzelnen Flurstücksnummer, sondern befindet sich auf Dutzenden von Flurstücken. Wir sehen das immer als eine Anlage, die zusammengehört. Aus Sicht des Grundbuchs sind es viele einzelne Grundstücke – um das einmal vorweg zu sagen.

Wenn wir etwas erwerben würden, wären wir also auf jeden Fall gezwungen, nach dem Verkehrswert zu bewerten und in dieser Richtung weiter zu verhandeln. Wir sind deswegen der Meinung, dass das Land nach diesem Schema, nämlich auf dem Verkehrswert aufbauend, ein unabhängiges Wertgutachten erstellen lassen sollte. Ich gehe davon aus, dass das Haus Baden damit einverstanden ist, wenn wir so etwas tun.

Ich bin davon überzeugt, dass wir innerhalb weniger Wochen ein Ergebnis vorliegen haben werden. Wir sind bereit, dann mit dem Haus Baden zu verhandeln – ich muss es noch einmal sagen: immer mit dem Ziel, diese Anlage zu erhalten. Dabei können wir nur etwas bezahlen, was auch am Markt einen Wert hätte, nicht etwa nur den kulturhistorischen oder den bauhistorischen Wert. Das ist ganz klar.

(Beifall des Abg. Christoph Palm CDU)

Nun ist immer wieder gesagt worden, dass das Grundstück in der Zwischenzeit verkauft werden könnte. Ich halte das für relativ unwahrscheinlich oder fast unmöglich. Ich glaube nicht, dass es auf der Welt so viele Leute gibt, die diese Anlage kaufen würden.

(Zuruf von der CDU: Moskau!)

Kürzlich waren Schweizer hier zu Besuch und haben gesagt: „Nur einem Feind schenkt man ein Schloss.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ganz klar: Üblicherweise verursacht ein Schloss hohe Unterhaltskosten. Wir haben ja 47 Schlösser und kennen uns deswegen aus. Ich glaube nicht, dass die Gefahr besteht, dass Schloss Salem kurzfristig verkauft wird, und ich muss sagen: Auch der Prinz von Baden will nicht, dass es an irgendeinen Fremden verkauft wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja! – Abg. Johannes Stober SPD: Deswegen droht er immer damit!)

Deswegen ist das genannte Vorkaufsrecht zwar existent, aber ohne größere Bedeutung.

Alles in allem, meine Damen und Herren: Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Ich bin überzeugt, dass wir in der Lage sein werden, das Schloss Salem für die Öffentlichkeit zu erhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

(Abg. Klaus Tappeser CDU zu Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Eine hübsche Krawatte! – Gegenruf des Abg. Stefan Mappus CDU: So transparent!)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Minister Frankenberg hat mich an alte Indianerfilme erinnert. Um ihre Spuren zu verwischen, haben die Indianer Zweige hinter sich hergezogen – bei Herrn Frankenberg ist es aktuell vielleicht ein Weihnachtsbaum –, damit man nicht merkt, wer eigentlich der Verursacher war.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Sie tun so, als sei diese Debatte eine Erfindung des Feuilletons vielleicht der FAZ. Sie tun so, als ob wir die Debatte erfunden hätten. Wer hat denn dafür gesorgt, dass es diesen Kulturgüterstreit weltweit und in dieser Schärfe gab?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die Opposition!)

Das war doch eine Mitteilung des Herrn Ministerpräsidenten an die Öffentlichkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Genau! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist er denn?)

(Jürgen Walter)

Da kann man sich doch nicht ein Jahr später hinstellen und so tun, als ob Sie alles richtig gemacht hätten. Wir können doch nicht sagen: Alles, was wir getan haben, war im Sinne des Landes; alles, was wir getan haben, war im Sinne der Kulturgüter.

Im Gegenteil: Sie haben – das muss man hier noch einmal betonen – einen Vorschlag gemacht, der all das fahrlässig aufs Spiel gesetzt hätte, was wir jetzt retten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Es ist ja jetzt kurz vor Weihnachten; da kommt die Nächstenliebe durch. Auf die können Sie jetzt auch hoffen. Wir sind auch gern milde gestimmt, aber wir wollen trotzdem bei der Wahrheit bleiben. Denn auch das ist eine christliche Tugend.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deswegen, meine Damen und Herren, nochmals: Ich verstehe, dass Sie sich jetzt hinter diesem Gutachten verstecken wollen und all Ihre Schandtaten nicht mehr wahrhaben wollen. Man kann aber aus der Geschichte nur dann Lehren ziehen, wenn man sie nicht verdrängt und vergisst, sondern wenn man klar dazu steht, welche Fehler man begangen hat. Deswegen liegt uns ja auch der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP vor, obwohl ich nach den Ausführungen von Frau Berroth nicht genau weiß, ob die FDP/DVP da überhaupt mitmachen will.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das habe ich doch gesagt!)

Dass dieser Antrag jetzt vorliegt, zeigt, dass Sie auf dem richtigen Weg sind.

Jetzt noch ein letzter Satz zu dem, was Minister Stratthaus gesagt hat. Wir sind bereit, diesen Weg, ein Gutachten in Auftrag zu geben, mitzugehen. Wir wollen aber von vornherein klar feststellen: Für uns liegen Sinn und Zweck dieses Gutachtens darin, Schloss Salem zu kaufen. Wir wollen keine Stiftungslösung mehr, wie sie einmal angedacht war und von der FDP/DVP immer noch am Leben gehalten wird.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das entscheiden wir nicht!)

– Wir können es aber fordern. Sie entscheiden ja auch nichts in der Regierung; deshalb ist das auch egal.

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Ihr seid ja manchmal großzügig – ich weiß –, wenn es einmal ein Pöstle gibt, das die FDP bekommt.

Deswegen, meine Damen und Herren: Stehen Sie zu Ihrer Verantwortung! Nehmen Sie dieses Gutachten tatsächlich zur Grundlage aller weiteren Diskussionen, und sorgen Sie mit einem Kauf von Schloss Salem aus dem Grundstock dafür, dass dies einschließlich der Gesamtanlage weiterhin öffentlich zugänglich sein wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wie denn?)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir befinden uns in der besinnlichen Adventszeit, und es gilt ja auch hier verstärkt der Satz, dass der Herr die reuigen Sünder besonders gern in sein Herz schließt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Zwei dieser reuigen Sünder haben wir soeben gesehen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Reinhold Gall SPD: So reuig waren die aber nicht! – Abg. Stefan Mappus CDU: Seit wann arbeitet ihr mit der Bibel? Das ist ja etwas ganz Neues!)

Sie haben versucht, mit Ausführungen über die Kulturgeschichte plausibel darzulegen, weshalb Sie jetzt anderer Auffassung sind als vor gut einem Jahr. Die Wahrheit ist: Sie waren Getriebene. Sie waren nicht die treibende Kraft bei der Aufklärung der Eigentumsverhältnisse.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Jawohl!)

Das für das Land sehr gute Ergebnis der Expertenkommission ist für Sie mehr oder weniger eine aufgedrängte Bereicherung.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Denn Ihre Ausgangsthese für den Deal im September des letzten Jahres war, dass dem Haus Baden Kulturgüter im Wert von 300 Millionen € zustünden.

(Abg. Ingo Rust SPD: Und zwar zweifelsfrei! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Zweifelsfrei“ war das Wort, das dabeistand!)

Jetzt kommt heraus, dass es nur 5 Millionen € sind, also ein Sechzigstel.

(Unruhe)

Sie, Herr Frankenberg und Herr Stratthaus, haben damals versucht, das eine Kulturgut Salem gegen die anderen Kulturgüter in Karlsruhe auszuspielen. Dies hat Ihnen den Vorwurf des kulturpolitischen Banausentums eingebracht. Darüber können auch lateinische Sprüche nicht hinwegtäuschen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Wir halten nach wie vor die Stiftungslösung für Salem für überlegenswert, weil sie ermöglichen würde, dass viele am Erhalt von Salem interessierte Kreise sich beteiligen würden. Wir sind aber auch offen für einen akzeptablen Kaufpreis.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie war das noch einmal mit dem Untersuchungsausschuss? Könnten Sie das auch noch einmal rekapitulieren?)

(Dr. Nils Schmid)

Entscheidend ist, dass wir aus einer Position der Souveränität, der Gelassenheit, der Überzeugung vom eigenen Rechtsstandpunkt in diese Verhandlungen gehen. Es besteht kein Grund zur Panik. Vertreten wir die Interessen des Landes selbstbewusst, meine Damen und Herren!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Winfried Scheuermann
CDU: Ich aber sage euch!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nur, weil Kollege Walter offensichtlich nicht richtig zugehört hat: Natürlich steht die FDP/DVP vollinhaltlich hinter unserem gemeinsamen Antrag Drucksache 14/2154.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann sollten Sie sich auf das eine Gutachten beziehen!)

Ich verweise Sie auf den zweiten Absatz in der Begründung dieses Antrags:

Ob die Übernahme von Salem in das Vermögen des Landes, die Gründung einer Stiftung oder eine andere Alternative die beste Lösung darstellt und von welchem finanziellen Umfang ... auszugehen ist,

– ich kürze ab –

ist zum jetzigen Zeitpunkt noch offen. Dies muss zeitnah ermittelt werden.

Darum ging es, und darum geht es. Ich stimme dem Kollegen Schmid ausdrücklich zu: Das müssen wir in aller Gelassenheit und Ruhe angehen und gründlich und nachhaltig für alle Zukunft regeln.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! – Unruhe)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Zu den beiden Anträgen liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/2154, vor. Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Das war einstimmig.

Ich gehe davon aus, dass damit die Anträge Drucksachen 14/1966 und 14/1905 erledigt sind. – Dies ist der Fall.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Müssen wir wohl! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nur für heute!)

Dann ist damit Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schön, wenn man eine so konstruktive Opposition hat!)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Konsequenzen aus dem Waldzustandsbericht für das Land Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die einleitenden Erklärungen fünf Minuten und für die Redner in der zweiten Runde ebenfalls fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich werde wieder zusammenfassen.

Herr Präsident, wertere Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme an, auch der Forstminister wird in Bälde unter uns sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist schon da!)

– Wo ist er denn? Denn ich möchte ihm gern einige Dinge mit auf den Weg geben und mit ihm dieses Thema ansprechen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie können ihn herbeizitierten!)

Oder sollen wir so lange warten, Herr Präsident? Würden Sie vielleicht die Uhr anhalten?

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das geht nicht! Sie können ihn herbeizitierten!)

Meine Damen und Herren, alle Jahre wieder kommt der Waldzustandsbericht kurz vor Weihnachten.

(Der Redner hält ein Exemplar des Waldzustandsberichts hoch.)

– So sieht er aus. – Die Presse nimmt höchstens am Rande davon Notiz; denn es ist ja nichts Spektakuläres. Es ist nicht neu, dass der Wald leidet. Ich habe den Eindruck, wenn man nur lange genug schlechte Nachrichten verbreitet und sich immer wieder wiederholt, sinkt die Sensibilität und stumpft man ab. Die FDP/DVP-Fraktion ist der Auffassung, dass man dieses wichtige Thema nicht einfach ablegen kann, sondern dass man es aktuell aufarbeiten und gründlich hinterfragen muss.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, für mich heißt dies zunächst: Wie hat sich der Waldzustand verändert? Wie haben sich die Waldschäden entwickelt? Wo liegen die Ursachen, und was tun wir dagegen? Was können wir zur Therapie und was zur Rehabilitation des Waldes beitragen? Herr Minister Hauk, insbesondere stellt sich die Frage, welche Konsequenzen wir in der Landespolitik aus den aktuellen Ergebnissen des Waldzustandsberichts 2007 ziehen.

Der Wald nimmt multifunktionale Aufgaben wahr. Er ist essenziell für unser Leben, denn der Wald ist unser wichtigster Sauerstofflieferant. Er liefert nicht nur nachwachsende, kohlendioxidneutrale Rohstoffe. Nein, er stellt auch Arbeitsplätze für viele Menschen zur Verfügung. Er prägt unsere Kultur-

(Dr. Friedrich Bullinger)

landschaft. Und – das will ich in Richtung Tourismus sagen, Herr Staatssekretär – er ist einer derjenigen, die unser attraktives Tourismusland letztendlich stabilisieren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der Wald hat aber nicht nur Schutzfunktionen, sondern auch eine Vielzahl weiterer Funktionen: Er ist Wasserspeicher, biologischer Filter, er schützt unsere Böden, er sorgt für die Wasserhaltefähigkeit. Das heißt, er verhindert den Bodenabtrag, die Erosion. Er hat natürlich auch lokale klimaregulatorische Aufgaben, und er sorgt ständig für einen Luftaustausch. Er ist biologischer Staubfilter und befreit unsere Atemluft von Ruß und gasförmigen Verunreinigungen.

Oder umgekehrt: Was wären wir ohne den Wald? Wir hätten keinen Wasserspeicher, keinen Luftreiniger, keinen Erholungsraum, und wir wären ohne unser gewohntes Landschaftsbild.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Werte Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister, Fakt ist, dass sich der Wald auch vier Jahre nach dem extremen Trockenjahr 2003 trotz segensreicher Niederschläge in den letzten zwei Jahren nicht wesentlich erholt hat. 40,2 % der gesamten Waldfläche in Baden-Württemberg weisen das höchste Schadensniveau seit Beginn der Beobachtungsperiode im Jahr 1983 auf. Der Wald leidet also weiterhin, und er ist geschwächt – Stichworte Borkenkäfer, Buchdrucker, Eichenspinner.

Weiter müssen wir befürchten, dass vor allem die Stickstoffeinträge aus der Luft die Toleranzschwellen der Waldböden weiter überschreiten. Bei der Entschwefelung von Schweröl und Diesel haben wir wirklich hervorragende Fortschritte erzielt. Das reicht aber nicht aus, meine Damen und Herren. Denn andere Säurebildner werden von uns allen – vor allem durch den Autoverkehr, durch die Mobilität – eingetragen. Und nebenbei bemerkt: Auch mit einer zweiten Start- und Landebahn am Stuttgarter Flughafen mit einer Verdopplung der Touristenzahl von drei auf sechs Millionen, die hier mit Billigfliegern wegfliegen, wäre sicherlich kein Beitrag für den Wald geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist der zunehmende Autoverkehr. Um das einmal klarzustellen: Ich fahre unheimlich gern Auto – immer dann, wenn es nicht anders geht. Wir brauchen Mobilität auch im ländlichen Raum. Deshalb möchte ich zu diesem Bereich auch einmal klar Stellung nehmen.

Im Autobauerland Baden-Württemberg wird man ab heute umdenken müssen. Denn die EU wird sich nicht mehr mit leeren Versprechungen abspesen lassen, sondern wird die Grenze von 130 g CO₂-Ausstoß pro Kilometer heute festschreiben. Leider – das muss ich dazusagen – hat die Autoindustrie zu lange gewartet und hat ihre Glaubwürdigkeit verloren, weil sie ihre eigenen Versprechungen nicht eingehalten hat. Denn sie baute, bewarb und verkaufte sogenannte SSD-Fahrzeuge: schneller, schwerer, durstiger. Meine Damen und Herren, wir brauchen Mobilität, aber das geht auch unter 200 kW Leis-

tung, unter 3 t Gewicht und unter 200 g CO₂-Ausstoß pro Kilometer.

(Beifall bei der FDP/DVP)

40 % der Landesfläche sind Wald. Das Argument, dass der Holzvorrat von 464 Millionen m³ im Jahr 1987 auf 485 Millionen m³ im Jahr 2002 enorm angewachsen ist, darf uns über den Gesundheitszustand des Waldes – das ist etwas ganz anderes – nicht täuschen. Der Klimawandel ist offensichtlich. Das extreme Trockenjahr hat ja gezeigt, welche Spuren ein solches Ereignis hinterlässt.

Meine Damen und Herren, die Ursachen sind bekannt. Wir alle sind uns bewusst, dass wir eine andere Energiepolitik betreiben müssen. Wir müssen mehr regenerative Energien einsetzen. Wir müssen vor allem Energie sparen. Das ist, glaube ich, das Wichtigste, wenn wir dem Wald etwas Gutes tun wollen.

Zum Klimagipfel in Bali: Es ist für mich skandalös

(Glocke des Präsidenten)

– lassen Sie mich den Satz bitte noch ausführen –, wenn 4,6 % der Weltbevölkerung 21,8 % der Energie verbrauchen. Meine Damen und Herren, das ist verantwortungslos von den US-Bürgern. Eine Regierung von Amerika, die das leugnet, versündigt sich an Kreatur, Natur und an unseren Kindern und Enkeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Dr. Bullinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja.

Präsident Peter Straub: Bitte schön, Herr Abg. Haas.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt wird es ernst!)

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Kollege Bullinger, bevor Sie sich weiter mit der Waldschadenssituation überall auf dieser Welt auseinandersetzen, möchte ich Sie fragen: Wie erklären Sie, dass sich die Landesregierung von Baden-Württemberg weitestgehend aus der Aktion Waldkalkung zurückgezogen hat, aus einer Maßnahme, die zwingend notwendig war, um den Wald in dem alten Bestand zu erhalten und die Kulturlandschaft zu pflegen?

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lieber Herr Kollege, ich habe Ihre Kleine Anfrage von vor vier Jahren auch gelesen. Ich bereite mich ja vor. Ich weiß, Sie kommen aus dem Schwarzwald.

Ich darf Ihnen eines sagen: Ein Fußballspiel ist nicht nach 90 Minuten zu Ende, sondern dann, wenn man es abpfeift. Wenn Sie warten, bis ich mit meinen Ausführungen fertig bin, dann haben Sie die Antwort auf die Frage, die Sie gerade gestellt haben.

Meine Damen und Herren, zurück nach Baden-Württemberg. Ich frage die Landesregierung: Was können wir hier in Baden-Württemberg, wo der Waldanteil 40 % beträgt, vor Ort tun, um zu einer Gesundung des Waldes beizutragen? Was

(Dr. Friedrich Bullinger)

können wir an Therapie anbieten? Die positiven Wirkungen der Bodenschutzkalkungen – das ist nachgewiesen – haben einiges erreicht. Die Frage ist nur, Herr Minister: Tun wir hier genügend?

(Abg. Norbert Zeller SPD: Die Frage ist, warum es nicht mehr gemacht wird! Das war die Frage!)

Die Bodenschutzkalkung zur Regenerierung, zur Stabilisierung und zur besseren Pump- und Filterfunktion ist erforderlich. Es reicht nicht aus, meine Damen und Herren, nur die Therapie anzubieten. Vielmehr müssen natürlich auch die Ursachen bekämpft werden. Meines Erachtens, Herr Kollege, reichen auch Kalkungen längerfristig nicht aus; denn der Boden braucht – je nach Bodengenetik, nach Bodenzusammensetzung, nach Alter und nach Säurezustand – nach 15 bis 20 Jahren eine Nachkalkung. Das wissen auch Sie genau, und darüber müssen wir uns unterhalten, meine Damen und Herren. Ich bin der Überzeugung, dass das Thema Wiederholungskalkung für das Forstministerium, für die Landesregierung und auch für uns ein Thema bleiben muss.

Wir dürfen bei der Forschung nicht nachlassen, und wir dürfen auch nicht nachlassen, wenn es um die Umsetzung neuer forstwissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis geht. Auch halte ich die Beibehaltung des Einheitsforstamts – das sage ich hier auch –, das qualifizierte Beratung für Staats-, Kommunal- und Privatwald vor Ort leistet, für wichtig. Hiermit tun wir dem Wald wirklich etwas Gutes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Lassen Sie mich zum Schluss noch daran erinnern, dass es ein Urteil des Bundesgerichtshofs vom 10. Dezember 1987 gibt, in dem eindeutig festgestellt wurde, dass der Tatbestand der „neuartigen Waldschäden“ – so nannte man das Phänomen damals – entschädigungswürdig und entschädigungsbedürftig ist. Das war vor 20 Jahren. Wir wissen allerdings, dass diese Zuordnung natürlich sehr schwierig und eigentlich nicht machbar ist. Deshalb sind wir alle in der Verantwortung, dem Wald zu helfen; denn das ist ein Teil der Daseinsvorsorge, und es liegt im öffentlichen Interesse. Wenn wir hierfür Geld ausgeben, ist das, glaube ich, auch zu rechtfertigen. Das wertvolle Gemeingut Wald hat es verdient, dass wir ernsthafter mit dem Thema Waldschäden umgehen.

Meine Damen und Herren, an die Landesregierung habe ich, Herr Minister, abschließend die Frage: Wie wollen wir aus den Ergebnissen Konsequenzen ziehen, und was können wir bei all dem, was wir bereits tun, noch besser machen? Was können wir gegen die Waldschäden tun, und welche Therapien und Realmaßnahmen wie z. B. die Waldkalkung müssen zur Anwendung kommen?

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Locherer.

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Da-

men und Herren! Zunächst einmal stelle ich fest, dass es schade ist, dass der Kollege Walter von den Grünen nicht mehr im Plenarsaal ist. Er sprach gerade davon, wie man Tannenbäumchen hinter sich herzieht. Wenn wir jetzt gerade das Thema Wald behandeln, sage ich: Wir halten die Tannenbäumchen hoch und ziehen sie nicht hinter uns her. Das wäre sonst despektierlich gegenüber unserem Wald.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist halt der Unterschied! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut! – Abg. Ingo Rust SPD: Es kommt darauf an, ob Sie Brennholz haben wollen oder nicht!)

Im Übrigen – da wir gerade von Schlossern sprachen – haben wir unseren Wald genauso lieb wie unsere Schlösser. Darum setzen wir uns als CDU-Landtagsfraktion besonders für den Erhalt und Fortbestand sowie den Ausbau unseres Waldes hier in Baden-Württemberg ein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! – Abg. Alfred Winkler SPD: Für die Waldschlösser!)

Der Wald hat tatsächlich – da bin ich bei Ihnen, Herr Kollege Bullinger – in Deutschland einen hohen Stellenwert. Das ist recht und gut so. 11,1 Millionen ha Wald gibt es in Deutschland, und sechs Millionen Menschen – mit dieser Zahl möchte ich den hohen Stellenwert des Waldes für Erholung, Urlaub und Ferien gleich anfangs zum Ausdruck bringen – verbringen in unserer Republik ihre Freizeit im Wald. Auch daher hat der Wald einen hohen Stellenwert.

(Abg. Ingo Rust SPD: Z. B. im Schwarzwald! – Gegenruf der Abg. Katrin Altpeter SPD: Oder im Hotzenwald!)

Der Wald in Deutschland ist mit 3,38 Milliarden m³ Holzvorrat der größte in der Europäischen Union. In Baden-Württemberg ist der Wald die dominierende Landschaftsform: 39 % der Landesfläche sind bewaldet. Und – auch das wurde schon gesagt – gerade der ländliche Raum lebt vom Wald, der dort mit der Holzverarbeitung und -vermarktung ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.

Das Umweltmonitoring und der Waldzustandsbericht sind eine unverzichtbare Hilfe, um zu erfahren, wie es um den baden-württembergischen Wald bestellt ist. Meine Damen und Herren, nicht nur hier geht es ab und zu hitzig und febrig zu, etwa wenn wir über Schloss Salem und andere Dinge sprechen, sondern es ist auch wichtig, ab und zu das Fieber im Wald zu messen und festzustellen, welche Umweltfaktoren es sind, die ihn in seiner Gesundheit, ja in seinem Bestand gefährden. Das ist von großer Bedeutung.

Ich freue mich, dass wir seit 1983 ein Umweltmonitoring haben. Baden-Württemberg war eines der ersten Länder, die dieses Monitoring durchgeführt haben. Es ist damit übrigens auch Beispiel und Vorreiter für die Europäische Union, die dies ebenfalls und in gleicher Weise macht.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Hört, hört! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist eine tolle Sache!)

(Paul Locherer)

Im Namen der CDU-Landtagsfraktion darf ich mich bei allen beteiligten Wissenschaftlern und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die objektive und fundierte Ausarbeitung bezüglich der Reaktionen und Entwicklungen des Ökosystems Wald bedanken. Das ist, meine Damen und Herren, eine wertvolle Hilfe, für die wir sehr, sehr dankbar sind.

Zunächst dürfen wir feststellen, dass sich der Waldzustand in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert hat und erstmals seit vier Jahren wieder ein Rückgang des mittleren Nadel- und Blattverlustes über alle Baumarten zu verzeichnen ist – übrigens mit unterschiedlichen Trends bei den verschiedenen Baumarten.

Das ist auf der einen Seite erfreulich, aber – das sage ich auch – überhaupt kein Grund, sich im Bemühen um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für unseren Wald zurückzulehnen, ganz im Gegenteil. Die Einflussfaktoren in Bezug auf den Waldzustand wie Stoffeinträge durch Luftverschmutzung, der Stressfaktor Extremwitterungen durch Klimawandel und die damit einhergehende größere Empfindlichkeit gegenüber Insektenschäden zwingen uns erstens, eine ständige Kontrolle des Waldzustands durchzuführen, und zweitens, Maßnahmen zum Schutz des Waldes zu verstärken.

Hier gibt es zunächst Maßnahmen, die unmittelbar mit der Waldbewirtschaftung zusammenhängen, z. B. die Förderung von Mischwäldern – es ist übrigens, meine Damen und Herren, bei uns im Allgäuer Alpenvorland von großer Bedeutung, die Monostrukturen aufzulösen und durch Mischwälder zu ersetzen – und eine intensive Waldpflege. Das Konzept der naturnahen Waldbewirtschaftung mit hoher Biodiversität und genetischer Vielfalt der Waldökosysteme ist hier von großer Bedeutung.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im forstlichen Dienst aussprechen. Vom Waldarbeiter bis hin zum Mitarbeiter in der Forstverwaltung leisten alle wertvolle Dienste, sind perfekt ausgebildet, haben Fachkompetenz und mögen ihren Beruf im Forstbereich. Herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Forstwirtschaftliche Maßnahmen sind allerdings nur die eine Seite der Medaille. Ich glaube, die andere Seite dieser Medaille, nämlich die Notwendigkeit eines konsequenten Klimaschutzes und einer Luftreinhaltepolitik mit Schadstoffreduzierung und Senkung des Ausstoßes schädlicher Gase, hat noch eine viel größere Wirkung, als sie forstliche Maßnahmen jemals erzielen könnten.

Die Staatengemeinschaft scheint begriffen zu haben, dass dies eine globale Aufgabe ist. Meine Damen und Herren, das Schwitzen der Gletscher und das Fieber im Wald sind Folgen von weltweiten, auch walddrelevanten Klimaveränderungen. Deshalb, sehr geehrter Kollege Dr. Bullinger, springt die Frage nach Konsequenzen in Baden-Württemberg zu kurz. Unser Blick muss darüber hinausgehen, und zwar auf allen politischen Ebenen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Aha! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt's raus!)

International und national sind Klimawandel und Klimaschutz zum politischen Thema Nummer 1 geworden, und das ist gut so.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

In der internationalen Auseinandersetzung – das sage ich auch ganz deutlich – zwischen Befürwortern einer sich in diesem Zusammenhang verändernden Politik und einigen Hardlinern der Öl- und Erdgaslobby kommt Gott sei Dank allmählich und sicher Bewegung in das Spiel.

So darf ich unserer Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel, der es beim G-8-Gipfel in Heiligendamm gelungen ist, mit Charme, politischem Geschick und Durchsetzungsvermögen den bockbeinigen George W. Bush zu überzeugen, herzlich gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Sie entschuldigen das Allgäuer Wort „bockbeinig“.

(Unruhe)

Lieber Herr Kollege Pix – da werden Sie mir jetzt Beifall spenden; davon bin ich überzeugt –, sie hat das auch mit badischem Wein aus dem Ländle – vom Kaiserstuhl, aus unserer Weinpartnergemeinde Eichstetten – geschafft. Da sehen Sie einmal, was Baden-Württemberg, was das Ländle alles vermag. Sie hat ihn damit auch ein bisschen bezirzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir sind dank des Allgäus einfach spitze! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Allgäu vorn!)

Nun zur nationalen Ebene und zur Ebene des Landes Baden-Württemberg. Der Bund, das Land und die Kommunen ergreifen seit Jahren verstärkte und erfolgreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Klimabedingungen. Das Integrierte Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung gibt weitere Anhaltspunkte für konkrete Maßnahmen auf nationaler Ebene.

Ausgehend vom Basisjahr 1990 soll mit diesem Programm erreicht werden, dass die Reduzierung der Treibhausgasemissionen von derzeit 18 % – wie gesagt, bezogen auf 1990 – auf 36 % erhöht wird. Von Bedeutung ist, dass ein solches Klimaprogramm nicht nur die Reduzierung von Treibhausgasemissionen, sondern auch die Verringerung von Deutschlands Abhängigkeit von Energieimporten zum Ziel hat. Es hat auch Bedeutung für die Weiterentwicklung von neuen, innovativen Energietechnologien, bei der wir in Deutschland Gott sei Dank die Nase vorn haben.

Auf der Ebene unseres Bundeslands konzentrieren sich die Schwerpunkte für Klimaschutzmaßnahmen auf Gebäudesanierung – übrigens, meine Damen und Herren, unsere Gesetzgebung ist hier sehr klimafreundlich –, auf umweltfreundliche Mobilität, auf Energieeffizienz in Industrie, Gewerbe und Haushalten, Energieeinsparung in Landesgebäuden und kommunalen Klimaschutz. Übrigens engagieren sich gerade die Kommunen sehr stark in diesem Bereich. Der Beweis ist auch

(Paul Locherer)

die Verleihung von Zertifikaten nach dem European Energy Award an insgesamt 30 Kommunen in Oberschwaben. Man darf ruhig auch einmal sagen, wie sich die Kommunen hier beim Ausbau der erneuerbaren Energien und für die Zukunft der Kraft-Wärme-Kopplung anstrengen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss nochmals zu den Bemühungen in Oberschwaben. Ich darf Ihnen hier berichten – das darf man auch im Landtag sagen –, dass es uns gelungen ist, dank des Einsatzes der Energieagentur Oberschwaben eine Reduzierung des CO₂-Aufkommens um 113 000 t zu erreichen und den Versorgungsgrad der Bevölkerung aus regenerativen Energien mit 38 % darzustellen. Das ist ein Erfolg, unterstützt vom Bundesland Baden-Württemberg, der sich sehen lassen kann. Sie sehen, meine Damen und Herren: In Oberschwaben, woher ich komme, wird grün gedacht und Gott sei Dank weiterhin schwarz gewählt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bei einem solchen Abgeordneten fällt es einem leicht, schwarz zu wählen!)

Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Peter Hofelich SPD: Hoffentlich merken das die Wähler nicht!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einen kleinen Vergleich ziehen: Die Anwesenheitsquote hier im Saal übersteigt die Quote der noch gesunden Bäume. Letztere beträgt ein Viertel, die Anwesenheitsquote ist ungefähr ein Drittel.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Hast du das ausgerechnet?)

– Überschlällig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte die Chance nicht verstreichen lassen, das literarisch besetzte Thema Wald anzugehen, indem ich ein Zitat, und zwar ein Zitat von Goethe, an den Anfang stelle:

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nein, Eichendorff!)

Ich ging im Walde so für mich hin, und nichts zu suchen, das war mein Sinn.

Das war vor 180 Jahren vielleicht noch möglich, aber heute würde Goethe nicht mehr so unbedarft durch den Wald schlurfen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war ja zu Zeiten der Monarchie! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wie würde er heute sagen?)

Der Wald musste schon immer ziemlich viel aushalten, ob es nun die Kohlenmeiler des ausgehenden Mittelalters als Vorstufe zur Industrialisierung waren oder der Sturm und Drang der Romantik und die daraus resultierende Waldeslust. Der Brennholzverbrauch pro Kopf war zu Beginn des 20. Jahrhunderts genauso groß wie heute, mit einem Unterschied: Heute

wird Holz auch zur Papierherstellung benutzt, damals ausschließlich zum Heizen. Zudem musste der Wald auch einen Raubbau durch Reparationsleistungen nach dem Krieg aushalten, den sauren Regen der Achtzigerjahre, die großen Stürme Lothar und Wiebke, die Borkenkäferplage aufgrund der milden Winter und die Verwaltungsreform in der Forstwirtschaft, die Herrenreiter früher und die Mountainbiker heute sowie die noch immer zunehmende Wildschweinpopulation. Der Wald ist in Mode bei Joggern, Nordic Walkern, Downhillbikern. Er ist Lebensraum für die urbane Gesellschaft.

Und nun ist er als Thema einer Aktuellen Debatte auch ins Visier der FDP/DVP geraten. Aktuell, lieber Kollege, mag der Wald ja sein, wenn man die aktuelle Christbaumsaison betrachtet. Aber aktuell ist das Thema nun wirklich nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Winkler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger zur Aktualität?

Abg. Alfred Winkler SPD: Ja, selbstverständlich.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nachdem der Abgeordnete meint, wir hätten das Thema nun auch entdeckt: Herr Winkler, ist Ihnen bekannt, dass Anfang der Achtzigerjahre Professor Ernst Waldemar Bauer – Ihnen sicherlich bekannt, wenn Sie sich mit naturwissenschaftlichen Themen auch einmal über das Fernsehen auseinandersetzen – der Erste war, der dieses Thema hier angesprochen hat?

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Abg. Alfred Winkler SPD: Die Beantwortung dieser Zwischenfrage ergibt weitere zwei Minuten Redezeit für mich, danke. – Lieber Kollege, das Thema Waldschäden ist ja mit den Schwefelemissionen Ende der Siebziger-, Anfang der Achtzigerjahre ganz groß bei uns aufgekommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mir geht es um den Vorwurf, wir würden das erst jetzt entdecken! Wir haben das in diesem Haus als Erste thematisiert!)

– Auf diesen Vorwurf komme ich noch zurück. Ich will damit sagen: Aktuell ist das Thema beileibe nicht. Sonst würde die Landesregierung nicht von einem Waldzustandsbericht, sondern von einem Waldschadensbericht reden. In Wirklichkeit müsste er sogar Waldschadenzustandsbericht heißen. Lieber Kollege, das ist ein ständiges Thema, und damit sind wir wieder d'accord.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Natürlich!)

In der Tat muss der Wald für vieles erhalten: Kohlendioxid-senke, Wasserspeicher, Sauerstoffproduzent, Wirtschaftsfaktor, Freizeitnutzung und Waldbestattung, Lebensraum für Tiere und Waldkindergärten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Alles klar!)

Sogar als Gebührenquelle für Gruppen war er schon im Gespräch. Wie gesagt: Die Erwartungen an den Wald sind gewachsen.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Friedhof!)

(Alfred Winkler)

– Das habe ich gesagt. – Man müsste ihn erfinden, wenn es ihn nicht gäbe. Es gibt ihn, aber es geht ihm schlecht, sehr schlecht sogar.

Ich zitiere aus der Pressemitteilung der Landesregierung vom 27. November 2007: „Leichter Rückgang der Waldschäden im Vergleich zum Vorjahr“. Darin steht:

Die Landesregierung verfolgt seine Entwicklung daher besonders aufmerksam und unterstützt Maßnahmen zur Stabilisierung und Verbesserung des Waldzustandes.

Welch ein politischer Kraftakt der Landesregierung! Da wird Gesundbeten als neue forstwirtschaftliche Theorie eingesetzt. Das ist zu wenig.

Die Vertreter der Kalkbranche – wir wissen, sie haben eigene Interessen – sagen z. B., es sei traurig, wenn das Land im Jahre 2006 rund 13 Millionen € im Wald einnehme, im Jahr 2007 aber nur wenige Mittel und im Jahr 2008 keine Mittel für Kalkung mehr vorsehe.

(Zuruf: Aha!)

Der Wald kränkt seit 30 Jahren vor sich hin. Wir wissen das. Wenn die Leute durch den Wald gehen und sich nicht so auskennen, dann gaukelt das regelmäßige Entnehmen der kranken und abgestorbenen Bäume den Leuten, den Laien einen guten Zustand des Waldes vor, den er nicht hat.

Die Aktuelle Debatte fragt nach den Konsequenzen. Lieber Kollege,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Locherer! Den Namen sollte man sich merken! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Paul Locherer aus Amtzell! – Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

lieber Kollege Locherer, die Konsequenzen sind tatsächlich nicht nur außerhalb zu suchen, sondern sie liegen schon auch bei uns. Die Antwort auf die Frage nach Konsequenzen in der Aktuellen Debatte heißt: Beim Wald muss die Pufferfähigkeit des Bodens durch Kalkung wieder verstärkt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Der Wald darf nicht durch unsinnige Forstreformen und Verwaltungsreformen geschwächt werden, die eigentlich mehr ein Beschäftigungsprogramm für die Forstleute als ein Programm für den Wald sind.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Deswegen brauchen wir auch sinnvolle Reformen!)

Die Korrekturen bei der Forstverwaltung dürfen nicht nur auf die Vermarktung von Holz beschränkt bleiben, sondern sie müssen sich auch darauf ausrichten, dass sie auf den Zustand des Waldes eingehen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Deshalb gibt es künftig einen LHO-Betrieb!)

Meine Damen und Herren, im zweiten Teil nenne ich noch einige Themen zur Konsequenz. Ich möchte jetzt in diesem Teil zum Schluss, wieder mit Goethe – leicht verändert –, sagen: Ich geh im Walde so für mich hin; er ist wieder gesund, das war mein Sinn.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Peter Hofelich SPD: Jawohl! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Teilweise kann man applaudieren! Aber nur teilweise! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Alfred, du bist ein guter Dichter! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das reimt sich aber schlecht!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pix.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestern Abend hat unser Ministerpräsident bei der Verabschiedung von Stefan Rösler vom NABU folgende Weisheiten kundgetan: Er sagte, dass es ihm wichtig sei, für einen Interessenausgleich von zunehmender Industrialisierung und damit verbundenen steigenden Emissionen einerseits und den ökologischen Interessen andererseits zu sorgen. Das sei wohl auch das oberste Ziel der Landesregierung.

Wenn wir uns heute hier in der Aktuellen Debatte mit dem Waldzustandsbericht beschäftigen, dann handelt es sich sicher nicht nur um ein Ritual, wie es vorhin angeklungen ist, das sich jährlich wiederholt. Ich bin der FDP/DVP sehr dankbar dafür, dass sie diesen wirklich interessanten Konflikt, den wir hier auszutragen haben, in die Aktuelle Debatte getragen hat.

Es gibt noch einen anderen Waldzustandsbericht, nämlich den der Bundesregierung. Er wird nur alle vier Jahre neu aufgelegt. Der letzte Bericht stammt aus dem Jahr 2006. Er hat auch einen sehr interessanten Tatbestand zutage gebracht, nämlich den, dass Baden-Württemberg zusammen mit den Montanländern Nordrhein-Westfalen und Saarland leider – das muss man sagen – auch in Bezug auf die Schäden und das Schadensbild der Wälder an der Spitze liegt. 38 % des Landes sind mit Wald bedeckt, das entspricht 1,3 Millionen ha; davon sind 40 % stark bis besonders stark geschädigt. Das sollte uns aufhorchen lassen, zumal hier, wie es schon angeklungen ist, nicht nur das „Autoländle“ Arbeitsplätze bietet, sondern der Wald und die mit ihm zusammenhängende Industrie mindestens genauso viele Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zur Verfügung stellen.

Leider muss man festhalten, dass der Wald auf hohem Niveau nicht nur vor sich hinkränkt, wie Kollege Winkler es gerade verharmlosend gesagt hat, sondern dass er auf hohem Niveau dahinsiecht. Wir haben es hier mit einem ähnlichen Phänomen wie bei unserer Finanzkonjunktur zu tun. Wenn man bis 1983 zurückgeht, wird man feststellen, dass die Waldschäden in Baden-Württemberg in kleinen Zyklen leider sehr signifikant linear ansteigend wachsen. Deswegen lässt sich das Problem nicht verharmlosen und verniedlichen.

Mit dem neuen Waldzustandsbericht darf man sich nicht wieder zurücklehnen und die Arme verschränken, wie es die Landesregierung schon seit einem Vierteljahrhundert macht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja unglaublich! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Dann muss eben der Minister etwas sagen!)

Man muss vielmehr leider feststellen – nachdem die Diagnose doch so eindeutig ist und die FVA hier in hervorragender

(Reinhold Pix)

Weise Ergebnisse vorgelegt hat, die sehr signifikant und zuverlässig erarbeitet worden sind und auch keinerlei Interpretationen zulassen –, dass eine Therapie nach wie vor fehlt bzw. die Therapievorschläge, die wir hier schon öfter gemacht haben – da gibt es ja genug –, leider nicht umgesetzt werden.

Es ist bitter für uns, vor allem für meinen Fraktionskollegen Franz Untersteller, der klimapolitischer Sprecher ist, mit ansehen zu müssen, wie unser Wald als Biomasseträger Nummer 1 in Baden-Württemberg und als CO₂-Speicher nach und nach wegbricht.

Es ist bitter für uns, vor allem für meine Kollegin Gisela Splett, unsere Umweltbeauftragte, mit anschauen zu müssen, wie das Ökosystem mit seiner biologischen Vielfalt nach und nach in sich zusammensackt.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Unruhe)

Es ist sehr bitter, zuschauen zu müssen, wie Waldeigentümer und Waldbesitzer – egal, ob das private oder kommunale Eigentümer sind oder ob es das Land ist – schleichend eine Ent-eignung über einen Wertverlust erleiden müssen. Denken wir nur an Lothar, Wiebke, Vivian und Kyrrill zurück. Dann sehen wir, wie diese Waldeigentumsgesellschaft über den Holzpreisverfall in sich zerfällt.

Es ist äußerst bitter, mit anschauen zu müssen, wie der „Haupt-brotbaum“ der Sägeindustrie in Baden-Württemberg, die sich auch sehr stark in Richtung Export orientiert, nämlich die Fichte – sie macht 35 % unserer Baumarten aus und fällt damit sehr stark ins Gewicht; dieser aktuelle Bericht zeigt das besonders präzise –, nach und nach vor allem an trockenen Standorten – auch im Neckartal – ihre Standortbedingungen verliert und auch aufgrund der klimatischen Entwicklung weiter verdrängt wird.

Aber am bittersten für uns alle ist es, mit ansehen zu müssen, wie der Wald seit einem Vierteljahrhundert vor sich hinstirbt und die Landesregierung zuschaut. Man müsste hier eigentlich von unterlassener Hilfeleistung sprechen. Es nützt uns nichts, das Waldsterben zu verharmlosen. Das ist eine Schönfärberei. Es ist fast schon euphemistisch, zu sagen, hier handle es sich eigentlich nicht um gravierende Waldschäden oder um ein Waldsterben, sondern höchstens um hier und da auftretende Waldschäden, und dann letztendlich von einem Waldzustandsbericht zu sprechen.

Analyse allein genügt nicht. Es muss gehandelt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es fehlt ein Handlungskonzept. Kompensationskalkungen sind vielleicht eine Schmerztablette. Ich kann Ihnen nur mit Horst Stern zurufen: Rettet den Wald!

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Ernährung und Ländlichen Raum, Peter Hauk.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und Forstfachmann par excellence! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Jetzt kommen qualifizierte Ausfuhungen!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Prinzip sind drei Einflussfaktoren für den Gesundheitszustand unseres Waldes in Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung. Einerseits sind es die bekannten Schadstoffeinträge. Zum anderen sind es biotische Schädigungen, z. B. durch Borkenkäfer, aber auch – da merken wir schon die Einflüsse des Klimawandels – beispielsweise durch den Eichenprozessionsspinner, ein besonders warmeliebendes Insekt, das früher nur alle zehn bis 20 Jahre überhaupt einmal bedeutsam war, aber allein in den letzten zehn Jahren schon dreimal häufiger auftrat.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Damit im Zusammenhang steht, immer wichtiger, auch die Witterung,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

und die Witterung ist wiederum ein Stück weit von unserem eigenen Verhalten abhängig, nämlich davon, was wir an CO₂ zusätzlich emittieren, das bisher fossil gebunden war, und gegebenenfalls auch davon, was wir an anderen Gasen emittieren.

Damit wird klar, dass in diesem Gesamtkomplex – Schadstoffeinträge, biotische Schädigungen und Witterungsprozesse – der Mensch zunächst einmal ein Gutteil der Ursachen ausmacht. Wir hatten in früheren Jahr-millionsen, Jahrhunderten oder Jahrtausenden – ich denke dabei an die letzten hunderttausend Jahre – sechs Eiszeiten, bei denen es keine anthropogenen Einflüsse gab. Aber der starke Anstieg der Temperaturen, der signifikant ist und der auch von niemandem mehr ernsthaft in Zweifel gestellt wird, ist sicherlich anthropogen, also vom Menschen verursacht. Wir müssen deshalb alles daran setzen, nicht nur Symptome zu kurieren, sondern auch an die Ursachen heranzugehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Ich komme gleich darauf, Herr Kollege Pix. Wenn Sie meinen, in den letzten 25 Jahren sei nichts geschehen, muss ich sagen: Wahrscheinlich haben Sie doch nicht in Baden-Württemberg gelebt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, es gibt ein paar ewige Ignoranten,

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Soll es geben!)

die alles ignorieren, was die Landesregierung macht, die aber dennoch sagen: Bei uns ist es am schönsten. Aber sei's drum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten vier Jahren zeigt der Waldzustandsbericht generell einen stark zunehmenden Einfluss von Witterungsextremen. Dabei waren die Auswirkungen des Jahrhunderts-sommers 2003 auf die Bäume im Südwesten besonders gravierend. Böden und Bäume haben ein Langzeitgedächtnis. Es sind Gott sei Dank langlebige Organismen. Die Auswirkungen sind heute noch spürbar.

(Minister Peter Hauk)

Noch niemals, seit wir diese Waldzustandserhebungen machen, hat es das gegeben, dass wir über vier Jahre hinweg einen Nadel- und Blattverlust von über 25 % festgestellt haben. Das zeigt, dass der Einfluss der Witterung, des Klimawandels und der Ausfluss des trockenen Jahres 2003 zweifelsohne zusammenspielen. Den Organismus Wald, den Lebensraum Wald, die Wälder und Bäume muss man sich vereinfacht vorstellen wie einen menschlichen Organismus, der von vielerlei Bereichen beeinträchtigt werden kann: direkt angegriffen, direkt verwundet über Säureeinträge – das tut dem Menschen auch nicht gut – bis hin zu schleichenden Vergiftungen. Das soll es in der Kriminalliteratur und -historie auch schon gegeben haben. All diese Dinge strömen derzeit auf den Wald ein.

Als Folge des Klimawandels werden wir solche extremen Wetterlagen, wie wir sie hatten – Stürme sowieso, aber auch trockene Jahre – in Zukunft in immer kürzeren Zeitabständen zu erwarten haben. Angesichts dieser Perspektive müssen wir alles dafür tun, dass unsere Wälder so stabil wie möglich sind. Oder umgekehrt: Wir müssen die Stressfaktoren, die das Regenerationsvermögen der Bäume beeinträchtigen, reduzieren. Insbesondere spielt da – das ist ein ganz entscheidendes Element, weil das sehr selten betrachtet wird; man sieht immer nur das, was wächst; das ist ähnlich wie bei den Fischen, die sich auch nicht immer der ungeteilten Aufmerksamkeit des Naturschutzes erfreuen;

(Abg. Heiderose Bertho FDP/DVP: Oder die Kleintiere um die Fische herum!)

da schaut man eher auf die Kormorane, die fliegen – die Destabilisierung der Wälder durch eine steigende Versauerung der Waldböden mit hinein. Dies erhöht deren Anfälligkeit gegenüber witterungsbedingten Stressfaktoren.

Deshalb muss der Bodenforschung und auch der Vermeidung von Beeinträchtigungen des Grundwassers in den nächsten Jahren breiter Raum geschenkt werden. Ich sage nicht, dass dort eine Zeitbombe tickt. Aber die Entwicklung in unseren Böden und damit im Einflussbereich des Grundwassers verläuft nicht so, dass man darüber hinweggehen könnte. Deshalb haben wir bei der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Untersuchungen laufen, um nicht nur zu beobachten, sondern auch entsprechende Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Bitte schön, Herr Kollege Haas.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Minister, würden Sie einem gemeinsamen Antrag von Herrn Dr. Bullinger und mir beitreten und versuchen, die Waldschadenssituation dadurch wieder in den Griff zu bekommen, dass Sie Mittel bereitstellen, damit diese Maßnahmen wieder durchgeführt werden können?

(Zuruf von der CDU: Damit was durchgeführt werden kann?)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Sie meinen jetzt die Waldkalkungen, Herr Kollege

Haas? Okay. Lieber Kollege Haas, ich komme sofort dazu, wo wir ansetzen müssen.

(Unruhe)

Zum einen ist dies die Symptombekämpfung. Wir werden es nicht schaffen – Da machen wir uns gar nichts vor. Was wir heute an CO₂ emittieren, wirkt sich auf die Atmosphäre in 20 oder 30 Jahren aus. Was wir heute an Witterung und Klima erleben, geht auf den CO₂- und Schadstoffausstoß von vor 20 oder 25 Jahren zurück.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Das ist bekannt!)

– Ich will es nur sagen. – Deswegen brauchen wir mittel- und langfristige Maßnahmen, und wir brauchen kurzfristige Maßnahmen.

Zu den kurzfristigen Maßnahmen zählen zweifelsohne die sogenannten Bodenschutzkalkungen, die nachweislich der Abpufferung von hohen Säuregraden, die in die Waldböden eingetragen werden, dienen. Wir wollen daher ein nachhaltiges Kalkungsprogramm zur Wiederherstellung und Stabilisierung unnatürlich versauerter Böden auflegen, und zwar, Herr Kollege Haas, im Zusammenhang mit der Gründung des sogenannten LHO-Betriebs Forst, der die nötige Flexibilität erhalten muss, um genau solche gesellschaftspolitischen Daueraufgaben in der Größenordnung von 1 Million bis 2 Millionen € zu bewerkstelligen. Der Bedarf wird derzeit berechnet. Wir haben somit zunächst einmal für den Staatswald ein klares Programm über die nächsten Jahre hinweg, das zur Pflichtaufgabe gehört.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Wann wird das sein, Herr Minister? – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD – Gegenruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Lasst doch den Herrn Minister ausreden! – Unruhe)

Zweitens sollen auch entsprechende Mittel, Herr Kollege Winkler, für Kommunen und Privatwälder zur Verfügung gestellt werden – gemeinsam mit dem Bund, aus der Gemeinschaftsaufgabe –, damit auch diese hoch bezuschusst werden: wahrscheinlich zu 100 %, allerdings ohne Mehrwertsteuer; das ist der Eigenanteil, den die Eigentümer dann tragen müssen. So können auch diese Partner hoch bezuschusst ihre Aufgabe erfüllen und gleichermaßen ihren Beitrag leisten.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Zeitpunkt, Herr Minister! Wann?)

Es geht um die Kalkung, ausschließlich darum. Ich spreche im Augenblick nur über die Kalkung.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Wann denn? Wann wird das sein? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Nicht immer bloß herumeiern!)

– Lieber Herr Kollege Haas, es hängt von der Entschlussfreudigkeit des Landtags ab,

(Oh-Rufe von der SPD – Lachen des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Zurufe der Abg. Alfred Winkler SPD und Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

wie schnell wir den LHO-Betrieb auf den Weg bringen können. Die Vorbereitungen im Ministerium sind so weit abgeschlossen.

(Minister Peter Hauk)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war der erste Punkt: die Symptome.

Der zweite Punkt: Wir brauchen vielfältige und auch naturnahe Mischwälder. Deren Vitalität steigt auch durch eine intensive Waldpflege. Es ist ein Irrglaube von manchen, zu meinen, es sei das Beste für den Wald, wenn man ihn sich selbst überlässt. Nein, das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall des Abg. Karl Rombach CDU)

Wir brauchen die Waldwirtschaft. Wir brauchen die Holznutzung

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

und dürfen die Holznutzung auch nicht wegen eines vermeintlich unbefriedigenden Waldzustands einschränken. Die Waldpflege stärkt die Widerstandskraft der Wälder. Es muss unser Ziel sein, dass wir die Intensität der Nutzung in den nächsten Jahren sogar eher noch verstärken als zurücknehmen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! Das ist der richtige Weg! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann! – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Auch das kommt hinzu, meine sehr verehrten Damen und Herren, denn wir wollen ja auch zuwachsstarke Wälder. Jeder Kubikmeter Holz, der draußen steht, bindet CO₂. Das ist ein erheblicher CO₂-Speicher.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Warum wollen Sie das Holz dann abhacken, wenn es CO₂ speichert? Das ist doch ein Widerspruch!)

– Es will niemand etwas abhacken, Herr Kollege Pix. Sie haben meines Wissens eine ähnliche Ausbildung durchlaufen wie ich.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hat er auch bestanden?)

Dann müssten Sie das eigentlich wissen. Ansonsten würde ich Sie noch einmal in das erste oder zweite Semester zurückempfehlen, wo man lernt, wie es sich mit dem Zuwachs im Wald verhält.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Oberlehrer Hauk!)

Ich will das jetzt gar nicht ausufern lassen. Ich will nur festhalten, dass intensive Nutzungen Vorräte nur kurzfristig absenken und den Zuwachs sogar stimulieren, sodass es mittel- und langfristig gelingen kann, auf derselben Fläche sogar mehr CO₂ zu binden, als wenn man nichts tut.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb gehört die nachhaltige Holznutzung auch zu den Maßnahmen, die dazu beitragen, mehr CO₂ zu binden.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Dies wollen wir in den nächsten Jahren forcieren.

Dann kommen die mittelfristigen Maßnahmen. Sie betreffen die Ursachenbereiche. Da will ich nur wenige Stichpunkte nennen. Einer ist das Thema Energieproduktion. Dazu sage ich ganz offen: Wer heute – wie Sie – sehenden Auges nach wie vor der Meinung ist, dass Kernkraftwerke abgeschaltet gehören, und stattdessen den Zubau von Kohlekraftwerken befürwortet, liegt falsch.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Genau so ist es!)

– Der liegt falsch. – Ich begrüße ausdrücklich die Aussage von Herrn Villis, die EnBW sei durchaus bereit und willens, gegebenenfalls zusammen mit der EdF ein neues Kernkraftwerk zu bauen. Nur Mut! Ran! Das ist ein Beitrag zur Klimadiskussion. Fünf, sechs, sieben, acht oder neun neue Kohlekraftwerke in Baden-Württemberg sind kein Beitrag zur Entspannung an der Klimafront.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD und den Grünen)

Der zweite Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das Thema Biomasse. Wir haben immer gesagt: Wir wollen fossile Energieträger durch erneuerbare Energieträger ersetzen. Unser Potenzial der erneuerbaren Energieträger ist die Biomasse, und zwar aus der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft. Im Sektor Biomasse gibt es noch erhebliche Potenziale. Wir wollen bis zum Jahr 2012 10 % der Primärenergie, die in Baden-Württemberg erzeugt wird, auch tatsächlich aus Biomasse erzeugen und die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen gestalten.

Sie wissen, dass wir im vergangenen Jahr den Biomasse-Aktionsplan verabschiedet haben. Kollege Pfister ist dafür jetzt federführend zuständig. Wir sind dabei, diesen auch konsequent umzusetzen. Denn unsere Zielsetzung ist es, gerade bei der Energieerzeugung die Wertschöpfungspotenziale, die im eigenen Land liegen, zu nutzen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Kohle, Herr Kollege Pix, wird importiert; dort liegt die Wertschöpfung anderswo. Wir wollen vom Halm bis zum produzierten Strom oder zur produzierten Wärme die Wertschöpfungspotenziale im Land halten und damit auch Arbeitsplätze im Land halten, und deshalb sind wir auch aus wirtschaftspolitischen Gründen nachdrücklich dafür, auch energetisch aus der Biomasse mehr zu machen als in der Vergangenheit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Dazu sage ich auch: Da nützen die Protestler von grüner Seite nichts,

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wer ist das?)

die immer wieder auftreten, wenn es um die Diskussion über Standorte von Biogasanlagen geht, wenn es um die Frage von Holzhackschnitzelanlagen geht.

(Unruhe bei den Grünen – Abg. Karl Rombach CDU: Richtig!)

(Minister Peter Hauk)

– Natürlich! Sie sind doch alle bekannt. Da nützen auch die Vor-Ort-Protteste letztendlich nichts, sondern dann muss man auch einmal gemeinsam für eine gemeinsame Zielsetzung eintreten. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Rombach CDU: So ist es! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Protest gegen Biogasanlagen ist doch abstrus! – Unruhe)

Allerdings, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden auch noch ein paar Änderungen auf nationaler Ebene in Bezug auf die Regelungen zur Energieeinspeisung erfolgen müssen. Denn eines ist auch klar: Nur mit Steuersparmodellen oder Investorenmodellen, wie es in der Vergangenheit auf rot-grüner Basis des EEG gelaufen ist – nach dem Motto „Stromproduktion um jeden Preis“ –, kommt man dauerhaft nicht weiter.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Herr Untersteller, das kann Ihnen gefallen oder nicht, aber Tatsache ist: Eine Biogasanlage ohne Kraft-Wärme-Kopplung und ohne Nutzung der Wärme macht keinen Sinn!

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Weiter so, Herr Minister!)

Deshalb haben Sie auch bei der letzten Novelle ein Stück weit versagt. Wir wollten das schon damals hineinbringen. Sie haben bei der letzten Novelle ein Stück weit versagt, weil Sie aus ideologischen Gründen nur die Themen Strom und Wind im Vordergrund gesehen haben. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei den Grünen)

Entschuldigung, das muss man doch einfach einmal festhalten. Deshalb brauchen wir mehr Effizienz. Wir brauchen mehr Energieeffizienz und müssen deshalb alle Potenziale nutzen und dürfen nicht einseitig auf bestimmte Produktionsarten fixiert sein. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: So ist es!)

Zum Dritten, meine sehr verehrten Damen und Herren: Was tun wir selbst? Da haben wir als Land nicht nur bei der Produktion, sondern auch beim Verbrauch Verantwortung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann sagen Sie doch, was Sie machen! Ein Geeiere! – Gegenruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Nur langsam, Frau Kollegin Haußmann!)

Der Verkehrsbereich – über den will ich aber nicht sprechen – ist für ein Drittel des Gesamtverbrauchs verantwortlich. Nicht mehr ganz ein Drittel wird von der Industrie verbraucht. Da sind, glaube ich, die notwendigen Maßnahmen eingeleitet. Für über ein Drittel sind die Privathaushalte verantwortlich, die Energie verbrauchen, und zwar vor allem in Form von Wärme. Dort liegen die entscheidenden Potenziale, und an diese Potenziale wollen wir heran, indem wir bei der Altstadtsanierung und der Dorfentwicklung beim Thema Energieeffizienz tätig werden. Die Stichworte lauten hier Altbausanierung und Neubau in kompakten Dörfern und Städten. Für den

Bereich der Städte ist Kollege Pfister zuständig; wir sind es im Bereich der ländlichen Räume. An diese Themen gehen wir engagiert heran.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, was die alte Bundesregierung noch abgeschafft hat, nämlich die Bausparzulagen etc., und was durch die neue Bundesregierung nicht wieder eingeführt wurde, wird, wenn man so will, durch die baden-württembergischen Programme kompensiert: das Ländessanierungsprogramm und das Dorfentwicklungsprogramm, das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum. Das sind Zuschüsse für die Privaten, die innerhalb der Ortsmitte sanieren wollen oder gar abreißen wollen und energetisch optimiert neu aufbauen wollen. Das ist die baden-württembergische Antwort hierauf.

(Beifall bei der CDU)

Das ist auch eine praktische Antwort, lieber Herr Kollege Pix, nachdem Sie vorhin wieder gefragt haben, was die Landesregierung tut. Es sind natürlich viele kleine Bausteine.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch endlich, was Sie machen!)

Mit jedem Neubau in der Ortsmitte oder in der Stadt tun wir etwas für unsere Umwelt und damit auch für den Wald.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Ich wollte eigentlich zum Schluss kommen. – Herr Lehmann.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wächst am Bodensee auch Wald?)

Präsident Peter Straub: Bitte schön, Herr Abg. Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Minister, ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass Sie die gesamte Palette der Umwelt- und Landespolitik

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Er weiß über alles Bescheid!)

in Ihrer sehr freien Redezeit, die Sie hier haben, ansprechen. Aber was hat das, was Sie hier erzählen, mit dem eigentlichen Tagesordnungspunkt, nämlich mit dem Waldzustandsbericht zu tun?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr viel, Herr Kollege!)

Gedenken Sie, ganz konkrete Maßnahmen, die Sie in diesem Bereich einleiten wollen, hier zu erläutern?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hat der nicht zugehört?)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Herr Kollege Lehmann, ich weiß nicht, wo Sie in den letzten zehn Minuten waren. Ich habe davon gesprochen – ich

(Minister Peter Hauk)

will das eigentlich nicht wiederholen –, dass Waldschäden eine Komplexkrankheit sind, dass sie witterungsbedingt oder anthropogen sein können, dass es mehrere Ursachen gibt und auch eine entsprechende Bekämpfung der Symptome.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was Sie dagegen tun wollen, sollten Sie sagen!)

Die habe ich dargestellt. Die Bekämpfung der Ursachen hat etwas mit dem Thema CO₂-Reduzierung etc. zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Der letzte Baustein, dem wir uns widmen müssen, ist das Thema Forschung, nämlich die Frage: Wie werden Waldökosysteme unter dem sich abzeichnenden Klimawandel in der Zukunft aussehen? Diesem Bereich wenden wir uns zu, und zwar so, dass dieser Baustein auch für private Waldbesitzer und für kommunale Waldbesitzer anwendbar ist. Wir werden in den nächsten Jahren hierfür entsprechend wertbare Ergebnisse bringen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Wäldern in Baden-Württemberg – das muss man cum grano salis sagen – geht es tendenziell schlechter. Es wird sich letztendlich keine Besserung zeigen. Unser Bestreben muss es daher in den nächsten Jahren sein, die Wälder durch eine Symptombekämpfung über die nächsten 30 Jahre hinüberzuretten. Das kann mit gemeinsamen Anstrengungen gelingen. Wir müssen aber bereits heute engagiert und ambitioniert darangehen, die Ursachen zu bekämpfen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das machen Sie doch gar nicht!)

Ich bin davon überzeugt, dass wir dann unsere Wälder, denen die Deutschen so sehr verbunden sind, auch in Zukunft halten können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine klasse Rede! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Eine Aneinanderreihung von Sprechblasen war das!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, irgendwie haben Sie im Drehbuch Ihre Rolle verwechselt. Sie brauchen doch die Opposition; Sie sollten die Grünen nicht als Bioenergieverhinderer beschimpfen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er hat doch nicht geschimpft! Er hat Tatsachen aufgezeigt, Herr Abgeordneter! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wie viel Redezeit hat er noch?)

Da liegen Sie doch daneben. Machen Sie doch das, was Sie können, z. B. bei der „Gebäudewärmesaniierung“.

(Beifall bei der SPD)

Das hat sich jetzt richtig schizophran angehört, so wie Sie das vorgetragen haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja unglaublich!)

– Ja, unglaublich war das. Genau, Herr Kollege, richtig.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ist es unglaublich, wenn man die Wahrheit sagt? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir hätten Ihnen nicht zugetraut, dass Sie so gemein sein können!)

Machen Sie doch alles, was den Wald entlastet. Da können Sie etwas machen. Jetzt sind wir bei dem, was in der Überschrift steht. Sie können Anstrengungen unternehmen, den Schienenverkehr auszuweiten, den ÖPNV auszuweiten, den Straßen- und Luftverkehr einzuschränken. Sie können durch Fotovoltaikanlagen den Klimaschutz verbessern. Jede Windkraftanlage hat den gleichen Effekt. Wasserkraftwerke helfen, dem Wald Erleichterung zu schaffen. Warum sperrt sich und kämpft die Landesregierung gegen Windkraft und stellt uns so hin, als ob wir das verhindern würden?

(Beifall bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Machen Sie endlich etwas! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Verspargelung der Landschaft!)

Wir wissen doch schon lange, dass die regenerative Energie die Wertschöpfung im Land hält und damit zur Senkung des CO₂-Ausstoßes, zum Erreichen der Klimaziele beiträgt. Das braucht man uns doch nicht zu verkünden. Vor allem darf man uns nicht verkünden, dass sich bei diesem Waldschadensbericht etwas positiv entwickelt habe. Das ist geradezu daneben. Die jährlichen Abweichungen, deren Ursachen in Messverfahren oder weiß Gott was liegen, sollten Sie nicht dazu benutzen, um eine Verbesserung des Waldes darzustellen. Dieser Wald hat sich in den letzten fünf Jahren kontinuierlich verschlechtert. Es ist absurd, die kleinen Sprünge, die an einer Stelle von vier sichtbar sind, als Verbesserung darzustellen. Ich halte Ihnen vor: Dieser Waldschadensbericht zeigt keine Verbesserung auf – an keiner Stelle – oder höchstens lapidare Verbesserungen, die es nicht wert sind, erwähnt zu werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, auch von der FDP/DVP- und der CDU-Regierungsfraktion: Aktiv werden und politisch entscheiden, Aktionen statt Aktionismus, das würde der Sache weiterhelfen.

(Beifall bei der SPD)

Geben Sie z. B. Ihre völlig irrationale Blockade der Windenergie endlich auf! Verhalten Sie sich nicht so, als lebten Sie in einer Welt, in der die Kernenergie die Zukunft der Energietechnik ist!

(Beifall bei der SPD – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Abrupter Abbruch! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt hätten wir fast das Ende verpasst!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht noch vier kurze Anmerkungen, meine Damen und Herren:

Erstens: Herr Kollege Winkler, ich möchte nur darauf hinweisen, dass es völlig richtig ist, dass, wie der Herr Minister gesagt hat, vor allem im Bereich der Wärmeenergie bei der Sanierung des Altbaubestands ein großes Potenzial liegt, um zu Einsparungen beim Ausstoß von CO₂ und anderen Schadstoffen zu kommen.

Dazu will ich Ihnen einmal eines sagen: Als ich 1996 ins Wirtschaftsministerium kam und anschließend Präsident des Landesgewerbeamts wurde, habe ich festgestellt, dass das Energieministerium von Herrn Spöri in den Jahren 1992 bis 1996 in diesem Bereich nichts gemacht hatte.

(Beifall des Abg. Karl Rombach CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist doch alles Kriegsgeschichte!)

Das Impulsprogramm Altbau ist ein Produkt der Koalition der Legislaturperiode 1996 bis 2001.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dies möchte ich einfach als Anmerkung erwähnen. Denn Tatsache muss Tatsache bleiben.

(Zurufe von der SPD)

Zweiter Punkt – auch das möchte ich anmerken –: Lieber Gustav-Adolf Haas, wenn wir miteinander einen Antrag machen sollen, dann sage ich dazu eines: So kann man Politik nicht machen. Wenn wir dem Wald zusätzliche Maßnahmen zukommen lassen wollen, dann werde ich das mit dem Koalitionspartner absprechen, und dann werden wir eine entsprechende Initiative einbringen und erfolgreich umsetzen, und dann freuen wir uns, wenn du uns dafür lobst.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ein dritter Punkt: Ich möchte mich einfach bei allen Rednern bedanken, auch wenn es jetzt ein bisschen hektisch zugegangen ist – das bestätigt, dass wir dieses Thema heute zu Recht besprechen. Es wäre schade gewesen, wenn dieser Waldzustandsbericht ohne Aussprache einfach abgelegt worden wäre. Vielmehr müssen wir uns hier um bessere Lösungen bemühen und uns darüber unterhalten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dazu haben wir aber vom Minister nichts gehört!)

Zum Schluss, lieber Herr Kollege, möchte ich mich dem Dank anschließen und ihn erweitern: Ich möchte den vielen Menschen, die den Wald pflegen, einen besonderen Dank aussprechen, vor allem den Familien mit Privatwald, die häufig in ihrer Freizeit mit der ganzen Familie den Wald für uns pflegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Ja-wohl!)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Locherer.

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde gerade darauf hingewiesen, dass wir hier nicht in Aktionismus verfallen sollen, sondern aktiv werden sollen. Ich glaube, ich habe vorhin in meiner Rede deutlich gesagt und auch an Beispielen dargestellt, was man konkret tun kann und was alles konkret mit Unterstützung des Landes Baden-Württemberg geleistet wird.

Ich darf nur ein Beispiel nochmals herausgreifen, ein Thema, das bei uns im ländlichen Raum eine ganz große Rolle spielt, nämlich die Verbindung von Biogasanlagen und Kraft-Wärme-Kopplung. Es ist tatsächlich eine neue Aufgabenstellung, auch bei Biogasanlagen nicht nur elektrische Energie zu erzeugen, sondern die Kraft-Wärme-Kopplung sicherzustellen. Es gibt hierzu in Burgrieden in Oberschwaben ein Pilotprojekt, bei dem wir versuchen, Biogas ins Erdgasnetz einzuspeisen und auf diese Weise Kraft-Wärme-Kopplung darzustellen. Auch hier hat der Minister sehr vorbildlich gehandelt und dieses Projekt unterstützt.

Wenn es um Waldkalkungen geht, darf ich übrigens unserem Minister Peter Hauk ganz herzlich gratulieren. Er hat im vergangenen Jahr immerhin von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald die Goldene Tanne für vorbildliche Waldkalkungsmaßnahmen bekommen. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich zu dieser schönen Auszeichnung!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist eine tolle Leistung! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hältst du ja nicht aus!)

Herr Kollege Bullinger, Sie haben in Ihrer Rede in der ersten Runde einen Punkt angesprochen, den ich auch noch kurz aufgreifen will: die Verantwortung der Autoindustrie. Da haben Sie recht. Wir müssen aufpassen, was die Arbeitsplätze angeht. Wir müssen aber auch darauf hinweisen, dass all das, was da in den Schubladen liegt, herausgezogen gehört. In diesem Bereich gibt es ja auch bei der Autoindustrie Forschung. Ich danke der Industrie, dass sie sich hier auf den Weg macht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Endlich!)

Abschließend plädiere ich dafür: Halten wir zusammen! Schützen und fördern wir unseren Wald, und zwar nicht nur dann, wenn es darum geht, zu Weihnachten einen schönen Weihnachtsbaum in die Wohnstube zu stellen. Im Übrigen wünsche ich Ihnen schöne Weihnachten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dir auch schöne Weihnachten und alles Gute im neuen Jahr!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Pix.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte noch zwei Feststellungen treffen.

Die Waldschadenssituation in Baden-Württemberg lässt nur die Einschätzung zu, dass wir es mit einem Rekord zu tun haben. Wir haben noch nie so schlechte Ergebnisse gehabt wie in den letzten drei Jahren. Außerdem sind gleichzeitig die Emissionen in den Jahren 2005 und 2006 im Vergleich zum Jahr 1990 in Baden-Württemberg entscheidend gestiegen.

Als Resümee muss man leider feststellen, dass die Landesregierung bei der Bekämpfung der Ursachen für die Waldschäden versagt hat. Was sie vorbringt, sind nur leere Worte, denen keine Taten folgen.

Die einzige Tat, die zu beobachten ist, ist die, dass vorgegaukelt wird, dass der Zustand des Waldes über die nächsten 20 oder 30 Jahre dadurch über die Runden zu retten wäre, dass Kalkungsmaßnahmen zur Kompensation durchgeführt werden. Die Landesregierung hat, nachdem sie diese Maßnahmen zurückgefahren hat, im letzten Jahr schon selbst erkannt, dass dies einigermaßen unsinnig ist. Denn erstens ist das nicht flächendeckend durchzuführen, weil die Bodenverhältnisse in Baden-Württemberg sehr unterschiedlich sind, und zweitens sind die Bodenverhältnisse nicht überall so, dass sie eine Kalkung vertragen. Darauf hat Kollege Bullinger schon hingewiesen. – Herr Bullinger, ich kenne zwar Ihre Abschlüsse in der Agrarwirtschaft nicht, aber Sie machen auf mich einen sehr kompetenten Eindruck,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vielen Dank! Es war jeweils mit Prädikat!)

auch in Bezug auf die Kenntnis unserer Bodenchemie. Deswegen werden Sie mir wahrscheinlich recht geben, wenn ich jetzt sage, dass die Bodenverhältnisse nicht überall eine Kalkung zulassen, schon gar nicht auf Dauer. Wir können dabei eigentlich nur vom Herumkurieren an Symptomen sprechen, aber es ist nicht gerechtfertigt, hier von einer politischen Maßnahme zu sprechen,

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Aber notwendig ist das sicherlich!)

die geeignet wäre, unsere Waldschadenssituation einigermaßen in Ordnung zu bringen.

Hier wären also zwei wesentliche Maßnahmen zu ergreifen, wenn man die Sache ernst nähme. Zum einen wäre dies eine echte Ursachenbekämpfung – das heißt, Maßnahmen zur Luftreinhaltung und zum Klimaschutz – und zum anderen eine richtige waldbauliche Behandlung, also ein naturnaher Waldbau und eine angepasste Baumartenwahl. Das hat der Herr Minister und Forstkollege Hauk eben zwar ganz richtig gesagt, aber auch hier vermisste ich leider das Handeln. Außer dass Sie jetzt – sozusagen als Joker, den Sie aus dem Ärmel ziehen – in ganz Baden-Württemberg die Douglasie einführen wollen – die als eine außereuropäische Baumart für die Gegend hier sehr ungeeignet ist; ich halte die Buche oder die Weißtanne für die einzig vernünftigen Baumarten –, tut sich wenig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Du brauchst doch auch Bauholz! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm

CDU: Sie kennen sich im Wald aus; das kann ich bestätigen!)

– Sie brauchen Holz, genau.

Damit kommen wir auch schon zum nächsten Thema. Wenn man hier vom Klimaschutz spricht, dann erinnere ich nur an die gestrige Debatte zum Nachtragshaushalt, in der wir 46 Millionen € für einen Masterplan zum Klimaschutz gefordert haben. Tatsächlich werden hier jedoch nur lächerliche 4 Millionen €, gewissermaßen als symbolischer Akt, eingestellt, was lediglich einen Anteil im Promillebereich am gesamten Haushaltsplan ausmacht. Wer dies als politische Maßnahme zum Klimaschutz verkaufen will, macht sich lächerlich.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die Devise scheint doch zu sein – vorhin habe ich von „Abhacken“ gesprochen; man könnte aber auch von „Raushauen“ sprechen, bevor der Wald ganz und gar stirbt –: Sie wollen intensivieren, statt zu extensivieren. Wenn man sieht, dass in Baden-Württemberg pro Hektar Wald ca. 400 Vorratsfestmeter Holz stehen, dann geben Sie mir sicher recht, wenn ich jetzt behaupte, dass wir, wenn wir längere Umtriebszeiten hätten, auch höhere CO₂-Bindungsmöglichkeiten hätten. Davon sind Sie jedoch weit entfernt. Vor allem, wenn der Leiter Ihrer FVA sich dazu hinreißen lässt, öffentlich zu behaupten, dass kürzere Umtriebszeiten das Gebot der Stunde seien, und im Zusammenhang mit dem Auerhuhnbiotopschutz davon spricht, dass, was den Klimawandel angeht, Hopfen und Malz verloren seien, muss ich sagen, dass auch dies symptomatisch für den Umgang der Regierung mit den aktuellen Problemen ist.

Ganz zum Schluss muss ich Ihnen noch sagen: Es ist für mich hier im Land noch viel schlimmer, als ich zunächst dachte; denn ich muss feststellen: Die Landesregierung macht nicht nur nichts, nein, sie tut viel zu viel, um die Klimaerwärmung noch anzuheizen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rück CDU: Der deutsche Wald überlebt viel; er wird auch diese Rede überleben!)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf – zu diesem Punkt wird Herr Vizepräsident Drexler die Sitzungsleitung übernehmen –:

Nachwahl eines Mitglieds zum Staatsgerichtshof

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Sybille Stamm, ehemalige Landesbezirksleiterin Baden-Württemberg der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Stuttgart und Mitglied des Staatsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg ohne Befähigung zum Richteramt, hat mit Schreiben vom 27. November 2007 mitgeteilt, dass sie von ihrem Amt als Mitglied des Staatsgerichtshofs zurücktritt. Nach § 5 Satz 2 des Gesetzes über den Staats-

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

gerichtshof wird diese Rücktrittserklärung mit Ablauf des Monats Dezember 2007 wirksam werden.

Gemäß Artikel 68 Abs. 3 Satz 4 unserer Landesverfassung in Verbindung mit § 3 Abs. 2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof muss der Landtag innerhalb von drei Monaten für den Rest der Amtszeit der ausgeschiedenen Frau Sybille Stamm eine Nachfolgerin bzw. einen Nachfolger wählen. Die Amtszeit von Frau Stamm wäre am 20. Juli 2009 zu Ende gegangen.

Die SPD-Fraktion, auf deren Vorschlag Frau Stamm am 29. Juni 2000 zum Mitglied des Staatsgerichtshofs gewählt wurde, schlägt Ihnen Frau Leni Breymaier, Landesbezirksleiterin Baden-Württemberg der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Stuttgart, zur Nachwahl vor.

Meine Damen und Herren, nach § 97 a Abs. 3 der Geschäftsordnung werden die Mitglieder des Staatsgerichtshofs ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt. Bitte verwenden Sie dazu den gelben Stimmzettel, der auf Ihren Tischen liegt. Der Vorschlag der SPD-Fraktion ist darauf vermerkt. Wenn Sie den Stimmzettel unverändert abgeben, haben Sie entsprechend dem Wahlvorschlag gewählt. Sie sind an den Wahlvorschlag nicht gebunden und können den Namen streichen oder durch einen anderen ersetzen.

Ich bitte die Schriftführer, die Stimmzettel mittels Wahlurne einzusammeln.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Kann man ein Kreuz machen?)

– Sie können auch ein Kreuz machen. Dann gilt das auch als Ja.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wenn er drei Kreuze macht, hat er unterschrieben! – Einsammeln der Stimmzettel)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der noch nicht gewählt hat? –

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage jetzt noch einmal: Hat jeder seinen Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Ich schließe die Wahlhandlung und bitte die beiden Schriftführer, das Wahlergebnis festzustellen.

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort. Das Ergebnis der Wahl werde ich bekannt geben, sobald es mir vorliegt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. Oktober 2007 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 2006/2007 – Drucksachen 14/1780, 14/2117

Berichterstatter: Abg. Dr. Christoph Palmer

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 9. November 2007 – Unterrichtung des Landtags in EU-An-

gelegheiten; hier: Grünbuch zur Stadtverkehrspolitik – Drucksachen 14/1982, 14/2081

Berichterstatterin: Abg. Nicole Razavi

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 23. November 2007 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegheiten; hier: Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen – Drucksachen 14/2042, 14/2082

Berichterstatter: Abg. Hans Heinz

d) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Das 7. Europäische Forschungsrahmenprogramm und seine Auswirkungen auf Baden-Württemberg – Drucksache 14/1225

Das Präsidium hat für die Aussprache über den gesamten Tagesordnungspunkt eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich darf das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Blenke erteilen.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion dankt der Landesregierung, namentlich Herrn Minister Stächele, für diesen Europabericht. Er zeigt, dass Baden-Württemberg in vielfältiger Weise auf europäischer Ebene aktiv ist. In diesen Dank beziehen wir ausdrücklich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums, die an diesem Bericht mitgewirkt haben, ein, Herr Minister.

Das europäische Jahr 2007 war geprägt von der erfolgreichen deutschen Ratspräsidentschaft unter Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Übertreib nicht!)

Nicht nur, dass die von der deutschen Ratspräsidentschaft vorbereitete Verabschiedung des Reformvertrags von Lissabon die EU wieder handlungsfähiger macht, wir können auch auf 50 erfolgreiche Jahre europäischer Integration zurückblicken. Aus 27 Nachbarn, zum Teil früher dem Warschauer Pakt angehörend, sind Partner geworden. Das ist der große Erfolg des vereinten Europa, die Garantie, dass wir nie wieder Krieg miteinander führen werden.

Die Einigung der EU-Staats- und Regierungschefs auf den Reformvertrag von Lissabon ist ein Erfolg. Der Reformvertrag ist das Maximum dessen, was nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags möglich war, ein Sieg politischer Vernunft. Die EU wird handlungsfähiger, demokratischer, transparenter. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird ausgebaut; Fortschritte im Bereich Terrorismusbekämpfung und anderes werden sichtbar.

Bei alledem gilt: Subsidiarität und Transparenz dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Europa darf nicht zur Spielwiese einzelner Mitgliedsstaaten für nationale Eigeninteressen werden. Wir erwarten, dass die Einmischung der EU in Angelegenheiten der Nationalmitgliedsstaaten ein Ende hat. Was wir selbst tun können, wollen wir auch zukünftig selbst tun. Der

(Thomas Blenke)

Kollege Müller wird dazu nachher noch Ausführungen machen.

Die Einrichtung eines eigenständigen Europaausschusses im Landtag war gut. Damit reagiert das Parlament auf die erhebliche Wirkung europäischer Rechtsetzung und europäischer Politik. Gerade bei dem so wichtigen Thema der Subsidiaritätskontrolle zeigt sich, dass ein interdisziplinärer Ausschuss in Ergänzung zu den Fachausschüssen sinnvoll und wichtig ist.

Baden-Württemberg profitiert von Europa. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch den Lissabon-Prozess. Wir akzeptieren die neue Ausrichtung in den Förderprogrammen auf Stärkung der Stärken. In Baden-Württemberg liegen jedoch die Stärken traditionell auch und gerade im ländlichen Raum. Dies ist seit jeher ein fester Bestandteil unserer Landespolitik. Wir begrüßen es deshalb, dass es der Landesregierung, namentlich Herrn Minister Hauk, gelungen ist, in Brüssel die Berücksichtigung des ländlichen Raums in Baden-Württemberg zu erreichen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Im dritten Anlauf!)

Fördermittel der EU müssen für Maßnahmen verwendet werden, die einen europäischen Mehrwert bewirken. Ein europäischer Mehrwert liegt nicht allein darin, dass Europa Mittel zur Verfügung stellt. Er liegt dann vor, wenn es um überragend wichtige oder um grenzüberschreitende Aufgaben geht.

Meine Damen und Herren, die deutsche Sprache ist die meistgesprochene Muttersprache der EU-Bürger. Im EU-Alltag dagegen ist die deutsche Sprache unterrepräsentiert. Wir brauchen eine stärkere und konsequentere Politik in der Europäischen Union für die deutsche Sprache. Ich bin Ihnen, Herr Minister Stächele, für Ihre diesbezüglichen Aktivitäten ausdrücklich dankbar.

Dabei geht es ausdrücklich nicht um nationale Eitelkeiten, sondern um handfeste Interessen vor allem des Mittelstands. Ausschreibungen, aber auch Internetauftritte der Europäischen Kommission müssen auch in deutscher Sprache erfolgen. Die von der EU-Kommission geübte Praxis, Übersetzungen auf sogenannte Kerndokumente zu beschränken, mag für große Unternehmen mit eigenen Sprachabteilungen kein Problem sein, aber für kleine, mittelständische Unternehmen ist sie das sehr wohl.

Überhaupt gilt es, im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr die faktischen Grenzen zu überwinden. So nützt dem südbadischen Handwerker die Grenzfreiheit zu Frankreich herzlich wenig, wenn ihm dort durch Versicherungsaufgaben unüberwindliche Hürden in den Weg gelegt werden. Grenzen, die rechtlich abgebaut wurden, dürfen nicht faktisch wieder aufgebaut werden.

Meine Damen und Herren, auch in Zukunft muss Europa auf allen Ebenen oben auf der Agenda bleiben. Nur so werden wir den Bürgern Europa nahebringen. Daran müssen wir alle gemeinsam arbeiten. Wir werden dazu im Europaausschuss des Landtags unseren Beitrag leisten. Der Kollege Müller wird in der zweiten Runde auf die Fragen der Subsidiarität, auf die Anträge und auch auf unseren dazu eingebrachten Entschließungsantrag eingehen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dann ist es mit den ehren Vorsätzen schnell vorbei!)

Zum Schluss darf ich in Verfolgung der Tradition der bisherigen Redner heute – jeder hat auf das Weihnachtsfest hingewiesen – darauf hinweisen: Draußen steht ein wunderschöner Weihnachtsbaum. Dieser wird nachher in der Mittagspause von Vertretern der beiden Gemeinden Bad Wildbad und Enzklösterle feierlich an den Landtagspräsidenten übergeben. Wenn Sie Lust haben, schauen Sie doch einmal vorbei. Das ist für uns dann die Einstimmung auf das Weihnachtsfest.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Werbung für den eigenen Wahlkreis!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abg. Hofelich das Wort.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Präsident, werde Kolleginnen und Kollegen! Nach Schlössern und Wäldern kommen wir jetzt zu Europa, von den Schätzen des Landes zu den Chancen des Landes.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir haben in der heutigen Europadebatte über die Bestandsaufnahme und über Perspektiven zu reden. Ich will das in zwei Teilen tun.

Zur Bestandsaufnahme einige wenige Gedanken: Ich bin vor ein paar Tagen durch das Haus der Geschichte gelaufen. Da gibt es ein Wahlplakat, auf dem steht: „Vereinigtes Europa – der erste Schritt zum Südweststaat“. Das Plakat stammt aus dem Jahr 1952. Diese Euphorie und diese tolle Stimmung werden natürlich von dem gespiegelt, was in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu lesen ist. Dort wird – das ist wichtig – von einer Wertegemeinschaft und von einem Friedenserhalt gesprochen. Aber dann kommt als einziger harter Punkt, dass man im Land auf eine konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips achten wolle.

Wir sind ein Land im Herzen Europas. Wir sind wirtschaftlich und kulturell vielfach mit Europa verflochten. Wir haben auch ein Europa, das sich nach dem Vertrag von Lissabon schrittweise fortentwickelt. Deswegen ist die Grundfrage für das Land Baden-Württemberg folgende: Wollen wir eine reaktive oder eine proaktive Europapolitik? Ich fordere die Landesregierung auf, eine innere Haltung für eine proaktive Europapolitik zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Einige wenige Sätze möchte ich zur Bestandsaufnahme sagen. Herr Minister, ich habe im Ausschuss angekündigt, dass wir dem Europabericht grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Ich will das auch heute und weiterhin so halten. Wir haben einen Europabericht, der kompakt und dicht geschrieben ist. Alle Ministerien leisten ihre Beiträge. Ich erwähne, Herr Minister Pfister, dass sich das Wirtschaftsministerium mit dem, was es tut, sehr früh und somit rechtzeitig darauf einstellt, dass wir Netzwerke fordern, dass wir das Handwerk ein-

(Peter Hofelich)

beziehen, dass wir auch neue Branchen wie die Kreativwirtschaft in Europa zur Geltung bringen.

Neue Entwicklungen sind angeschnitten worden. Ich nenne die Entwicklung der Flexicurity. Unser Land braucht in einer Arbeitswelt, die in Europa wie in Deutschland zunehmend von Flexibilität gekennzeichnet ist, die aber auch standardisierte Arbeitsverhältnisse braucht, weil es keine Freigabe im Sinne von Hire and Fire geben darf, eben eine Beschreibung dessen, was Flexibilität und soziale Garantien für die Beschäftigten zusammen bedeuten. Deswegen ist es uns wichtig, dass das Land Baden-Württemberg Leistung und soziale Sicherheit immer zusammen sieht. Das ist uns wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema Drittstaatenregelung als aktuelle Entwicklung ist in der heute auch auf der Tagesordnung stehenden Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 14/2082, angesprochen worden. Ich sage ganz klar: Hier haben wir Diskussionsbedarf. Wir wissen, dass in Berlin und auch innerhalb der Sozialdemokratischen Fraktion zunächst das Prinzip gilt, aus dem Land heraus zu entwickeln. Aber man muss auch ganz klar sehen, dass wir in Baden-Württemberg ein Interesse an Zuwanderung für wichtige Berufe haben. Deswegen ist auch klar: Letztendlich werden wir auf eine Harmonisierung der Drittstaatenregelung in Europa zulaufen müssen. Je früher die einzelnen nationalen Parlamente handeln und am besten in der gleichen Richtung handeln, desto besser werden wir dann auch in Europa gemeinsam eine Harmonisierung erreichen.

Ich persönlich glaube, dass wir bei dem Bericht, den wir heute vorliegen haben, gut vorangekommen sind. Ich glaube, dass die Ministerien mitziehen. Die Frage ist: Was tut die Landesregierung, um die PS von Baden-Württemberg insgesamt auf die Straße zu bringen?

(Abg. Ingo Rust SPD: Richtig!)

Es geht darum, dass wir das, was beschrieben ist, in Europa tatsächlich auch in Politik umsetzen können.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Dafür brauchen wir eine straffe Koordination. Dafür brauchen wir in der Landesregierung den Willen zur Qualität.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Dafür brauchen wir auch die Nutzung aller Kompetenzen im Land, und zwar weit über die Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP hinaus.

(Abg. Ingo Rust SPD: Weit!)

Nirgendwo wird das übrigens so deutlich – lassen Sie mich bei der Bestandsaufnahme schon einmal darauf hinweisen, weil sich der Kollege Blenke tatsächlich die Freiheit genommen hat, noch einmal fahrlässig darauf hinzuweisen –, wie wir bei den Programmen im Rahmen von ESF und EFRE eigentlich miteinander umgehen und was das Land Baden-Württemberg an Qualität einbringt. Ich sage an dieser Stelle nur: Da ist das Land eher reaktiv als proaktiv.

Bezüglich der ESF-Mittel waren die regionalen Arbeitsgemeinschaften lange verunsichert. Es gab keine wirkliche Ein-

beziehung der freien Träger und eine zu geringe Konzentration der Mittel. Wir sehen jetzt – das findet unsere Unterstützung –, dass der Schritt, die Mittel für Lehrstellen auf Altbewerber zu konzentrieren, ein richtiger Schritt ist. Wir fänden es auch richtig, wenn der Wegfall von ESF-Mitteln für Schulsozialarbeit, meine Damen und Herren von der Koalition, endlich in eine reguläre Mitfinanzierung von Schulsozialarbeit münden würde. Das steht noch aus.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Zum Thema EFRE will ich nur sagen: Man hat offenbar nicht bemerkt, dass es bei den EFRE-Programmen einen Wandel der Ziele gibt, nämlich vom Ziel Kohäsion zum Ziel Innovation. Das hat man monatelang nicht zur Kenntnis genommen. Zwei Versionen des Operationellen Programms dümpeln dahin. Es werden Nebelkerzen geworfen und wird gefordert, dass der ländliche Raum nicht benachteiligt werden solle. Davon kann keine Rede sein. Es ist bekannt, dass Baden-Württemberg polyzentrisch ist. Aber um die Kernfrage, ob sich der Antrag für das Operationelle Programm durch genügend Qualität auszeichnet, ob wir genügend innovative Projekte haben, drückt man sich herum. Es wird zunächst einmal gesagt, es gebe kein Problem. Dann sagt man, man habe es im Griff. Dann gibt es eine Phase, in der nichts passiert. Und dann gibt es in der dritten Version endlich das, was gegenüber der Kommission tatsächlich notwendig ist.

Die Regierung hat sich ohne innere Einsicht mit Nachbesserungen jetzt endlich in die richtige Richtung bewegt. Ich sage: Wir haben uns blamiert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

Dass der für das Programm verantwortliche Minister heute bei der Debatte ebenso wie im Europaausschuss nicht anwesend ist, zeigt übrigens auch, dass man offenbar innerhalb der gesamten Landesregierung, Herr Minister Stächele und nicht anwesender Herr Ministerpräsident Oettinger, das Thema, was in diesem Lande mit dem EFRE-Programm geschieht, vielleicht wirklich einmal zur Chefsache erklären müsste.

(Zuruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU)

– Ich weiß, dass er beim Kindergipfel ist. Trotzdem darf ich ihn ansprechen, weil er letztendlich der Chef der Regierung ist, soweit ich weiß.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber keine Vorwürfe machen! – Gegenrufe von der SPD und des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Ute Vogt SPD: Bei denen brennen nicht nur die Bäume!)

– Das ist doch kein Vorwurf.

(Widerspruch bei der CDU)

Das war kein Vorwurf. Ich habe das gesagt. Bitte geben Sie das dem Herrn Ministerpräsidenten weiter. Können wir uns darauf einigen? Vielen Dank.

Wir brauchen bei EFRE ein Bekenntnis zu Leuchtturmprojekten. Wir brauchen ein Bekenntnis dazu, dass wir tatsäch-

(Peter Hofelich)

lich alle Chancen für innovative Projekte im Land auch in Kombination von städtischen und ländlichen Räumen nutzen. Wir brauchen in Baden-Württemberg eine Rolle für unsere europäischen Programme, bei der wir das annehmen, was die Europäische Union mit Zustimmung der Bundesregierung angegangen ist, nämlich eine Strategie des Wachstums und der Innovation.

Vielen Dank.

Zum Weiteren und zu den Perspektiven komme ich im zweiten Teil.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich noch einmal auf **Punkt 3** der Tagesordnung zurückkommen:

Nachwahl eines Mitglieds zum Staatsgerichtshof

Ich darf das Ergebnis der Nachwahl eines Mitglieds zum Staatsgerichtshof bekannt geben: Bei der Wahl wurden insgesamt 104 Stimmzettel abgegeben. Auf Frau Leni Breymaier entfielen 93 Stimmen; elf Abgeordnete haben mit Nein gestimmt. Damit ist Frau Leni Breymaier für die restliche Amtszeit der ausgeschiedenen Frau Sybille Stamm zum Mitglied des Staatsgerichtshofs ohne Befähigung zum Richteramt gewählt.

Wir werden das neue Mitglied des Staatsgerichtshofs unter Tagesordnungspunkt 6 vereidigen.

In der Debatte zu **Tagesordnungspunkt 4** erteile ich jetzt dem Vertreter der Fraktion GRÜNE, Herrn Abg. Walter, das Wort.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal die gute Nachricht: Ungarn hat den Reformvertrag bereits ratifiziert. Das heißt, beim ersten Staat ist der Vertrag, den wir alle für sehr wichtig halten, durch. Wir hoffen, dass bis zur Europawahl – so sieht es der Fahrplan ja vor – alle EU-Staaten diesen Vertrag ratifiziert haben.

Dieser Reformvertrag beinhaltet sicherlich weniger als das, was ursprünglich im Verfassungsentwurf stand. Er ist damit weniger als das, was wir wollten. Aber wenn man liest, welche Zielbeschreibungen darin enthalten sind, erkennt man, dass er einen Fortschritt gegenüber dem heutigen Zustand der EU bedeutet.

Der Vertrag macht die EU handlungsfähiger, er macht sie transparenter. Er gibt vor allem dem Parlament mehr Rechte. So besteht beispielsweise beim Haushalt ein wesentlich größeres Mitspracherecht als in der Vergangenheit. All das wird von uns natürlich begrüßt.

Wir begrüßen auch, dass die Rechte der Länderparlamente gestärkt werden. Wir begrüßen, dass die Daseinsvorsorge gestärkt wird. Ich muss aber darauf hinweisen, dass die EU-Kommission, obwohl der EU-Vertrag erst in der letzten Woche ratifiziert wurde, mit ihrer Mitteilung zu diesem Thema den EU-Vertrag eigentlich schon wieder in eine andere Rich-

tung weist. Dem müssen wir etwas entgegensetzen. Es kann nicht sein, dass alle Dienstleistungen unter die Rubrik „Dienstleistungen in wirtschaftlichem Interesse“ fallen. Wenn dem so ist, dann stehen unsere Kommunen vor großen Problemen. Das heißt, die Landesregierung, Herr Minister Stächele, ist aufgefordert, in dieser Frage an der Seite der Kommunen zu stehen, letztendlich die Interessen der baden-württembergischen Bevölkerung zu vertreten. Es gibt also durchaus Bereiche, meine Damen und Herren, in denen man massiven Widerstand leisten muss gegenüber dem, was aus Brüssel auf uns zukommt.

Allerdings sollte der Europaausschuss, dessen Einrichtung wir immer gefordert haben und nach eineinhalb Jahren immer noch positiv sehen, etwas mehr europäisches Bewusstsein entwickeln. Mich stört in diesem Gremium die ständige Kritik an den angeblich Baden-Württemberg einschränkenden Grünbüchern, Weißbüchern und allem, was auf den Tisch kommt. Die Debatten über diese Materialien sind notwendig. Wenn z. B. ein Weißbuch kommt, sind wir doch aufgefordert, da mitzudiskutieren, eigene Vorschläge einzubringen. Aber wenn wir von vornherein sagen: „Das wollen wir nicht, weil wir das alles schon selbst machen“, kommen wir in Europa nicht weiter. Wir können auch bei der Bevölkerung kein europäisches Bewusstsein entwickeln, wenn wir immer so tun, als würde uns alles, was aus Brüssel kommt, stören.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Nicht alles! Nur das, wofür sie nicht zuständig sind!)

Es gibt natürlich Dinge, die die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen nicht stören. Wenn man an die Geldtöpfe kommen kann, dann ist Brüssel immer richtig. Aber wenn die EU einmal etwas vorlegt, das nicht ganz in die Ideologie passt, dann wird gleich massiv dagegengeschossen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Es geht nicht um Ideologie, sondern um Kompetenzen!)

– Wenn ein Weißbuch vorliegt, Kollege Blenke, dann geht es zunächst noch nicht um die Kompetenz, sondern darum: Wie können wir uns, beispielsweise in Verkehrsfragen, wo ökologisch richtige Dinge wie eine City-Maut und Ähnliches diskutiert werden, vonseiten des Landes Baden-Württemberg einbringen? Aber von vornherein zu sagen „Wir regeln das hier sowieso, und deswegen wollen wir das nicht haben“, halte ich für den falschen Weg. So können wir in Europa nicht vorgehen.

Das Gleiche gilt beim Bodenschutz. Natürlich haben wir in der Bundesrepublik Deutschland schon gute Regelungen. Aber wir wissen doch, dass viele europäische Länder in dieser Frage noch hinter der Entwicklung herhinken. Da ist es doch logisch, dass die Europäische Kommission keine Sonderlösung für Deutschland auf den Weg bringen kann. Da sind alle europäischen Länder gefordert. Deswegen verstehe ich oft Ihren Widerstand nicht. Wie Sie diese Themen besetzen, das bringt uns in Europa schlichtweg nicht weiter.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die aktuellen Ergebnisse des Eurobarometers, einer europaweiten Meinungsumfrage, die in diesem Herbst durchgeführt

(Jürgen Walter)

wurde – abgeschlossen erst vor einem Monat, es sind also wirklich sehr aktuelle Ergebnisse –, zeigen, dass das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die Institutionen der Europäischen Union nicht sonderlich groß ist. Gut, man kann sich immer darüber unterhalten, ob das Glas nun halb voll oder halb leer ist – wie auch immer. Jedenfalls vertrauen in Deutschland nur 46 % der Bevölkerung der Europäischen Kommission. Das kann man vielleicht noch nachvollziehen. Es sind aber auch nur 52 %, die dem von der europäischen Bevölkerung gewählten Europäischen Parlament vertrauen. Nur die Hälfte der deutschen Bevölkerung glaubt, dass im Europäischen Parlament etwas Sinnvolles getan wird. Ich glaube, da sind wir alle gefordert, zukünftig noch einige Aufklärungsarbeit zu leisten.

(Abg. Ute Vogt SPD: Es sind auch wenige, die glauben, dass wir hier etwas Sinnvolles tun!)

Herr Kollege Blenke, wir können in der zweiten Runde gern noch etwas ausführlicher darüber diskutieren. Wir alle sind für Subsidiarität. Trotzdem müssen wir ein positiveres Bild von Europa schaffen – so wie es Kollege Hofelich formuliert hat. Sie müssen in Ihren Köpfen bereit sein, die europäische Idee besser zu bewerten, als Sie es bisher tun.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wir sind Europäer!)

Eingangs haben Sie darauf hingewiesen, Herr Kollege Blenke, welche wichtigen Beiträge die Europäische Union und der europäische Einigungsprozess dazu geleistet haben, dass wir in Mitteleuropa schon viele Jahrzehnte und in ganz Europa schon viele Jahre in Frieden leben, und das ist nur einer der wichtigen Punkte. Wenn man das ernst nimmt und solche Aussagen nicht nur Teil einer Sonntagsrede sind, muss man auch im Ausschuss Ideen der EU annehmen können, auch wenn sie einem ideologisch zunächst einmal nicht in den Kram passen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Theurer das Wort.

(Zuruf von der SPD: Ein großer Europäer! – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich der Landesregierung den Dank der FDP/DVP-Landtagsfraktion für diesen umfangreichen Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 2006/2007 übermitteln. Es ist in der Tat ein sehr umfangreiches und lesenswertes Kompendium, das die verschiedenen Maßnahmen der Ministerien auf unterschiedlichsten Ebenen zusammenfasst und für die Bürgerinnen und Bürger sowie für uns hier im Parlament transparent macht.

Meine Damen und Herren, die EU hat im Jahr 2007 Geburtstag gefeiert. Bei einem sehr gut besuchten Kongress haben wir hier mit Schülerinnen und Schülern und mit Studierenden über 50 Jahre EU diskutiert – auch perspektivisch – und haben eine Standortbestimmung vorgenommen. Wir haben über 50 Jahre Römische Verträge gesprochen und darüber, wie es im Nachkriegseuropa mit dem Zusammenschluss von sechs

Staaten begann und wie es jetzt im „Europa der 27“ aussieht.

Vor wenigen Tagen wurde der Schengen-Raum um einige mittel- und osteuropäische Staaten erweitert: um die baltischen Staaten, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien – noch nicht um Rumänien und Bulgarien.

Vieles ist für uns, vor allem für die jüngeren Menschen, bereits selbstverständlich geworden. Wenn wir mit dem Auto unterwegs sind, fahren wir einfach über die Grenze in den anderen Staat. Wer heute nach Straßburg fährt, merkt kaum mehr, dass er die deutsch-französische Staatsgrenze überschreitet. Ich denke, das war noch für unsere Großelterngeneration unvorstellbar.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Ich finde es klasse, dass man heute ohne Weiteres dort hinfahren kann und dass wir es geschafft haben, mit unserem Nachbarland Frankreich eine Freundschaft aufzubauen und eine Aussöhnung zu erreichen, wie es über Jahrhunderte hinweg nicht vorstellbar war.

Ich würde mir wünschen, dass uns dies in der gleichen Intensität auch mit unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa gelingen möge, insbesondere mit unserem Nachbarn Polen. Ich würde mir wünschen, dass wir uns im Landtag und dass sich die Landesregierung gerade das Nachbarland Polen ganz besonders vornehmen, weil ich meine, dass Polen als unser großer östlicher Nachbar genauso wichtig ist wie unser großer Nachbar Frankreich im Westen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das Kernstück der Europäischen Union als Wirtschaftsgemeinschaft ist zweifellos der Europäische Binnenmarkt. Dieser Binnenmarkt besteht am 31. Dezember 2007 seit nunmehr bereits 15 Jahren. Der Binnenmarkt ist noch nicht in allen Bereichen vollumfänglich wirksam. Etwa die Finanzdienstleistungen oder auch der Gas- und Elektrizitätsmarkt sind noch nicht voll im Binnenmarkt integriert. Allerdings konnte mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie ein weiterer wesentlicher Baustein eingefügt werden. Die Bürgerinnen und Bürger in Europa profitieren durch eine größere Vielfalt und durch niedrigere Preise von diesem Binnenmarkt, und auch die noch junge gemeinsame Währung, meine Damen und Herren, blickt nun auf fünf Jahre Bargeldeinführung zurück.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber du bist jetzt für den Euro?)

Europa ist ein Raum wirtschaftlicher Stabilität in Zeiten global integrierter Märkte. Europa ist auch ein Raum der Menschenrechte, des gemeinsamen Rechts und der Sicherheit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich meine, dass es auch wichtig ist, in diesen unsicheren Zeiten einmal zu erwähnen, was das an Wert für die Bürgerinnen und Bürger hier in Baden-Württemberg bedeutet. Deutschland ist eine Exportnation, und für Baden-Württemberg spielt der Export eine besonders wichtige Rolle. 60 % unserer Exporte gehen in die anderen europäischen Mitglieds-

(Michael Theurer)

staaten. Daran sieht man die wirtschaftliche Bedeutung Europas für uns in Baden-Württemberg, für unsere kleinen und mittelständischen Betriebe, für die vielen Beschäftigten in unserem Land. Der Wohlstand unseres Landes ist sehr stark davon abhängig.

Deshalb ist es auch richtig, dass wir hier im Landtag einen eigenständigen Europaausschuss eingerichtet haben. Wir als Fraktion der FDP/DVP haben eine ganze Reihe von Initiativen gestartet. Ich erinnere an unsere Große Anfrage zur Lisbon-Strategie der Europäischen Union, die dann intensive Diskussionen im Europaausschuss ausgelöst hat.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Den demografischen Wandel im Schwarzwald nicht vergessen!)

Ich erinnere an die für die Automobilindustrie zentrale Frage der Regelungen zur CO₂-Minderung von der Europäischen Union. Ich erinnere an die Bodenschutzrichtlinie, die die EU vorhatte – unnötig wie ein Kropf –, gegen die wir – CDU und FDP/DVP – uns gemeinsam gewehrt haben. Weil sich andere Bundesländer uns angeschlossen haben, konnten wir verhindern, dass die EU in diesem Bereich gesetzgeberisch tätig geworden ist.

Wir haben das Thema Flexicurity aufgegriffen, weil wir der Auffassung waren und sind, dass insbesondere in diesem Bereich der Arbeitsmarktregulierung nicht alles auf europäischer Ebene geregelt werden muss. Wir haben uns auch anderer Themen angenommen, etwa den EFRE-Fördermitteln oder natürlich auch dem demografischen Wandel im Schwarzwald sowie der Verwendung der deutschen Sprache, weil wir uns wünschen, dass die deutsche Sprache als wichtige Sprache in der Europäischen Union auch den Stellenwert hat, der den deutsch Sprechenden hier zukommt. Vor allem ist es wichtig, dass die Übersetzungen zeitnah vorliegen.

In diesem Zusammenhang können wir in Baden-Württemberg auch stolz darauf sein, dass wir eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen haben, um die Europafähigkeit junger Menschen zu steigern. Ich erinnere an die Einführung von Englisch in der Grundschule, an die Einführung von Französisch in der Grundschule als Sprache des Nachbarn. Hier können wir feststellen, dass das Elsass, was den bilingualen Unterricht angeht – Deutsch und Französisch –, uns nach wie vor eine ganze Nasenlänge voraus ist. Ich meine, wir können auf dem, was wir da erreicht haben, aufbauen. Wir sollten aber in unseren Anstrengungen, was die Mehrsprachigkeit junger Menschen angeht, nicht nachlassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn das ist die Schlüsselqualifikation für die Teilhabe an Europa.

Alles andere in der zweiten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Müller das Wort.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Oh!)

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich konzentriere mich ausschließlich auf die Themen Zuständigkeit, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit, weil das wahrscheinlich der Themenbereich ist, der gerade bei der Europapolitik eines Bundeslandes, einer Landesregierung und eines Europaausschusses eher im Vordergrund zu stehen hat.

Der römische Dichter Juvenal hat einmal den Satz geschrieben: „Da ist es schwer, keine Satire zu schreiben.“ Ich will in Bezug auf das Thema Subsidiarität sagen: Da ist es schwer, keine euroskeptische Rede zu halten. Ich sage das vor dem Hintergrund dessen, dass ich als Mitglied einer Partei, die von Konrad Adenauer bis hin zu Helmut Kohl für Europa eingestanden ist wie kaum eine zweite, sehr wohl die Licht- und Schattenseiten sehe. Ich will mit diesem Hinweis auf Subsidiarität deutlich machen, dass es Grenzen gibt für Europa. Wenn die überschritten werden, findet das seinen Niederschlag im Eurobarometer, das Sie gerade beschrieben haben. Wenn nämlich die Bürger Europa nur noch als fernes bürokratisches Wesen kennenlernen, dann tun wir nichts Gutes für Europa und auch nichts Gutes für unser Land.

(Beifall bei der CDU)

Die Kernfrage ist: Was ist Sache Europas und was ist dessen Sache nicht? Sache Europas sind alle Fragen, die Europa als Ganzes, z. B. im Weltmaßstab, berühren. Sache Europas sind Fragen der Freizügigkeit, des Binnenmarkts, der ausgewogenen Entwicklung der einzelnen Teile Europas und alle Fragen, die grenzüberschreitende Wirkung haben. Da sind wir uns sicher einig: Das sind unzweideutig notwendige Aufgaben Europas.

Die Tatsache aber, meine Damen und Herren, dass irgendeine Frage – welcher Art auch immer; ich komme sofort auf einige konkrete Beispiele zu sprechen – überall in Europa vorliegt, begründet noch längst keine Zuständigkeit dieser Ebene.

Um das einmal an den Realitäten der letzten zwei, drei Jahre beispielhaft zu schildern: Weißbuch Sport, Bodenschutzrichtlinie, kommunaler Lärmschutz, Feinstaubrichtlinie, FFH- und Vogelschutzrichtlinie,

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr richtig! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sag einmal!)

Blue-Card-Zuwanderung, Weißbuch Übergewichtige Kinder, Grünbuch Stadtverkehrspolitik – das alles sind Fragen, die man so oder anders entscheiden kann. Aber die entscheidende Frage ist, ob man sie auf europäischer Ebene entscheiden muss.

Ich will die Methode beschreiben, mit der Europa in immer neue Zuständigkeiten hineinkommt – man könnte schon beinahe sagen „sich einschleichen“. Das beginnt in der Regel mit einer Probematisierung, z. B. durch Grünbücher oder Weißbücher. Es werden Leitideen zur Diskussion gestellt. Es werden Fördermittel in Aussicht gestellt. Es werden Ziele formuliert. Es werden Berichtspflichten statuiert, und zum Schluss wird die Verantwortung für die Lösung der Probleme delegiert, in der Regel an die kommunale Ebene. Es ist interessant, dass in mehreren Punkten die kommunalen Landesver-

(Ulrich Müller)

bände darauf aufmerksam gemacht haben, dass man ihnen die Probleme nicht einfach vor die Füße legen kann, sondern dass es Europas Angelegenheit wäre, z. B. für das Bekämpfen von Ursachen etwa im Bereich von Feinstaub oder Lärm tatsächlich einen eigenständigen Beitrag zu leisten, anstatt einfach die Kommunen verantwortlich zu machen.

Nun ist interessant, wie die Öffentlichkeit, wie die Politik, wie die Verbände auf dieses Inanspruchnehmen europäischer Zuständigkeiten reagieren. Es gibt wenige, die die Zuständigkeitsfrage als solche ansprechen, sondern es greift eigentlich ein ganz anderer Mechanismus. Zu den wenigen, die die Zuständigkeitsfrage ansprechen, gehört der Europaausschuss dieses Landtags und gehört zum Glück auch die Landesregierung.

Es gibt in vielen Ländern Europas keine föderalistische Tradition. Es gibt in vielen Ländern Europas auch nicht die Faszination der kommunalen Selbstverwaltung, sondern es gibt dort die Faszination der einheitlichen und der zentralen Lösungen. Wenn etwas einheitlich und zentral ist, dann scheint es vielen die richtige Lösung zu sein, weil es einheitlich ist. Wir haben aus Überzeugung eine völlig andere Tradition.

Es gibt das Spielen über die europäische Bande. Fachpolitiker, die sich in den einzelnen Nationen nicht durchsetzen, versuchen mithilfe der europäischen Ebene das zu realisieren, was sie im eigenen Land nicht realisieren können.

Es gibt den Mechanismus, dass viele einfach in eine Diskussion einsteigen und deswegen etwas für eine europäische Frage halten, weil sie die Aussage der Europäischen Union für richtig halten. Aber die Frage, ob etwas richtig oder falsch ist, ist eine ganz andere Frage als diejenige, ob etwas Sache Europas ist oder nicht.

Es gibt natürlich auch das Hoffen auf Fördermittel. Es gibt dieses Hoffen gerade auch bei den etwas weniger entwickelten Ländern Europas, die sich sagen: Es ist besser, wenn Europa etwas tut, als wenn niemand etwas tut.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir müssen etwas lernen: die grundlegende Unterscheidung der Fragestellung, ob wir irgendeine These teilen, die von der Europäischen Kommission oder von wem auch immer kommt, von der Frage: Sind die eigentlich dafür zuständig? Man muss die These aufstellen können: Selbst wenn ihr recht habt, es ist nicht eure Sache. Oder: Selbst wenn ihr nicht recht habt, muss ich zugeben, es ist eure Sache. Das sind zwei unterschiedliche Fragen.

Das sagen wir nicht aus Formalismus. Das sagen wir auch nicht aus Egoismus, sondern wir sagen es, weil wir überzeugt sind vom Wert des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung. Wir sind davon überzeugt, weil Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung heißt: mehr Demokratie, mehr Subsidiarität, mehr Bürgernähe, mehr Sachbezogenheit, mehr Situationsabhängigkeit und mehr Wettbewerb. Das sind die Gründe, weshalb wir dieses Kriterium der Subsidiarität voranstellen. Das ist die Begründung, weshalb wir für sie kämpfen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Müller, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Ulrich Müller CDU: Jawohl. – Der Europaausschuss betrachtet sich als Wachhund in diesen Angelegenheiten. Bei der Bodenschutzrichtlinie hat er schon einmal ein bisschen Geschichte geschrieben.

(Zuruf von der SPD: Aber mehr kommt nicht raus!)

Wir haben heute einen Antrag zur europäischen Stadtverkehrspolitik vorgelegt. Wir formulieren diesen Antrag im Bewusstsein der Übereinstimmung mit der Landesregierung und übrigens auch einer entsprechenden Entschließung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen – ohne dass ich jetzt noch auf die Merkwürdigkeiten dieses Grünbuchs zur Stadtverkehrspolitik eingehe –, indem ich einfach noch einmal darauf aufmerksam mache: Wenn wir die Subsidiaritätsfrage voranstellen, dann tun wir das nicht aus Europafeindlichkeit. Vielmehr wollen wir Europa bewahren vor einem Gesicht, das es aus dem Blickwinkel vieler Bürger immer mehr bekommt. Kein Zentralismus, keine Bürokratie, keine schematischen Lösungen, kein Regulierungswahn, kein Formalismus – dafür müssen wir kämpfen, damit die Akzeptanz Europas steigt. Es gibt viele Gründe für Europa. Der Zentralismus gehört nicht dazu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß Herrn Regierungsrat Dr. Guy Morin, Regierungsvizepräsident des Kantons Basel-Stadt, und Herrn Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli, Mitglied der Regierung des Kantons Basel-Landschaft.

Werte Gäste aus der Schweiz, ich heiße Sie im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen und wünsche Ihnen erfolgreiche Gespräche und weiterhin einen angenehmen Aufenthalt in Stuttgart. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hofelich das Wort.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich persönlich sehe den Europaausschuss nicht primär als Wachhund. Aber wir können uns darüber gern einmal im Ausschuss austauschen.

Was muss sich im Land bewegen? Wie nutzen wir die Chancen Europas für Baden-Württemberg? Das ist die Überschrift des zweiten Teils meiner Stellungnahme. Ich will mich auf drei Punkte konzentrieren.

Erstens gehe ich auf die europäischen Projekte ein. Kolleginnen und Kollegen, uns stehen wichtige Weichenstellungen bevor. Eine Weichenstellung ist, dass wir das 7. Europäische Forschungsrahmenprogramm vor uns haben. Es muss das unbedingte Interesse des Landes Baden-Württemberg sein, dass sich unsere Hochschulen in möglichst viele europäische Projekte einbringen. Hier mahne ich proaktive Politik an.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU und Oswald Metzger (fraktionslos))

(Peter Hofelich)

Dabei ist wichtig, dass wir auf die Bereiche, in denen wir noch Schwächen haben – nämlich beim Übergang von der Grundlagenforschung in die Anwendung und bei der Bildung einer Brücke von der universitären Forschung zur Anwendung bei den kleinen und mittleren Unternehmen –, ein besonderes Augenmerk legen, um unsere Schwächen künftig kompensieren zu können, damit wir nicht nur bei den Großunternehmen, sondern auch bei den kleinen und mittleren Unternehmen das Land der Patente sind.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oswald Metzger (fraktionslos))

Wir brauchen mehr industrielle Leuchtturmprojekte in Baden-Württemberg, und die Landesregierung sollte das stützen. Ich spreche einmal ein Thema an: Wir stehen in der Luft- und Raumfahrtindustrie in Baden-Württemberg gut da. Baden-Württemberg ist hier ein guter Standort in der Fläche insgesamt. Wir stehen einige Jahre vor dem Galileo-Signal. Was hindert uns eigentlich daran – auch die für die Förderprogramme verantwortlichen Minister –, dafür zu sorgen, dass unsere Unternehmen im Vorfeld eine Testumgebung schaffen mit Satelliten am Boden, damit wir jetzt schon alles testen können, was für dieses Galileo-Signal wichtig ist, dass wir Applikationen testen, die hier infrage kommen und bei denen sich unsere Forschungsunternehmen, unsere Industrieunternehmen einbringen können? Wir brauchen einen solchen Kraftakt für industrielle Leuchtturmprojekte. Ich vermisse dies derzeit im Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten bei den Metropolregionen landesregierungsseitig von der Rhetorik zur Substanz kommen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

Deswegen ist es wichtig, dass dann, wenn die nächste Förderperiode der Europäischen Union anbricht, tatsächlich einmal die Erwartungen, die im Land geschürt werden, auch erfüllt und gesonderte Mittel für die Metropolregionen bereitgestellt werden. Es bricht keinem anderen ein Zacken aus der Krone, wenn in Baden-Württemberg die großen industriellen und wissenschaftlichen Zentren

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

ihre europäische Rolle einnehmen, Herr Staatssekretär Fleischer.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine Strategie der Kooperation in Europa. Dies geschieht im Mittelmeerraum – Herr Sarkozy hat da eine Ankündigung gemacht –, dies geschieht im Ostseeraum. Ich bin dafür, dass Baden-Württemberg eine besondere Chance sucht, dass wir die Integration im Donaauraum herstellen. Die Kooperation entlang der Donau ist wichtig für die Zukunft Baden-Württembergs. Dafür haben wir mit dem Donaubüro in Ulm auch eine gute Voraussetzung.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsrevision der EU wird dazu führen, dass sich bereits im Jahr 2008 Weichenstellungen ergeben. Die Landesregierung sollte sie nicht verpassen.

Meine zweite Bemerkung thematisiert die Frage, wie wir Europa mental annehmen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Haben Sie noch Redezeit?)

Der Kollege Müller hat dazu das Stichwort geliefert. Schelte ist ein schlechter Ratgeber, ob von Herrn Rau gegenüber der OECD oder von uns gegenüber der Kommission. Das zeigt eigentlich nur, dass man keinen wirklichen Zugang zu den Entscheidungszentren hat. Ich bin dafür, dass die baden-württembergische Politik Zugang zu den Entscheidungszentren haben sollte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: So ist es!)

Der amerikanische Autor Jeremy Rifkin hat ein Buch mit dem Titel „The Age of Access“ geschrieben. Man muss seine Auffassungen nicht unbedingt alle teilen. Tatsache jedoch ist, dass es nicht mehr nur allein um den Besitz geht, sondern um den Zugang zu Wissen und zu Gestaltungsmöglichkeiten. Subsidiarität darf in diesem Sinne nicht zu einem Kampfbegriff werden, Herr Müller. Subsidiarität ist eine Gestaltungsaufgabe und keine Abwehraufgabe für das Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Oswald Metzger (fraktionslos) – Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

Wenn Sie anführen: „Auch wenn ihr recht habt, so ist es doch nicht eure Sache“, dann bezweifle ich, dass man damit in der modernen Welt wirklich bestehen kann. Ich sehe die moderne Welt so – und ich meine damit nicht, dass von allem Vorherigen Abschied genommen werden muss; wir müssen aber die Entwicklung erkennen –: Wir entwickeln uns von Strukturen hin zu Netzwerken. Wir entwickeln uns von Zuständigkeiten hin zu Kompetenzen. Wir entwickeln uns von festen Aufgaben hin zu Projekten. Das ist der Trend. Das heißt nicht, dass etwas anderes nicht existieren würde. Aber diesen Trend zu übersehen, Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist etwas, was wir uns nicht leisten können. Wer sich gegen die neue Welt stellt, wird von dieser neuen Welt überrollt werden. Und diese neue Welt existiert bereits in Europa, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Auch andere Länder haben Regionen, die sehr selbstbewusst auftreten, ob das nun Katalonien oder die Lombardei ist. Nach allem, was ich dort sehe, sind diese Regionen jedoch in der Lage, tatsächlich eine proaktive Politik zu machen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Zum Schluss sage ich noch eines – und ich kann mich bei dieser Subsidiaritätsdebatte nicht des Gefühls erwehren, dass dies der Fall ist –: Wenn man über zwei Jahrzehnte hinweg lediglich dem marktradikalen Zeitgeist applaudiert, dann jedoch glaubt, man könne durch den Rückzug in das „Schneckenhaus Subsidiarität“ sozusagen alles für erledigt erklären, dann ist man auf dem Holzweg.

(Peter Hofelich)

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Wir als SPD gehen voran, und wir ziehen gern auch die Regierung mit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Walter das Wort.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Reden Sie wieder zum Wald?)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einige Worte zu den Ausführungen des Kollegen Müller sagen. Ich frage Sie, Herr Müller: Wie wollen Sie beispielsweise das Dopingproblem im Sport in Baden-Württemberg in den Griff bekommen? Ihr bekommt es hier doch gar nicht in den Griff. Wenn ich etwa an Freiburg, an den Olympiastützpunkt denke, dann sehe ich, dass ihr das Problem nicht einmal hier im Griff habt.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das ist überhaupt nicht in den Griff zu kriegen!)

Ein Thema von solchen geradezu industriellen Ausmaßen – der Sport ist ja schon eine Art Industrie geworden, die europaweit und sogar weltweit operiert – kann doch nicht in Länderparlamenten allein erledigt werden. Es ist also völlig richtig, dass sich die EU des Themas Sport annimmt.

Das Zweite: Die EU redet uns doch nicht rein und sagt uns, wie wir den Sportunterricht oder wie wir unsere Olympiastützpunkte zu gestalten haben. Da geht es doch insgesamt um die Frage: Wie halten wir es mit dem Sport in Europa?

Das zweite Beispiel, das Sie genannt haben, ist die FFH-Richtlinie. Das ist nun ein Musterbeispiel für das Versagen der Länderparlamente bzw. der Landesregierungen. Wie oft musste von Brüssel aus angemahnt werden, dass wir nun endlich die auch für uns so wichtigen Biotope an die EU melden?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Parzellenscharf!)

Auf der rechten Seite des Hauses wurde ja bei den Bürgermeistern Stimmung gegen die bloße Existenz dieser FFH-Richtlinie gemacht. Wenn man sich jedoch zu einem gemeinsamen Europa bekennt, muss man sich auch zu einem gemeinsamen Naturschutz und zu einem gemeinsamen Umweltschutz bekennen. Die FFH-Richtlinie ist ein Segen. Sie hat schon so viel Unfug verhindert; sie hat verhindert, dass ganz viele Biotope in Europa unwiederbringlich zerstört werden.

(Zuruf des Abg. Karl Rombach CDU)

Was heißt denn eigentlich Subsidiarität? Der Ministerpräsident redet beim Flächenverbrauch zwar von einer Nulllösung, aber wenn man sich einmal anschaut, was mit den Flächen tatsächlich passiert, stellt man fest, dass das doch gar nicht wahr ist und wir weit davon entfernt sind. Die FFH-Richtlinie war ein großer Segen; sie ist nach meiner Ansicht eines der besten Dinge, die je aus Europa gekommen sind.

(Beifall der Abg. Franz Untersteller und Bärbli Michael GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wir hatten doch lange beispielsweise über die Frage diskutiert, wie es angehen kann, dass manche Pestizide in einem Land zugelassen sind und in einem anderen wiederum nicht. Es muss, damit wir einheitliche Verhältnisse und – in diesem Fall für die Landwirte – gleiche Chancen haben, doch Vereinheitlichungen auf europäischer Ebene geben. All diese Dinge müssen doch geregelt werden.

Zum Thema Umweltschutz verweisen Sie auf die Feinstaubrichtlinie. Was haben denn die nationalen Regierungen gemacht? Die EU wird oft auch dann tätig, wenn die nationalen Regierungen nichts auf die Reihe bringen.

Herr Müller, wir sind uns einig: Wir wollen weniger Bürokratie, wir wollen weniger Zentralismus. Aber wir wollen eine Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse, so weit es geht. Natürlich soll jedes Land das behalten, was zu seinem Image und zu seiner Identität gehört. Daran zweifelt ja niemand. Aber wir brauchen bei vielen Standards – im Sozialbereich, im Umweltbereich – eine Vereinheitlichung. Das ist eben nur möglich, wenn sich die EU dieser Themen auch annimmt.

Kollege Hofelich hat zu Recht gesagt, Subsidiarität dürfe kein Kampfbegriff sein, mit dem wir alles abwehren. Vielmehr muss Subsidiarität hier vor Ort angewandt werden – bei Dingen, bei denen dies notwendig ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke?

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Kollege Walter, sind Sie der Ansicht, dass beispielsweise in Ihrer Heimatstadt Asperg die Gestaltung der Bürgersteige eine Aufgabe ist, bei der die Stadt der Nachhilfe durch die Europäische Kommission bedarf? So steht es im Grünbuch zur Stadtverkehrspolitik.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich habe geglaubt, der stellt eine intelligente Frage! Aber das war wieder nicht der Fall!)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Man kann natürlich die blödesten Beispiele bringen, um die Leute wieder verrückt zu machen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Darin gibt es aber noch mehr!)

Ich habe doch nicht gesagt, wir sollten alles, was in dem Grünbuch steht, im Verhältnis 1 : 1 übernehmen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich habe schon in der ersten Runde darauf hingewiesen: Es geht darum, dass wir uns in die Diskussion einbringen, dass wir sagen, was uns wichtig ist. Da muss nicht jeder Blödsinn, der in dem Grünbuch steht, übernommen werden. Das ist doch selbstverständlich.

(Jürgen Walter)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Darum soll sich der Stoiber kümmern!)

Herr Kollege Blenke, so bringen wir Europa nicht voran.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir müssen uns im Europaausschuss einmal ernsthaft darüber unterhalten – ich verweise auf das, was der Kollege Hofelich gesagt hat –, wie wir mit der europäischen Frage mental umgehen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bachmann?

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wenn er sich anstrengt, ja.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Gern. – Ich möchte an die Frage des Kollegen Blenke anschließen. Sind Sie der Meinung, dass die Frage, ob in einer Stadt in Baden-Württemberg eine City-Maut eingeführt werden soll, europaweit geregelt werden muss, oder meinen auch Sie, dass diese Frage jede Kommune besser selbst entscheiden kann?

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Kollege Bachmann, es geht nicht darum, wer diese Frage entscheidet. Vielmehr geht es darum, eine Diskussion anzustoßen.

(Zuruf des Abg. Ulrich Müller CDU)

Diese Diskussion ist längst überfällig. Es zeigt sich doch, dass wir in Baden-Württemberg in dieser Frage bisher nichts auf die Reihe bekommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Warum soll man denn diskutieren, wenn man etwas nicht will?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Theurer das Wort.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich auf drei Bemerkungen beschränken.

Erstens: Der Europaausschuss trägt mit dazu bei, dass Vorhaben, die auf europäischer Ebene vorbereitet werden, hier frühzeitig diskutiert werden. Der Europäische Vertrag sieht nach seiner Veränderung nun die Möglichkeit der Subsidiaritätskontrolle, der Subsidiaritätsrüge und der Prüfung der Verhältnismäßigkeit, wobei wir ja eine Achtwochenfrist haben, vor. Wenn wir dies wirklich sicherstellen wollen, dann ist der Europaausschuss die einzige Möglichkeit, auch den Landtag damit zu befassen. Denn der Bundesrat muss ja als nationale Vertretung entscheiden. Da stellt sich die Frage: Kann man eine parlamentarische Beteiligung überhaupt noch sicherstellen?

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Theurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger?

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Kollege Theurer, Sie haben gerade die Notwendigkeit des Europaausschusses sehr deutlich beschrieben. Könnten Sie mir dann erklären, warum Sie sich mit Ihrer Fraktion zehn Jahre gegen die Einrichtung dieses Ausschusses gewehrt haben.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Die FDP/DVP-Fraktion hat bereits in den Achtzigerjahren die Einrichtung eines eigenständigen Europaausschusses gefordert. Wir sind froh, dass es in dieser Legislaturperiode gelungen ist,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer hat da gebremst?)

auch unseren Koalitionspartner von der Notwendigkeit eines Europaausschusses zu überzeugen. Es gab in den Jahren zuvor Gründe, keinen Europaausschuss einzusetzen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie waren dagegen!)

Jetzt gibt es sehr gute Gründe für einen Europaausschuss. Das Wichtigste aber ist, dass wir den Europaausschuss mit Leben füllen. Hier sehe ich schon mit großer Sorge, dass andere Ausschüsse bei bestimmten Punkten, die eigentlich in die Zuständigkeit des Europaausschusses fallen, die Federführung an sich ziehen. Immer dann, wenn mehrere Ausschüsse betroffen sind oder wenn es um ein originär europäisches Thema geht – wie bei der Verteilung der EFRE- und der ESF-Mittel –, dann muss der Europaausschuss der federführende Ausschuss sein. Ich habe im Ausschuss klar zum Ausdruck gebracht, dass ich erwarte, dass in Zukunft auch die zuständigen Fachminister den Abgeordneten im Europaausschuss Rede und Antwort stehen.

Ich will als Zweites auf die Projekte eingehen. Wir brauchen in einem vereinten Europa leistungsfähige Verkehrsbeziehungen. Baden-Württemberg braucht nach der deutschen Einheit und der europäischen Einigung leistungsfähige Ost-West-Verkehrsverbindungen bei den Straßen, aber auch bei den Schienen, Stichworte: Baden-Württemberg 21, Magistrale Straßburg–Stuttgart–München–Budapest, aber auch entsprechende Zulaufstrecken zur NEAT – die Rheintalbahn und die Strecke Mailand–Zürich–Singen–Stuttgart–Nürnberg–Berlin.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir sollten darüber hinaus, wie es der Kollege Hofelich angedeutet hat, den Donaoraum mit Leben erfüllen und natürlich auch dafür sorgen, dass die EU hierfür die notwendigen Mittel bereitstellt. Der Donaoraum, die Erweiterung nach Osten mit Blickpunkt auf Serbien, Bulgarien, Rumänien, die Ukraine und auch Moldawien

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Georgien!)

sind notwendig und genauso wichtig wie Ostsee- und Mittelmeerraum.

Zum Abschluss die Frage der Zuständigkeit: Während Europa vor 20 Jahren Außenpolitik bedeutete, ist Europa heute Innenpolitik. Man kann sich trefflich darüber streiten, was auf europäischer Ebene und was vor Ort geregelt werden soll. Wir

(Michael Theurer)

sind der Auffassung, dass wir die Gefahr abwenden müssen, dass man alles, was man im Landtag oder im Bundestag nicht durchbekommt, dann auf die europäische Ebene zerrt. Deshalb brauchen wir auch keine europäische Stadtverkehrspolitik. Das können wir selbst regeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir brauchen kein Europa, das entscheidet, ob wir eine City-Maut einführen oder wie hoch die Bürgersteige sein sollen.

Was wir aber brauchen, ist ein funktionierender Binnenmarkt. Deshalb sind wir hinsichtlich der Drittstaatenregelung der Auffassung, dass ein funktionierender Arbeitsmarkt erforderlich ist und dass wir eine europäische Regelung brauchen, die die Zuwanderung begrenzt und eine gesteuerte Zuwanderung ermöglicht. Denn wir haben allein in Baden-Württemberg einen Fachkräftemangel von 60 000 Menschen. Das Wirtschaftsministerium hat deutlich gemacht, dass dadurch eine Wertschöpfung von 3,5 Milliarden € ausfällt und damit Wohlstandschancen ausfallen. Deshalb sind wir der Auffassung, dass hier eine europäische Mindestregelung sinnvoll und notwendig ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Stächele das Wort.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen für ihr Engagement in Sachen Europapolitik und insbesondere auch für die Würdigung des Europaberichts herzlich danken. Ich will ausdrücklich auch dem Europaausschuss danken. Ich habe am 18. Dezember in der Presse gelesen: „Die Europäer“ – und damit war ja der Europaausschuss gemeint – „kämpfen um Beachtung“.

Dass hier die Zuhörertribüne leer ist,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Liegt an dem Zeitpunkt!)

hat nichts mit einem erfolglosen Kampf zu tun,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Lag an Herrn Theurer! Die sind danach alle gegangen!)

sondern liegt, so habe ich den Eindruck, mehr am Zeitmanagement der Landtagsverwaltung. Vielleicht sollte man tatsächlich zu einem so wichtigen Tagesordnungspunkt wieder Gruppen hereinkommen und zuhören lassen. Ich freue mich, dass die Kollegen aus der Schweiz uns die Treue halten und bei dieser Debatte dabei sind.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Denn das, was im Moment an den leeren Zuhörerrängen sichtbar wird, entspricht beileibe nicht der tatsächlichen Zustimmung unserer Bevölkerung zur Europäischen Gemeinschaft. Der Kollege Walter hat das aktuelle Barometer zitiert. Es gibt weitere Zahlen. Sehr erfreulich ist, dass die Zustimmung zur

EU-Mitgliedschaft wiederum gewachsen ist und nun bei 67 % liegt. Das heißt, die Entwicklung im Zeichen der deutschen Ratspräsidentschaft hat sich fortgesetzt. Erfreulich ist auch, dass man durchaus erkennt, und etwa 60 % sagen dies – in einem Exportland wie Baden-Württemberg wären die entsprechenden Werte wahrscheinlich noch höher –, dass die EU-Mitgliedschaft sehr zum Vorteil des eigenen Landes ist. Drittens sagt man durchaus: Deutschland hat ein positives Gewicht in der Europäischen Gemeinschaft. Es sind immerhin 79 %, die dies sagen.

Kollege Walter, zugegeben: Die Institutionen haben es auch in Europa schwer. Wenn für die Institutionen die Zustimmung nur bei 52 % liegt, dann möge für die Europäer vielleicht Trost sein, dass für das nationale Parlament die Zustimmung nur bei 41% liegt. Das Phänomen kennen wir natürlich, dass zum Grundgedanken zwar Zustimmung besteht, dass aber gegenüber den Handelnden, den Akteuren da und dort gewisse Zweifel bestehen. Aber das ist natürlich unser politisches Brot tagaus, tagaus.

Meine Damen und Herren, es wäre schon gut, am Ende dieses Jahres noch einmal zu schauen, was in diesem Jahr alles passiert ist. Ein Kollege hat den Jahrestag der Römischen Verträge im März angesprochen. Aber allein die Ereignisse der letzten vier Wochen weisen bereits auf ganz wichtige Etappen in der europäischen Integrationsentwicklung.

Zuerst wurde am 12. Dezember die Charta der Grundrechte in Straßburg proklamiert. Dann wurde am 13. Dezember der Vertrag von Lissabon unterzeichnet. Schließlich fand am 14. Dezember in Brüssel ein normaler Regierungsgipfel mit brisanten Themen statt – ich nenne nur das Kosovo und den Balkan, aber es gab noch weitere Themen. Ferner schließt sich – auch das gehört in diese Reihe – am 21. Dezember die Erweiterung des Schengener Abkommens an.

Ich glaube, wir tun gut daran, wenn wir über Europa reden, einfach einmal aufzuzeigen, wie weit wir in 50 Jahren gekommen sind. Man kann mit Fug und Recht, ohne zu euphorisch zu werden, immer wieder sagen: Europa ist eine Erfolgsgeschichte. Es ist wirklich eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen will ich an dieser Stelle noch einmal würdigen, was sich auch am 21. Dezember abspielen wird, nämlich dass der Raum der Freiheit und des Rechts erweitert wird. Schengen geht jetzt weit über die damalige Stacheldrahtgrenze hinaus bis tief in die osteuropäischen Staaten hinein. Die Sicherheit wird deshalb nicht geringer werden. Wir sind ganz zuversichtlich – der Kollege Innenminister war bei diesen Besprechungen immer dabei –, dass es mehr Sicherheit geben wird. Man muss erstens einfach einmal begreifen, dass es keine „Schlagbaumkontrolle“ mehr gibt, sondern eine Großraumkontrolle durchgeführt wird. Zweitens – und das war ein Erfolg gerade unseres Bundesinnenministers Dr. Schäuble – hat man es verstanden, an den Außengrenzen unter Mithilfe anderer europäischer Staaten die Kontrollen aufzubauen, aufgrund derer wir sagen können: Das ist ein sicherer, ein freier Raum, ein Raum der größtmöglichen Freizügigkeit. Ich finde das sensationell.

(Beifall der Abg. Thomas Blenke CDU und Michael Theurer FDP/DVP)

(Minister Willi Stächele)

Das zu würdigen ist unsere Sache, und wenn es darum geht, ein bisschen von dieser Begeisterung an die Bevölkerung weitergeben zu können, sind wir sicherlich nicht chancenlos.

Ich will jetzt, um bei der Wahrheit zu bleiben, natürlich auch ein weiteres Ereignis in dieser Runde nennen, das jedoch nicht ganz so glücklich ausgefallen ist: Es geht um Europa „jenseits von Afrika“. Da gab es in der Tat einen Gipfel, einen Versuch, der nicht so geendet hat, wie er hätte enden sollen. Ich bin trotzdem zuversichtlich. Sie wissen, dass man im Dissens auseinandergegangen ist. Aber es wäre ganz wichtig, dass wir uns da nicht entmutigen lassen und neue Ansätze zu diesem Thema finden. Ich möchte es ein bisschen salopp sagen: Bevor „die letzte Pekingente in Afrika eingeflogen wird“, sollte auch Europa seine Interessen und seine Hilfeleistungen so auf die Reihe bringen, dass Afrika nicht von Europa wegdriftet.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Im Ganzen ist die Bilanz sehr gut. Ich will jetzt auf das eingehen, was Sie angesprochen haben, und Ihnen gleichzeitig sagen, wo Sie damit ganz aktuelle Baustellen der Europapolitik des Landes berühren. Der Kollege Hofelich hat gesagt, man solle nicht jammern – etwa in der Subsidiaritätsfrage –, sondern man solle doch – wenn ich das richtig verstanden habe – Einfluss nehmen, an die Schaltstellen gehen und Europapolitik mitgestalten.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Noch mehr mitgestalten!)

Zum Thema Subsidiarität: Kollege Hofelich, ich wäre als Lokal-, Regional- und Landespolitiker da ein bisschen selbstbewusster.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist der Kollege Hofelich!)

Wenn ich anmahne, ein Thema nicht nach Brüssel zu verlagern, ist das kein ängstliches Geschrei, sondern dann zeigt dies im Grunde ein hohes Maß an Selbstbewusstsein, dass ich verdammt noch mal genauso gescheit und klug handle wie die auf der europäischen Ebene.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir können ja die Regierung auffordern!)

Ich würde da wirklich anmahnen, das Thema Subsidiarität nicht abzutun als ein Thema der Nörgler, der Ewiggestrigen. Sie selbst haben von der „Neuen Welt Europa“ gesprochen. Die „Neue Welt Europa“ braucht noch mehr Subsidiarität, als das bisher vielleicht der Fall war. Das ist eine Grundüberzeugung, gerade wenn man mit großer Leidenschaft für Europa eintritt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Kollege Müller hat es angesprochen: Diese Geschichte mit dem Grünbuch zur Verkehrspolitik ist nun wirklich ein eklatantes Beispiel.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sagen Sie das alles dem Herrn Stoiber!)

Ich habe hier eine ganze Liste solcher Beispiele. Ich will sie jetzt nicht im Einzelnen aufzählen. Ich kann nur sagen: Es ist überhaupt keine Abkehr vom europäischen Gedanken, wenn ich sage, es gibt zehn, es gibt zwölf, es gibt vielleicht 14 zentrale Aufgaben, die da hingehören. Aber ich erlaube mir zu sagen, was nicht da hingehört, weil in der Tat Regional-, Landes- und Bundespolitik gleichermaßen in der Lage sind, viele dieser Dinge zu richten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Das Grünbuch ist wirklich das klassische Beispiel dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Sehr richtig!)

Insofern, glaube ich, sind wir schon auf dem richtigen Weg, wenn wir erstens unseren ständigen Einfluss im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung, nämlich über den Bundesrat, konkret machen. Wir können mit Stolz sagen: Die Liste, die vor anderthalb Jahren im Bundesrat als Grundanforderung an die deutsche Ratspräsidentschaft verabschiedet wurde, ist fast vollständig und im Sinne der Länder erfolgreich abgearbeitet worden. Das heißt also – das ist auch ein Wort an unsere Kollegen aus der Schweiz –: Es ist durchaus möglich, in einer föderalen Ordnung über die eigene zweite Kammer entsprechend der verfassungsmäßigen Ordnung einzuwirken. Das wurde umgesetzt. Die Ergebnisse sind ein direktes Beispiel dafür.

Ein Ergebnis unserer besonderen Bemühungen war in der Tat, dass wir in Sachen Subsidiaritätsprüfung weitergekommen sind. Das hat es noch nicht gegeben, dass alles, was in Brüssel ins Rohr geht, gleichzeitig in die nationalen Parlamente und auch in den Bundesrat gehen muss mit dem Ziel einer achtwöchigen Überprüfung auf Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit.

Was wir jetzt aufbauen, ist auch im Sinne dessen, was Kollege Hofelich anspricht, nämlich hineinzugreifen in die Tastatur. Wir bauen jetzt Folgendes auf: Wir wissen, dass wir, wenn wir ausschließlich über den Bundesrat vorgehen, vielleicht nicht das Gewicht haben, wie wenn wir gleichzeitig – schon im Vorfeld, schon bei der ersten Subsidiaritätsrüge – ein gewisses Netzwerk darunterbauen und einen Unterbau machen. Wir befinden uns im Moment in der Zusammenarbeit mit dem französischen Senat. Der Austausch ist perfekt. Hinzu kommen Kontakte mit Österreich über dessen zweite Kammer, und wir befinden uns schon im Gespräch mit dem italienischen Senat.

Ich bin zudem bemüht, dass wir in der gleichen Zielsetzung auch einen osteuropäischen Staat dazubekommen, damit in dem Moment, in dem wir sagen: „Städtische Verkehrspolitik gehört da nicht hin“, nicht nur Berlin und nicht nur die deutschen Länder, sondern alle, die es mit der Subsidiarität und der föderalen Ordnung ernst meinen, mit an Bord sind und vorstellig werden.

Nun haben wir neuerdings Mechanismen – Sie kennen die Stufen –, die dazu führen, dass man einen Sachverhalt unter Umständen komplett vom Tisch fegen kann. Das ist ein Erfolg. Gleichzeitig gibt es auch Klagerechte. Das alles sind Erfolge, die wir uns vielleicht zunächst einmal erträumt haben,

(Minister Willi Stächele)

die wir mit dem Entschließungsantrag im Bundesrat konkret gemacht haben und die dank der Bundesregierung und dank einer hervorragenden Ratspräsidentschaft durch unsere Bundeskanzlerin auch Wirklichkeit geworden sind.

Das Zweite ist: Kollege Hofelich sagt, wir sollten an Themen dranbleiben. Er nennt die Forschung. Ich bin dankbar dafür. Kollege Frankenberg könnte jetzt berichten. Wenn es ein Land gibt, das im Übermaß nicht nur Geld abholt, sondern Drittmittel akquiriert, dann ist es Baden-Württemberg. Von 570 Millionen €, die in der letzten Förderperiode geflossen sind, sind 25 % nach Baden-Württemberg gegangen, und zwar nicht etwa deswegen, weil wir ganz besonders gut Anträge ausfüllen können, sondern weil wir in der Tat weit überdurchschnittliche Forschungseinrichtungen im Land haben und gleichzeitig in der Lage sind, Drittmittel einzuholen, und damit das Paket so geschnürt wird, dass wir auch von Europa gefördert werden. In diesem Punkt sind wir also absolut sicher.

Ich will auch für den Kollegen Wirtschaftsminister in Sachen Galileo sagen – ich habe das gar nicht gewusst –: Seit 2006 sind wir da mit einer Arbeitsgruppe dran. Das heißt also – für Sie ist es sicher befriedigend, das zu wissen, Kollege Hofelich –: Da, wo Sie heute appellieren, rennen Sie offene Türen ein.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Mal schauen, was die Arbeitsgruppe macht! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

In Sachen Galileo ging es wirklich darum, einfach nur einmal das Finanzierungssystem auf die Beine zu stellen. Jetzt, nachdem es steht und nachdem bekannt ist, wie das finanziert wird, und übrigens auch die Kautelen zugunsten Baden-Württembergs gerichtet worden sind – nämlich insofern, als auch mittelständische Firmen Zugang erhalten können –, sind wir, Kollege Pfister, in der Tat sofort bereit, auch in Sachen Galileo den Sprung zu machen.

(Zuruf des Ministers Ernst Pfister)

Kollege Hofelich sprach von den Metropolregionen. Da ist mir allerdings ein Satz etwas unangenehm aufgestoßen. Ich sage das in aller Höflichkeit. Wir haben nie überdurchschnittliche Erwartungen in Sachen Metropolregionen geschürt. Ich habe immer gesagt: Vorsicht! Zunächst einmal ist der Begriff „Metropolregion“ ein Begriff der deutschen Raumordnung. Dort, wo wir europäisch beginnen, hoffen wir zum einen, dass im Zuge europäischer Clusterpolitik die Strukturpolitik Europas immer mehr auch solche Metropolregionen aufnehmen wird. Dann sind wir da.

Das zweite Europäische ist natürlich die ganz spezielle Unternehmung Metropolregion am Oberrhein, bei der wir unsere Freunde aus der Schweiz – ihnen will ich den ausdrücklichen Dank aussprechen – und aus dem Elsass gewinnen konnten, einem Unternehmen beizutreten, von dem sie zunächst mit etwas Skepsis vernommen hatten. Das heißt also: Wir probieren dort, Zukunft so zu gestalten, dass wir neben der bewährten Zusammenarbeit von Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat mit all diesen zivilen Schubkräften im Grunde einen Raum schaffen, der uns in die Lage versetzt, in dem Moment, wo Europa Strukturpolitik macht, zu sagen: Wir sind schon da. Wir haben das Ding schon aufgestellt. Baden-Würt-

temberg, das Elsass und die Nordschweiz sind präsent. Metropolregion bedeutet also, immer wieder die richtige Ordnung zu wählen.

Zum Donaauraum: absolut richtig. Ich halte die Zusammenarbeit an der Donau innerhalb der vielfältigen europäischen Zusammenarbeitsmodelle für uns und für Baden-Württemberg für ein Stück weit vorgegeben. Denn wir haben die Federführung in Ulm, und dass die Städte, die wie an einer Perlenkette entlang der Donau aufgereiht sind, zusammenarbeiten, ist ein Schwerpunkt der Arbeit des Ministerpräsidenten und dieser Landesregierung. Insofern bin ich dankbar, dass die Fraktionen das gleichermaßen sehen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Ich bin dankbar dafür.

(Heiterkeit bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Herr Staatsminister, können Sie sich vorstellen, dass die Landesregierung den europäischen Verflechtungsraum Bodensee unterstützt? Wenn ja, auf welche Art und Weise?

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: War die Frage gestellt?)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Die Frage ist genau so gekommen, wie ich sie erbeten habe, lieber Kollege.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Nein. Er hat schon recht. Ich bin dankbar. In der Tat geht es immer wieder darum, dass man aufzeigt, an welchen Baustellen wir tätig sind. Das Erste habe ich beschrieben: unsere Einflussnahme über den Bundesrat.

(Ein Gong ertönt. – Heiterkeit bei der SPD)

Dazu gehört auch das, was wir in Brüssel mit unserer Vertretung, mit unseren Akteuren tun und worauf wir auf der Ebene von Kommission und Parlament Einfluss nehmen.

Dazu gehört an zweiter Stelle – ich sage das immer wieder – das, was wir als Wirtschaftsregion in Europa tun – unterwegs, mit Kommissionen.

Die dritte Baustelle ist gleichermaßen wichtig. Das ist die sogenannte kleine Außenpolitik, die wir in drei Bereichen – Oberrhein, Hochrhein und Bodensee – betreiben. Erst vor wenigen Tagen haben wir gezeigt, dass auch am Bodensee mit der IBK, der Internationalen Bodenseekonferenz, ein Instrument für zentrale Themen geschaffen wurde. Unser Bodenseeleitbild geht in die Anhörung.

Ein zweites zentrales Thema, insbesondere auch von unseren Freunden aus Vorarlberg stark protegiert, ist die Bodensee-

(Minister Willi Stächele)

Hochschulkonferenz, das Hochschulbündnis. Das heißt also, nachdem man im Umweltbereich große Erfolge für den Bodensee erzielt hat, ist dies ganz konkret eine europapolitische Baustelle des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Zuruf von der SPD: Verflechtungsraum!)

– Der Verflechtungsraum, natürlich.

Das Gleiche – damit der Kollege vom Hochrhein die Frage nicht auch stellen muss,

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

sage ich es selbst – gilt für den Hochrhein. Ich habe vor 14 Tagen der Hochrheinkommission beigewohnt, im Grunde vergleichbar mit dem, was wir auf der Basis der Eurodistrikte an kommunaler Zusammenarbeit geschaffen haben, aber ganz konkret ausgerichtet an den Themen Straßenverkehr und Umweltschutz – ein bisschen Flugverkehr ist auch dabei; das gebe ich zu – am Hochrhein. Das sind die Themen, die dort mit aller Nachhaltigkeit behandelt werden.

Ich kann all den Gremien nur immer wieder sagen: Geht ruhig mit eurer Agenda hinaus zu den Leuten und zeigt ihnen, was behandelt, was beschlossen und was umgesetzt wird. Dann merkt ein jeder, dass dieses Europa ganz konkret mit den eigenen Lebensthemen zu tun hat. Damit kann die Zustimmung zu Europa nicht nur im Gesamten, sondern auch in Bezug auf die Institutionen wachsen.

Meine Damen und Herren, ich will noch zwei, drei Dinge ansprechen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Marianne Wonnay SPD: Gnade, Herr Minister!)

– Kolleginnen und Kollegen, die Opposition hat ein Recht auf Antwort.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben doch gar nichts gefragt! Das ist wie eine Große Anfrage der CDU!)

– Kollegen von der Opposition, ich weiß, der Landesjagdverband wartet. Nur eines noch: Ich bin dankbar – hören Sie mir noch zwei Minuten zu –,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zwei Sätze!)

dass wir uns einig sind bei einem Thema, das in den Fraktionen im Bundestag in der Tat unterschiedlich gesehen wird. Wir Baden-Württemberger müssen vehement dafür kämpfen, dass hoch Qualifizierte in dieses Land kommen. Ich war sehr dankbar für die Aussage. Ich will ganz offen sagen, dass es da in Gottes Namen auch in Deutschland quer durch die Fraktionen unterschiedliche Gesichtspunkte gibt. Ich hatte dieser Tage ein Gespräch mit einem mittelständischen Unternehmen in Waldkirch, das alle kennen. Dort sucht man seit Monaten 40 Ingenieure. Das kann uns nicht ruhen lassen. Wir wollen ja, dass das hoch qualifizierte Menschen sind und dass innerhalb Europas eine verträgliche, verantwortbare Mobilität entstehen kann.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deswegen bin ich dafür, dass wir uns mit dieser Karte, der Blue Card, ernsthaft auseinandersetzen

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Morgen!)

und nicht reflexartig sagen: „Erst kommen unsere Arbeitskräfte“. Wichtig ist, dass diese Überlegung auch in der SPD umgesetzt wird.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Mir geht es nicht darum, dass ein Deutscher, der Arbeit sucht, keine Arbeit erhält, sondern es geht darum, Kräfte, die wir auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht bekommen können, zu ersetzen, bevor wir größeren volkswirtschaftlichen Schaden nehmen.

Ich hatte versprochen, meine Rede in zwei Minuten zu beenden. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! – Zuruf von der SPD: Zugabe! – Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden jetzt die vorgesehene Beratungsreihenfolge verändern und im Anschluss an die Abstimmungen im Rahmen dieses Tagesordnungspunkts den Punkt 6 der Tagesordnung – Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs – vorziehen. Punkt 5 wird damit erst heute Nachmittag aufgerufen, womit sich die Sitzung heute Nachmittag über das bisher geplante Maß hinaus verlängert. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. – Das ist der Fall.

Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der vorliegenden Mitteilungen sowie des Antrags Drucksache 14/1225.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung des Europaausschusses, Drucksache 14/2117, zu und nehmen von der Mitteilung der Landesregierung vom 2. Oktober 2007 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 2006/2007 –, Drucksache 14/1780, Kenntnis.

Zu Buchstabe b stelle ich zunächst den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/2142, zur Abstimmung. Wer für diesen Entschließungsantrag ist, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt klatschen sie schon bei der Kenntnisnahme von Entschließungsanträgen! – Abg. Peter Hofelich SPD: Die scheinen erleichtert zu sein! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist eine Unterrichtung! Wie soll ich denn da zustimmen?)

Sie stimmen auch der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/2081, zu und nehmen damit von der Mitteilung des Innenministeriums vom 9. November 2007 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Grünbuch zur Stadtverkehrspolitik –, Drucksache 14/1982, Kenntnis.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Sie stimmen auch der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/2082, zu und nehmen von der Mitteilung des Innenministeriums vom 23. November 2007 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen –, Drucksache 14/2042, ebenfalls Kenntnis.

Der Antrag Drucksache 14/1225 war ein reiner Berichtsantrag. Ich gehe davon aus, dass die SPD-Fraktion damit einverstanden ist, dass er nach dieser Debatte für erledigt erklärt wird. – Das ist der Fall.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sind wir das? – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Als Material an Willi!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe jetzt **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Frau Breymaier, der Landtag hat Sie gemäß Artikel 68 der Landesverfassung in Verbindung mit § 2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof zum Mitglied des Staatsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg ohne Befähigung zum Richteramt gewählt.

Ich darf Sie fragen: Nehmen Sie die Wahl an?

Leni Breymaier: Ja, ich nehme die Wahl an.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Sie haben die Wahl angenommen. Damit kommen wir zur Vereidigung.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich verlese den gesetzlich vorgeschriebenen Eid:

Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter allezeit die Verfassung des Landes Baden-Württemberg getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Sie haben die Eidesformel gehört. Ich darf Sie nun bitten, die rechte Hand zu erheben und die Worte zu sprechen: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

Leni Breymaier: Ich schwöre es.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. Alles Gute für die Ausübung Ihres Richteramts.

Leni Breymaier: Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Damit ist Tagesordnungspunkt 6 abgeschlossen.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:59 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:01 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 14/2109

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – Methoden der GEZ

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Ernst Behringer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Ist der Landesregierung bekannt, dass sich in der jüngsten Vergangenheit die Beschwerden über die Methoden bei der An-, Ab- oder Ummeldung von Rundfunkgeräten bei den Einwohnermeldeämtern sowie die Beschwerden über die Vorgehensweise der Außendienstmitarbeiter der GEZ, die teilweise durch Einschüchterung und Blicke durch Fenster versuchen, Schwarzsehern auf die Schliche zu kommen, gehäuft haben sollen?
- b) Welche Alternativen sieht die Landesregierung für ein Gebühreneinzugsverfahren, das von den Bürgerinnen und Bürgern nicht als Schnüffelei empfunden wird, und wird sie diesbezüglich aktiv?

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Beantwortung namens der Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Stächele das Wort.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zunächst zum ersten Teil der Anfrage: Der Landesregierung liegen keine Hinweise vor, dass es in der jüngsten Vergangenheit gehäuft Beschwerden bei Einwohnermeldeämtern in Bezug auf Gebührenerhebungsverfahren gegeben hat. Insofern ist die Anfrage ein wichtiger Hinweis.

Im Übrigen haben wir im Moment nicht den Eindruck, dass es eine Häufung der Beschwerden über die Vorgehensweise von Außendienstmitarbeitern der GEZ geben könnte. Das Staatsministerium hat natürlich regelmäßig Eingaben von Bürgern und Petitionen zum Thema Rundfunkgebühren zu bearbeiten. Dazu haben wir in der Tat viele Eingaben. Da geht es aber meist eher um rechtliche Bewertungen bestimmter Gebührensachverhalte.

In Einzelfällen gibt es auch Beschwerden zur Vorgehensweise, wobei man aber jetzt nicht davon ausgehen kann, dass insgesamt eine beachtliche Zunahme zu registrieren wäre. Auch der SWR, den wir im Zusammenhang mit dieser Anfrage um eine Stellungnahme gebeten haben, konnte uns keine Auffälligkeiten mitteilen.

(Minister Willi Stächele)

Es ist natürlich klar, dass das Bereithalten von Rundfunkgeräten – das ist der Ausgangsbestand für die Gebührenerhebung – immer wieder in Frage steht und dass immer wieder auch geprüft werden muss, inwieweit dieser Ausgangsbestand erfüllt ist, um zu einer Gebührenerhebung zu kommen.

Der SWR versichert uns, dass man Beschwerden diesbezüglicher Art sehr ernst nimmt und dass Hinweisen sofort nachgegangen wird. Das ist ganz wichtig. Die Anzahl von Beschwerden hält sich aber laut Auskunft des SWR im Promillebereich.

Es ist klar, dass man einen Kontrollmechanismus greifen lassen muss. Denn wenn der eine nicht bezahlt, geht das zulasten des anderen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Die Gebührengerechtigkeit muss also durchgesetzt werden.

Zum zweiten Teil der Anfrage: Wir sind mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten in der ganzen Gebührenfrage in einem intensiven Arbeitsprozess. Sie wissen, dass die Ministerpräsidentenkonferenz, die sich vorgenommen hat, die Gebührenfrage auf der Grundlage des jüngsten Verfassungsgerichtsurteils zu bearbeiten, entschieden hat, die Arbeit auf zwei Ebenen fortzusetzen. Das Erste ist ein Finanzierungsmodell, das möglicherweise wieder an Geräte anknüpft; es ist aber ein vereinfachtes geräteabhängiges Modell. Zum Zweiten prüft man gleichermaßen auch den anderen Weg, ob man eine Haushaltsunternehmensabgabe einführt. Beides ist mit vielen Problemen verbunden.

Kurzum, diese Dinge sind im Gang. Ich kann nur empfehlen, dass man, wenn man konkrete Beanstandungen hat, diese entweder bei uns oder direkt beim SWR eingibt, damit wir die kritischen Fragen prüfen lassen. Insofern ist das offen. Es muss Gebührengerechtigkeit hergestellt werden, aber es muss sich natürlich alles im Rahmen der gesetzlichen Ordnung halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zusatzfrage, Frau Abg. Kipfer.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eigentlich eine Nachfrage!)

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister, teilen Sie die Einschätzung, dass die GEZ aus dem Grunde in die Diskussion gekommen ist, weil insbesondere die Printmedien, namentlich die Frankfurter Allgemeine Zeitung, eine Kampagne geführt haben, um die Gebühren ins Gerede zu bringen und die Rundfunkgebühr insgesamt zu diskreditieren und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk damit einen Schaden zuzufügen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, bitte.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Ich nehme diese Ihre Einschätzung so zur Kenntnis. Ich denke, dass jetzt eine Bewertung nicht angebracht ist und man die ganzen Sachverhalte doch erst subsumieren sollte.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Keine weitere Zusatzfrage.

Dann kommen wir zur Mündlichen Anfrage unter Ziffer 2:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Unterstützung von mobilitätsfördernden Berufspraktika im deutsch-französisch-schweizerischen Grenzgebiet am Oberrhein

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Mit welchem finanziellen Beitrag und mit wie vielen daraus bestrittenen Praktikantenstellen unterstützt das Land seit dem Auslaufen der EU-INTERREG-Finanzierung im Herbst 2005 das Projekt „Euroregio-Zertifikat“ am Oberrhein?
- In welchen Größenordnungen hat sich der Landesanteil an der Finanzierung des Austauschprogramms „Eurodysee“ und die Anzahl der daraus finanzierten Mobilitätsmaßnahmen seit dem Jahr 1993 bis heute auch zur Förderung der Sprachkompetenz deutscher Praktikanten schrittweise verändert, bzw. wird die Landesregierung unabhängig von einer EU-Förderung ein sprachliches Impulsprogramm auflegen, um die Defizite von Praktikanten aus dem Bereich des dualen Ausbildungssystems zu beseitigen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Für die Landesregierung bekommt Herr Staatssekretär Drautz das Wort.

Staatssekretär Richard Drautz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas wie folgt:

Zu Punkt a: Im Jahr 2006 wurden im Rahmen des Projekts „Euroregio-Zertifikat“ insgesamt 96 Praktika ermöglicht. Hierfür stellte das Wirtschaftsministerium 10 000 € zur Verfügung. Ein weiterer Betrag von 18 900 € wurde vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 94 Praktika ermöglicht. Das Wirtschaftsministerium hat hierfür wiederum Fördermittel in Höhe von 10 000 € zur Verfügung gestellt. An der Realisierung der Praktika haben sich auch Dritte, Kammern und Unternehmer, mit beteiligt.

Zu b: Das Wirtschaftsministerium hat sich seit 1993 wie folgt an dem Austauschprogramm „Eurodysee“ beteiligt: Von 1992 bis 2002 wurden zwischen 30 und 50 Praktikanten mit einem Volumen von rund 50 000 € pro Jahr gefördert. 2003 erfolgte wegen fehlender Mittel keine Beteiligung. Von 2004 bis 2006 erfolgte die Abwicklung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe. Im Jahr 2004 wurden 26 Teilnehmer und Teilnehmerinnen unterstützt. Im Jahr 2005 wurden 19 Teilnehmer und Teilnehmerinnen und im Jahr 2006 17 Teilnehmer und Teilnehmerinnen gefördert. Das Wirtschaftsministerium hat in diesen Jahren jährlich rund 45 000 € bereitgestellt.

Ein das Austauschprogramm zusätzlich ergänzendes Sprachförderprogramm ist vom Wirtschaftsministerium aus Kostengründen nicht geplant.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zusatzfrage des Herrn Abg. Haas.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Staatssekretär, glauben Sie, dass es die europäisch-politische Verantwortung gegenüber Frankreich berührt – wir haben heute den Europabericht der Landesregierung diskutiert –, wenn das Land Baden-Württemberg kneift, wenn es darum geht, im Bereich der dualen Ausbildung die Leute sprachlich so zu fördern, dass sie ihre Praktika in Frankreich durchführen können? Ich habe diese Frage bereits im Wirtschaftsausschuss gestellt und darauf keine Antwort erhalten.

Die Frage ist jetzt: Wann würden Sie eine Auskunft darüber geben, dass finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um auf das ursprünglich übliche Level zurückzukehren? Die Sprache des Nachbarn zu lernen ist ja wohl das Gebot der Stunde. Deshalb wird ja wohl auch an den Grund- und Hauptschulen verstärkt Französischunterricht angeboten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Richard Drautz: Herr Abgeordneter, diese Frage wird Ihnen schriftlich intensiv beantwortet, damit Sie es auch zu Hause noch einmal nachlesen können.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Keine weiteren Zusatzfragen. – Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Es wird eine intensive schriftliche Beantwortung geliefert.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ich danke jetzt schon! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Birgit Kipfer SPD – Product-Placement

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich frage die Landesregierung:

- a) Treffen Berichte zu, nach denen die Rundfunkkommission der Länder beabsichtigt, in der Umsetzung der EU-Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste Product-Placement im deutschen Fernsehen zu verbieten und an den bisherigen strikten Regeln zur Schleichwerbung festzuhalten?
- b) Welche Haltung hat die Landesregierung hierzu?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Stächele – Entschuldigung, Herrn Staatsminister Stächele.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Solange es besoldungsrechtlich keine Auswirkungen hat, Herr Präsident, macht es nichts.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Davon gehe ich aus.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Abg. Kipfer, ich beantworte die Anfrage wie folgt:

Sie sind ja in diesem Thema voll engagiert und im Detail in Kenntnis. Sie wissen, die Fernsehrichtlinie ist am 29. November in zweiter Lesung vom Parlament verabschiedet worden. Sie ist nach Veröffentlichung innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umzusetzen. Das ist der formelle Prozess.

Vorausgegangen ist ein Diskussionsprozess. Ich habe mit Erstaunen gesehen: Der erste Entwurf zu dieser Fernsehrichtlinie stammt aus dem Jahr 2005.

Wir, die deutschen Länder, und ich meine, auch der Bund, haben uns ja gegen Produktplatzierung ausgesprochen. In der europäischen Mediendiskussion sieht man das etwas anders. Da gibt es eine liberale Haltung; da wird gesagt: Der Medienkonsument, der Fernsehzuschauer lässt sich nicht davon beeindrucken, ob da irgendwo ein Produkt herumsteht, etwa ein Mercedes, ein VW oder eine andere Gabe der Konsumindustrie. Das ist in der europäischen Diskussion von anderen Ländern leichter gesehen worden als von uns. Unsere Position, dass Produktplatzierung generell verboten werden sollte, hat keine Mehrheit gefunden. Wir haben uns zwar mit einem Beschluss im Bundesrat dagegen ausgesprochen, aber Demokratie auf europäischer Ebene heißt eben, dass es ein Konzert von 27 Mitgliedsstaaten gibt.

Nun ist eines tatsächlich doch noch erreicht worden. Es gibt einen restriktiven Ansatz, der heißt: Produktplatzierungen sind grundsätzlich verboten; sie sind aber beispielsweise in Kinofilmen und in Filmen und Serien für audiovisuelle Mediendienste, in Unterhaltungssendungen und in Sportprogrammen ausnahmsweise erlaubt.

Zulässig sind in jedem Fall die Produktbeistellungen. Für diejenigen, die den Unterschied zwischen Produktplatzierung und Produktbeistellung nicht so genau kennen: Produktbeistellungen sind im Grunde technische Infrastrukturen, die geliefert werden. Das kann so ablaufen, dass eine Gemeinde, etwa ein Kurort, die technischen Kulissen zur Verfügung stellt. Das ist die Beistellung – also eine kostenlose technische Assistenz –, und diese ist zulässig. Produktplatzierung heißt dagegen, dass innerhalb des Streifens eine Werbung abläuft. Dies ist grundsätzlich nicht zulässig. Produktplatzierungen müssen dem Zuschauer kenntlich gemacht werden. Aber die Mitgliedsstaaten können dies in eigener Regie regeln.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Eben danach fragte ich!)

– Das wollte ich für diejenigen, die in diesem Bereich nicht ganz kundig sind, nur noch einmal sagen.

Aber jetzt komme ich zu Ihrer Fragestellung: Eine Festlegung der Rundfunkkommission ist bislang nicht erfolgt; dazu war der Zeitraum einfach zu knapp. Es gibt in der Tat natürlich die Überlegung, ob man letztendlich nicht eine Unterscheidung zwischen öffentlich-rechtlichen, gebührenfinanzierten Sendern und privaten Sendern treffen sollte, die unter Umständen ja auch im internationalen Wettbewerb bestehen können müssen. Das würde bedeuten, dass man sagt: Wir lassen im Sinne des europäischen Gleichklangs die Produktplatzierung eher bei den privaten Sendern zu. Hierüber gibt es noch keine ab-

(Minister Willi Stächele)

schließende Meinung der Landesregierung, da diese Beschlussfassung ja noch ganz frisch ist und der Prozess der Meinungsbildung erst begonnen hat. Ich persönlich könnte mir eine solche Differenzierung durchaus vorstellen.

Aber, wie gesagt, wir sind am Anfang eines Meinungsbildungsprozesses. Wir gehen in die Diskussion hinein, sobald die Fernsehrichtlinie endgültig veröffentlicht ist.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Bachmann, bitte.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich möchte Folgendes fragen: Die Landesregierung möchte diese Produktplatzierungen ja möglichst gering halten. Wie haben Sie es im gegenwärtigen System denn erreicht und wie wollen Sie in Zukunft erreichen, dass man Produkte nicht platzieren kann? Wie kann beispielsweise erreicht werden, dass bei Automobilen nicht erkannt werden kann, um welche Marke es sich handelt? Wie sollen wir uns das vorstellen?

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Wir haben im Grunde bis jetzt ja nationale Regelungen, die heißen: keine Produktplatzierungen. Sie haben den Aufschrei ja vernommen, zu dem es kam, als doch Produktplatzierungen erfolgt sind und dabei zum Teil offenbar erhebliche Summen aus Werbeeinnahmen bzw. für Ausgaben für solche Produktplatzierungen zutage traten.

Im Grunde werden wir tatsächlich entweder generell ein Verbot beibehalten – diese Möglichkeit besteht, mit den genannten Ausnahmen –, oder aber wir sagen: Wir behalten es bei den öffentlich-rechtlichen, gebührenfinanzierten Sendern bei. Solche Sender müssen auf dem Werbemarkt nicht kämpfen, und sie müssen ihre Einnahmen nicht auf diesem Wege akquirieren. Dann müsste man aber auch sagen: Wir lassen es zu, wenn eine entsprechende Produktbeistellung erfolgt. Das müsste man dann noch ausformulieren. Ich gehe jedoch davon aus, dass ein Abgeordneter einer liberalen Partei keine Bedenken gegen eine liberale Öffnung hat. Oder habe ich das falsch verstanden?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wir wollen uns an die Geschäftsordnung halten und keinen Dialog führen.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Ich stelle damit nur fest, dass ich den Abgeordneten der liberalen Partei doch wohl richtig verstanden habe, wenn ich konstatiere, dass er gegen flexible Instrumente im Sinne einer liberalen Wirtschaftsordnung sicherlich nichts haben kann.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister, ich habe Sie so verstanden, dass sich die Bundesrepublik auf europäischer Ebene gegen die Produktplatzierung ausgesprochen hat. Wenn Sie jetzt sagen, Sie könnten sich in dieser Weise eine Differenzierung zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk vorstellen, dann frage ich Sie, warum Sie das nicht schon frühzeitiger auf höherer Ebene angebracht haben.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Da besteht ein Bruch in Ihrem Gedankengang. Wir haben uns dafür in einer Zeit ausgesprochen, als wir die Hoffnung auf ein einheitliches europäisches Verbot haben konnten. Die neue Wirklichkeit sieht anders aus. Sie sieht jetzt so aus, dass auf dem europäischen Werbemarkt Konkurrenz besteht. Die einen lassen zu. Jetzt stellt sich wieder die Frage, inwieweit wir in Deutschland dort, wo man die Einnahmen tatsächlich über den Werbemarkt akquirieren muss, diesen Bereich öffnen könnten. Das ist die neue Situation. Der vormalige Kampf galt einem gemeinsamen Verbot.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Bachmann, Sie wollen noch eine zweite Zusatzfrage stellen? – Bitte.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Herr Minister, Sie haben es genau richtig verstanden. Das war der Sinn der Nachfrage. Die Frage ist, welchen Unterschied es im wirklichen Leben machen soll, wenn ein Fahrzeug – z. B. das Qualitätsprodukt eines weltweit tätigen Automobilherstellers mit Sitz in Stuttgart-Zuffenhausen – in einem Film, z. B. in einem James-Bond-Film, mit oder ohne Entgelt des Herstellers zu sehen ist. Ich frage Sie, worin denn der Unterschied besteht, wenn derjenige, der den Film produziert, sich für dieses Qualitätsprodukt entscheidet oder der Hersteller des Qualitätsprodukts dafür einen gewissen Obulus entrichtet und damit die Filmindustrie unterstützt? Worin liegt der Unterschied für den Zuschauer, wenn im Film aus guten Gründen z. B. immer dasselbe Qualitätsprodukt aus Stuttgart-Zuffenhausen zu sehen ist?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Die Frage war nicht einfach zu verstehen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Doch, ganz einfach!
Der gleiche Daimler!)

– Ganz einfach, ja.

Ausgangspunkt des öffentlichen Auftrags ist das verfassungsmäßige Gebot, im Sinn der Demokratie die ungetrübte Meinungs- und Informationsvielfalt sicherzustellen. Aus diesem Gebot, aus diesem Ansatz heraus ist es richtig, dass ich sage: Ich darf das Ganze nicht mit bezahlter und nicht erkennbarer Werbung vermengen. Aber man muss diesen Ausgangspunkt sehen. Er kann nicht unbegrenzt gelten. Dort, wo dieser verfassungsmäßige Auftrag nicht mehr gilt – Dieser Grenzbereich wird bei den Privaten ja auch überschritten. Das ziehen wir als Abgrenzung zu den Privaten auch immer heran. Dort, wo ich im Werbemarkt tatsächlich aktiv sein muss, muss ich unter Umständen – sogar im Sinn des Gebots der Fairness – eine liberale Handhabung einhalten.

Ich will Ihnen ein Zweites sagen. Ich war schon in der Diskussion über das Thema Produktplatzierung im Gegensatz zur Mehrheitsmeinung eher etwas offener. Denn ich baue – das habe ich unlängst auch hier sagen können – auf den mündigen Zuschauer. Es gibt ganz wenige, die sich in ihrem Kaufverhalten sehr dadurch beeinflussen lassen, wenn im „Tatort“ plötzlich ein Fahrzeug der Daimler-Klasse zu erkennen ist. Ich glaube, dass die Leute nach anderen Gesichtspunkten ent-

(Minister Willi Stächele)

scheiden. Beim „Tatort“ z. B. konzentriert man sich doch auf andere Dinge: auf den Mörder, auf den Mord, auf den Toten. Aber ich glaube nicht, dass dann, wenn im „Tatort“ zufällig gerade ein Fahrzeug der C-Klasse zu sehen ist, am nächsten Tag die Zahl der Bestellungen in Zuffenhausen nach oben schnell.

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Kluck.

(Zuruf: Jetzt wird es natürlich interessant! Jetzt wird es spannend!)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Minister, Sie haben gerade den „Tatort“ erwähnt. Kann sich die Landesregierung vorstellen, dass Kommissar Bienzle, wenn es einmal eine Wiederauflage mit ihm gibt, statt eines Trollingers ein „weinhaltiges Erfrischungsgetränk“ bestellt?

(Heiterkeit)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zweite Zusatzfrage der Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass die C-Klasse nicht in Zuffenhausen, sondern in Sindelfingen gebaut wird?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Beifall des Abg. Ingo Rust SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Nein! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Fahren Sie eine?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatsminister.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Ich bin sehr dankbar, dass die Kollegen von der SPD-Fraktion in Sachen Mercedes Bescheid wissen. Das ist ein gutes Zeichen und ein Bekenntnis zu diesem Land. Das begrüßt die Landesregierung ausdrücklich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Keine weiteren Fragen? – Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele: Wenn Sie jetzt noch gefragt hätten, wo ich meinen Wagen abgeholt habe, hätte ich gesagt: Ich musste nach Rastatt fahren.

Danke schön.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Haltung der Landesregierung zur Bundesbeteili-

gung beim SGB II und bei der Grund-
sicherung

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Aus welchen Gründen hat die Landesregierung am 30. November 2007 im Bundesrat dem Dritten Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (Höhe der Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten 2008 für ALG-II-Berechtigte) zugestimmt, nachdem sie im Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik des Bundesrats zwei Tage zuvor noch die Anrufung des Vermittlungsausschusses empfohlen hatte?
- b) Wie will die Landesregierung bei den Verhandlungen über die Höhe des Bundesanteils an den Kosten der Grundsicherung erreichen, dass die kommunale Mehrbelastung in Baden-Württemberg von geschätzt ca. 25 Millionen € infolge der Senkung der Bundesbeteiligung beim SGB II kompensiert wird?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erhält Herr Staatssekretär Hillebrand das Wort.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Kollege Sckerl! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Sckerl wie folgt:

Zu a: Bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, landläufig Hartz IV genannt, war eines der Ziele, dass der Bund die Kommunen um 2,5 Milliarden € entlastet, damit diese ihre kommunalen Aufgaben finanzieren können. Deshalb beteiligt er sich an den Unterkunftskosten, die im Übrigen die Kommunen tragen. Bislang bezuschusst der Bund diese Ausgaben bundesweit mit 4,3 Milliarden €.

Diesen Betrag hat er nun auf 3,9 Milliarden € abgesenkt. Der Bund verweist auf das geltende Recht, wonach sich die Bundesbeteiligung im SGB II an der Zahl der sogenannten Bedarfsgemeinschaften orientiert. Diese Zahl ist um 3,7 % gesunken.

Ebenso wie unsere Kommunen im Land waren wir aber dafür, dass sich der Bundesanteil an den tatsächlichen Unterkunftskosten ausrichtet. Nur diese geben die wahre Belastung der Kommunen wieder. Die Ausgaben sind nicht zurückgegangen, was vor allem an den stark gestiegenen Nebenkosten, z. B. den Heizkosten, aber auch an höheren Mieten und geänderter Rechtsprechung liegt.

Die Absenkung der Bundesbeteiligung hat das Land ebenso wie alle anderen Länder im Bundesrat kritisiert, weil hierdurch die versprochene Entlastungswirkung bei den Kommunen gefährdet wird. Wir hätten die bisherige Quote im Bund aber nur halten können, wenn das Gesetz geändert worden wäre. Lieber Herr Sckerl, diese Gesetzesänderung wäre auch für Baden-Württemberg nicht ganz risikolos gewesen.

Das Land hat aber immerhin bereits 2006 erreicht, dass seine Kommunen einen um vier Prozentpunkte höheren Bundesanteil an den jeweiligen Ausgaben für die Unterkunftskosten er-

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

halten als die Kommunen der anderen Länder. Diese höhere Quote haben wir unseren Kommunen auch für 2008 gesichert.

Zu b darf ich ausführen: In welcher Höhe sich die Absenkung der Bundesquote auswirkt, hängt von der weiteren Entwicklung der Unterkunftskosten im SGB II ab. Es ist durchaus möglich, nein, es ist sogar ein Stück weit wahrscheinlich, dass die beschlossene Verlängerung des Arbeitslosengelds I, z. B. bei den über 58-Jährigen auf 24 Monate, zur Absenkung der Unterkunftskosten für die Kommunen beiträgt.

Der Bund hat aber im Gegenzug zugesagt, den Bundesanteil an den Kosten für die Grundsicherung im Alter zu erhöhen. Auch dieser Bundesanteil ist bislang umstritten. Außerdem wird dort von Fixbeträgen auf eine ebenfalls quotale Beteiligung umgestellt, was speziell den Kommunen in Baden-Württemberg wieder zusätzlich zugutekommt. Die Verhandlungen über die Quote der Bundesbeteiligung sollen im Januar 2008 zum Abschluss kommen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Staatssekretär, können Sie der Einschätzung zustimmen, dass die Kommunen am Ende in jedem Fall finanziell drauflegen werden, weil das – unabhängig davon, ob es künftig 15 oder 20 % Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit sein werden – in der Summe für die baden-württembergischen Stadt- und Landkreise niemals der Betrag sein wird, der die Absenkung der Bundesbeteiligung bei den Unterkunftskosten nach SGB II auch nur annähernd kompensieren könnte?

Ich könnte Ihnen jetzt anhand einer Reihe von einigen Landkreisen – sowohl großer als auch kleiner Landkreise – Zahlen nennen. Ich sage es aber nicht. Ich glaube, dass das letztendlich doch ein Minusgeschäft für unsere Stadt- und Landkreise sein wird. Dazu hätte ich gern Ihre Meinung gehört.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Vielen Dank, lieber Kollege Sckerl. Ich habe fast mit dieser Nachfrage gerechnet.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ach!)

Ich kann Ihre Einschätzung insoweit nicht teilen. Sie gehen beim SGB II von Verlusten von 25 Millionen € aus. Der Betrag ist nicht gesichert; das ist eine Annahme, lieber Kollege Sckerl. Wir selbst in unserem Haus gehen von 22 bis 25 Millionen € aus.

Jetzt habe ich angesprochen, dass die Kosten für die Grundsicherung im Alter auf jeden Fall erhöht werden. Dazu gibt es eine Zusage der Bundesregierung in der sogenannten Merkel-Runde. Das ist die Runde, in der die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder zusammenkommt. Da gibt es ein Angebot seitens des Bundes. Dieses Angebot liegt bei 7 %. Dieses Angebot würde dazu führen, dass wir uns in der Gesamtbetrachtung um 7 Millionen € schlechter stellen würden.

Die Länder sind aber nicht zufrieden. In der Merkel-Runde ist vom Angebot einer Quote von 15 bis 20 % gesprochen worden. Wenn wir beispielsweise eine Quote, die mittendrin liegt,

etwa 17 %, zugrunde legen, dann würde das im Ergebnis bedeuten, dass Baden-Württemberg gegenüber dem bisherigen Festkostenzuschuss von 29,9 Millionen € zusätzlich mit 24,9 Millionen € rechnen könnte. Das heißt, das wäre also kein Verlustgeschäft, sondern es ginge mehr oder weniger null auf null auf.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Keine weiteren Zusatzfragen. – Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE – Doping an der Uniklinik Freiburg / Olympiastützpunkt

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Hat die Landesregierung, wie das Bundesinnenministerium, die Förderung des Olympiastützpunkts wegen Doping-Ermittlungen gegen das sportmedizinische Institut der Uniklinik Freiburg, das mit dem Stützpunkt kooperiert, ebenfalls eingestellt, und, wenn nein, warum nicht?
- Erhält der Olympiastützpunkt – respektive der Trägerverein des Olympiastützpunkts – weiterhin finanzielle Förderung aus Landesmitteln, und, wenn ja, in welcher Höhe?

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Die Fragen sind schon eine Frechheit! Unglaublich!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker das Wort.

Staatssekretär Georg Wacker: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Die Frage vermischt mehrere Dinge. Daher sage ich zunächst zur Klarstellung Folgendes: Der Olympiastützpunkt Freiburg-Schwarzwald kooperiert mit dem Universitätsklinikum Freiburg. Das Uniklinikum erbringt sportmedizinische Betreuungsleistungen für Bundeskaderathleten. Der OSP erstattet dem Klinikum auf Nachweis die Kosten dieser Leistungen. Das sind ca. 45 000 € im Jahr.

Das Bundesinnenministerium und das Landeskultusministerium gewähren dem Olympiastützpunkt Zuwendungen für verschiedene Zwecke im Rahmen seines jährlichen Wirtschaftsplans. Gefördert werden u. a. die sogenannten Betriebs- und Betreuungsausgaben des OSP, worunter auch die sportmedizinische Betreuung von Bundeskadern fällt.

Das Bundesinnenministerium hat den OSP am 5. November 2007 mit Blick auf das laufende staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen zwei ehemalige Beschäftigte des Uniklinikums gebeten, bis zu einer Klärung von einer weiteren Zusammenarbeit mit dem Uniklinikum abzusehen. Das BMI stellt aber nicht die Förderung des OSP ein. Sowohl der Bundes- als auch der Landeszuschuss an den OSP reduzieren sich jedoch in dem Umfang, in dem das Uniklinikum keine

(Staatssekretär Georg Wacker)

bzw. reduzierte Betreuungsleistungen an den OSP erbringt. Genaue Zahlen hierzu können erst genannt werden, sobald der OSP im Frühjahr 2008 seinen Verwendungsnachweis für 2007 vorlegt.

Damit sage ich nochmals nachdrücklich und ausdrücklich: Bund und Land bewegen sich hier absolut im Gleichklang. Die Förderung des OSP Freiburg-Schwarzwald ist nicht eingestellt. Vielmehr ruht vorläufig die Kooperation zwischen OSP und Uniklinikum.

Zu Ihrer zweiten Frage: Der Olympiastützpunkt erhält 2007 Zuwendungen des Landes für verschiedene Förderzwecke. Für die in der vorherigen Frage angesprochenen Betriebs- und Betreuungsausgaben sind das 126 267 €, für die Beschäftigung von Trainern 90 000 €, für den Betrieb von Trainingsstätten – Ringen in Freiburg, Ski am Herzogenhorn – 90 000 €, für das Haus des Athleten, ein Internat in Furtwangen und ein Wohnheim in Freiburg 11 500 € sowie für Projekte, Partnerschulen, Laufbahnberatung etc. 22 451 €.

Insgesamt erhält der OSP im Jahr 2007 damit Landeszuwendungen von 340 218 €. Für diese Zwecke stellt das BMI daneben Bundeszuwendungen von 415 711 € bereit.

Auch an dieser Stelle betone ich ausdrücklich: Die vorübergehende Einstellung der Zusammenarbeit mit dem Uniklinikum Freiburg betrifft nur einen Bruchteil der Aufgaben des Olympiastützpunkts Freiburg-Schwarzwald. Der gesamte weitere Betrieb des OSP wie auch die Förderung durch Bund und Land bleiben von den Vorgängen im Umfeld des Uniklinikums Freiburg unberührt. Der Trägerverein Olympiastützpunkt Freiburg-Schwarzwald hat nach den Bewilligungsbedingungen des Bundes und des Landes bis zum 31. März 2008 einen Verwendungsnachweis vorzulegen. Dieser Verwendungsnachweis umfasst in der Gliederung des bewilligten Wirtschaftsplans alle Einnahmen und Ausgaben sowie einen Sachbericht.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE: Sieht es die Landesregierung somit als gesichert an, dass ausgeschlossen ist, dass die dem Olympiastützpunkt respektive dem Trägerverein zur Verfügung gestellten Mittel in Apparaturen oder auch in die Behandlung von Personen zum Zwecke des Dopings einfließen?

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Hierfür hat sich der Bundestagskollege Herrmann bereits entschuldigt! Das ist eine Unverschämtheit! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Wacker: Ich habe damit präzise beantwortet, dass für die medizinische Betreuung der A-, B-, C- und D-Kaderathleten 45 000 € seitens des Bundes und seitens des Landes zur Verfügung gestellt werden. Das betrifft alle Kaderathleten bis U 23, das heißt alle Jugendlichen, die nicht zum Profiradsport gehören. Insofern vollzieht sich hier eine konsequente Trennung. Damit darf das eine nicht mit dem anderen vermengt werden.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Bernd Hitzler CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Tappeser.

Abg. Klaus Tappeser CDU: Sieht das verantwortliche Ministerium irgendwelche Indizien für eine Berechtigung der Frage der Kollegen gegeben?

Staatssekretär Georg Wacker: Herr Kollege Tappeser, ich habe diese Frage, ehrlich gesagt, auch nicht so recht nachvollziehen können. Klar ist, dass gegen zwei Ärzte des T-Mobile-Teams staatsanwaltschaftliche Ermittlungen laufen und dass diese beiden Vertragsärzte überhaupt nicht in einem Zusammenhang mit dem OSP stehen

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es! Unglaublich!)

und damit auch überhaupt nichts mit dieser Kooperation zwischen Olympiastützpunkt und Uniklinikum Freiburg zu tun haben. Diese beiden Dinge haben überhaupt nichts miteinander zu tun.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Fragen darf man doch wohl stellen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Keine weiteren Zusatzfragen. – Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 beendet.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Aufnahme von Briefdienstleistungen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz im Bundesrat unterstützen – Drucksache 14/1803

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Hausmann das Wort erteilen.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem schriftlichen Bericht der CDU an ihre Mitglieder über die Beschlüsse des Koalitionsausschusses taucht als erster Satz auf:

Die CDU hat in der Koalition durchgesetzt, dass Lohn-dumping in Deutschland verhindert wird.

(Zuruf von der SPD: Oi! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Witzle gemacht!)

Jetzt sind wir ja alle vorweihnachtlich friedlich gestimmt – das haben wir heute früh schon einmal festgestellt – und wollen heute auch gar nicht rechthaberisch sein. Wir verwerfen selbst den Gedanken, dass eine richtige Politik eigentlich beim Erkennen der Wirklichkeit beginnen muss, wenigstens annäherungsweise. Das vergessen wir alles. Die Entscheidung ist

(Rudolf Hausmann)

trotzdem unter dem Strich richtig, und wir nehmen alle mit ins Boot, die diese Entscheidung getroffen haben. Denn es ist richtig und wichtig für die Betroffenen, dass der Mindestlohn für Briefzusteller und Briefzustellerinnen durchkommt. Deswegen haben wir in der Tat eine notwendige Beschlussfassung auf Bundestagebene hingekriegt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gemerkt, die Freude überwiegt irgendwelche kritischen Einwände.

Zweiter Punkt: Wir haben es mit einer Auseinandersetzung zu tun, in der es um sehr viel mehr als um eine ganz normale Tarifauseinandersetzung geht.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Zusätzliche Marktsteuerung!)

– Zu Ihnen komme ich nachher noch, Herr Dr. Wetzel. – Wir haben es mit der Frage zu tun, ob jemand in der Lage ist, mit dem Lohn, den er in harter Vollzeitarbeit verdient, ein anständiges Leben zu führen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wenn's die anderen zahlen, dann geht's!)

Wir haben es mit der Frage zu tun, ob es in Deutschland möglich sein darf, dass ein Gewerbe ausschließlich durch Dumpinglohn und -arbeitsbedingungen Konkurrenz macht. Wir haben es letztlich damit zu tun, Herr Marktvertreter, ob ein Milliardenmarkt, der gerade liberalisiert wird, statt durch bessere Dienstleistungen und besseren Service sowie innovative Produkte sich ausgerechnet dadurch auszeichnen soll, dass er diese Arbeitsbedingungen schafft und Löhne zahlt, die zu einem würdigen Leben nicht ausreichen. Das lehnen wir ganz entschieden ab, und von daher war der politische Schritt der richtige.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Reinhold Gall SPD: Einen solchen Markt wollen wir nicht! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Es gibt eine bessere Alternative! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie waren noch ein guter Generalsekretär!)

Wir haben leider ein Problem.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Nicht bloß eines!)

In der Zeit, Herr Dr. Wetzel, in der Sie regiert haben

(Abg. Reinhold Gall SPD: Er hat nie regiert! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und ihr werdet nie regieren!)

– Sie nicht, aber Sie wissen schon, wie ich es meine –, da hatten Sie einen Postminister.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der Postminister war nicht von unserer Partei!)

– Der war nicht von Ihrer Partei, aber Sie haben mitgestimmt, sonst hätte er keine Mehrheit bekommen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Da verwechseln Sie etwas!)

Und da haben Sie gemeinsame Beschlüsse gefasst, auch Ihre Partei. Dieser Postminister hat ein paar Dinge auf den Weg gebracht. Bei aller Kritik, die wir hatten, ist damals die Bundesnetzagentur eingeführt worden. Dieser Herr Bötsch, der der CSU angehörende damalige Postminister, sagt heute, 2007, Folgendes:

Auch in der Rückschau

– das gilt für Sie jetzt –

lassen die Väter des Postgesetzes keinen Zweifel an der Zielsetzung des Gesetzeswerkes aufkommen. Im Postgesetz wurde eindeutig verankert, dass soziale Belange berücksichtigt werden. Eine Entwicklung in Richtung Scheinselbstständigkeit, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung und Sozialdumping sollte dadurch vermieden werden. Diejenigen Wettbewerber, die ihre Geschäftsmodelle ausschließlich auf Lohn- und Sozialdumping aufbauen, stehen eindeutig im Widerspruch zum Postgesetz.

Das hat Ihr damaliger Postminister formuliert.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Guter Mann! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wenn wir uns heute den Postzustellermarkt anschauen – vom Lohn haben wir ja schon gesprochen –, dann stellen wir fest, dass es kein anderes Gewerbe in Deutschland gibt wie den Zustellerbereich – ich nehme jetzt die Postzustellerzahlen außerhalb des Bereichs der Post AG –, wo es so viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse gibt. Wir haben über 60 % geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in diesem Bereich. Das ist ein Unding. Im Westen liegt der Lohn in diesem Bereich durchschnittlich 11 % unter dem SGB-II-Satz. Im Osten liegt dieser Durchschnittslohn mehr als 16 % unter dem SGB-II-Satz. Das darf bei uns nicht möglich sein! Es passt nicht in eine menschenwürdige Gesellschaft, dass jemand Vollzeit für einen Hungerlohn arbeiten soll. Vielmehr passt in diese Gesellschaft hinein, dass wir ein würdiges Leben und ein würdiges Arbeiten ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Wetzel, damals hat die FDP das mitgetragen. Aber noch einmal an Ihre Adresse gerichtet: Die FDP „glänzt“ ja mit der Ideologie, der Staat möge sich aus allem heraushalten – so auch jetzt wieder.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir haben keine Ideologie! Das verwechseln Sie!)

Nur in einer Frage sind Sie ganz offensichtlich inkonsequent, nämlich wenn es darum geht, was mit denen passiert, die zu Hungerlöhnen schaffen sollen. Die arbeiten nämlich staatlich subventioniert. Plötzlich brauchen Sie den Staat wieder. Der soll nämlich das, was Sie politisch nicht sauber regeln können, ausbügeln.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

(Rudolf Hausmann)

Das kann überhaupt nicht sein, lieber Kollege Wetzel. Damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Hausmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ja, klar.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Kluck.

(Zuruf von der SPD: Jetzt aber! – Abg. Ursula Hausmann SPD: Aber eine intelligente Frage! – Zuruf: Aber zusammenreißen!)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Kollege Hausmann, halten Sie es für besser, wenn Menschen in die Arbeitslosigkeit und in Richtung SGB II entlassen werden, anstatt die Möglichkeit zu erhalten, als ungelernte oder angelernte Arbeitskräfte den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt durch eine Beschäftigung im liberalisierten Postmarkt zu erreichen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Niemand wird dahin entlassen! Kein Mensch! So etwas Bescheuertes! Der ist so etwas von stur!)

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Lieber Kollege Kluck, vielleicht haben Sie nicht richtig zugehört. 62 % aller Beschäftigten in diesem Feld befinden sich auf diesem Niveau – und das sind keine Hilfsarbeitsplätze als Brücke zu einem ersten, besseren Arbeitsmarkt.

Zum vierten Punkt, dies träfe den Mittelstand. Klar gibt es 750 Bewerber. Aber wen hören wir derzeit? Wir hören die PIN Group mit Sitz in Luxemburg, und wir hören von TNT. Die PIN Group hat 9 000 Beschäftigte. TNT ist ein kleines mittelständisches Unternehmen mit 16 000 Beschäftigten weltweit; in Deutschland sind es ungefähr 6 000 in diesem Bereich. Ich hoffe, dass ich in der zweiten Runde noch die Möglichkeit habe, das auszuführen. Jetzt dazu nur so viel: Wenn die TNT-Manager gestern in der Zeitung verkünden lassen, dass sie sich an den Mindestlohn überhaupt nicht halten werden, dann sage ich Ihnen

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die machen zu!)

– nein, wir sprechen gerade von TNT –: Dann hat dieses Unternehmen auf dem Markt nichts mehr verloren.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der Kollege Hausmann hat gesprochen!)

Dann entspricht es nicht mehr unseren gesetzlichen Grundlagen, und dann muss es auch vom Markt weg.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: So ist es! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Marktregulierer!)

Ich finde es schade, dass sich CDU und FDP/DVP laut einer heutigen Pressemitteilung entschieden haben, sich im Bundesrat bei der Abstimmung über die Einführung eines Mindestlohns für Briefzusteller der Stimme zu enthalten. Das finde ich deswegen schade, weil es den Menschen nicht hilft. Ich

finde es schade, weil auch Ihre Wählerinnen und Wähler erwarten, dass Sie etwas tun. Deshalb ist es schade, dass Sie nicht unterstützen, was die Beschäftigten in diesem Bereich dringend brauchen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wolf das Wort.

(Zuruf von der SPD: Jetzt hat er es schwer! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was zahlt denn das Landratsamt?)

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der heutigen Debatte unterhalten wir uns im Grunde genommen ja nur vordergründig über die Aufnahme von Briefdienstleistungen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und die darüber morgen im Bundesrat zu treffende Entscheidung. In Wirklichkeit geht es Ihnen, Kollege Hausmann, und der SPD doch nur darum, diese Postdienstleistungen als Einfallstor zu einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn zu nehmen.

(Zuruf von der SPD: Na und? – Abg. Ursula Hausmann SPD: So ist es!)

Einen solchen wird es mit der CDU-Fraktion nicht geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich will das überhaupt nicht verniedlichen. Wir von der CDU-Fraktion dieses Hauses sind auch nicht mit allem einverstanden, was auf bundespolitischer Ebene unter dem Druck einer Großen Koalition ausgehandelt wurde.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Völlig ausgespart haben Sie, Herr Kollege Hausmann, die Frage, inwieweit gerade bei den Briefdienstleistungen wettbewerbsverzerrend eingegriffen und das Postmonopol quasi zementiert wird. Das sind doch Fragen, die uns interessieren. Deswegen sind wir sehr dafür, dass sich die Landesregierung diesem Vorstoß morgen im Bundesrat nicht anschließt, sich zumindest der Stimme enthält, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oh! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Warum stimmen Sie dann nicht mit Nein? – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Hätten Sie das gern? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das wäre dann eine ehrliche Position! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: An uns ist das nicht gescheitert!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Anmerkungen zur Frage des gesetzlichen Mindestlohns generell machen. Die CDU-Fraktion kann sich einen solchen, wenn überhaupt, nur branchenspezifisch in engen Ausnahmefällen vorstellen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Einen flächendeckenden Mindestlohn lehnen wir ab.

(Guido Wolf)

In gleicher Weise werden wir dem von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, verfolgten Kurs einer Salamatik, die Branche für Branche auf den Dammbuch abzielt, massiv entgegenzutreten.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Einmal mehr gilt auch beim Thema Mindestlohn, lieber Herr Kollege: Nicht alles, was sozial gedacht ist, wirkt auch sozial.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Unmittelbar nach dem Beschluss, im Postdienst Mindestlöhne einzuführen, haben Wettbewerber angekündigt, Massentlassungen durchführen zu müssen. Ist eine solche Gesetzgebung sozial, meine Damen und Herren?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Ist sie nicht! – Beifall des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Dumme Unternehmer muss man doch nicht unterstützen!)

Fakt ist, dass die Mindestlöhne Beschäftigungschancen senken werden und dass bei einer Konjunkturdelle die Beschäftigten dieser Branchen die Ersten sein werden, die wieder auf der Straße stehen. Aber ist es nun sozialer, keinen Job zu haben, als einen Job zu niedrigeren Konditionen? Das ist doch die Frage, die wir uns stellen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Hausmann, Sie sind das gelebte Beispiel dafür, wofür die SPD steht: Regulierung, staatliche Einflussnahme, Hürden und Einschränkungen. Das ist der arbeitsmarktpolitische Cocktail, den uns die SPD verabreichen will. Dagegen werden wir uns nicht nur wehren, sondern dagegen müssen wir uns wehren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Nur damit Sie es nicht vergessen: Es steht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung auf der Tagesordnung!)

Ein Letztes: Sie bringen immer wieder die Aufstockerdebatte.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir reden über den Gesetzentwurf Ihrer Kanzlerin!)

– Sie mögen mich nicht verstehen. Aber unternehmen Sie den Versuch.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Sie mögen Frau Merkel nicht!)

Sie und die Gewerkschaften benutzen immer wieder die Aufstockerdebatte als Argumentation für den Mindestlohn. Da kann ich nur sagen: Das ist ein klassisches Eigentor. Das vor wenigen Tagen vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung herausgegebene Datenmaterial belegt eindeutig, dass die zweifellos hohe Zahl an Aufstockern eben kein Argument für einen Mindestlohn liefert. Gerade einmal 3,2 % der Aufstocker arbeiten ganzjährig in einer Vollzeitbeschäftigung; das

ist eine im internationalen Vergleich geradezu verschwindend geringe Zahl.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Meine Damen und Herren, flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne sind Arbeitsplatzkiller. Deshalb sind wir gut beraten – und ich möchte Sie dazu aufrufen –, diese pseudosoziale und populistische Diskussion einzustellen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh! Heul halt! – Glocke des Präsidenten)

Sie werden feststellen: Die Diskussion wird nicht Ihnen nützen, sondern sie nützt den Linken.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Lafontaine!)

Die Linken, Lafontaine und Co., müssen diese Diskussion als Geschenk des Himmels begreifen. Meine Damen und Herren, eine seriöse Arbeitsmarktpolitik sieht anders aus. Mit der CDU-Fraktion wird es flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne nicht geben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Wolf, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Buschle?

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Abg. Buschle, bitte schön.

Abg. Fritz Buschle SPD: Herr Kollege Wolf, eine Nachfrage: Halten Sie die Enthaltung der Landesregierung im Bundesrat in dieser Sache für eine klare Zustimmung, also ein klares Ja, oder ein klares Nein?

(Heiterkeit bei der SPD)

Abg. Guido Wolf CDU: Lieber Herr Kollege Buschle, ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Frage. Um an Herrn Minister Stächele anzuknüpfen: Wir von der CDU-Fraktion sind ganz klar dagegen. Wir haben in Berlin eine Große Koalition aus CDU und SPD. Da gibt es auch Fragen eines loyalen Miteinanders. Wir werden es an unserem Veto, an unserer klaren Position gegen Mindestlöhne nicht fehlen lassen; darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Warum stimmen Sie dann mit „Enthaltung“? Auf Druck der FDP/DVP Enthaltung! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir erleben gerade wieder eine Fortsetzung der unendlichen Debatte, die wir auf Bundesebene unter der schwarz-roten Bundesregierung zum Thema Mindestlohn haben.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Da brauchen wir jetzt gerade Sie, Frau Kollegin!)

(Edith Sitzmann)

Das zeigt einfach: CDU/CSU und SPD sind auf Bundesebene nicht handlungsfähig, und die Union – das muss man feststellen – ist völlig orientierungslos. Die „Stuttgarter Zeitung“ hat heute auf Seite 1 getitelt:

Die Union sitzt in der Falle.

Sie sitzt deshalb in der Falle, weil niemand weiß, wofür die Union steht.

Herr Kollege Wolf, Sie haben gerade gesagt, Sie wollten einem Dammbbruch massiv entgegenreten. Tatsache ist, dass auf Bundesebene ein Gesetzentwurf der schwarz-roten Bundesregierung vorliegt. Es geht darum, wie sich die Landesregierung in der Zweiten Beratung im Bundesrat am kommenden Freitag verhalten wird.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Morgen ist das schon!)

Ich kann nicht erkennen, wie eine Enthaltung, die Sie jetzt angekündigt haben, irgendwelche Dammbbrüche verhindern soll. Enthaltung heißt eigentlich immer, dass man nicht weiß, was man will.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Sagen Sie uns einmal, was Sie wollen!)

Der Ministerpräsident hat sich nach dem Bundesparteitag der CDU öffentlich geäußert.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Ministerpräsident Oettinger! So viel Zeit muss sein!)

Wir konnten in der Zeitung lesen: „Oettinger nimmt Wiedeking in Schutz“. Er habe mit dessen Gehalt kein Problem. Auf der anderen Seite hat der Ministerpräsident sich dadurch hervor getan, dass er in Widerspruch getreten ist zu der Forderung, dass die Briefträger zukünftig einen Mindestlohn erhalten sollen. Ich finde, dass diese zwei Positionen nicht mit der gesellschaftlichen Realität zusammenpassen. Wir von den Grünen haben dafür kein Verständnis. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land Verständnis für diese Position haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt sagt der Ministerpräsident,

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Er soll sagen, was Sie wollen?)

er sei gegen den Mindestlohn. Mitte Oktober hat er aber noch vor dem DGB gesagt, dass er gegenüber branchenspezifischen Mindestlöhnen aufgeschlossen sei. Er hat auch nach dem Bundesparteitag der CDU noch gesagt, auch wenn er bei diesen Mindestlöhnen Unbehagen habe, werde die Zusage hinsichtlich der Mindestlöhne für Postdienstleistungen eingehalten. Wenn dem so ist, dann erwarten wir auch, dass Sie im Bundesrat dem Gesetzentwurf, den wir richtig finden, zustimmen und ihn mit Ihrem Ja passieren lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir Grünen sagen aber auch, dass die Post Wettbewerb braucht, und der Wettbewerb braucht faire Bedingungen. Wir halten die vollständige Aufhebung des Postmonopols für überfällig. Die Bundesregierung hat viel zu lange gezauert und gezögert, bis es letztendlich zu dem Beschluss kam.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir haben kein Verständnis dafür, dass die SPD auch nach diesem gemeinsamen Beschluss von Union und SPD immer wieder versucht hat, den Zeitpunkt der Liberalisierung hinauszuschieben. Wir finden es richtig, dass zum 1. Januar 2008 diese Liberalisierung tatsächlich kommt. Sie müssen aber sicherstellen, dass es dann auch faire und gleiche Bedingungen gibt.

Das Problem, werte Kolleginnen und Kollegen, ist nicht das Thema Mindestlohn. Es kann nicht sein, dass dieser Wettbewerb nur auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen wird. Das Problem ist eben auch die steuerliche Ungleichbehandlung zwischen der Deutschen Post AG und anderen Marktteilnehmern. Es ist einfach ein Riesenunterschied, ob man null Prozent oder 19 % Umsatzsteuer zahlen muss. Deshalb wird es höchste Zeit, dass Sie diese Ungleichbehandlung beenden und der Mehrwertsteuerbefreiung der Deutschen Post AG ein Ende setzen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Klar ist, dass wir bei Postdienstleistungen Wettbewerb brauchen. In den Bereichen, in denen liberalisiert wurde, haben wir gesehen, dass das positiv wirkt. Auf der anderen Seite haben wir uns hier im Landtag intensiv mit den negativen Auswirkungen beschäftigt, wenn kein echter Wettbewerb stattfindet. Wir sehen das z. B. bei Strom und Gas, wo wir alle damit kämpfen, dass es massiv steigende Preise gibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal zusammenfassen. Wir sind für den Mindestlohn im Bereich der Post. Wir sind aber auch für einen fairen Wettbewerb unter gleichen Bedingungen. Das heißt, es muss Schluss sein mit der Mehrwertsteuerbefreiung der Deutschen Post AG. Es läuft ja auch ein Vertragsverletzungsverfahren auf europäischer Ebene. Schließlich ist klar, dass wir neue Instrumente brauchen, damit insbesondere im ländlichen Raum die Dienstleistungen mit einem flächendeckenden Filialnetz gewährleistet werden. Hierzu liegen die Vorschläge der Europäischen Kommission auf dem Tisch.

Wir erwarten, dass Sie sich endlich für fairen Wettbewerb entscheiden.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird wieder zur Sache gesprochen!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Wolf hat die Vermutung geäußert, es gehe bei dieser Diskussion nicht so sehr um den Postmindestlohn als um den Einstieg in eine generelle Mindestlohndebatte.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das wollen die!)

Da hat er sicher recht. Aber die Ursachen liegen ja noch viel tiefer. Die Ursachen liegen darin, dass Kurt Beck irgendwann im Laufe dieses Jahres einmal die „Welt“ gelesen und dabei festgestellt hat, die „Welt“ nennt ihn „Keller-Kurt“

(Heiterkeit des Abg. Guido Wolf CDU)

mit Hinweis auf seine Umfragewerte, die seitdem genauso wenig besser geworden sind wie die Umfragewerte der SPD.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Wie Ihre sind, wissen wir auch nicht genau, oder? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Die FDP kennt doch niemand!)

Beck hat sich dann überlegt: „Wie komme ich aus dem Keller, ohne auf der Treppe Oskar Lafontaine zu begegnen, vor dem ich ja panische Angst habe?“

(Heiterkeit und Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Beate Fauser FDP/DVP)

Da kam er auf Ideen wie die einer längeren Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I. Da hat er glatt seine Meinung in einem Jahr um 180 Grad gedreht. Dann ist er beim Blick auf aktuelle Umfrageergebnisse, nach denen 75 % der Bürger für Mindestlöhne sind, darauf gekommen: „Ich erzähle einmal den Leuten, Mindestlohn ist das Nonplusultra.“ So hat sich „Keller-Kurt“ vorgestellt, zumindest ins Parterre zu kommen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: EG-Kurt! – Vereinzelt Heiterkeit)

Jetzt versucht man in der Großen Koalition in Berlin, die CDU vor sich herzutreiben und Branche für Branche, mit der Post beginnend, den Mindestlohn einzuführen in der Hoffnung, die Wähler würden endlich begreifen, dass die SPD sozusagen ihre große soziale Not erkennt, und dann wieder zur SPD als Volkspartei zurückkehren.

Sie haben angemahnt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die Landesregierung hätte doch eigentlich im Bundesrat Nein dazu sagen müssen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ja, in der Tat, an uns wäre dieses Nein mit Sicherheit nicht gescheitert.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir halten es schon für etwas eigenartig, dass sich einerseits unser Ministerpräsident auf dem CDU-Parteitag als Gegner des Mindestlohns und sozusagen als Nachfolger von Herrn Merz als liberales Gewissen der Union profiliert – als wir das gehört haben, haben wir ihn geliebt –,

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Wie bitte?)

in der Landesregierung dann allerdings doch eine Enthaltung zustande kommt. In der Tat wäre uns eine klare Ablehnung lieber.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber der CDU ja auch! Was ist das Problem? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wieso macht ihr es dann nicht? Sag mal!)

Denn die Tarifautonomie – Löhne sind nämlich letztlich auch Preise, die sich am Markt bilden müssen – hat sich in diesem Land über Jahrzehnte in jeder Hinsicht bewährt.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir halten überhaupt nichts davon, diese Tarifautonomie jetzt auszuhebeln und durch Mindestlöhne zu ersetzen. Im Gegenteil, uns wäre es lieber, die Tarifautonomie würde Verfassungsrang erhalten.

Mindestlöhne führen – der Kollege Wolf hat es ausgeführt – letztlich zu Arbeitsplatzverlusten. Denn entweder werden dadurch die Arbeitsplätze, wenn sie höhere Qualifikationen erfordern, ins Ausland verdrängt, oder sie werden, wenn sie im niedrig qualifizierten Bereich angesiedelt sind, abgebaut.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ein Quatsch! Haben Sie schon einmal in andere europäische Länder geschaut, wie es da funktioniert?)

Gerade im Postbereich sind Mindestlöhne wenig hilfreich; das hat Frau Kollegin Sitzmann ausgeführt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Post muss man bei uns austragen!)

Denn im Postbereich haben wir ja überhaupt keine Wettbewerbsgleichheit. Während alle Unternehmen dann die Mindestlöhne bezahlen müssen, hat allein die Post AG den Vorteil der Mehrwertsteuerbefreiung. Das ist nicht das, was wir uns unter Gleichheit des Wettbewerbs vorstellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir halten es für besonders grotesk, einerseits einen generellen Mindestlohn von 7,50 € zu fordern und andererseits den Postbeschäftigten 9,80 € zuzugestehen. Die für Anfang 2008 geplante Marktöffnung wird durch diesen Beschluss vollständig konterkariert, und es wird ein Monopol zementiert.

Letztlich wird ja deutlich, wer der einzige Gewinner bei diesem Postmonopol ist – Herr Hausmann, ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie darauf eingehen –: Der einzige Gewinner ist Herr Zumwinkel.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ja! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Gewinner sind die Menschen, die dort arbeiten! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sind die Beschäftigten! Das will die FDP halt nicht!)

Herr Zumwinkel hat für dieses Monopol gekämpft. Herr Zumwinkel war derjenige, der sofort sein Aktienpaket versilbert hat, als diese Entscheidung zum Postmindestlohn gefallen ist. Ich weiß nicht, ob es sozialdemokratische Politik ist, wenn ein Herr Zumwinkel Millionen abzockt

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD:
Das ist doch Ihre Klientel! Das sind doch Ihre Wähler! Um Gottes willen!)

als Ergebnis dieser Debatte über den Postmindestlohn, den Sie als Sozialdemokraten als große Errungenschaft feiern.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist Ihre Klientel!)

– Nein, unsere Klientel sind nicht Leute wie Herr Zumwinkel, sondern unsere Klientel sind die Menschen im Land, denen wir Arbeitsplätze schaffen wollen und denen wir die Möglichkeit schaffen wollen, Arbeit zu finden. Das ist unsere Klientel.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD:
Von wegen! Genau diese Typen sind doch Ihre Klientel!)

Ich komme wieder zum Anfang dessen, was ich bereits gesagt habe: Diese Menschen haben die Sozialdemokraten völlig aus dem Auge verloren. Das Einzige, was Sie im Auge haben, sind Umfrageergebnisse, und Sie haben die Hoffnung, dass Sie mit Mindestlöhnen und der Verlängerung von Arbeitslosengeld I in den Umfragen wieder steigen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Uns bedeuten die Menschen etwas, die dort arbeiten! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Note sechs! Setzen!)

Aber wenn Sie sich die Umfrageergebnisse anschauen, stellen Sie fest: Weder Sie noch Kurt Beck kommen aus dem Keller.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unsere Sorge gilt den Menschen, die dort arbeiten!)

Kurt Beck ist Keller-Kurt, bleibt Keller-Kurt und wird immer Keller-Kurt sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Hillebrand das Wort.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Der soll jetzt erklären, weshalb Sie sich enthalten, obwohl alle dagegen sind! Es sind alle dagegen, aber die Landesregierung enthält sich! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Darf ich um Aufmerksamkeit bitten.

(Anhaltende Unruhe)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Hausmann, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion der SPD fordert mit ihrem Antrag die Landesregierung auf, die Aufnahme der Briefdienstleistungen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz im Bundesrat zu unterstützen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ja!)

Um das Ergebnis gleich vorwegzunehmen, lieber Kollege Hausmann, lieber Kollege Wolf, Herr Dr. Rülke, Frau Sitzmann:

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Da sind wir aber gespannt!)

Wir werden diesem Anliegen in der morgigen Sitzung des Bundesrats nicht nachkommen können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh!)

– Ich denke, die Überraschung hält sich in Grenzen, Frau Haußmann. Wir können dem schon deswegen nicht nachkommen, weil unser Koalitionspartner FDP/DVP Mindestlohnregelungen kategorisch ablehnt.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber die CDU doch auch!)

– Lieber Kollege Schmid, auch unabhängig von der Aufnahme der Briefdienstleistungen ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz möchte ich ganz grundsätzlich betonen, dass die gesamte Landesregierung gegen die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns ist.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Es geht doch um den Postmindestlohn!)

– Langsam. – Unser Ministerpräsident wird persönlich morgen zu diesem Thema im Bundesrat sprechen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Peinlich! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da sind wir aber gespannt! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber ohne Teesiebbille, bitte!)

Enthaltung, lieber Kollege Schmid, ist mit Blick auf die Vereinbarung der Koalitionspartner in Berlin und auf unsere grundsätzlichen Bedenken in Bezug auf einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn durchaus sachgerecht.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, aber auch ich will deutlich machen, dass unser Haus, das Arbeits- und Sozialministerium, und die Frau Arbeitsministerin und ich persönlich die Entwicklungen sehr skeptisch betrachten. Ich möchte nicht auf sämtliche Gründe hierfür eingehen, sondern werde mich auf einen wichtigen Grund beschränken. Angesichts der regionalen und branchenspezifischen Unterschiede ist es nicht möglich, einen Mindestlohn in der richtigen Höhe festzusetzen:

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Warum nicht? Erklären Sie uns das bitte!)

einen Mindestlohn, Frau Haußmann, der keine Arbeitsplätze vernichtet und der gleichzeitig ein befriedigendes, auskömmliches Einkommen sichert. Es liegt auf der Hand: Ein zu hoher Mindestlohn steht der Erschließung neuer Beschäftigungsfelder im Niedriglohnbereich – das habe ich hier schon einmal gesagt – entgegen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Und wie ist es bei der Post?)

Er kann sogar Arbeitsplätze vernichten. Es ist doch eine ganz einfache Rechnung: Kein Unternehmen wird einen Arbeitnehmer zusätzlich einstellen oder wird einen Arbeitnehmer behalten, der mehr Kosten verursacht, als er an Wertschöpfung erzielt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir müssen die Tatsache akzeptieren, dass viele Langzeitarbeitslose oft nur über zu-

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

nächst geringer entlohnte Tätigkeiten den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt finden. Zu hohe Mindestlöhne beschleunigen dagegen den Wegfall vieler Arbeitsplätze und konterkarieren die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder im Niedriglohnssektor, die wir dringend brauchen. Insoweit verkennen die Befürworter eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns – –

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Ich habe Sie jetzt nicht verstanden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann zahlen wir lieber noch etwas auf diese Niedriglöhne drauf! Das bezahlen alle Steuerzahler und Steuerzahlerinnen! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann finanzieren wir aber nur einen Teil! Bei Ihrem Vorschlag finanzieren wir es ganz! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das hat Herr Beck als Mindestlohn propagiert!)

– Frau Haußmann, Sie verkennen ganz offensichtlich – –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie geben keine Antwort! Ein Herumgeeiere ohne Ende! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat der Herr Staatssekretär.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber er soll etwas zum Postmindestlohn sagen!)

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Danke, Herr Präsident. – Liebe Frau Haußmann, Sie verkennen ganz offensichtlich die Auswirkungen eines flächendeckenden Mindestlohns angesichts der kritischen Lage, die für viele Menschen auf dem Arbeitsmarkt herrscht. Sie unterliegen offensichtlich auch der Illusion, grundlegende ökonomische Wirkungsketten ignorieren zu können.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die leben in der Illusion! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nach monatelangen Diskussionen über die Einführung allgemeiner gesetzlicher Mindestlöhne hat sich der Berliner Koalitionsausschuss von Union und SPD Mitte Juni auf einen Kompromiss zu diesem Thema verständigt. Dieser Kompromiss sieht vor, dass Branchen mit einer Tarifbindung von mindestens 50 % künftig die Möglichkeit erhalten, auf Antrag in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen zu werden.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Also doch!)

Des Weiteren soll für andere Branchen, in denen kein Tarifvertrag besteht oder nur für eine Minderheit der Arbeitnehmer Tarifverträge gelten, ein Tarifausschuss prüfen, ob in einer Branche Mindestarbeitsbedingungen festgesetzt werden müssen. Dieser Ausschuss legt dann gegebenenfalls einen Mindestlohn fest. Trotz dieses Kompromisses, bei dem sich Union und SPD ein großes Stück aufeinander zubewegt haben, blieb der Mindestlohn auf der politischen Agenda.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Siehste!)

Nach Umfragen – wir verkennen das durchaus nicht, lieber Kollege Hausmann – sollen ja fast 80 % der Bundesbürger für einen gesetzlichen Mindestlohn sein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kluge Menschen!)

Ich glaube, Frau Haußmann, das gleiche Ergebnis könnte man erzielen, wenn man fragen würde, ob die Einkommensteuer halbiert werden sollte.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da kriegt man 100 % Zustimmung!)

Ganz offenbar hält die SPD das Thema Mindestlohn für ein geeignetes Mittel – das ist bei anderen Beiträgen hier angeklungen –, um ihr soziales Image wieder aufzupolieren und ihre derzeit schlechten Umfragewerte aufzubessern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist keine verantwortungsvolle Beschäftigungspolitik. Das ist Populismus pur.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Die von CDU und FDP/DVP geführte Landesregierung lässt sich in ihrer Politik nicht von Populismus leiten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Aber gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Staatssekretär, teilen Sie die Ansicht, dass es kein Populismus ist, wenn Menschen Angst haben, dass sie keinen auskömmlichen Stundenlohn, kein auskömmliches Einkommen haben? Wird da kein ernsthaftes Interesse vertreten?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Also wenn Sie meinen, mit einem Stundenlohn von 9 € habe man ein Auskommen, dann täuschen Sie sich!)

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Jetzt suggerieren Sie schon wieder etwas, lieber Kollege. Wir haben selbstverständlich ein großes Interesse daran – das sage ich für die CDU und für die gesamte, von CDU und FDP/DVP geführte Landesregierung –, dass alle Menschen ein auskömmliches Einkommen haben.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Hört, hört!)

Aber Sie können dies nicht in allen Branchen über den Mindestlohn erreichen. Das ist der springende Punkt. Aus diesem Grund sind wir gegen einen gesetzlich verordneten flächendeckenden Mindestlohn.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Und was ist mit dem Postmindestlohn?)

– Lieber Kollege Schmid, wenn Sie die Post ansprechen: Ich komme nachher noch darauf.

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Darauf warten wir schon die ganze Zeit, dass Sie etwas zum Postmindestlohn sagen! Keine Lehrbuchabhandlungen, jetzt brauchen wir Aussagen zur Sache!)

– Lieber Kollege Schmid, Sie müssen es halt abwarten. Ich darf das doch ein Stück weit auch organisch – –

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Der Kollege Hausmann hat in fünf Minuten gesagt, was Sache ist! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war nicht zutreffend! Das war eine Falschaussage! – Zurufe der Abg. Veronika Netzhammer CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Wenn Sie plakativ die Dinge abgehakt haben wollen, dann kann man das natürlich kurz und schmerzlos machen. Ich gehe aber davon aus, dass dieses Hohe Haus ein elementares Interesse daran hat, die Dinge grundlegend und gründlich miteinander zu erörtern. Das müsste eigentlich auch in Ihrem Sinn sein.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Manfred Groh CDU – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Ute Vogt SPD: Wenn es der Sache hilft!)

Bisher habe ich Sie zumindest so eingeschätzt, dass Ihnen daran liegt, lieber Kollege Schmid.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber dann einmal los jetzt!)

Meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen, lassen Sie mich klarstellen, dass ich in dem bundespolitischen Kompromiss vom vergangenen Juni eine vertretbare Lösung sehe. Zum einen werden branchenspezifische Besonderheiten und die Wünsche der Tarifpartner berücksichtigt. Zum anderen kann durch die Aufnahme einer Branche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz eine Unterbietung tariflicher Mindestlöhne und Mindestarbeitsbedingungen durch ausländische Arbeitnehmer verhindert werden. Da sind wir doch total beieinander.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Na also!)

Aber das Arbeitnehmer-Entsendegesetz darf nicht für eine schleichende Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns im Niedriglohnsektor herhalten müssen und dafür zweckentfremdet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ein allgemeiner Mindestlohn ist auch dann arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitisch kontraproduktiv, wenn er schiebchenweise und durch die Hintertür kommt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wie so oft steckt der Teufel auch hier im Detail.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Welcher? – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ich habe gedacht, den wären wir jetzt los! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Die Angie steckt jetzt im Detail!)

Bei der geplanten Aufnahme der Briefdienstleistungen, Frau Haußmann, in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz zeigt sich

das deutlich. Die Aufnahme in das Entsendegesetz wurde wenig diskutiert. Vielmehr war der abgeschlossene Tarifvertrag zwischen ver.di und dem Arbeitgeberverband Postdienste heftig umstritten. Dieser sollte den Mindestlohn für die Briefdienstleistungsbranche festlegen.

Heftig umstritten war dieser Tarifvertrag aus zwei Gründen. Erstens war fraglich, ob der Anteil der tarifgebundenen Beschäftigten an allen Beschäftigten der Briefdienstleistungsbranchen überhaupt 50 % beträgt. Diese Frage konnte erst dadurch geklärt werden, dass die Tarifparteien ihren Tarifvertrag geändert haben. Er umfasst nun – übrigens entsprechend dem Vorschlag der Union – nicht mehr sämtliche Betriebe, die Briefsendungen befördern, sondern lediglich diejenigen, die dies überwiegend tun. Die Voraussetzung für die Aufnahme der Briefdienstleistungen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ist insofern erfüllt.

Zweitens kritisierten vor allem die Konkurrenten der Post die Höhe des Mindestlohns und den damit verbundenen Eingriff in das Marktgeschehen. Denn im Kern steht der Postmindestlohn auch einer wirtschaftspolitisch richtigen Entscheidung, nämlich der Liberalisierung des Postmarkts, im Wege.

Dies sieht wohl auch die von der Bundesregierung eingesetzte Monopolkommission so. In einem erst gestern veröffentlichten Sondergutachten mit dem Titel „Monopolkampf mit allen Mitteln“ heißt es, der branchenweit verbindliche Mindestlohn habe offensichtlich nicht das Ziel, die Interessen inländischer Arbeitnehmer zu schützen; vielmehr solle der Wettbewerb im Postmarkt torpediert werden.

Bezahlen müssen den verhinderten Wettbewerb die Kunden

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

und die künftig arbeitslosen Briefträger, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es! Die Kunden bezahlen!)

Denn schon vor der Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes bietet die Briefdienstleistungsbranche ein Beispiel dafür, dass zu hohe Mindestlöhne Arbeitsplätze vernichten können. Das ist angesprochen worden. Der Postkonkurrent PIN, lieber Kollege Hausmann, hat angekündigt, wegen der Höhe des festgesetzten Mindestlohns ca. 900 seiner insgesamt 9 000 Mitarbeiter in Deutschland zu entlassen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Schwätzen Sie doch keinen Scheiß raus! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und andere sterben still und leise!)

– Andere sterben still und leise, Sie sagen es, Frau Kollegin Berroth. Aber ich bleibe jetzt einmal bei den großen Dienstleistern. Wer besonders viele Arbeitsplätze freisetzt, der fällt ja ins Auge und ist Gegenstand des öffentlichen Interesses.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Zwar sucht PIN jetzt wohl nach Wegen, den Postmindestlohn zu umgehen, aber die Suche nach Umgehungsstrategien für einen zu hohen Mindestlohn kann nun wirklich nicht die Lösung sein. Es wäre viel besser, diesen Kompromiss hinsichtlich seiner Umsetzbarkeit zu überdenken. Denken Sie nur da-

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

ran, dass nach Einschätzung des Ifo-Instituts ein flächen-deckender Mindestlohn von 9,80 € knapp 2 Millionen Arbeits-plätze in Deutschland gefährden würde.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wir reden hier über die Post!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie eingangs bereits gesagt, wird Baden-Württemberg die Aufnahme der Brief-dienstleistungen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz im Bun-desrat nicht unterstützen. Bei gutem Willen und klarem Kopf müssten die Gründe dafür spätestens nach dieser Diskussion hier im Landtag augenfällig geworden sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ru-dolf Hausmann SPD: Kein Mensch hat das verstan-den! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Super!)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hausmann das Wort.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Rülke, ich darf nur ein-en Kommentar abgeben: Gott sei Dank ist die FDP nicht mehr in der Bundesregierung

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Gott sei Dank!)

und bleibt auch hoffentlich noch lange draußen.

Was die CDU betrifft: Entschuldigung, aber jetzt muss ich schon sagen, so ein Herumgeeiere wie heute habe ich schon lange nicht mehr erlebt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wovon reden Sie eigentlich?)

Wolf sagt: „Wir sind dagegen.“

(Abg. Guido Wolf CDU: Ja!)

Die FDP/DVP ist dagegen. Darum enthalten wir uns.“ Das soll ein Mensch verstehen. Staatssekretär Hillebrand sagt: „Ei-gentlich sind wir gegen den gesetzlichen Mindestlohn, wenn er generell ist; das führt irgendwie zu Wettbewerbsverzerrung. Aber bei der Post sind wir vielleicht doch dafür.“

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja, was jetzt?)

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion berichtet schriftlich – ich habe es vorhin schon einmal zitiert –, die CDU habe in der Koalition durchgesetzt, dass Lohndumping in Deutschland verhindert wird.

(Lachen der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Also, liebe Leute, ich mache einmal weiter: Herr Wolf, ich weiß nicht, ob Sie in der richtigen Partei sind, und ich weiß auch nicht, ob Herr Hillebrand in der richtigen Partei ist.

(Abg. Guido Wolf CDU: Aber ich! – Heiterkeit und Beifall des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Ich meine, ob Sie in der gleichen Partei sind wie Ihre Angie. Ich zitiere aus dem Beschluss des Koalitionsausschusses:

Mit dieser modifizierten Aktivierung des Mindestarbeits-bedingungsgesetzes, das unter dem Bundeswirtschaftsmi-

nister Ludwig Erhard beschlossen worden ist, stärken wir die Gestaltungskraft von Gewerkschaften und Arbeitge-bern nachdrücklich. Erstmals geben wir den Tarifpart-nern auch rechtlich die Möglichkeit, für ganz Deutsch-land ihrer Aufgabe der Festlegung von Lohn- und Arbeits-bedingungen erfolgreich nachkommen zu können.

Das ist doch ein ordentliches, klares Bekenntnis in dieser Fra-ge. Bei Ihnen habe ich das komplett vermisst, was die CDU-Seite anbelangt. Das muss ich Ihnen schon sagen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Soziale Marktwirtschaft!)

Weil Herr Rülke gemeint hat, es hätte bereits ein Dienstleis-tungsunternehmen geschlossen, und Herr Hillebrand gerade das Gleiche von der PIN behauptet hat, habe ich vorhin ge-schwind im Landtagshandbuch nachgeschaut, aber festge-stellt, dass beide doch nicht Pressesprecher der PIN Group AG mit Sitz in Luxemburg sind. Ich habe dann einmal nachge-guckt, was denn der PIN-Chef im kritischen „Spiegel“-Inter-view von sich gibt.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Herrn Döpfner wird nämlich vom „Spiegel“ die Frage gestellt: „... und Schuld hat nur der Mindestlohn, den der Bundestag am Freitag für die Postbranche verabschiedet hat?“ Darauf antwortet Herr Döpfner:

Das ist jedenfalls der Grund, dass wir der PIN keine wei-teren Finanzmittel mehr zur Verfügung stellen. Wir wa-ren ja ohnehin die letzten Gesellschafter, die noch Geld nachgeschossen haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

Hört, hört! Also offensichtlich vorher. Dann geht es weiter. Dann fragt also der „Spiegel“ nach: „Die PIN scheint aber schon tot, bevor der Mindestlohn überhaupt da ist.“ Und Herr Döpfner sagt:

Der Verursacher unseres Dilemmas ist die Regierung. PIN war zwei Jahre lang erfolgreich – pünktlich, als die Mindestlohndebatte begann, haben wir natürlich kaum noch neue Kunden bekommen.

Daraufhin vermutet der „Spiegel“, er habe wahrscheinlich Kunden verunsichert durch sein Insolvenzgeschwätz.

Und dann heißt die Antwort – alles Zitat –:

Moment! Das Wort Insolvenz hat bis heute meinen Mund nie verlassen. Ich habe nur alle möglichen Szenarien dar-gestellt. Die reichen von einer Weiterführung über einen Verkauf bis zur Schließung.

(Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

Also, Leute: Der verkauft den „Spiegel“ und die Leser für dumm. Und Sie zitieren das als Abgeordnete hier im Parla-ment und behaupten,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie klasse! 100 Punk-te!)

die hätten wegen der Mindestlohndebatte zugemacht. Bleiben Sie doch, auch wenn Sie eine andere Meinung haben, zumin-

(Rudolf Hausmann)

dest seriös und anständig in der Argumentation, und führen Sie nicht solches Zeug vor, was schon in sich Unsinn ist und nicht standhalten kann.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Frage! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Hausmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Noll?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Lieber nicht!)

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ja, klar. Jetzt bin ich gespannt.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Hausmann, erinnern Sie sich, dass unter einem Ministerpräsidenten Kurt Beck der damalige SPD-Sozialminister Gerster Kombilohnmodelle entwickelt hat, die wir dann auch mit unseren Einstiegsgehaltmodellen nachvollzogen haben? Die Grundidee war, dass es in Deutschland wohl Tätigkeiten geben wird, deren Entlohnung nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu garantieren,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Aber nicht bei der Post!)

und deswegen beim Kombilohnmodell dieser Lohn aufgestockt werden sollte. Verabschieden Sie sich damit von der damaligen Linie von Kurt Beck, die wir ja ein Stück weit nachvollzogen haben, wenn wir sagen: „Wir müssen akzeptieren, dass man manchmal auch ergänzende Transferleistungen braucht,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber nicht allgemein! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

um überhaupt Arbeit zu ermöglichen“? Da sehe ich schon einen gewaltigen Kurswechsel der SPD und des Herrn Beck.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: War das etwa eine Frage?)

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Wenn wir schon vom Wettbewerb reden – das ist ein effizientes Instrument –, dann müssen wir vom Markt, vom Wettbewerb und auch von den Unternehmern und Unternehmen, die sich darin tummeln, doch erwarten, dass sie menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Löhne einhalten.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist doch okay!)

Natürlich kann man nicht eine ganze Gesellschaft mit Kombilöhnen und staatlichen Zuschüssen versehen. Das ist ja ein Unsinn.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein! Das will ja niemand!)

– Das haben Sie aber gerade nachgefragt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nicht alle!)

Ein Kombilohn kann eine Variante sein, wenn man jemanden wieder in den Arbeitsmarkt bringen möchte.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Also!)

Das ist überhaupt keine Variante in der Beschäftigungspolitik insgesamt oder in der Arbeitsmarktpolitik, und das hat hier gar nichts zu suchen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja, doch! Denn mit Mindestlohn können Sie das nicht mehr! Mit Mindestlohn verabschieden Sie sich davon! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Also, Herr Noll, jetzt noch einmal, ganz im Ernst: Der Staat soll sich heraushalten. Sie propagieren staatlich subventionierte Dumpinglöhne. Das wird es mit uns nicht geben, nein.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja! Besser Arbeit finanzieren als nur Transfer! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Hausmann, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ja, gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kollege, könnten Sie bitte dem Kollegen Noll erklären, was der Unterschied zur Funktion des Kombilohns ist,

(Abg. Guido Wolf CDU: Frage!)

ob es um die Stabilisierung einer Tieflohnbranche geht oder um das In-den-Beruf-Bringen von Beschäftigten, die Schwierigkeiten haben.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die es ja nicht mehr gibt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Vielleicht kannst du einmal versuchen, es ihm deutlich zu machen!)

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Es fällt mir arg schwer – das muss ich ganz ehrlich sagen –, Herrn Dr. Noll das begreiflich zu machen. Denn ich habe das ja vorher schon einmal versucht.

(Unruhe)

Herr Dr. Noll, ich probiere es einfach noch einmal.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Okay!)

Wenn mein Kollege mich so freundlich darum bittet, dann versuche ich es noch einmal.

Wenn es um eine Brücke zum ersten Arbeitsmarkt geht, kann man über Kombilohnmodelle diskutieren.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Also!)

Aber wir können nicht darüber diskutieren, wenn absehbar ist, dass ein Gewerbe mit Dumpinglöhnen und Dumpingpreisen Konkurrenz zu einem anständigen, auf dem Markt befindlichen Gewerbe macht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Grund, warum wir heute über den Mindestlohn diskutieren. Dazu haben wir hoffentlich klare Antworten gegeben.

Danke.

(Rudolf Hausmann)

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und deswegen helfen Sie dem armen Herrn Zumwinkel? – Abg. Ute Vogt SPD: Dass Leute für 5 € schaffen müssen, das kann doch niemand gutheißen! Und wir zahlen es mit Steuergeldern! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1803. Es ist Abstimmung begehrt. Wer für diesen Antrag ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 8:**

- a) **Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – „Global Marshall Plan“-Initiative in Baden-Württemberg – Drucksache 14/1201**
- b) **Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Entwicklungszusammenarbeit aus Baden-Württemberg – Drucksache 14/1265**
- c) **Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Neue Partnerschaft mit Afrika; Besuch von Ministerpräsident Oettinger in Südafrika – Drucksache 14/1742 (geänderte Fassung)**

Das Präsidium hat eine Aussprache mit einer Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt. Die Redezeiten müssen nicht ausgeschöpft werden, sagt gerade unser Kollege Schriftführer.

(Heiterkeit des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

Das wollte ich hier auch noch sagen.

Wer möchte zu diesem Punkt sprechen? –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Niemand!)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hausmann das Wort.

(Abg. Ute Vogt SPD: Das ist heute sein Tag!)

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind an einem Punkt angelangt, bei dem es ein paar Gemeinsamkeiten mehr gibt als beim vorherigen Thema.

Wer von uns 1950 zur Welt kam, wurde in eine Welt mit 2,5 Milliarden Menschen hineingeboren. Heute hat er 6,5 Milliarden Menschen um sich herum, und in weiteren 50 Jahren, 2050, werden 10 Milliarden Menschen auf der Erde leben.

Europa, Nordamerika und Japan haben in dieser Zeit ihren Wasserverbrauch verdreifacht, den Ausstoß von CO₂ vervierfacht und betreiben fünfmal so viel Fischfang, und die Güterproduktion wird sich weltweit um das Siebenfache erhöht haben. Die ökologische Basis dafür ist deutlich geringer geworden.

Durch Transport, durch Kommunikationswege, durch die Entwicklung neuer Technologien ist die Lebensweise bei uns, in den reichen Ländern, sichtbar geworden für die Menschen, die anders und in deutlich schwierigeren Verhältnissen leben. Das hat etwas mit Globalisierung und teilweise zumindest auch mit Transparenz zu tun.

Wenn wir uns die Welt als ein Dorf mit 1 000 Bewohnern vorstellen, dann finden wir als erstes ein Segment von 200 Bewohnern vor, zu denen auch ein Superreicher zählt, dem 30 % von allem, entsprechend auch von der Fläche, gehören. Diese ersten 200 haben Villen, Luxusmalls und ein bis drei Autos pro Familie. Dann kommt der große Mittelstand mit 400 Leuten. Dieser Mittelstand zeichnet sich nicht wie bei uns dadurch aus, dass er über ein Auto verfügt, sondern dadurch, dass er irgendwo am Rande des Dorfes mit drei Ziegen und fünf Hühnern arbeitet. Außerdem haben wir noch die Gruppe der Armen mit 400 Leuten, von denen wiederum die Hälfte ganz Arme sind mit hohen Sterblichkeitsraten, Kindersterblichkeit, Krankheiten etc.

Wenn man sich anschaut, dass die ganz Armen, die sozusagen am Rande der Müllkippe leben, ihr Baumaterial daraus holen, ihre Nahrung daraus holen, ihre Freizeit u. a. mit Fernsehen verbringen und dass auf ihrem Dorfplatz möglicherweise ein wackeliger Fernseher steht, der „Seifenopern des Lebens“ sendet und die Lebenswirklichkeit – oder das, was dafür gehalten wird – der anderen 600 reproduziert, dann darf man sich nicht wundern, dass dadurch ein Trend entsteht, dem nachzueifern. Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt: Wir haben die Situation, dass der „ökologische Fußabdruck“ dramatisch zu groß ist, das heißt der Verbrauch heute schon viel zu groß ist im Vergleich zur Ressource, und dass wir einen Ausgleich schaffen müssen. Dieser Ausgleich darf jedoch nicht dadurch hergestellt werden, dass wir sagen: „Die anderen dürfen nun nicht die Entwicklung durchmachen, die auch wir durchlaufen haben“, sondern er muss von gleichen Voraussetzungen für alle ausgehen und sich von der Maxime leiten lassen: Was ich tue, das kann auch zum Gesetz erhoben werden, oder – das Ganze in globalisierter Darstellung –: Was wir als reiche Staaten tun, müssen auch ärmere Länder oder Schwellenländer machen können.

Diese Entwicklung – es geht auch um einen demokratischen Zugang, einen sozialen Zugang – erfordert eine ganze Serie von Maßnahmen. Wenn ich nur einmal die übergeordneten Ziele betrachte, die in dem jeweiligen Land wirksam umgesetzt werden sollen, dann heißt das – da sind wir uns Gott sei Dank einig –: Wir brauchen so etwas wie einen Marshallplan. Ich unterstütze ihn ja nicht komplett, aber immerhin enthält er als Punkt 1 die Millenniumsziele, also Abbau von Hunger, Grundschulbildung für alle, Gleichstellung, Senkung der Kindersterblichkeit, Verbesserung der Gesundheit der Mütter, Bekämpfung von Krankheiten, Nachhaltigkeit etc. Das sind Ziele, die man umsetzen muss, und zwar mit einer relativ hohen Geschwindigkeit. Die UN haben beschlossen, dies bis 2015 umzusetzen.

Zum Zweiten brauchen wir pro Jahr 100 Milliarden € mehr Geld, damit die Ziele überhaupt umsetzbar sind. Diese Länder benötigen 100 Milliarden € mehr, damit sie überhaupt die Voraussetzungen bekommen, die Millenniumsziele umzusetzen.

(Rudolf Hausmann)

Wir brauchen drittens konkrete Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Da ist die Tobin-Steuer in der Diskussion, für die Gott sei Dank in der Zwischenzeit ganz viele Wirtschaftsleute plädieren, u. a. auch bei uns in Baden-Württemberg Professor Rademacher, der Vorsitzende des Bundesverbands für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft, der ein ganz klares Votum dafür abgibt. Er sagt: Ein Steuersatz von einem Zehntausendstel, also 0,01 %, je finanzieller Transaktion bringt insgesamt 30 Milliarden €. Jetzt sage ich Ihnen: 0,03 % brächten also bereits fast 100 Milliarden. Ich vereinfache das jetzt einmal. Was internationale Finanztransaktionen anbelangt, kann man das ja hochrechnen: Bei 10 000 € geht es um insgesamt 3 Cent. Das wäre die Größenordnung, um das Problem zu erledigen. Das ist bei uns derzeit leider noch nicht möglich. Es ist aber möglich, dass einem armen Afrikaner, der hier lebt und seiner Familie, die zu Hause Hunger leidet, 200 € schicken will, 50 € für die Transaktion abgeklopft werden. Dann sind es plötzlich 25 %; das ist bei uns möglich. Also muss sich in dieser Richtung deutlich etwas verändern.

„Ökosozial statt marktradikal“ steht auf der Agenda. Das wird – zumindest verbal – übrigens Gott sei Dank von allen Parteien so unterstützt. Ich denke, wir in Baden-Württemberg müssen uns folgende Gedanken machen: Es gibt da ganz viele Akteure, z. B. Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Ministerien etc. Das will ich jetzt gar nicht bewerten; so viel Zeit will ich mir jetzt nicht nehmen. Es finden bei uns also ganz viele Aktivitäten statt. Wir meinen, diese Aktivitäten müssen klar gebündelt und auf einen roten Faden hin konzentriert werden. Es muss fühlbar werden, welche Teilaufgabe wir in Baden-Württemberg – auch wenn wir natürlich nicht vorrangig zuständig sind, sondern die Kompetenz für die Entwicklungshilfe beim Bund liegt – erfüllen und welche Maßnahmen wir umsetzen wollen. Wenn man alle Anträge betrachtet, die heute vorliegen, meine ich, dass wir schon relativ weit gekommen sind.

„Durchsetzung der weltweit vereinbarten Millenniumsziele“ steht in den Initiativen von CDU und FDP/DVP. Prima! Das unterstützen wir. Wir werden auch den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 14/2165, unterstützen.

(Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir unterstützen natürlich das Bestreben, im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der Entwicklungszusammenarbeit eine herausragende Stellung einzuräumen. Das Gleiche gilt für den hohen Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit und die Äußerungen zu Burundi.

Noch einmal: Ich glaube, wir werden fokussierter arbeiten müssen und werden die Kräfte, die wir haben, bündeln müssen, damit auch für die Menschen in Baden-Württemberg spürbar wird, was sich insgesamt tun muss, damit unser Tun gelingt.

Im Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE ist der „Global Marshall Plan“ enthalten, den Sie derzeit ablehnen. Wir bitten darum, die Anträge noch in den Ausschüssen zu beraten.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Okay!)

Die SPD-Fraktion wird auch Ihrem Antrag zustimmen, weil das ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung ist. Da-

für, dass wir bis zum Jahr 2015 Ergebnisse brauchen, ist zwar noch nicht viel getan, aber ein solcher erster Schritt ist die Voraussetzung dafür, weitere Schritte hinzubekommen. Wenn wir gemeinsam in diese Richtung marschieren könnten, wäre das schön.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Splett für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn wir heute hier im Landtag eine entwicklungspolitische Debatte führen, dann ist das kein Akt vorweihnachtlicher Fürsorge, sondern geht es um ganz harte Fakten. Es geht um die Frage, wie wir die Zukunft gestalten wollen.

Dazu müssen wir uns erst einmal vor Augen führen, wie die Zustände in der Welt aussehen. Herr Hausmann hat dazu schon einiges ausgeführt; ich will noch einige Zahlen ergänzen.

Täglich sterben 30 000 Kinder an Hunger, an den Folgen schmutzigen Wassers oder an vermeidbaren Krankheiten. Der Vermögenszuwachs der etwa 800 Dollar-Milliardäre beträgt pro Jahr 300 bis 400 Milliarden US-Dollar. Die vier reichsten Menschen der Welt besitzen mehr Geld als eine Milliarde der ärmsten Menschen dieser Welt zusammen.

Für Entwicklungszusammenarbeit stehen weltweit weniger als 100 Milliarden US-Dollar bereit, während die Rüstungsausgaben 1 000 Milliarden US-Dollar betragen.

Baden-Württemberg zieht sich Jahr für Jahr weiter aus der Armutbekämpfung und aus Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zurück, da die Mittel als sogenannte Freiwilligenleistungen zum Zweck der Haushaltskonsolidierung eingespart werden.

Die Millenniumsziele wurden im Jahr 2000 von 189 Staaten, darunter der Bundesrepublik Deutschland, als weltweite Entwicklungsziele vereinbart, die bis zum Jahr 2015 zu erreichen sind. Zu den Zielen gehören die Beseitigung der extremen Armut und des Hungers, die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung, die Gleichstellung der Geschlechter, aber auch die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit. Es geht darum, die Welt gerechter und nachhaltiger zu machen.

Die Halbzeitbilanz zeigt uns, dass wir noch weit von der Erreichung der Millenniumsziele entfernt sind und nicht im Zeitplan liegen. Einige Länder entfernen sich sogar von den Zielen. In Afrika leiden noch immer 40 % der Menschen unter extremer Armut.

Baden-Württemberg hat erklärt, hinter den Zielen der Millenniumserklärung zu stehen. Das ist gut so. Aber wenn man dahintersteht, muss man auch sagen, was man tut, um die Ziele zu erreichen. Damit sind wir bei unserem Antrag zur Unterstützung der „Global Marshall Plan“-Initiative. Der „Global Marshall Plan“-Initiative geht es darum, diese Millenniumsziele umzusetzen, die dafür notwendigen finanziellen Mittel zu erschließen und die ökosoziale Marktwirtschaft zu stärken. Die „Global Marshall Plan“-Initiative hat Wurzeln in Baden-

(Dr. Gisela Splett)

Württemberg. Eines ihrer Gründungsdokumente ist die sogenannte Stuttgarter Erklärung. Trotzdem – und das wundert uns – hat diese Initiative bisher relativ wenig Resonanz in Baden-Württemberg und dagegen mehr Resonanz in anderen Bundesländern gefunden. Fast alle österreichischen Bundesländer haben Beschlüsse zur Unterstützung der Initiative gefasst, und auch der Thüringer Landtag hat dies getan. Erst vor wenigen Wochen hat die Stadt München einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Wir halten es für überfällig, dass sich auch Baden-Württemberg in die Liste der Unterstützer einreicht, aktiv für die Ziele der Initiative wirbt und dazu beiträgt, dass die Millenniumsziele bekannter gemacht und Finanzmittel hierfür erschlossen werden.

(Beifall bei den Grünen)

Die Argumente, die die Landesregierung gegen dieses Ansinnen aufführt, können wir so nicht stehen lassen. Meine Damen und Herren von der leider ziemlich leeren Regierungsbank,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Der Staatssekretär ist doch da!)

Sie meinen, dass die für eine gerechtere und nachhaltigere Welt notwendige Änderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht durchsetzbar sei. Sie sagen, der Einfluss der Landespolitik sei begrenzt. Gleichzeitig loben Sie das ehrenamtliche Engagement im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

Wie, meinen Sie, können wir denn glaubwürdig jede Einzelne und jeden Einzelnen in Baden-Württemberg aufrufen, etwas zu tun und sich für entwicklungspolitische Ziele und die Erreichung der Millenniumsziele einzusetzen, wenn wir gleichzeitig sagen, ein Bundesland könne nichts machen? Das Land, meine Damen und Herren, hat zahlreiche Handlungsmöglichkeiten. Es kann die übergreifenden Themen des „Global Marshall Plans“ in der Bildungspolitik viel überzeugender aufgreifen, als es bisher geschieht, das Land kann seine Einflussmöglichkeiten im Bundesrat und in Europa für Ziele im Sinne des „Global Marshall Plans“ nutzen, es kann Infokampagnen durchführen und vieles andere. Man muss nur wollen.

(Beifall des Abg. Johannes Stober SPD)

Im Übrigen halte ich es nicht für sinnvoll, hier über den Antrag abzustimmen. Kollege Hausmann hat es schon gesagt: Es ist sicherlich sinnvoll, wenn wir uns im Ausschuss noch einmal darüber unterhalten. Ich möchte auch hier schon anregen, über eine Anhörung nachzudenken. Der Thüringer Landtag hat zu diesem Thema bereits erfolgreich eine Anhörung durchgeführt.

Nun zur Großen Anfrage der Fraktion der CDU zur Entwicklungszusammenarbeit: Was wir in der Antwort der Landesregierung lesen können, ist beschämend. Das Land hat sich in den letzten sieben Jahren aus der Entwicklungszusammenarbeit zurückgezogen. Stattgefunden hat eine Abkehr von Maßnahmen der Armutsbekämpfung und integrierten Projekten zugunsten der Bezuschussung von Außenwirtschaftsförderung und Markterschließung. Das ist auch ganz deutlich aus der

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der FDP/DVP herauszulesen.

Das bürgerschaftliche Engagement hingegen ist ungebrochen. Ich möchte mich hier explizit bei allen bedanken, die in diesem Bereich ehrenamtlich aktiv sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Die wortreichen Ausführungen der Landesregierung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Engagement des Landes stark zurückgegangen ist. Ich möchte Sie bitten, sich einmal die Tabellen auf den Seiten 14 bis 18 der Drucksache 14/1265 anzuschauen. Diese bringen die Sache ganz gut auf den Punkt. Wenn wir z. B. die Zahlen des Ressorts Wirtschaftsministerium betrachten – das ist ja für die Entwicklungszusammenarbeit zuständig –, fällt auf, dass die Haushaltsansätze von umgerechnet 5 Millionen € im Jahr 1997 auf inzwischen 0 € gesunken sind. Da fragt man sich schon, wie es den Mitarbeitern, die diese Antworten verfassen, trotz solcher Zahlen gelingt, Formulierungen zu Papier zu bringen wie:

Dennoch wird die Landesregierung ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung gerecht.

Dieser Satz stimmt nicht. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, bedarf es einiger Anstrengungen. Wir brauchen erhöhte Mittelansätze für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und auch für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit hier bei uns. Wir brauchen neue entwicklungspolitische Leitlinien in Baden-Württemberg, und dabei können wir uns ein Beispiel an Nordrhein-Westfalen nehmen. Dort hat das Kabinett im August neue Leitlinien beschlossen. Diese umfassen im Übrigen auch eine Länderpartnerschaft mit einem afrikanischen Land, in diesem Fall Ghana. Man hat sich bewusst für eine Partnerschaft entschieden. Uns zeigt auch das Beispiel Rheinland-Pfalz, das eine Zusammenarbeit mit Ruanda hat, dass eine solche Partnerschaft Sinn macht. Eine Partnerschaft unterstützt und fördert die Eigeninitiative der Menschen im afrikanischen Partnerland und schafft hier Bewusstsein für globale Zusammenhänge und unsere Verantwortung für die Eine Welt.

Wir Grünen stehen zur Zusammenarbeit mit Burundi. Dieser Landtag hat 1986 einen Beschluss zur Hilfe für Burundi gefasst. Der damit verbundenen Zusage gegenüber Burundi fühlen wir uns weiterhin verpflichtet. Wir wollen diese Zusammenarbeit mit Burundi auch nicht gegen andere Länder ausspielen. Es muss einem Land wie Baden-Württemberg möglich sein, mit mehreren Ländern zu kooperieren und Zusammenarbeit zu pflegen. Hier gilt also, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen.

Burundi ist in einer politischen Situation, die eine Wiederbelebung der Zusammenarbeit ermöglicht. Das Land ist wirtschaftlich in einer Situation, die unsere Unterstützung zu einer moralischen Verpflichtung macht. Burundi ist Schlusslicht beim Welthungerindex. Gerade die Kinder leiden unter der Situation. Burundi ist auf humanitäre Hilfe von außen angewiesen, auch um den Frieden und die politische Entwicklung zu stabilisieren. Die vielen laufenden Projekte auf privater und kirchlicher Ebene, all diese Initiativen und Projekte brauchen die Rückendeckung aus dem Landtag.

(Dr. Gisela Splett)

Nun liegen zur Großen Anfrage der CDU zwei Entschließungsanträge vor. Wir bedauern, dass CDU und FDP/DVP nicht bereit waren, sich auf einen gemeinsamen interfraktionellen Antrag mit uns einzulassen. Wir meinen, dass das dem Thema gutgetan hätte. Aber ich werte es als Erfolg unseres Vorschlags für einen interfraktionellen Antrag – wir haben einen solchen Antrag nun alleine eingebracht –, dass die Regierungsfractionen einen eigenen Antrag vorgelegt haben. Wir unterstützen diesen Antrag gern, auch wenn wir nicht mit jeder Formulierung glücklich sind. Wir meinen in Anbetracht der Situation beispielsweise, es hätte nicht „weiterhin einen hohen Stellenwert“, sondern „wieder einen hohen Stellenwert“ heißen müssen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das wäre aber verkehrt gewesen! Sinnentstellend!)

Wir stimmen aber zu. Über unseren Antrag, denke ich, braucht dann nicht mehr abgestimmt zu werden. Wir freuen uns vor allem über das klare Bekenntnis zu Burundi. Insgesamt geht es darum, dass wir einen Weg hin zu einer gerechteren Welt und zu einer nachhaltigen Entwicklung beschreiten müssen. Denn wenn uns das nicht gelingt, dann wird dieser Planet ein ungemütlicher Ort. Diese globale Entwicklung wird dann auch Baden-Württemberg einholen. In diesem Sinn sind wir nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Lasotta für die CDU-Fraktion.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich über die Ankündigung sowohl der SPD-Fraktion als auch der Fraktion GRÜNE, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen. Ich glaube, dass wir in vielen Punkten gar nicht weit auseinanderliegen. Ich finde es gut, dass wir Ihren Antrag zum „Global Marshall Plan“ noch einmal im Ausschuss diskutieren können, weil wir, glaube ich, bei den Zielen gar keine Dissense haben. Da sind wir uns wirklich einig. Auch das klare Bekenntnis unseres Landes und der CDU-Fraktion zu den Millenniumszielen gilt uneingeschränkt. Die Umsetzungswege innerhalb des „Global Marshall Plans“ sind noch diskussionswürdig. Deswegen freue ich mich, dass wir über den Antrag nicht formell abstimmen, sondern in eine vertiefte Diskussion einsteigen können.

Die Thematik der Entwicklungshilfe ist zuerst – das haben auch meine beiden Vorredner betont – eine bundespolitische Aufgabe. Die Zielsetzung, 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, die Stabilisierung der Unterstützung im Rahmen der weltweiten Bemühungen, Armut zu bekämpfen, liegen in der bundespolitischen Zuständigkeit. Aber natürlich hat auch das Land Baden-Württemberg eine Verpflichtung in diesem Gesamtkontext. Baden-Württemberg hat traditionell ein hohes Engagement aus dem Bereich der Kirchen, aus dem Bereich der Bürgerschaft, von Nichtregierungsorganisationen. Dieses große Engagement unserer Bürgerschaft, unserer Kirchen wird auch durch landespolitische Maßnahmen begleitet.

Die Antwort auf die Große Anfrage unserer Fraktion, die aufzeigt, was in den vergangenen zehn Jahren an Entwicklungszusammenarbeit im Land Baden-Württemberg geleistet wurde, was durch das Land in koordinierender Funktion gebündelt wurde, was auch an eigenen Geldmitteln zur Verfügung gestellt wurde, ist, glaube ich, eine gute Bilanz.

Man darf das auch nicht alles schlechtreden, Frau Splett. Natürlich ist auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit die Haushaltskonsolidierung nicht spurlos vorbeigegangen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Dennoch haben wir große entwicklungspolitische Ansätze aufrechterhalten können und werden das auch weiterhin in vielen Bereichen tun.

Ich möchte nicht auf alle Bereiche unserer Großen Anfrage eingehen. Aber ich glaube, es ist erwähnenswert, dass wir in der Vergangenheit im Bereich der kirchlichen Initiativen Hunderte von Millionen Euro aus Baden-Württemberg für die Arbeit vor Ort, auch für die Missionsarbeit, zur Verfügung gestellt haben, dass unsere bürgerschaftlichen Initiativen in über 1 000 Nichtregierungsorganisationen organisiert sind, dass beispielsweise 200 der bundesweit 800 Weltläden bei uns in Baden-Württemberg sind und hier ein traditionell hohes Engagement vorhanden ist, dass es landauf, landab kommunale Initiativen gibt, die insbesondere durch die Lokale Agenda 21 Schwung erhalten haben, dass auf der Ebene der Wirtschaft und durch die Unterstützung der Industrie- und Handelskammern viele Projekte und Verbindungen aufgebaut werden konnten, dass kommunale Partnerschaften, kirchliche Partnerschaften, Schulpartnerschaften, Partnerschaften zwischen den Universitäten entstanden sind. Das ist, glaube ich, eine gute Bilanz, auf der man auch weiterhin aufbauen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Natürlich können nicht alle Haushaltsansätze wie in der Vergangenheit gehalten werden. Aber wir haben ja keinen Stillstand erlebt. Vielmehr haben wir auch neue Initiativen und Entwicklungen gezeigt im Bereich der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit, die eine wichtige Funktion als Ansprechpartner und Servicestelle für alle, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, ausübt und die – auch durch eine Aufstockung des Stiftungskapitals und durch Spenden und Zuwendungen – eine sehr gute Arbeit vor allem auch bei der Koordinierung, im Aufbau von Netzwerken und in der Bildungsarbeit für unsere bürgerschaftlichen Gruppen insbesondere im Bereich des fairen Handels leistet.

Wir haben den Bereich der Landesstiftung mit einer neuen Förderlinie von 1,7 Millionen € pro Jahr, durch die Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden. Es gibt weitere Linien, etwa im Bereich der Umweltentwicklung und im Bereich des nachhaltigen Lernens. Das sind alles Initiativen, die in Ergänzung dessen, was über die Ministerien in der Vergangenheit abgewickelt wurde, entstanden sind. Das lässt sich sehen. Baden-Württemberg hat mit der SEZ bundesweit die größte Stiftung im Bereich der Entwicklungszusammen-

(Dr. Bernhard Lasotta)

arbeit. Diese leistet wirklich eine hervorragende Arbeit, die wir auch in Zukunft stärken und weiter ausbauen möchten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Bei den Ministerien haben wir weiterhin Ansätze im namhaften Bereich, nämlich Millionenbeträge, insbesondere im Wissenschaftsbereich für die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten oder im Bereich des Kultusministeriums für das Internationale Institut für Berufsbildung in Mannheim, das eine hervorragende Arbeit bei der beruflichen Qualifizierung leistet. Zudem nenne ich die Zusammenarbeit mit InWent in Mannheim, die Freistellung von Lehrkräften, internationale Schulpartnerschaften. Das alles sind Ansätze, die in der Landespolitik auch weiterhin als Schwerpunkte gesehen werden. Es sind auch die Kernbereiche in der Arbeit, in denen wir das Know-how haben und gut sind, bei denen wir traditionell eine vernünftige Entwicklung hatten und die wir auch in Zukunft entsprechend halten wollen. Es gibt Projekte auch in Kombination mit Bundesmitteln und mit Europamitteln; auch das ist in der Beantwortung der Großen Anfrage alles nachzulesen.

Aber natürlich brauchen wir in diesen Zeiten auch eine stärkere Positionierung, einen gewissen Druck – „Druck“ ist vielleicht das falsche Wort; vielleicht trifft es das Wort „Selbstverpflichtung“ besser – der Weltgemeinschaft aufgrund der Armutsentwicklung, aufgrund der Schere zwischen armen und reichen Ländern, die sich derzeit noch stärker öffnet, und auch aufgrund der dadurch bedingten Wanderungsbewegungen, die man nur dadurch nachhaltig bekämpfen kann, dass man in den Entwicklungsländern eine Entwicklung unterstützt, die zu mehr Frieden, Stabilität, Abbau von Armut und dem Aufbau besserer gesundheitlicher und sozialer Strukturen führt. Erst dann hat man seine Verpflichtungen auch wirklich ernst genommen.

Deswegen schlagen wir mit unserem Initiativantrag, den wir gemeinsam mit den Kollegen der FDP/DVP erarbeitet haben, vor, dass wir Schwerpunkte bilden und uns zum einen noch einmal klar zu den Millenniumszielen in der Entwicklungszusammenarbeit bekennen, gleichzeitig aber auch die Entwicklung landespolitischer Richtlinien im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit einfordern. Wir glauben, dass dies im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg geschehen sollte, weil das Thema Entwicklungszusammenarbeit sich besonders für diesen Gedanken eignet und hier eine herausragende Stellung einnehmen sollte.

Zudem wollen wir, dass die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Staat Burundi ausgebaut und verstärkt wird. Hier gibt es eine gewisse Tradition; es gab bereits Ansätze seit Ende der Achtziger- und Beginn der Neunzigerjahre, als auch eine Erklärung dieses Parlaments ausgesprochen wurde, verstärkt in entsprechende Beziehungen eintreten zu wollen. Diese Initiativen sind dann aufgrund des Bürgerkriegs in diesem afrikanischen Staat eingeschlafen. Sie wurden dennoch durch das Engagement der Kirchen, vieler bürgerschaftlicher Gruppen sowie Unternehmen in Teilen aufrechterhalten, die vor Ort Unterstützung und Hilfe gegeben haben.

Nachdem sich die politischen Verhältnisse in Burundi einigermaßen stabilisiert haben und sich abzeichnet, dass entspre-

chende demokratische Strukturen weiter gefestigt und ausgebaut werden können, wollen wir hier wieder einen Schwerpunkt der Arbeit setzen und versuchen, die Finanzmittel, die wir über die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit und über die einzelnen Ressorts im Landeshaushalt haben, etwas zu bündeln, um so ein klares Bekenntnis nicht nur zu einer Entwicklungszusammenarbeit abzugeben, wie sie in der Vergangenheit erfolgt war – nämlich so, dass das Land Baden-Württemberg einen entsprechenden Mehrwert daraus beziehen konnte und sich auch wirtschaftliche Strukturen aufbauen und festigen ließen –, sondern so, dass wir durch dieses Engagement für Burundi auch klarmachen, dass wir eine humanitäre Verpflichtung im Bereich der Entwicklungshilfe haben. Diese ist zugegebenermaßen eine Freiwilligkeitsleistung; sie würde unserem Landtag jedoch gut anstehen.

Insofern freue ich mich, dass wir von Ihrer Seite Unterstützung zu unserem Initiativantrag bekommen. Ich glaube, dass wir gemeinsam als Parlament ein Zeichen dafür setzen und ein klares Bekenntnis dazu abgeben können, dass die Entwicklungszusammenarbeit auch weiterhin einen hohen Stellenwert haben wird.

Vielen Dank und noch eine gute Zeit.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anträge der Fraktionen zeigen, dass die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sehr wohl ein Thema des Landtags ist, auch wenn sie nicht zu den originären Aufgaben des Landes Baden-Württemberg gehört. Denn die Entwicklungshilfe ist ja originäre Bundesaufgabe. Wenn man im Rahmen der Föderalismusreform sagt, man müsse die Ebenen wieder entflechten und dafür sorgen, dass sich die einzelnen Ebenen auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren, dann ist es doch umso bemerkenswerter, dass wir hier im Bereich der freiwilligen Aufgaben tätig sind.

Man kann natürlich sagen: Hier kann nie genug gemacht werden, Frau Kollegin Dr. Splett. Ich denke, jeden, der in diesen Ländern schon unterwegs war und Not und Elend gesehen hat, dauert das. Gleichzeitig sollte man aber das, was aus Baden-Württemberg, aus der Bundesrepublik und aus der Europäischen Union heraus insgesamt geleistet wird, auch nicht gering schätzen. Es werden ja eine ganze Reihe von Maßnahmen vorgenommen – von der Stabilisierung in Mittel- und Osteuropa bis hin zu den entsprechenden Initiativen in Asien, Südamerika und Afrika.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion hat mit ihrem Antrag „Neue Partnerschaft mit Afrika; Besuch von Ministerpräsident Oettinger in Südafrika“ den Bezug hergestellt, der ja vor wenigen Tagen auch von der Europäischen Union im Rahmen eines Gipfels mit Afrika in Portugal aufgegriffen wurde. Dieser Gipfel ist ja nicht so verlaufen, wie man es sich erhofft hat. Das zeigt auch ganz deutlich, wie notwendig eine stärkere Orientierung auf Afrika ist.

Wir von der FDP/DVP-Fraktion jedenfalls sind der Auffassung, dass sich auch das Land Baden-Württemberg mit den

(Michael Theurer)

vorhandenen begrenzten Mitteln Afrika verstärkt zuwenden muss. Die Frage dabei ist natürlich: Wo setzt man am besten an? Was ist der richtige Ansatzpunkt, um sich nicht zu verzetteln? Da meine ich: Das darf auch nicht im Sinne eines Vorwurfs formuliert werden, Frau Dr. Splett. Ein Bundesland wäre mit Sicherheit überfordert, wenn es in eine Entwicklungspolitik einsteigen sollte. Das ist nicht unsere originäre Aufgabe. Aber wir als FDP/DVP-Fraktion bekennen uns dazu, dass wir im Zusammenhang mit der Außenwirtschaftszusammenarbeit, der Bildungsarbeit, dem Wissenschaftstransfer und dem kulturellen Austausch hier Aufgaben erfüllen.

Das gilt vor allem – das ist auch der Schwerpunkt – für die Unterstützung und Begleitung von bürgerschaftlichem Engagement. Ich möchte noch einmal erwähnen, was Kollege Dr. Lasotta gesagt hat: Wir haben hier in Baden-Württemberg ein herausragendes bürgerschaftliches Engagement in der Entwicklungshilfe – von freigemeinnützigen Gruppen bis hin vor allem auch zu den kirchlichen Gruppen, die auf diesem Gebiet Großartiges leisten.

Aus der Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag geht ja hervor, dass allein in Baden-Württemberg 2 500 Nord-Süd-Initiativen vorhanden sind. Als ich dies gelesen habe, habe ich mich gefreut. Das ist eine große Zahl. Ich finde es auch gut, dass die vom Land ins Leben gerufene und unterstützte Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit rund 2 000 dieser Initiativen begleitet und ein Stück weit mithilft, dass diese Initiativen auch professionelle Arbeit leisten können. Ich meine, dass wir hier den richtigen Schwerpunkt gesetzt haben.

Auch wir von der FDP/DVP sagen zu, dass wir die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit weiter stärken wollen. Es war dringend erforderlich, den Stiftungsbetrag, der seit vielen Jahren ausstand, in diesem Jahr auszuzahlen. Es sollte unsere gemeinsame Anstrengung sein, dass auch von privater Seite Zustiftungen zu der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit erfolgen. In Zukunft sollen ja Vermögen in Milliardenhöhe vererbt werden. Es wäre schön, wenn ein Teil dieser Erbschaften auch einem solchen gemeinnützigen Zweck zugeführt würde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte noch in einigen Punkten auf den Antrag unserer Fraktion zu Südafrika und zu Afrika allgemein eingehen.

Wir begrüßen die verstärkte Zusammenarbeit mit der Partnerprovinz Kwa-Zulu/Natal in Südafrika. Südafrika ist wie ein Anker, ist nach der Überwindung der Apartheid ein Land mit großen Potenzialen, ein Land, von dem wir hoffen können, dass von ihm aus die Entwicklungen nach Afrika hineingetragen werden. Glücklicherweise gibt es auch positive Signale aus Mosambik.

In diesen Bereichen besteht ein großer Bedarf der örtlichen Wirtschaft nach Technologietransfer. Hier können baden-württembergische Firmen große Hilfen leisten. Das sind auch Marktchancen, gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen. Aber wir sehen die großen Vorteile eines wirtschaftlichen Austauschs in der Entwicklung für beide Seiten. Es ist ja keine Einbahnstraße, wenn Nationen miteinander Handel trei-

ben. Vielmehr brauchen diejenigen, die in vernünftiger Weise und auf lange Frist miteinander in wirtschaftliche Kontakte treten wollen, Partner, die sich diese Geschäfte auch leisten können. Das heißt, eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern, in Südafrika, in Mosambik liegt in unserem Interesse.

Es ergibt sich ja doch ein sehr differenziertes Bild, wenn man sich die Länder in Afrika anschaut. Botswana z. B. hat ein Pro-Kopf-Einkommen in Kaufkraftparitäten, das dem Portugals entspricht. Es gibt also durchaus stabile Verhältnisse in Afrika. Man merkt auch sehr deutlich, dass dort, wo die Herrschenden für stabile Verhältnisse sorgen, wo es Ländern gelingt, nicht in Stammesfehden, Stammeskonflikte hineingezogen zu werden, wo Bürgerkriege vermieden werden, auch der Volkswohlstand steigt. Es ist also gerade nicht so – manchmal wird ja dieser Eindruck erweckt –, dass nur die entwickelten Länder Konflikte schüren würden, sondern eine ganze Reihe von Konflikten haben ihren Ursprung in den Ländern selbst.

Vergleicht man etwa Botswana mit Burundi, zeigt sich ein krasser Unterschied. In Burundi gab es Bürgerkriege, die diesen mühsamen Entwicklungsprozess gestört haben, die gerade aufgebaute Strukturen zerstört haben, die in Teilen auch Krankenhauseinrichtungen, die von Baden-Württemberg aus gefördert wurden, zerstört haben. Es ist bitter, wenn man das sieht. Die Zivilbevölkerung leidet darunter, weil sich die Herrschenden dort in Konflikten zerstreiten, die dann militärisch ausgetragen werden. Das ist alles verheerend. Da kann dann auch eine Entwicklungszusammenarbeit nur noch eingeschränkt stattfinden. Die CDU-Fraktion und die FDP/DVP-Fraktion haben jetzt, nachdem es wieder stabile Verhältnisse in Burundi gibt, gesagt, wir sollten diese Partnerschaft, die aus den Achtzigerjahren stammt, wiederbeleben.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das ist vernünftig. Das ist ein Ansatz, der von allen Fraktionen in diesem Hause getragen wird. Daher erhoffen wir uns eine breite Zustimmung zu dem Antrag. Ich denke, dass hier auch eine Aufgabe des Landtags liegt, der demokratischen Regierung in Burundi, einem Armutsland, zur Seite zu stehen. Ich glaube, dass wir hier in Baden-Württemberg, in Deutschland, in Europa genauso viel lernen, wenn wir uns mit dortigen Mandatsträgern und Politikern austauschen, wie umgekehrt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag zu Afrika ist im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit etwas mager. Hier sind sicherlich nicht alle Projekte aufgeführt, die die Universitäten und sonstigen Hochschulen in unserem Land machen. Ich weiß allein von der Universität Hohenheim, dass eine ganze Reihe von Projekten und viel Zusammenarbeit mit Hochschulen in Äthiopien, in Ghana, in Kamerun und in Benin laufen. Auch andere Universitäten unterhalten eine Vielzahl von Projekten. Deshalb ist es sinnvoll – und auch das ist Bestandteil des gemeinsamen Entschließungsantrags –, dem Haus hier einmal eine Übersicht vorzulegen, auf deren Grundlage wir dann die Weiterentwicklung und Vertiefung unserer Kontakte in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, insbesondere in Afrika, vornehmen können.

(Michael Theurer)

Auch der Kontakt zu ehemaligen Absolventen baden-württembergischer Hochschulen lässt sich organisieren. Die frühere Carl-Duisberg-Gesellschaft, heute InWEnt, arbeitet ja bereits mit ehemaligen Absolventen beruflicher oder universitärer Ausbildungsstätten zusammen.

Ein weiterer Punkt ist die Frage: Wie kann man den Wirtschaftskontakt verstärken? Wie kann man baden-württembergischen Unternehmen helfen, wenn sie auf dem nicht ganz einfachen afrikanischen Kontinent Fuß fassen wollen? Wir sehen in diesem Austausch eine Chance des Technologietransfers und auch eine Chance für Umweltprojekte in Afrika.

Die früher Deutsche Häuser genannten German Centers sind hier ganz wichtig. Ich finde es bezeichnend, dass es bisher nicht gelungen ist, Investoren zu finden, die ein solches German Center beispielsweise in Südafrika aufbauen. Ich konnte mir kürzlich in Peking ein solches German Center anschauen. Das ist wirklich hilfreich für kleine und mittelständische Firmen, die in einen solchen Markt hineingehen. Ich möchte die Zuständigen in der Landesregierung bitten, noch einmal gemeinsam mit der L-Bank zu versuchen, in Afrika, vielleicht im südlichen Afrika ein solches German Center aufzubauen. Ich meine, das wäre ein wirksamer Beitrag, um eine aktive Armutsbekämpfung durch wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Es ist wichtig, dass wir Afrika stärker in den Blick nehmen. Wir haben als FDP/DVP-Fraktion mit unserem Antrag hierzu einen ersten Beitrag geleistet, und ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz für das Wirtschaftsministerium.

Staatssekretär Richard Drautz: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zu unserer heutigen entwicklungspolitischen Debatte Folgendes feststellen: Unsere Welt ist zu der Einen Welt zusammengewachsen. Die Globalisierung fast aller Bereiche des Zusammenlebens der Weltbevölkerung, die Internationalisierung unserer Wirtschaft, die weltweiten Bemühungen um den Klimaschutz, die Bekämpfung von Kriegswirren, Terrorismus und Armut, all dies zeigt, wie wichtig das entwicklungspolitische Engagement von Staat und Gesellschaft zur Abmilderung des Gegensatzes zwischen den armen und den reichen Ländern ist.

Die Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Regierungen auf Bundes- und Landesebene, der Kommunen und der Bürgergesellschaft, aber auch der Weltgemeinschaft insgesamt mit ihren internationalen Organisationen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Spärlicher Beifall! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber ehrlich!)

Ich finde es deshalb hervorragend, dass die parlamentarischen Initiativen der CDU, der FDP/DVP, der SPD und der Grünen

uns veranlasst haben, die Bemühungen in unserem Land auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit zu bilanzieren und auch öffentlich darzustellen.

Wenn ich jetzt den Antrag von CDU und FDP/DVP sehe und dann noch signalisiert wird, dass SPD und Grüne diesem Antrag beitreten,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zustimmung!)

dann habe ich ein richtig schönes vorweihnachtliches Gefühl.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Weihnachtsgeschenk! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Halleluja!)

Ich möchte an dieser Stelle auch feststellen, dass sich das Wirtschaftsministerium als koordinierendes Ministerium im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit den anderen beteiligten Ministerien wirklich große Mühe gegeben hat,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hat sich bemüht!)

die Anträge und die in der Großen Anfrage gestellten Fragen sehr eingehend aufzuarbeiten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jawohl!)

Im Übrigen stelle ich nach den heutigen Beiträgen der Fraktionssprecher trotz unterschiedlicher Akzentsetzungen fest, dass alle politischen Kräfte dieses Hauses das Thema „Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit“ auch auf Landesebene für wichtig halten und sich mit dieser Thematik eingehend befassen.

Lassen Sie mich aus Sicht der Landesregierung zusammenfassend Folgendes feststellen:

(Abg. Walter Heiler SPD: Kurz und prägnant!)

Erstens: Die Entwicklungszusammenarbeit ist seit vielen Jahren ein fester Bestandteil der Politik der Landesregierung.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Sie sieht darin eine wichtige Aufgabe, die zwar vorrangig von der Bundesregierung wahrgenommen, aber von den Ländern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und ihrer finanziellen und politischen Möglichkeiten mitgetragen und unterstützt wird. Baden-Württemberg betreibt die Entwicklungszusammenarbeit als freiwillige Aufgabe und trifft finanzielle und andere Verpflichtungen in diesem Bereich nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Gerade im Bereich des Wirtschaftsministeriums war Baden-Württemberg seit den Siebzigerjahren insbesondere mit den Projekten im Bereich der beruflichen Bildung und der Handwerksförderung erfolgreich in Ländern wie Indien, China, Indonesien, Malawi, Burundi, Brasilien, Chile und Peru tätig

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja rund um die Welt!)

und hat hier Verbindungen aufgebaut, die zu großen Teilen bis heute weiter bestehen und auch für unsere Wirtschaftsbeziehungen und für unsere Unternehmer nutzbar sind.

(Staatssekretär Richard Drautz)

Wenn wir diese Projektarbeit heute nicht mehr in diesem Maße durchführen können, dann nicht nur aufgrund der allseits bekannten Haushaltsrestriktionen, sondern auch deswegen, weil die Bundesregierung und ihre Organisationen sich in der Zwischenzeit in dieser Projektarbeit überaus stark engagieren.

Frau Dr. Splett, ich möchte Ihnen vom Wirtschaftsministerium aus eines sagen. Sie haben die Frage gestellt, wie das in Zukunft mit der Förderung aussieht. Dazu möchte ich Ihnen mitteilen: Für die Aktivitäten unserer abgeschlossenen Projekte insbesondere in Lateinamerika sowie für die – allerdings degressive – Förderung des Studienbegleitprogramms STUBE der evangelischen Kirche geben wir im Rahmen des Haushaltstitels der Außenwirtschaftsförderung in diesem Jahr immerhin noch 230 000 € aus.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Und nächstes Jahr?)

Bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts 2009/2010 wird politisch zu entscheiden sein, ob wieder Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich des Wirtschaftsministeriums eingestellt werden.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Vielleicht schreiben Sie schon einmal den Entwurf!)

Gerade für den Bereich des Wirtschaftsministeriums möchte ich klar sagen: Sie wissen genau, dass die Mittel der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit zugegangen sind

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ja, genau! Selbstverständlich!)

und dass das Wirtschaftsministerium deshalb im Moment kein direkter Förderer mehr ist.

Zweitens möchte ich feststellen: Trotzdem gehören wir auch heute unter den Bundesländern – hören Sie jetzt genau zu! – mit einem Beitrag von über 6 Millionen € jährlich zu den sich überdurchschnittlich engagierenden Ländern.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Wir sind ganz weit runtergerutscht im Ranking!)

Zahlreiche Partnerschaften, Projekte und Programme unserer Hochschulen mit Hochschulen aus Entwicklungsländern sind Beispiele dafür. Auch die Partnerschaften unserer allgemeinbildenden Schulen mit Einrichtungen und Projekten in Entwicklungsländern leisten eine hervorragende Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Drittens: Die Bildungsarbeit innerhalb und außerhalb unserer Schulen wird in hervorragender Weise im Rahmen der Aktion „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ von unserem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport vorangetrieben. Diese Aktion weckt und unterstützt das Verständnis und das Engagement unserer jungen Bürger für entwicklungspolitische Themen und Themenzusammenhänge.

Viertens: Die 1991 mit Zustimmung aller Fraktionen des Landtags errichtete Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg hat sich bewährt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine tolle Stiftung! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Welche Stiftung?)

Wenn es sie nicht gäbe, müsste man sie heute noch neu erfinden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Diese Stiftung führt in hervorragender Weise zahlreiche Initiativen unserer Kommunen und bürgerschaftlichen Vereinigungen zusammen und fördert das bürgerschaftliche Engagement mit ihren eigenen Mitteln. Außerdem vermittelt sie vor allem die Förderung durch die Landesstiftung Baden-Württemberg über die entwicklungspolitische Förderlinie. Die SEZ fördert außerdem durch ihre Bildungsarbeit und ihre Veranstaltungen das Verständnis unserer Bürger für die Bedeutung entwicklungspolitischer Themen und Probleme.

Mit der Bereitstellung des Stiftungskapitals Anfang 2007 in Höhe von über 4 Millionen € und den Möglichkeiten von Zustiftungen ist die SEZ nunmehr zukunftsfest. Dies halte ich – fünftens – im Hinblick auf die große Bedeutung aller bürgerschaftlichen und kommunalen Initiativen in unserem Land auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik für besonders wichtig. Es ist schon erstaunlich, wie viele private Organisationen, Vereinigungen und Projektinitiativen es für die Dritte Welt gibt, einschließlich der kirchlichen Initiativen und Organisationen beider Konfessionen bis hin zu den Aktivitäten unserer Kirchengemeinden.

Wir haben versucht, dieses große Engagement in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion im Einzelnen darzustellen. Allen diesen Initiativen einschließlich der Tätigkeit des Dachverbandes Entwicklungspolitik Baden-Württemberg sind wir zu großem Dank verpflichtet,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

den Sie jetzt schon durch Ihren Beifall ausgesprochen haben. Alle diese Initiativen schärfen, wenn auch mit unterschiedlichen politischen Akzenten, in unserer Bevölkerung das Bewusstsein für die Probleme der Entwicklungsländer.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Friedliche Weihnachten!)

Sechstens möchte ich darauf hinweisen, dass auch die Aktivitäten unserer Wirtschaft, also unserer Unternehmen, in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nicht unwesentlich zur Entwicklung dieser Länder positiv beitragen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Warenaustausch in beide Richtungen und Investitionen in den Entwicklungsländern machen diese Länder zu gleichberechtigten Partnern im Welthandel und schaffen Arbeitsplätze und Auskommen für zahllose Menschen.

Gleichzeitig leisten unsere Unternehmen im Rahmen ihrer Projekte und Niederlassungen einen erheblichen Beitrag zur Qualifizierung von Mitarbeitern und Kunden. Mit unserer Au-

(Staatssekretär Richard Drautz)

ßenwirtschaftsförderung zugunsten der Markterschließung mittelständischer Unternehmen im Ausland leisten wir als Landesregierung wichtige Unterstützung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist klar, dass unsere Wirtschaft auch auf Konkurrenten aus anderen Ländern stößt, z. B. auf Staatsunternehmen aus China, die sich im Bereich der Infrastruktur und der Rohstoffversorgung betätigen. Wir müssen uns aber im Klaren darüber sein, dass Entwicklungsländer diese Partner unter anderen Aspekten sehen als wir.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist notwendig!)

Im Übrigen sind die Wirtschaftsdelegationsreisen des Herrn Ministerpräsidenten, des Wirtschaftsministers

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Und des Staatssekretärs!)

und von mir

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und der Ausschüsse des Landtags!)

in Entwicklungs- und Schwellenländer ein gutes Beispiel dafür, dass wir auch entwicklungspolitische Probleme vor Ort, z. B. im Bereich des Gesundheitswesens und der beruflichen Aus- und Fortbildung, aufgreifen und entsprechend hilfreiche Kontakte herstellen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Unsere Reisen und Kontakte in Bezug auf Südafrika sind ein aktuelles Beispiel dafür.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Richtig!)

Dasselbe gilt für die Auslandsreisen des Wissenschaftsministers im Bereich der Zusammenarbeit unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ganz wichtig!)

Meine Damen und Herren, insgesamt leisten die Landesregierung und das Land Baden-Württemberg mit seinen Bürgern einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele, also zur Bekämpfung der Armut und des Hungers, zur Gewährleistung von Bildung, zur Förderung der Gleichstellung der Frauen, zur Gewährleistung ökologischer Nachhaltigkeit und zum Aufbau einer globalen Partnerschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

Natürlich ist unser Beitrag begrenzt, denn dieser Bereich gehört zu den Hauptaufgaben der Bundesregierung, der Europäischen Gemeinschaft und internationaler Organisationen wie der UNO oder der Weltbank.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Staatssekretär Richard Drautz: Die Diskussion um die Ziele eines „Global Marshall Plans“ oder auch die Diskussionen über den Sinn oder die Fehlentwicklungen von Entwicklungshilfe gerade im Hinblick auf Afrika sind wichtig, aber auch überaus kontrovers und manchmal auch sehr theoretisch. Sie führen oft zu wenig hilfreichen Ergebnissen. Deshalb halte ich auch den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE nicht für sehr hilfreich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD: Was?)

Wichtig ist, dass wir die Stimmen und Meinungen aus den Entwicklungsländern ernst nehmen und in einem partnerschaftlichen Miteinander praktische Hilfe vor Ort leisten.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Hierin liegt gerade die Stärke der Nichtregierungsorganisationen und des bürgerschaftlichen Engagements. Die Landesregierung wird hierzu im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch künftig ihren Beitrag leisten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Bernhard Lasotta und Abg. Georg Wacker CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Wir kommen zunächst zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1201. Die Fraktion der SPD hat die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss beantragt. Schließt sich die Fraktion GRÜNE dem an?

(Zustimmung der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

– Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur Großen Anfrage der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1265. Diese Große Anfrage ist durch die Aussprache erledigt.

Dazu wurden zwei Anträge gestellt. Zunächst ist über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/2165, abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit hat sich der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2166, erledigt.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Genau!)

Der Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/1742 (geänderte Fassung), ist ein reiner Berichtsantrag und als solcher durch die Aussprache erledigt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung abgeschlossen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Zukünftiger Bedarf an Ausbildungsplätzen in den Jahren 2007 bis 2012 – Drucksache 14/1156 (geänderte Fassung)

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen in Baden-Württemberg durch ein stärkeres Engagement von Wirtschaft und Politik in der beruflichen Ausbildung – Drucksache 14/1313

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b fünf Minuten, für die Aussprache über beide Anträge fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann für die Fraktion der SPD.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt in dieser vorweihnachtlichen Zeit auch erfreuliche Meldungen: Der konjunkturelle Aufschwung hat in der Tat auch die Lehrstellen erreicht. Wir haben die jüngsten Zahlen mit Freude zur Kenntnis genommen. Es gab einen Ausbildungsplatzzuwachs von 10 %. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich all jenen Betrieben, die entsprechende Anstrengungen unternommen haben, danken. Das ist eine Leistung, die man anerkennen muss.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Wir freuen uns, dass sich die verstärkten Bemühungen auch bemerkbar gemacht haben.

Meine Damen und Herren, es gibt dennoch Handlungsbedarf, denn vor uns liegen noch immer drei Problemfelder, die es zu bewältigen gilt. Es gibt immer noch zu wenige Ausbildungsbetriebe, und es gibt immer noch zu viele Altbewerber, die sich um eine Lehrstelle bemühen.

Wir brauchen deshalb eine vernünftige Angebot-Nachfrage-Relation auf dem Ausbildungsmarkt, damit die Bewerber um Lehrstellen auch tatsächlich eine Auswahl haben, und wir müssen uns dem gewaltigen Bestand an Altbewerbern widmen. Zusätzlich stehen wir vor der Herausforderung, dass im Jahr 2012 ein doppelter Abiturientenjahrgang die Gymnasien verlässt und dies nicht ohne Einfluss auf den Lehrstellenmarkt bleiben wird.

Meine Damen und Herren, die SPD hat im Juni dieses Jahres einen Aktionsplan für mehr Ausbildungsplätze vorgestellt. Er findet in den vorliegenden Anträgen unserer Fraktion den entsprechenden Niederschlag. Zentrales Anliegen war dabei die Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen durch ein Sonderprogramm für Altbewerber und die Verringerung der Verweildauer in den Übergangssystemen, den sogenannten Warteschleifen. Das kann allerdings nur gelingen, wenn wir die Fördermöglichkeiten in diesem Bereich verbessern.

Sie haben ja sicher die aktuelle Diskussion verfolgt. Es geht darum, dass auch die Bundesagentur für Arbeit bessere Fördermöglichkeiten erhält. Wir haben uns gefreut, dass aufgrund der Diskussion, die wir hier im Juni geführt haben, auch die Landesregierung im Bundesrat mit einem entsprechenden An-

trag initiativ geworden ist, und Sie kennen auch die von den Koalitionsfraktionen SPD und CDU im Bundestag eingebrachten gemeinsamen Anträge sowie das Konzept „Jugend – Ausbildung und Arbeit“.

Soweit ich informiert bin, hätte das eigentlich heute auf der Tagesordnung des Bundeskabinetts sein sollen.

(Heiterkeit der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

– Sie lächeln. Das hätte heute sein sollen, wenn es nicht gewisse Reibungsverluste gegeben hätte.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wo waren die Reibungsverluste?)

Nach den Informationen, die mir vorliegen, gibt es noch Widerstände aus dem Forschungsministerium. Ich denke, Sie können Ihre Verbindungen zu Frau Schavan auf diesem Wege nutzen

(Heiterkeit der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

und einmal dafür sorgen, dass das rechtzeitig auf die Tagesordnung kommt. Das soll am 9. Januar 2008 nochmals ins Kabinett kommen.

Wir halten das, was der Bundesarbeitsminister vorgeschlagen hat, für wichtig. Es entspricht auch unseren heutigen Anträgen. Deswegen möchten wir unsere Anträge zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuss überweisen, weil wir das dann im Lichte der aktuellen Diskussion bewerten können.

Minister Scholz hat ja vier Vorschläge gemacht. Das ist erstens der Ausbildungsbonus für zusätzliche Ausbildung bei besonders förderungswürdigen Altbewerbern, zweitens der Einsatz von Berufseinstiegsbegleitern, drittens die Verstärkung der personellen Ressourcen der Berufsberatung und viertens die Verbesserung der Ausbildungsförderung.

Das halten wir für richtig, und ich denke, es ist auch sinnvoll, dass dies hier vom Parlament entsprechend unterstützt wird. Ich kenne – ich habe das in der Presse gelesen – die Widerstände – der Grünen-Fraktion und der Fraktion der FDP – zumindest auf der Berliner Ebene. Die Kolleginnen und Kollegen von der FDP darf ich aber doch daran erinnern, dass

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir brauchen nicht erinnert zu werden!)

– ja, ja – wir auf der Landesebene mit ESF-Mitteln, die ja vom Wirtschaftsministerium immer so gepriesen werden, im Prinzip Ähnliches machen, nämlich eine finanzielle Förderung von Lehrstellen. Auf der anderen Seite wäre es im Bundesprogramm eine Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit. Wir halten das für notwendig. Überlegen Sie sich das noch einmal,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir haben ein gutes Gedächtnis! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Solange Sie nicht existenzsichernde Ausbildungsvergütungen fordern!)

damit Sie in Bund und Land eine gemeinsame Position vertreten können, um dieses wichtige Anliegen zu befördern.

(Beifall bei der SPD)

(Gunter Kaufmann)

Vielen Dank. Wir werden in der zweiten Runde vielleicht noch zu den Details kommen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Netzhammer für die CDU-Fraktion.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Frau Vizepräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wort „Fachkräftemangel“ beherrscht ja inzwischen zunehmend die politische Diskussion; denn wir alle wissen, dass Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft wesentlich davon abhängen, dass genügend qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Verfügung stehen.

Auch die Tatsache, inwieweit prognostiziertes Wachstum Realität werden kann, hängt davon ab, inwieweit die gesuchten Fachkräfte in der benötigten Anzahl zur Verfügung stehen. Unsere Betriebe brauchen auf der einen Seite Akademiker – Ingenieure, Physiker, Chemiker –, aber sie brauchen auch Facharbeiter – Mechatroniker, Schreiner, Industriekaufleute etc. Wenn Unternehmen also ausbilden, dann ist das eine klassische Win-win-Situation für beide Seiten, für die Unternehmen sowie für die Jugendlichen.

Wir freuen uns, dass sich die Ausbildungssituation in den letzten Jahren kontinuierlich und im letzten Jahr – Herr Kaufmann hat es angesprochen – deutlich verbessert hat. Weil Herr Kaufmann etwas großzügig über die Zahlen hinwegging,

(Widerspruch des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

weil sie ihm zu gut waren, möchte ich sie hier doch einfach detailliert vortragen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Zum Stichtag 30. September haben nämlich in Baden-Württemberg – wir sind hier im baden-württembergischen Landtag – zusätzlich 5 491 Betriebe ausgebildet. 5 491 Unternehmen, die bisher noch nie ausgebildet hatten, sind in die duale Ausbildung eingestiegen! Somit konnten weitere 12 122 Jugendliche eine berufliche Ausbildung beginnen. Das ist ein ganz toller Erfolg, ein sensationeller Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Gegensatz zur Behauptung im SPD-Antrag ist die Zahl der Ausbildungsplätze auch effektiv angestiegen. Das haben Sie auch verschwiegen.

(Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

81 216 unterzeichnete Ausbildungsverträge bedeuten ein Mehr von 10 % gegenüber dem Vorjahr.

Was das Problem der Altbewerber oder nicht vermittelter Bewerber angeht: Nur 1,7 % der Bewerber haben zum 30. September noch keine Ausbildungsstelle gehabt. Allerdings war die Zahl der offenen Ausbildungsstellen höher. Es sind auch Nachvermittlungsaktionen gelaufen, sodass wir davon ausgehen können, dass es heute schon deutlich weniger als 1,7 % sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist das beste Ergebnis seit 16 Jahren. Darüber können wir uns ehrlichen Herzens freuen, auch die Opposition.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Genau! Bravo! – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp
SPD: Sie freuen sich mit der Opposition?)

Die Unternehmen und Unternehmer haben die Zeichen der Zeit erkannt.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Nicht alle!)

Wer rechtzeitig ausbildet, sorgt vor für die Zukunft. Die Anstrengungen der Landesregierung in den vergangenen Jahren haben sich gelohnt. Das Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung war erfolgreich. Ich möchte deshalb an dieser Stelle allen danken, die an diesem Erfolg beteiligt sind: den Betrieben und Unternehmern, den Kammern und Verbänden, die sich wirklich mit großem Engagement eingebracht haben.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Erfolgreich war auch das „Altbewerberprogramm“ des Landes. Wir haben mehr als 2 000 Altbewerber versorgen können, so dass wir zum Stichtag nur noch 694 Altbewerber hatten. Auch hier waren genügend offene Stellen da, um diese Altbewerber zu versorgen. Es sind auch Nachvermittlungen gelaufen.

Es freut uns natürlich, dass die Bundesregierung jetzt auch ein „Altbewerberprogramm“ auf den Weg bringen will.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Auf unsere Initiative hin!)

Wir warten, bis der Bundesarbeitsminister die Reibungsverluste abgearbeitet hat.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Wer hat denn Reibungsverluste verursacht? – Abg. Thomas Knapp SPD: Sie waren doch Sand im Getriebe!)

Er ist in der Verantwortung. Er wird auch in der Lage sein, die Reibungsverluste abzarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemeine!)

Die CDU-Fraktion unterstützt, dass die Landesregierung ihre Anstrengungen auch in Zukunft auf diesem Gebiet fortsetzt und erweitert. Wir wollen, dass alle Jugendlichen zeitnah eine berufliche Ausbildung beginnen können, um auch dem angekündigten Fachkräftemangel rechtzeitig zu begegnen. Wir unterstützen, dass das Wirtschaftsministerium verstärkt die Verbundausbildung will und dass auch verstärkt von ausländischen Inhabern geführte Unternehmen angesprochen werden sollen.

Wir sehen in dem Programm zur Stärkung der Hauptschule einen ganz wesentlichen Punkt, um die Ausbildungsreife zu verbessern, damit auch jeder Hauptschulabgänger in Baden-Württemberg eine duale Ausbildung erfolgreich durchlaufen kann.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Oh Jesses! Der 30. Versuch seit 1967!)

– Herr Zeller, wir reden nicht von Berlin. Nebenbei bemerkt, es gibt bereits heute viele Hauptschulen in diesem Land, in denen alle Schüler den Hauptschulabschluss bestehen und erfolgreich in eine duale Ausbildung einsteigen.

(Veronika Netzhammer)

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Richtig!)

Wie sieht die Entwicklung in den nächsten Jahren aus?

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir wissen um den doppelten Abiturientenjahrgang im Jahr 2012. Aber Panik ist hier völlig fehl am Platz. Die Bewerberzahlen werden in den nächsten Jahren nämlich nicht steigen, und das vom Statistischen Landesamt prognostizierte Hoch wird niedriger sein als in diesem Jahr. Wir hatten nämlich im Jahr 2007 den Höchststand an Bewerbern.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Richtig!)

Wir haben eine sehr gute Versorgung erreicht. Wir sind zuversichtlich, dass wir mit den Maßnahmen der Landesregierung die Probleme lösen und auch dem doppelten Abiturientenjahrgang und dem Schülerjahrgang 2012 die berufliche Perspektive geben können, die die Jugendlichen brauchen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Amen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Lehmann für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Bundesbildungsministerin Annette Schavan bilanzierte am 20. Oktober 2006 im Bundestag die Ausbildungssituation wie folgt: „Die Bilanz in diesem Jahr hat zwei Seiten: Licht und Schatten.“

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir reden aber von Baden-Württemberg und nicht von ganz Deutschland!)

Recht hat sie damit. Ich denke aber, das hilft uns hier nicht weiter.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Wir können stark über Zahlen diskutieren.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Ich werde auf einige Zahlen noch zu sprechen kommen. Denn mit der Statistik kann man natürlich alles beweisen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sprechen für Baden-Württemberg, Herr Lehmann! – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Wir sind – da möchte ich mich unumwunden dem anschließen, was Herr Kaufmann gesagt hat – alle zufrieden damit,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Hoffentlich!)

dass hier in diesem Jahr aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs auch der Lehrstellenmarkt angezogen hat und 10 %

mehr Ausbildungsplätze geschaffen bzw. Ausbildungsverträge unterschrieben worden sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das freut uns alle!)

Das ist positiv, und das unterstreichen wir auch.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Aber diese Zahl verdeckt eines, nämlich dass wir im Grunde genommen die Strukturreform in der beruflichen Ausbildung in diesem Jahr nicht aufs Gleis gebracht haben. Herr Kaufmann hat es angeführt: Man hatte, auch was den Bund angeht, große Vorstellungen, was man in diesem Jahr machen wollte. Frau Schavan hat ein Zehnpunkteprogramm aufgelegt. Aber es versandet doch vieles. Die Reformen werden nicht angegangen.

Es wurde gesagt, es gebe 1 380 unversorgte Bewerber.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das stimmt nicht!)

Jetzt sage ich Ihnen eines: 46 % der Ausbildungsplatzbewerber sind bei uns Altbewerber. 46 %! Wir liegen im Vergleich – das gebe ich zu – besser als andere Bundesländer;

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Deutlich besser!)

nur Bayern ist in diesem Bereich besser. In den neuen Bundesländern sind zum Teil 60, 70 % der Ausbildungsplatzsuchenden Altbewerber. Aber ich muss Ihnen sagen: Für Baden-Württemberg komme ich bei 46 % auf eine Größenordnung von 40 000 Jugendlichen, die es nach ihrer Schulausbildung nicht geschafft haben, direkt in die berufliche Ausbildung zu kommen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Das müssen wir hier einfach einmal festhalten.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Die Zahl von 1 380 – oder 694, mit der hier gerechnet wird – spiegelt nicht die Realität wider.

Wir haben ein zweites Problem: In den Szenarien zu den Entwicklungen bis zum Jahr 2012, die hier vorgelegt wurden, ist das Problem der Altbewerber nicht berücksichtigt; das muss man ganz klar feststellen. Wir schieben hier also eine Bugwelle vor uns her. Ich sehe auch: Es ist kein leichtes Geschäft, Altbewerber in eine berufliche Ausbildung zu bringen. Aber wir müssen auch in der Dimension klar erkennen, dass es hier nicht um 1 000, 2 000 Jugendliche geht, sondern um eine erheblich größere Anzahl.

Der dritte Punkt, der mir auch wichtig erscheint: Die Angebot-Nachfrage-Relation wurde in dem Antrag auch behandelt. Man kann das Problem natürlich damit abtun, dass man sagt: Man kann diese Relation heute gar nicht mehr so richtig erfassen, weil so viele Jugendliche irgendwo in irgendwelchen schulischen Maßnahmen drin sind. Ich muss Ihnen sagen: Wenn man sich nicht um das Problem kümmert, dass wir eigentlich, wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat,

(Siegfried Lehmann)

12,5 % mehr Ausbildungsstellen als Bewerber haben müssten, dann ignoriert man auch die Forderung, dass jeder Jugendliche eigentlich eine vernünftige Auswahl an Ausbildungsplätzen haben sollte, damit er nicht irgendeinen Ausbildungsplatz annehmen muss, den er gerade kriegen kann. Letzteres verstehe ich nicht unter Beruf. Beruf bedeutet vom Ursprung her Berufung. Und da sollte nicht irgendein Beruf angenommen werden müssen, der nicht mit voller Überzeugung ausgeübt wird.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber wir sind in einer Marktwirtschaft! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

So bekommen wir nicht die guten Facharbeiter, die wir eigentlich brauchen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein weiteres Thema, das hier überhaupt noch nicht angesprochen wurde: Wir haben eine Abbrecherquote in der Industrie von 15 % und im Handwerk von 20 %. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. 20 % aller Ausbildungsverträge im Handwerk werden innerhalb des ersten Ausbildungsjahrs beendet, und die Ausbildung wird abgebrochen. Das ist ein Problem, gegen das wir etwas tun müssen.

Darüber hinaus müssen wir noch etwas tun – und damit möchte ich mit Verweis auf Frau Schavan schließen, die in ihrer Rede gesagt hat:

Ich werde Druck machen, dass jetzt endlich die Möglichkeiten ergriffen werden, die im Berufsbildungsgesetz geschaffen worden sind. Denn schon jetzt bestehen Möglichkeiten, die Leistungen der Jugendlichen, die ein kaufmännisches Berufskolleg, und derjenigen, die eine berufliche Vollzeitschule besuchen, so zu zertifizieren, dass sie nach einer anschließenden Praxiszeit in einem Unternehmen ihre Prüfung ablegen können.

Das ist in Baden-Württemberg nicht erfolgt. Wir haben hier noch ein großes Defizit, und da wünsche ich mir vom Wirtschaftsministerium, dass es im Frühjahr nächsten Jahres wirklich etwas auf den Tisch legt, damit wir eine Zertifizierung dieser Berufskollegs bekommen und die jungen Menschen ihre schulische Berufsausbildung auf die duale Berufsausbildung anrechnen lassen können.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Gunter Kaufmann SPD – Abg. Gunter Kaufmann SPD: Gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte hat uns in einer Hinsicht erstaunt, in einer anderen jedoch nicht. Sie hat uns nicht erstaunt, weil wir es gewohnt sind, dass jedes Jahr im Dezember eine Ausbildungsplatzdebatte, initiiert von der SPD-Fraktion, auf der Tagesordnung steht.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ja! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Zu Recht!)

Wahrscheinlich mussten Sie hierfür gar keinen entsprechenden Antrag stellen, und die Landtagsverwaltung hat diese Debatte sozusagen routinemäßig auf die Tagesordnung gesetzt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben doch keine Ahnung, wie etwas auf die Tagesordnung kommt! Das Präsidium nimmt das auf, nicht die Verwaltung!)

Was uns überrascht hat, war Ihr Redner. Denn bisher war es immer so: Die Ausbildungsplatzzahlen waren gut – sie waren nicht sehr gut, aber sie waren gut –, und solange das so war, kam immer Herr Schmiedel und hat uns die Fakten um die Ohren gehauen

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Zu Recht! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie Schönschwätzer! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wo ist der Schmiedel?)

und mit knarrender Polemik erklärt, wie katastrophal die Ausbildungsplatzsituation in Baden-Württemberg sei. Jetzt sind die Zahlen sehr gut. Und wo ist jetzt Herr Schmiedel?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist Ihr Problem? – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Der ist abgetaucht! – Abg. Thomas Knapp SPD: Der sucht Arbeitsplätze! Er ist aktiv für Baden-Württemberg! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Der bewirbt sich gerade!)

Er ist von der Bildfläche verschwunden. Stattdessen kommt Herr Kaufmann – weise, verständlich, sachlich, ruhig; das glatte Gegenteil von Herrn Schmiedel.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD – Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Genau so ist die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir haben 81 216 neue Ausbildungsverträge; das ist eine Steigerung um 9,8 %.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das liegt aber nicht an der Landesregierung!)

Bundesweit beträgt diese Steigerung nur 8,6 %. – Offensichtlich liegt es aber doch an der Landesregierung; denn sonst wäre Herr Schmiedel da. Er wäre sonst hier und würde uns die Zahlen um die Ohren hauen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sagen Sie einfach etwas zur Sache! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Holt den Schmiedel her!)

Es sind 7 225 mehr als 2006, und das ist – Frau Netzhammer hat es erwähnt – ein Rekord in all den Jahren seit 1991.

Wir haben im Bereich von Industrie und Handel eine Steigerung um 11 % und im Handwerk eine Steigerung um 9 %. Bei den freien Berufen – das freut uns besonders – gibt es eben-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

falls eine Steigerung um 9 %. Wenn das nicht so wäre, wäre heute Herr Schmiedel da.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hervorragend!)

Der Dank geht an die Wirtschaft und an die Landesregierung, und zwar für die Zurverfügungstellung von 15 Millionen €, die erfolgreich eingesetzt worden sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Schmiedel schreibt an seiner Bewerbungsrede!)

Dank auch an das Ausbildungsbündnis, das ebenfalls ein Erfolg ist – denn sonst wäre Herr Schmiedel da.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der schreibt gerade seine Ausbildungsplatzbewerbung!)

Wir hatten zum 30. September lediglich noch 1 380 unversorgte Bewerber.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sagen Sie einmal etwas zu denen, die keinen Platz haben! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Und nehmen Sie Ihre Hand aus der Hosentasche!)

Die Jugendarbeitslosenquote liegt bei knapp über 3 %. Richtig ist – und das ist bedauerlich –, dass es immer wieder Altbewerber gibt, die auf dem Ausbildungsmarkt scheitern. Das ist aber kein Problem, das die Wirtschaftspolitik lösen könnte,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Leider! Trotz Schmiedel! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das kann nicht einmal Schmiedel lösen! – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD: Aber der kämpft dafür!)

sondern das ist ein Problem der Bildungspolitik, und das erfordert beispielsweise Maßnahmen wie die Sprachstandsdiagnose.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Davon versteht Schmiedel nichts!)

– Davon versteht Schmiedel nichts, richtig, und deshalb ist er heute nicht da.

Die Ausbildungsplatzgarantie ist ebenfalls eine Maßnahme, die in diesem Zusammenhang mit Sicherheit nicht hilfreich wäre. Sonderprämien für die Ausbildung von Schwachen, wie Olaf Scholz jetzt fordert, gibt es in Baden-Württemberg schon lange. Wir müssen sie aber natürlich evaluieren, um zu wissen, ob solche Maßnahmen auch zielgenau sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Schmiedel ist immer noch nicht da!)

Wenn es Maßnahmen gibt, die die Ausbildungssituation der Jugendlichen im Land konkret verbessern – wie z. B. die Novellierung des Gesetzes zur Stärkung des Ehrenamts –, verlangen Sie, meine Damen und Herren von der SPD, eine zusätzliche Flexibilisierung und großzügige Freistellungsregelungen. Dem sind wir nicht gefolgt, denn gleichzeitig wird ja

beklagt, dass viele Jugendliche in ihrer Ausbildung scheitern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie beklagen weiter, dass 2012 zwei Jahrgänge von den Gymnasien auf den Arbeitsmarkt bzw. an die Hochschulen kommen. Letzteres ist richtig, aber im Hinblick darauf gibt es bereits entsprechende Programme des Wissenschaftsministeriums.

Was den Arbeitsmarkt für qualifizierte Abiturienten anbelangt, haben wir keine Bedenken. Denn für die qualifizierten Jugendlichen stellt die erfolgreiche Wirtschaft im Land Baden-Württemberg allemal die adäquaten Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Drautz für das Wirtschaftsministerium.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Kurz und knackig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber erst einmal den Schmiedel holen! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Staatssekretär Richard Drautz: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es trifft sich gut, dass wir heute die beiden Anträge der SPD-Fraktion vom Frühjahr dieses Jahres behandeln.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Natürlich! Das war Absicht!)

Seit wenigen Tagen liegt die amtliche Statistik des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Stichtag 30. September 2007 vor. Damit können wir die Fragen zur zahlenmäßigen Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in diesem Jahr beantworten.

Wie sieht die Ausbildungsbilanz für 2007 aus?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Ich kann nur sagen: Sie ist großartig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Das darf man doch sagen, Herr Staatssekretär! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollten daran denken, dass die Debatte im Fernsehen übertragen wird! Man sollte dem Thema schon ein gewisses Maß an Ernsthaftigkeit zumessen!)

In Baden-Württemberg wurde mit 81 216 neuen Ausbildungsverträgen das beste Ergebnis seit 16 Jahren erreicht. Das entspricht einer Steigerung um knapp 10 % gegenüber dem Vorjahr.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: 9,8!)

Die SPD-Fraktion verlangt in Ziffer 1 ihres Antrags Drucksache 14/1313, 6 000 zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzu-

(Staatssekretär Richard Drautz)

stellen. Dies ging noch über die Forderung seitens der Gewerkschaften nach 5 000 zusätzlichen Lehrstellen hinaus.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Mit Recht!)

Wie sieht es nun tatsächlich aus? Wir haben in diesem Jahr eine Steigerung um sage und schreibe 7 225 Lehrverträge. Also, meine Damen und Herren von der SPD: Freuen Sie sich so kurz vor Weihnachten – und ich freue mich mit Ihnen –

(Heiterkeit)

über diese schöne Zahl an Ausbildungsplätzen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP/
DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, der Zuwachs fand in allen Ausbildungsbereichen der Wirtschaft statt. Der größte Ausbildungsbereich, Industrie und Handel, meldet eine Steigerung um 11 %. Der zweitgrößte Bereich, das Handwerk, hat um 9 % zugelegt. Selbst unser Sorgenkind, der Bereich der freien Berufe, der in den letzten Jahren regelmäßig Rückgänge zu verzeichnen hatte, schaffte eine Kehrtwende –

(Abg. Stephan Braun SPD: Unsere Sorgenkinder sind die Altbewerber!)

plus 9 % bei den Ärzten, den Zahnärzten, den Rechtsanwälten und den Wirtschaftsprüfern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nur der öffentliche Dienst – das muss ich leider hinzufügen – trübt mit minus 5 % das ansonsten so erfreuliche Bild.

(Zurufe der Abg. Veronika Netzhammer und Karl Zimmermann CDU)

Das diesjährige Rekordergebnis spiegelt sich auch in den Zahlen der Arbeitsagenturen wider. Zum Stichtag 30. September waren bei den Arbeitsagenturen nur noch 1 380 unversorgte Bewerber gemeldet. Im Vorjahr waren dies zum selben Zeitpunkt 4 500. Erfreulich ist auch, dass von den nach wie vor zahlreichen Altbewerbern zum 30. September nur noch knapp 700 unversorgt geblieben sind. Den unversorgten Bewerbern standen noch 2 281 unbesetzte Lehrstellen gegenüber. Ich bin daher zuversichtlich, dass Kammern und Arbeitsagenturen bei ihren jetzt laufenden Nachvermittlungaktionen bis zum Jahresende die Zahl der Unversorgten bis gegen null reduzieren werden.

Wie ist es zu diesem guten Ergebnis gekommen? Natürlich ist dies in erster Linie der guten Konjunktur zu verdanken.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Und weniger der Landesregierung! – Gegenruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das stimmt nicht!)

Wenn die Betriebe Wachstumsperspektiven sehen, stellen sie auch wieder Personal ein und bilden aus. Wir haben ja in einigen Berufen bereits – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, seien Sie bitte etwas ruhiger.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das fällt schwer!)

Staatssekretär Richard Drautz: Wir haben in einigen Berufen bereits einen Fachkräftemangel, z. B. bei Elektrikern, Schlossern oder Schweißern. Die meisten Betriebe wissen, dass sie in den kommenden Jahren Nachwuchsprobleme bekommen, wenn sie nicht selbst ausbilden.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Genau!)

Ich führe die guten Ausbildungszahlen aber nicht allein auf die erfreuliche Konjunktur zurück. Das Land hat im Juni dieses Jahres das Ausbildungsbündnis mit der Wirtschaft erneuert. Vor Kurzem hat Wirtschaftsminister Pfister das Spitzengespräch zur Ausbildungssituation geleitet,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

bei dem eine erste Zwischenbilanz des Ausbildungsbündnisses gezogen wurde. Ergebnis: Die Selbstverpflichtungen der Wirtschaft werden übererfüllt. Es wurden mehr neue Ausbildungsplätze und mehr neue Ausbildungsbetriebe angeworben als geplant. Die Wirtschaftsorganisationen haben also wieder mächtig getrommelt und in den Betrieben für Ausbildung geworben – und das mit Erfolg, wie man sieht. Dafür gebührt ihnen unser Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wichtigster Beitrag des Wirtschaftsministeriums zum Ausbildungsbündnis ist das Förderprogramm für zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber. Das Problem der zu hohen Zahl an Altbewerbern ist ja zu Recht ein besonderes Anliegen in den Anträgen der SPD-Fraktion, über die wir hier diskutieren. Das Wirtschaftsministerium hat im vergangenen Jahr mit 5,6 Millionen € 1 745 Ausbildungsplätze gefördert.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Für dieses Jahr liegen die Zahlen im Detail noch nicht vor. Die mit der Bewilligung beauftragte L-Bank ist noch im Prozess der Antragsbearbeitung. Fest steht aber, dass die Nachfrage in diesem Jahr um 800 Anträge höher war als im Vorjahr. Ich kann Ihnen zusagen, dass wir alle förderfähigen Anträge auch bewilligen werden.

Meine Damen und Herren, im kommenden Jahr werden die Schulabgängerzahlen erstmals rückläufig sein. Trotzdem werden sie nach wie vor auf einem hohen Niveau bleiben.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Hinzu kommen immer noch viele Altbewerber aus den Vorjahren. Das Land wird daher nicht nachlassen in seinen Bemühungen, auch im kommenden Jahr zusammen mit der Wirtschaft das Ziel zu erreichen, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Qualifizierungsangebot zu machen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

Wir haben gerade im letzten Monat einen Aufruf zur Förderung von Lehrstellenbewerbern im Jahr 2008 veröffentlicht. Die Wirtschaft hat mir zugesichert, in ihrem Engagement nicht nachzulassen. Das Ausbildungsbündnis läuft noch bis zum Jahr 2010. Viel wird von der konjunkturellen Entwicklung ab-

(Staatssekretär Richard Drautz)

hängen. Meine Damen und Herren, ich bin da sehr optimistisch.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann für die Fraktion der SPD.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ach nee! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das war doch jetzt überzeugend! – Unruhe)

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen meiner Vorredner zu machen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sie dürfen sich freuen! – Weitere Zurufe von der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das war temperamentvoll! – Unruhe)

Sie können es auch nicht verhindern.

(Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Veronika Netzhammer – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie können uns auch erklären, wo Herr Schmiedel ist!)

– Herr Rülke, dass Sie Herrn Schmiedel hier vermissen,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nicht wirklich! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Geben Sie es weiter!)

nehme ich einmal so zur Kenntnis. Sie haben aber hoffentlich unsere Anträge bis zum Ende gelesen und festgestellt, dass sich auf beiden Anträgen auch meine Unterschrift befindet.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Anträge sind auch besser als im letzten Jahr!)

Ich bin insofern für diese Inhalte mitverantwortlich und darf deshalb hier auch vortragen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Anträge sind auch besser formuliert!)

– Wenn Ihnen die Ausführungen zugesagt haben, ist es ja in Ordnung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da spricht doch nichts dagegen! Aber Herr Schmiedel sollte Ihnen auch zuhören!)

– Er hört mir auch gern zu. Das ist richtig.

Frau Netzhammer, Sie hatten das Thema Fachkräftemangel angesprochen. Ich denke, da ist es wichtig, noch einen Hinweis zu geben. Ich darf Ihnen aus der „Heilbronner Stimme“ von gestern einmal eine interessante Passage vorlesen:

Wenn jetzt tatsächlich Tausende Facharbeiter wie Schlosser oder Elektriker fehlen, muss sich die Industrie selbst an die Nase fassen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Aha!)

Viel zu viele Betriebe haben in den vergangenen Jahren die Zahl ihrer Lehrstellen zurückgefahren oder die Ausbildung ganz eingestellt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Aber der Trend hat sich doch umgekehrt!)

Das muss man dazusagen! So etwas muss man immer dazusagen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Aber der Trend hat sich doch umgekehrt!)

Es ist in der Tat so, dass doppelt so viele Betriebe ausbilden könnten, als tatsächlich ausbilden.

(Unruhe)

Das ist ein Punkt, der hier auch angesprochen werden muss.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Aber die Zahlen steigen doch wieder an! Das heißt, die Unternehmen haben das doch gemerkt! Die Zahlen steigen ja!)

Die Diskussion um die Lehrstellen passt zu diesem Zeitpunkt. Wir haben das auch auf der Agenda im Bundestag.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Wir haben jetzt auch die aktuellen Zahlen vorliegen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Die Zahlen steigen ja!)

– Gut, die 10 % Zuwachs haben wir alle begrüßt und gesagt: Das ist vernünftig, da freuen wir uns. Aber man muss natürlich auch sehen: Der Zuwachs bezieht sich auf ein Tal der Tränen, auf ein historisches Tief bei der Zahl der Ausbildungsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Da war die Konjunktur schlechter!)

So ist das, ja.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Kaufmann, jetzt freuen Sie sich doch über das gute Ergebnis, und hören Sie auf zu jammern! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wenn ich in der Talsohle bin, dann ist Wachsen noch leicht. Aber erinnern Sie sich einmal an die Zahlen, die wir noch Anfang der Neunzigerjahre hatten. Da hatten wir über 100 000 Ausbildungsverträge pro Jahr.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wenn ich an Schröder denke, kommen mir auch die Tränen! – Zuruf des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Da war es noch so, dass auf einen Bewerber 1,8 Lehrstellen kamen. Wenn wir heute diese Zahl an Lehrstellen hätten, wären wir allerdings nur noch bei einer Relation von 1,2.

(Gunter Kaufmann)

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Da haben Sie aber mitregiert!)

– Ach, hören Sie doch auf! Wir sollten bei aller Freude nicht vergessen, dass die Herausforderungen bei dieser Thematik bleiben und dass wir uns dem zu stellen haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der FDP/DVP – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das haben wir nicht bestritten! – Unruhe)

– Dann ist es ja in Ordnung.

Ich muss allerdings schmunzeln, wenn ihr sagt, da seien ja nur noch soundso viele unversorgt – ich weiß nicht mehr, ob es 1 200 oder 1 300 waren –, es gebe kaum noch unversorgte Bewerber um Ausbildungsplätze.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Keine Ahnung, die FDP! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist der Stand vom 30. September! Das ist jetzt noch besser!)

Und was heißt denn unversorgt?

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU – Unruhe)

Was heißt denn versorgt, und was heißt unversorgt? Versorgt heißt ja nicht, dass die jungen Menschen alle einen Ausbildungsplatz haben. Versorgt kann auch heißen, sie sind im Praktikum, sie sind im EQJ, sie sind in irgendeiner Maßnahme der Arbeitsverwaltung, wenn es mit der Lehrstelle nicht geklappt hat.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Sie haben möglicherweise jedoch nicht den Wunschausbildungsberuf bekommen, den sie angestrebt haben.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Aber die Qualifizierungsmaßnahmen sind doch notwendig!)

Deshalb sollten wir diese Zahl nicht überinterpretieren.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sie haben doch die Maßnahmen vorhin angepriesen!)

Es kommt darauf an, richtige Ausbildungsplätze zu schaffen.

Freuen Sie sich z. B. nicht zu sehr über das EQJ. Das EQJ war eine Einstiegsqualifizierung für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf. Wenn die Hälfte davon inzwischen mittlere Reife oder Abitur haben, muss ich mich schon fragen, ob es sich hier um ein Assessment-Center der Unternehmen oder ob es sich noch um eine vernünftige Qualifizierung handelt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Ich denke, die Landesregierung – das wurde vorhin auch von Herrn Lehmann angesprochen – ist zudem gefordert, die neu-

en Möglichkeiten des Berufsbildungsgesetzes stärker zu nutzen. Wenn wir in dieser Situation, in der das Übergangssystem und die Warteschleifen angewachsen sind, von staatlicher Seite in den beruflichen Schulen schon entsprechende Ausbildungsangebote machen,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist in Arbeit!)

dann muss diese Ausbildung auch im Hinblick auf eine spätere berufliche Ausbildung im dualen System entsprechend anerkannt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir müssen nun noch über die Anträge befinden.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Zuständiger Ausschuss! Wirtschaftsausschuss!)

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1156, ist ein reiner Berichtsantrag. Ich gehe davon aus, dass er durch die Aussprache erledigt ist.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Nein, in den Ausschuss! – Gegenruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD: Nein, der Antrag unter Buchstabe a ist erledigt!)

– Der Antrag Drucksache 14/1156, Herr Kollege Dr. Schmid, ist erledigt.

Dann kommen wir zum Antrag Drucksache 14/1313. Wünschen Sie hierzu Überweisung an den Wirtschaftsausschuss? –

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ja, genau!)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 26. September 2007 – Energiebericht 2007 – Drucksachen 14/1811, 14/1985

Berichterstatter: Abg. Paul Nemeth

Das Präsidium hat eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Nemeth für die Fraktion der CDU.

Abg. Paul Nemeth CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht jetzt um den Energiebericht des Jahres 2007. So steht es zumindest auf dem Umschlag. Aber wenn man ehrlich ist, geht es um die Berichte und Zahlen des Jahres 2004 mit einem Ausblick auf das Jahr 2005. Jeder von Ihnen hat den Bericht ja gelesen.

(Paul Nemeth)

(Lachen des Abg. Thomas Knapp SPD – Abg. Thomas Knapp SPD: Glauben Sie das?)

Es war im Ausschuss so, dass auch die Opposition ihn im Grunde gelobt hat, zumindest im schwäbischen Sinn.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was?)

Deswegen möchte ich meinen Redebeitrag auf drei Punkte begrenzen.

Erstens: Obwohl die Bevölkerungszahlen in Baden-Württemberg steigen und auch die Wirtschaft nachhaltig wächst, sinkt unser Gesamtenergieverbrauch. Das heißt, das Thema „Energie sparen und Energieeffizienz erhöhen“ greift. Ich glaube auch, dass diese beiden Punkte weiter von der Landesregierung forciert werden sollten. Hier müssen die schwäbischen und badischen Urinstinkte weiter aktiviert werden.

Zweitens: Regenerative Energien sind auf dem Vormarsch. Das ist gar keine Frage. Wissenschaft, Medien, die Wirtschaft, Groß und Klein haben sich auf den Weg gemacht. Mit dem Wärmegesetz, das wir zusätzlich auf den Weg gebracht haben, werden wir diesen Markt der regenerativen Energien weiter dynamisieren. Deswegen sind wir auch zuversichtlich, das Ziel eines Anteils regenerativer Energien an der Stromerzeugung von 20 % bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Dritter und letzter Punkt: Diejenigen, die ohne Kernkraft und mit weniger CO₂ durch Kohle, Öl und Gas auskommen wollen, müssen auch sagen, wo die anderen 80 % der Stromerzeugung herkommen sollen. Mit Rhetorik und heißer Luft wird das nicht zu machen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Thomas Knapp SPD: Wenn Sie uns folgen würden!)

Daher ist für uns die Kernkraft nach wie vor eine Brückentechnologie, um Zeit zu gewinnen, und deswegen auch ein wichtiger Baustein unseres Energiekonzepts.

Vielen Dank und schöne Weihnachten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Katrin Altpeter SPD: Ihnen auch! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp für die Fraktion der SPD.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Thomas Knapp SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Worte des Kollegen Nemeth aufnehmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auch „frohe Weihnachten“!)

– Das kommt ganz zum Schluss.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sind Sie noch nicht zu Ende?)

Wir haben den Bericht gelobt. Ich möchte das an dieser Stelle auch tun und habe es auch im Ausschuss gemacht. Denn der Bericht ist, was die Zahlen angeht, sauber aufbereitet. Er dokumentiert die Zahlen, die Entwicklungen in Baden-Württemberg, in Deutschland, europaweit, teilweise auch weltweit sehr gut. Ich habe im Ausschuss gesagt, man wird mit diesem Bericht etwas anfangen können, und jeder kann Schlüsse daraus ziehen. Damit kommen wir zur ersten politischen Aussage. Die Schlüsse, die der Einzelne jeweils zieht, werden sicherlich unterschiedlich ausfallen.

Kollege Nemeth, Sie haben das Problem angesprochen, das wir mit dem Energiebericht haben. Wir haben im September/Oktober 2007 einen Energiebericht bekommen, der auf den Zahlen von 2004 basiert und teilweise noch einen Ausblick auf 2005 bietet. Er hinkt also drei Jahre hinterher. Ich denke, das ist wirklich indiskutabel. Wir können auch mit einem in der Sache guten Bericht so nicht weitermachen. Deswegen – das sage ich jetzt schon – freut es mich, dass das Ministerium zugesagt hat, künftig zahlenmäßig weniger Hochglanzbrochüren und Berichte zum Thema Energie zu erstellen und wir im Ausschuss dafür aber Anfang jedes Jahres einen aktuellen, gestrafften Bericht erhalten, auf dessen Grundlage wir wirklich auf die aktuellen Entwicklungen reagieren können.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Denn mit Zahlen zu Kosten oder Anteilen, die drei Jahre alt sind, können wir – speziell im Bereich Energie – nichts mehr anfangen. Das muss man einfach so festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte es an zwei, drei Punkten festmachen. In diesem Energiebericht ist noch die Stromproduktion von Obrigheim enthalten. Weiß hier in diesem Hause eigentlich noch jemand, was Obrigheim war und wann es abgeschaltet wurde, und ist jedem bewusst, dass trotz der Abschaltung von Obrigheim im April 2005 aufgrund des Atomkonsenses die Lichter in Baden-Württemberg nicht ausgingen?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil man Schwerölkraftwerke ans Netz genommen hat!)

– Dass es bei Ihnen ein bisschen dunkler geworden ist, Kollege Zimmermann, das verstehe ich. Aber ansonsten ist das Licht im Großen und Ganzen nicht ausgegangen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir haben durch die Stilllegung von Obrigheim auch keinen CO₂-Anstieg bekommen, sondern der ist erst 2007 gekommen. Das muss man einfach wissen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Bericht thematisiert auch nicht die Entwicklung der erneuerbaren Energien, die sich in den vier Jahren von 2004 bis 2007 in Deutschland in allen Bereichen massiv und dynamisch entwickelt haben. Deswegen können wir sagen: Dieser Energiebericht zeichnet noch ein schönes Bild für Baden-Württemberg. Denn wenn er aktuell wäre und auf den Zahlen von 2007 beruhte, dann würde

(Thomas Knapp)

man sehen, was in Deutschland bezüglich des Anstiegs der erneuerbaren Energien geschehen ist und wo dagegen Baden-Württemberg entlanggeplätschert ist; denn dort hat sich beim Ausbau erneuerbarer Energien nichts getan.

(Beifall bei der SPD)

In diesen drei Jahren hat sich in Deutschland die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien fast verdoppelt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und in Obrigheim?)

Auf eine aktuelle Anfrage von uns hat das Wirtschaftsministerium zugegeben, dass Baden-Württemberg wegen seines Maschinenbaus – obwohl wir viel verhindern, z. B. im Bereich der Windkraft – überproportional profitiert.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Die haben es verhindert! Nicht wir!)

– Ja, klar, nicht wir haben es verhindert, sondern Sie von den Regierungsfraktionen. Wenn ich „wir“ sage, meine ich Baden-Württemberg. Ich bin ja schon so weit und denke eigentlich auch als Baden-Württemberger.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Ja also! Höchste Zeit!)

Sie sind der Verhinderer, Herr Kollege Zimmermann, der Blockierer.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Sehr gut!)

Obwohl Sie verhindern, partizipiert Baden-Württemberg massiv und überproportional am Ausbau der Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und in zehn Jahren reißen wir die Dinger wieder ab! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Knapp.

Abg. Thomas Knapp SPD: Zum Schluss möchte ich sagen: Aus diesem Energiebericht kann man Schlüsse ziehen; aus einem aktuellen Bericht könnte man natürlich noch viel mehr schließen. Es wird aber – Herr Kollege Zimmermann oder Herr Nemeth, da können Sie auch bei mir sein –

(Abg. Jörg Döpper CDU: Um Gottes willen!)

künftig umso wichtiger, die richtigen Schlüsse zu ziehen und zu fragen: Wo müssen wir hingehen? Ich möchte bloß ein Beispiel nennen. Wenn in Karlsruhe ein neues Kohlekraftwerk gebaut wird und dafür alte Kraftwerke abgeschaltet werden, erhalten wir eine höhere Effizienz. Das unterstützen wir. Dann muss man sich aber auch überlegen, ob an solchen neuen Kraftwerksstandorten oder an veränderten Kraftwerksstandorten nicht z. B. die Kraft-Wärme-Kopplung massiv ausgebaut werden muss. Das muss man machen. Aber dazu muss man wissen, wo man steht und was man tun kann.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende. Sie haben Ihre Redezeit bereits weit überschritten.

(Unruhe)

Abg. Thomas Knapp SPD: Deswegen denke ich, dass wir einen aktuelleren Bericht brauchen. Ich finde es deshalb gut, dass das Ministerium zugesagt hat, diesen Weg mitzugehen, Herr Minister.

(Anhaltende Unruhe)

Dann werden wir Hochglanzbroschüren zwar seltener, aber aktuelle Berichte dafür jährlich erhalten – vielleicht im Februar oder März, damit wir mit den Zahlen etwas anfangen können.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Erneuerbare Energie!)

Liebe jetzt noch im Saal verbliebenen Kolleginnen und Kollegen, auch ich möchte Ihnen an dieser Stelle ebenso wie der Kollege Nemeth frohe Feiertage und eine guten Rutsch ins neue Jahr wünschen. Auf ein energiereiches Jahr 2008!

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! Danke für die Wünsche!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Untersteller für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Windkraftfundi! – Weitere Zurufe – Heiterkeit)

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, es hat wenig Sinn, heute – Ende 2007 – über die energiewirtschaftlichen Kennzahlen des Jahres 2004 bzw. 2005 zu reden, die Gegenstand dieses Energieberichts sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also: „Frohe Weihnachten“! – Heiterkeit)

– Das kommt auch noch, aber zum Schluss. – Meines Erachtens ist es viel sinnvoller, am Ende dieses Jahres 2007, in dem eine intensive Klimadebatte geführt wurde und in dem intensiv wie selten zuvor über die Energiewirtschaft debattiert wurde, zu schauen, ob wir in diesem Land energiewirtschaftlich richtig aufgestellt sind.

Da kommt es meines Erachtens auf drei Punkte an: Wie sieht es bei der Energieeinsparung aus? Wie sieht es in Baden-Württemberg mit der Energieeffizienz aus? Wie sieht es mit dem Ausbau erneuerbarer Energien aus?

(Abg. Karl Zimmermann CDU, auf die Saalbeleuchtung deutend: Je länger Sie reden, umso mehr Energie wird verbraucht! – Vereinzelt Heiterkeit)

Wenn Sie einmal genau hinschauen, Herr Kollege Zimmermann, können Sie feststellen, dass es in all diesen Bereichen mehr Schatten als Licht gibt.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

(Franz Untersteller)

Ich sage Ihnen auch, warum. – Herr Nemeth, ich war schon etwas verwundert über Ihre Einschätzung, der Energieverbrauch sei rückläufig. Ich empfehle Ihnen einen Blick auf Seite 24 des Energieberichts. Dort werden Sie folgende Zahlen finden: Wenn man die Werte des Jahres 1989 als 100 % indiziert, so lag unser Endenergieverbrauch im Jahr 2004 bei 114. Es ist auch nicht so, dass dieser Trend unterbrochen wäre, sondern er setzt sich weiter fort. Der Minister selbst hat in seiner Presseerklärung Folgendes gesagt – ich zitiere ihn einmal –:

Um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, müssen wir einen weiteren Anstieg verhindern und mittelfristig zu Einsparungen kommen.

Was der Minister sagt, ist ja völlig richtig. Aber wo sind denn die Einsparprogramme? Wo sind beispielsweise die Programme, die kleine und mittelständische Unternehmen darin unterstützen, in Baden-Württemberg stromsparende Technologien einzusetzen?

Wenn Sie in den Bericht hineinschauen, können Sie feststellen: Wenn man den Stromverbrauch von 1989 wiederum auf 100 % setzt, dann lag der Stromverbrauch im Jahr 2004 um 35 Prozentpunkte darüber. Diese Strommenge muss aber erst einmal erzeugt werden. Verstehen Sie, in diesem Punkt haben Sie eine absolut offene Flanke. Was das Thema Energieeinsparung betrifft, passiert in diesem Land bisher einfach zu wenig.

Stichwort „effiziente Energieerzeugung“: Ich finde, Sie müssen die Kernenergie-debatte auch einmal von einer anderen Seite betrachten. Das Problem, vor dem wir in Deutschland insgesamt stehen, lautet doch: Wir haben Energieerzeugungsstrukturen, die zum Großteil auf Kraftwerken aufbauen – sowohl atomaren wie konventionellen –, die einen Wirkungsgrad von plus/minus 35 % haben. Über 1 % mehr lasse ich mit mir handeln.

(Heiterkeit der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Das heißt, 65 % der Energie werden an die Abluft oder ins Kühlwasser abgegeben. Ich sage Ihnen: Wenn wir in Sachen Klimaschutz weiterkommen wollen, wird es darum gehen, mehr Effizienz in die Energieerzeugung zu bringen. Es kann nicht darum gehen, Kraftwerksstrukturen, die einen Wirkungsgrad von 35 % haben – und das betrifft nun einmal auch Kernkraftwerke –, zehn weitere Jahre aufrechtzuerhalten. Wozu führt das?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ein Windrad hat 8 % Wirkungsgrad! – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD: Wo bringen Sie 8 % her? 50 % hat eine Windkraftanlage! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie müssen doch einmal sehen, dass Sie in diesen alten Anlagen – konventionell oder atomar – Stromgestehungskosten in einer Größenordnung von einem bis eineinhalb Cent pro Kilowattstunde haben. Wie wollen Sie denn heute neue Akteure dazu bringen, dass sie an den Markt gehen und Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung bauen, die wir für den Klimaschutz brauchen, die aber, was die Stromgestehungskosten betrifft, mit alten, abgeschriebenen Anlagen nicht mithalten können?

Wer eine solche Forderung erhebt, abgeschriebene Kraftwerke auf Jahre hinaus weiter am Netz zu halten, der behindert den Umstieg auf effiziente Technologien im Bereich der Energiewirtschaft.

(Beifall bei den Grünen)

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt ansprechen: erneuerbare Energien. Sie hinken hier sowohl in Bezug auf die aktuelle Entwicklung als auch bei der Zielsetzung dem Bund hinterher und hinken auch vielen anderen Bundesländern hinterher. Die 20 %, die Sie als Ziel bis 2020 ausgeben – was ist denn daran anspruchsvoll? Der Bund hat das Ziel „30 % bis 2020“ ausgeben.

Nehmen Sie nur einmal das Beispiel Windenergie.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja!)

Zitat des Ministers:

Mein Ziel ist es, den Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung von knapp 0,5 % bis zum Jahr 2020 auf 1,5 % zu verdreifachen.

Herzlichen Glückwunsch, kann ich da nur sagen. Das Nachbarland Rheinland-Pfalz ist bereits heute bei 7,5 %, sprich dem 15-Fachen

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oh du schöner Westerwald! – Heiterkeit)

dessen, was wir hier im Land zur Verfügung haben. Deshalb sage ich Ihnen: Sie haben sowohl bei der Energieeinsparung als auch bei der Effizienz sowie den erneuerbaren Energien eine offene Flanke, und ich kann Ihnen nur raten, im nächsten Jahr in diesem Bereich mehr zu tun.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Ich wünsche Ihnen allen schöne Weihnachtsfeiertage und für den Jahreswechsel einen guten Rutsch.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ebenfalls! Ihnen auch! Danke schön!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

(Unruhe)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, von der generellen Zielsetzung her unterscheiden wir uns gar nicht so sehr voneinander.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben uns alle schon „schöne Weihnachten“ gewünscht!)

Wir wollen den Energiebedarf für Baden-Württemberg auch in Zukunft decken können, wir wollen das zu bezahlbaren Preisen tun, und wir wollen die Klimaschutzziele erreichen.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Worin wir uns unterscheiden, ist die Frage: Was sind realistische Ziele? Herr Untersteller, Sie orientieren sich am Bund.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Der Bund erklärt, bis zum Jahr 2020 seien 30 % erneuerbare Energien realistisch. Da sage ich Ihnen: Die Große Koalition und auch alle anderen Regierungen, die möglicherweise 2009 und später gewählt werden, werden feststellen, dass diese Zielsetzung eben nicht realistisch ist. Wir könnten uns ja hier in Baden-Württemberg auch hinstellen und erklären: Jawohl, 2020 wollen wir 30 % erreichen. Wir könnten uns hier auf die Schultern klopfen und sagen: Was sind wir doch für tolle Hechte!

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist ja lächerlich!)

Irgendwann müssten wir dann erklären: „Oh, wir stellen fest, dass wir das nicht schaffen.“ Denn man muss sich ja genau anschauen, welche Möglichkeiten es zur Erreichung dieses Zieles gibt. Sie haben die Windenergie herausgegriffen. Da liegen wir bei knapp einem halben Prozent. Das ist richtig. Ich stelle Ihnen die Frage: Um welchen Faktor müssten wir denn den Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung steigern, um im Jahr 2020 einen Anteil von 30 % zu erreichen? Da müssten wir ja das halbe Land verspargeln.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Quatsch! – Unruhe bei der SPD)

So etwas schlagen nicht einmal die Grünen vor.

Welche weiteren Alternativen haben wir? Bei der Wasserkraft liegen wir bei einem Anteil von knapp 6 %.

(Zurufe der Abg. Thomas Knapp SPD und Franz Untersteller GRÜNE)

Bis auf wenige Möglichkeiten, die die Kleine Wasserkraft noch bietet, wird es überhaupt nicht möglich sein, zu einer weiteren deutlichen Steigerung zu kommen. Die Wasserkraft ist im Wesentlichen ausgeschöpft.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Bleiben Solar- und Geothermie. Das sind relativ unsichere Technologien, deren Entwicklung nur sehr schwer abschätzbar ist und bei denen wir nicht seriös sagen können: Wir steigern diesen Anteil ganz erheblich.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Geothermie nicht erhöhen!)

Das sind in der Summe nämlich nicht einmal 0,5 % der Stromerzeugung.

Worin wir große Chancen sehen – das ist richtig –, ist die Bioenergie.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Langsam! Da ist gerade erst eine Anlage explodiert!)

Da liegen wir im Moment bei 1 %. Wenn es gut läuft, werden wir dies in einem walddreichen Land wie Baden-Württemberg mit vielen landwirtschaftlichen Reststoffen um den Faktor 8 bis 10 steigern können und – wenn es ganz gut läuft – bei der Bioenergie einen Anteil von 10 % an der Stromerzeugung erreichen.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Das sind realistische Zahlen. Herr Untersteller, das sind keine Zahlen aus einem grünen Wolkenkuckucksheim, sondern das sind realistische Zahlen. Da kommen Sie nicht auf die von Ihnen genannten 30 %. Wir müssen realistischerweise vielmehr froh sein, wenn wir im Jahr 2020 einen Anteil von 20 % erreichen.

(Unruhe)

Dann müssen wir uns die Frage stellen: Wo kommen die übrigen 80 % her? Ihre rot-grüne Politik hat nämlich dazu geführt, dass wir den CO₂-Ausstoß mit der damit verbundenen Belastung des Klimas in Baden-Württemberg nicht reduzieren, sondern steigern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir waren schon einmal bei nur noch 35 % fossilen Energieträgern in Baden-Württemberg. Jetzt sind wir wieder bei 40 %, weil Sie erzwungen haben, dass Kernkraftwerke, die noch lange laufen könnten, abgeschaltet werden.

Ich stelle Ihnen die Frage: Was passiert, wenn wir im Jahr 2020 auf die 50 %, die die Kernenergie an der Stromerzeugung in Baden-Württemberg ausmacht, einfach verzichten? Dann haben wir nämlich 20 % erneuerbare Energien, und dann brauchen wir 80 % aus Kohlekraftwerken. So wollen Sie die Klimaschutzziele erreichen?

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sie sehen Baden-Württemberg als einen eigenen Markt! Das ist doch lächerlich!)

Das ist die rot-grüne Lebenslüge, und es ist vor allem die grüne Lebenslüge,

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hand aus der Tasche! – Abg. Thomas Knapp SPD: Sie sind jünger als ich, aber im Kopf viel älter! Das ist gedanklich das Niveau meines Großvaters!)

zu glauben, man könne gleichzeitig aus der Kernenergie und aus der Kohlekraft aussteigen. Das wird nicht funktionieren. Das sage ich Ihnen, und das werden Sie eines Tages auch einsehen.

Deshalb gebe ich dem Kollegen Nemeth völlig recht: Die Kernenergie ist eine Brückentechnologie. Wir wollen nicht auf ewige Zeiten bei der Kernenergie bleiben. Aber wir wollen die Laufzeitverlängerung, weil wir sie brauchen, um die erneuerbaren Energien zu erforschen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das hätten Sie vor Jahren schon machen können!)

Wir brauchen auch die Erträge aus der Kernenergie, um die Erforschung und die Marktimplementierung der erneuerbaren Energien zu finanzieren.

Deshalb sage ich Ihnen schon am heutigen Tag: Diese Politik, die Sie betreiben, und diese rot-grünen Lebenslügen werden Sie als Rote und Grüne eines Tages auch noch beerdigen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir kommen zur Beerdigung!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Um zu einem versöhnlichen Schluss zu gelangen, darf auch ich Ihnen im Namen meiner Fraktion frohe Festtage wünschen, und ich hoffe, dass Sie unter dem Weihnachtsbaum von der Erkenntnis erleuchtet werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie sind früh von einem Weihnachtsbaum angeschlagen worden! Sie hängen noch voll mit Nadeln! – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Wenn der Kollege sich beruhigt hat, dann können wir in der Tagesordnung fortfahren.

Das Wort erteile ich Herrn Minister Pfister.

(Unruhe)

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es einen Energiebericht gibt und dieser Energiebericht die Funktion haben soll, uns als Parlamentariern und als Entscheidungsträgern in den Ministerien Hinweise zu geben, wie eine Energiepolitik in Zukunft in etwa auszusehen hat, dann muss er so weit wie möglich aktuelle Zahlen beinhalten.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Jawohl! Das war unser Antrag!)

Ich nehme die Kritik ernst, dass dies bei einem Energiebericht des Jahres 2007, der auf das Jahr 2004 zurückgeht, nur sehr eingeschränkt der Fall sein kann.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das kann man sagen!)

Deshalb ist klar: Das Ministerium wird dafür sorgen, dass wir in Zukunft zwar noch einen oder vielleicht auch zwei umfangreiche Energieberichte pro Legislaturperiode geliefert bekommen, aber – das verspreche ich und sage es zu – wir werden Ihnen, dem Wirtschaftsausschuss und dem Parlament, jedes Jahr die aktuellen Zahlen, die es auf dem Markt gibt, zur Verfügung stellen, sodass wir auf der Grundlage dieser aktuellen Zahlen Ziele entsprechend formulieren können. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Natürlich muss ein Energiebericht auch in die Zukunft weisen. Es sind – in aller Kürze – drei Ziele, um die es geht. Die stehen auch schon im Energiewirtschaftsgesetz. Das Erste ist, wir brauchen eine wirtschaftliche Energiepolitik. Da geht es auch um Preise, um Strompreise oder um Gaspreise. Jeder weiß, dass mit der Preisentwicklung weder die Wirtschaft noch der einzelne Bürger zufrieden sein können. Die Preise haben nach der Liberalisierung 1998 wieder deutlich angezogen. Dafür gibt es viele Gründe. Übrigens ist der Staat selbst einer der größten Preistreiber. Allein die letzte Mehrwertsteuererhöhung hat natürlich ordentlich ins Kontor gehauen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Der Staat ist sicher einer der Preistreiber. Aber klar ist natürlich auch, dass die Politik verpflichtet ist, in einer Situation, in der man noch nicht von einem funktionierenden Markt sprechen kann, Instrumente zur Verfügung zu stellen, die es erlau-

ben, einem möglichen Missbrauch bei der Preisgestaltung zu begegnen.

Ich glaube, dass das neue Kartellrecht, das dem Kampf gegen den Missbrauch dient und zum 1. Januar 2008 in Kraft tritt, Instrumente beinhaltet, die geeignet sind, solchen Entwicklungen zu begegnen. Warum? Bisher musste bei Preiserhöhungen immer die Kartellbehörde den Unternehmen nachweisen, wieso eine Preiserhöhung nicht gerechtfertigt war. In Zukunft wird die Beweislast umgekehrt. In Zukunft müssen die Unternehmen, die die Preise erhöhen wollen, der Kartellbehörde nachweisen, weshalb es zu dieser Erhöhung kommen soll – übrigens mit der Möglichkeit der Kartellbehörde, bei einem nicht genügenden Nachweis eine Preiserhöhung nicht zu gestatten, nicht zu akzeptieren.

Insofern glaube ich schon, dass da ein ziemlich scharfes Schwert entwickelt worden ist. Die baden-württembergische Landesregierung hat dies tatkräftig mit auf den Weg gebracht – via Bundesratsinitiativen, Abstimmungsverhalten im Bundesrat und vielem anderen mehr. Insofern glaube ich, dass wir jetzt ein Instrument haben, mit dem wir die Preisentwicklung stärker steuern können, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Unabhängig davon muss die wichtigste Voraussetzung für akzeptable Energiepreise natürlich der Wettbewerb sein. Herr Untersteller, unser Kartellamt, das Wirtschaftsministerium, hat es immerhin geschafft, dass die Netzzugangskosten in den letzten Jahren um rund 17 % abgesenkt worden sind. Das heißt, der diskriminierungsfreie Zugang zu den Netzen für Dritte, Vierte, Fünfte und Sechste ist deutlich verbessert worden. Der diskriminierungsfreie Zugang zu den Netzen ist eine der wichtigen Voraussetzungen dafür, dass mehr Wettbewerber auf den Märkten erscheinen.

Insofern haben wir deutlich dafür gesorgt, dass zumindest im Strombereich – im Gasbereich sieht es noch nicht so gut aus – der Wettbewerb deutlich verbessert worden ist. Das ist die entscheidende Voraussetzung für zukünftige akzeptable Strompreisentwicklungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber das reicht nicht aus! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Der hessische Wirtschaftsminister hat das völlig anders gesehen! Bezeichnenderweise ein CDUler!)

Das Energiewirtschaftsgesetz nennt als zweiten Punkt Versorgungssicherheit. Was bedeutet dies?

(Abg. Thomas Knapp SPD: Die Sonne scheint jeden Tag! Der Wald wächst immer! Das Wasser fließt!)

Das bedeutet – um einmal eine Zahl zu nennen, damit Sie eine Vorstellung haben –, dass wir in den nächsten 20 Jahren in Baden-Württemberg wegen Sanierungen von fossil betriebenen Kraftwerken einerseits und dem Wegfall von Kernkraftwerken andererseits eine Lücke von rechnerisch 7 500 Megawatt haben.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

7 500 Megawatt, das entspricht dem 22-Fachen der Leistung des Kernkraftwerks Obrigheim – damit Sie einmal eine Vorstellung haben, um welche Größenordnung es geht.

(Minister Ernst Pfister)

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das können wir in Baden-Württemberg allein nicht ersetzen, ganz einfach!)

Wir müssen heute überlegen, wie wir diese Lücke schließen können.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Nicht in Baden-Württemberg! – Abg. Thomas Knapp SPD: Wollen Sie damit sagen, das wäre ein Klacks?)

– In Baden-Württemberg fehlen 7 500 Megawatt in den nächsten 20 Jahren; das kann ich Ihnen leicht nachweisen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ja, aber wir werden die Lücke nicht allein aus baden-württembergischer Produktion schließen können!)

Wir müssen uns überlegen, was wir tun können, damit diese Versorgungslücke geschlossen wird. Ich glaube nicht, dass wir auf absehbare Zeit auf Kohlekraftwerke verzichten können. Deshalb sehe ich schon mit großer Sorge, dass in Saarbrücken, in anderen Teilen Deutschlands, aber auch in Baden-Württemberg – etwa in Mannheim oder in Karlsruhe – enorme Proteste laut werden, wenn ein neues Kohlekraftwerk, und zwar ein modernes Kohlekraftwerk, errichtet werden soll.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Kraft-Wärme-Kopplung ist die entscheidende Frage!)

Das ist natürlich keine Lösung. Es ist keine Lösung, wenn man darauf hinweist, dass der Bund vielleicht im Jahr 2020 einen Anteil der regenerativen Energien von 30 % erreicht haben wird; wir haben uns einen Anteil von 20 % vorgenommen. Egal ob es jetzt 20 oder 30 % sind, die Frage ist immer: Wo kommt der Rest her?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es wäre erst einmal wichtig, 30 % zu haben!)

Der Kollege Dr. Rülke hat zu Recht darauf hingewiesen. Wo kommt der Rest her?

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was ist mit Kraft-Wärme-Kopplung?)

Ich will doch versuchen, zu erreichen, dass der Übergang von der Kernenergie direkt auf die regenerativen Energien stattfindet, und, wenn es geht, nicht so stark über die Kohlenutzung. Energiegewinnung aus Kohle hat den großen Nachteil, dass sie klimaschutzpolitisch problematisch ist; das ist ja völlig unumstritten. Ich will für die nächsten 20, 30 Jahre also eine Energiepolitik erreichen, durch die der Übergang von der Kernenergie hin zur regenerativen Energie erleichtert wird und schneller vor sich gehen kann, als dies bisher der Fall war. Das kann natürlich schon dadurch geschehen, dass wir die Laufzeit der Kernkraftwerke von 2020 – da endet die Laufzeit für das letzte Kraftwerk – bis 2030/2032 verlängern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und dann?)

Dann müssten wir die Zusage haben, dass mindestens 50 % des Profits, der in diesem Zeitraum für die Kraftwerke entsteht,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Dann besteuern Sie doch die Rückstellungen zur Stilllegung der Kernkraftwerke, wenn Sie Geld brauchen!)

dazu verwendet wird, regenerative Energien noch wesentlich stärker zu puschen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und dann?)

was Forschungsprogramme angeht, was z. B. Markteinführungshilfen angeht und vieles andere mehr. Das kann dazu führen, dass nach dem Jahr 2030 der Übergang zu den regenerativen Energien

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Entweder stimmt es, oder es stimmt nicht!)

deutlich schneller vor sich gehen kann, als dies aufgrund Ihres Vorschlags der Fall wäre.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Dann besteuern Sie doch die steuerfreien Rückstellungen in Höhe von 40 Milliarden €!)

Der dritte Punkt, meine Damen und Herren, ist die Frage der Umweltfreundlichkeit von Energiepolitik. Da habe ich Ihnen gesagt, dass unser Ziel klar ist. Im Augenblick haben in Baden-Württemberg die regenerativen Energien einen Anteil an der Stromerzeugung von 12 %. Mit diesem Wert liegen wir übrigens gut im Bundesdurchschnitt. Es ist ja gar nicht wahr, dass wir irgendwo hinten lägen. Wir liegen da wirklich gut im Feld. 12 % sind es heute, und wir werden die 20 % erreichen. Hierfür müssen wir uns jedoch anstrengen. Denn klar ist: Beim Wasser gibt es noch bestimmte Potenziale, die zur Verfügung stehen. Vieles ist aber natürlich schon getan worden.

Ich setze sehr auf die Biomasse. Das ist die Form der Energieerzeugung, die heute schon bei den regenerativen Energien eine ganz große Rolle spielt. Aber auch hier wissen wir, dass wir aus der Biomasse noch mehr Strom bzw. Wärme – und zwar um den Faktor 3 mehr – gewinnen könnten. Herr Untersteller, selbstverständlich muss es so sein, dass die Biomassekraftwerke, die wir im Land neu errichten, nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung gebaut werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das gilt auch für Kohlekraftwerke!)

Ich habe – das wissen Sie – ein Programm zur Förderung von kleinen Biomassekraftwerken aufgelegt. Das gilt für Landwirte, aber eben nicht nur für Landwirte. Ziel dieses Programms ist es, dass die neuesten Technologien eingesetzt und das höchste Maß an Effizienz und Effektivität erzielt wird. Nur derjenige, der ein hohes Maß an Energieeffizienz, ein hohes Maß an Energieeffektivität erreicht, kann mit Zuschüssen – das sind übrigens keine Darlehen, sondern tatsächlich Zuschüsse – rechnen.

Ich glaube, es ist der einzig richtige Weg, durch die Förderung von modernsten Technologien gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen dafür zu sorgen, dass diese Energie-lücke, von der ich gesprochen habe, im Wärmebereich, aber auch im Strombereich in der Zukunft besser geschlossen werden kann. Deshalb werden wir auch bei dieser Politik bleiben. Ich glaube, sie wird dazu führen, dass wir in Baden-Württemberg den angestrebten Anteil von 20 % regenerativer Energien erreichen können. Aber es bleibt natürlich die Frage – auch darüber habe ich schon gesprochen –, wo die restlichen 80 % letzten Endes herkommen.

(Minister Ernst Pfister)

Es ist völlig richtig, dass in Bezug auf die Energieeffizienz auch die Frage gestellt werden muss, wie unsere Elektrogeräte hierbei abschneiden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Elektrogeräte verursachen bundesweit und selbstverständlich auch weltweit einen enormen Stromverbrauch. Deshalb habe ich dem Wirtschaftsausschuss auch zugesagt, dass ich im kommenden Frühjahr neue Vorschläge dazu auf den Weg bringen werde, wie wir die Effizienz bei den Elektrogeräten – also im Grunde bei den Haushaltsgeräten; für den Industriebereich gilt das sowieso, aber ich meine jetzt die Haushaltsgeräte – steigern können und wie der Stromverbrauch hierdurch reduziert werden kann.

Das alles sind Maßnahmen, die man in drei Schritten erreichen kann. Der erste Schritt ist der, günstige Strompreise zu erreichen. Ich habe Ihnen gesagt, welche Instrumente wir hierfür zur Verfügung haben, und habe gesagt, dass wir auf regenerative Energien setzen. Ich habe Ihnen auch gesagt, dass wir darauf setzen, dass die Energiepolitik stärker auf Effizienz ausgerichtet wird. Das sind die entscheidenden Ziele, die wir uns gesetzt haben, und ich bin ganz sicher, dass wir diese Ziele in der Zukunft tatsächlich erreichen werden.

Insgesamt braucht sich Baden-Württemberg in der Energiepolitik überhaupt nicht zu verstecken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich will das an einer Zahl noch einmal deutlich machen: Etwa 12,5 % aller Einwohner der Bundesrepublik Deutschland leben in Baden-Württemberg. Der Beitrag Baden-Württembergs zum gesamten Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland beträgt 15 %. Aber der Anteil am Energieverbrauch beträgt 11 % und liegt damit eindeutig unter dem Durchschnitt.

An diesen Zahlen können Sie ablesen, dass es kaum ein Land gibt, das schon heute eine so hohe Energieeffizienz an den Tag legt. Da liegen Sie, Herr Untersteller, mit Ihren Behauptungen absolut falsch.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Aber in Ihrem Bericht steht, dass es eine Struktursache ist!)

Baden-Württemberg liegt bei der Energieeffizienz schon heute mit an der Spitze.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Thomas Knapp SPD: Das ist eine strukturelle Sache!)

Das wird auch in der Zukunft eine Rolle spielen. Denn eines ist klar, meine Damen und Herren: Das größte Kraftwerk, das wir in Baden-Württemberg haben,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ist die Einsparung!)

ist nicht das Kernkraftwerk, ist nicht die Biomasseanlage, ist nicht die regenerative Energie. Das größte Kraftwerk ist vielmehr in der Tat die Einsparung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Darauf wollen wir auch setzen.

In diesem Sinn schöne Weihnachten und alles Gute.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 14/1985. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wolfgang Drexler: Kenntnisnahme!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Beschlussempfehlung ist einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/2084, 14/2098, 14/2099

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Punkt 11 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/2072

Ebenfalls gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Punkt 12 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, das war die letzte Sitzung vor Weihnachten und in diesem Jahr. Ich wünsche Ihnen allen gesegnete Feiertage, gute Erholung und ein gesundes, erfolgreiches neues Jahr. Kommen Sie gesund wieder!

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wünschen wir Ihnen auch, Frau Präsidentin!)

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 30. Januar 2008, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:42 Uhr